
Impressum

Redaktion / Editors

Freia Anders, Jens Beckmann, Peter Birke, Thomas Funk, Sarah Graber Majchrzak, Max Henninger, Norbert Meder, Christiane Mende, Gottfried Oy, Hartmut Rübner, Lars Stubbe, Rhena Stürmer, Johanna Wolf

Anschrift der Redaktion / Contact Address

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e. V.
z. Hd. Redaktion Sozial.Geschichte Online
Cuvrystraße 20a, Briefkasten 30
D-10997 Berlin

sgo@sozialgeschichte-online.de

Webseite / Website

<https://sozialgeschichte-online.org>

Erscheinungsort / Place of Publication

DuEPublico 2, Duisburg-Essen Publications online
Universität Duisburg-Essen
<https://duepublico2.uni-due.de/>

Satz / Typesetter

Thomas Funk und Jens Beckmann, Berlin

Sozial.Geschichte Online

Social History Online /
Histoire sociale en ligne

36 (2024)

ISSN 1869-4748

Inhalt / Contents

Editorial	5
Forschung / Research	11
<i>Gisela Notz</i> Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung und ihre Internationalisierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts	11
<i>Wulf D. Hund</i> Decolonize G – W – G' – Kapitallektüre und Rassismuskritik	37
<i>Hartmut Rübner</i> Kommunistische Bewegung in der Weimarer Republik und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Neuere Untersuchungen und Forschungsschwerpunkte. Zweiter Teil	81
<i>Joachim Bons</i> Rechter Kampf um die Betriebe – zum historischen und aktuellen Aufbau rechter Betriebsgruppen am Beispiel der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation NSBO und „Zentrum (–Automobil)“	117
Zeitgeschehen / Current Events	143
<i>Ablrich Meyer</i> Späte Wahrheit. Bemerkungen zu der jüngst bekanntgewordenen Erschießung deutscher Gefangener durch französische Partisanen im Juni 1944	143
Rezensionsessay / Review Essay	155
<i>Simon Freise</i> Die Hypothek des Säkularismus. Gibt es eine linke historisch-islamwissenschaftliche Perspektive auf den säkularen Diskurs?	155

Buchbesprechungen / Book Reviews	185
<i>Detlef Siegfried</i> Bogensee. Weltrevolution in der DDR 1961–1989 (Marcel Bois)	185
<i>Quinn Slobodian / Dieter Plehwe (Hg.)</i> Market Civilizations. Neoliberals East and South (David Mayer)	191
<i>Jule Ehms</i> Revolutionärer Syndikalismus in der Praxis. Die Betriebsarbeit der Freien Arbeiter-Union Deutschland von 1918 bis 1933 (Kena Stüwe)	198
<i>Ralf Ruckus</i> The Communist Road to Capitalism / Ders., Die Linke in China (Felix Wemheuer)	203
Nachrufe / Obituaries	209
<i>Lars Stubbe</i> Adolfo Gilly (1928–2023): Militanter Intellektueller und Chronist der mexikanischen Revolution. Ein Nachruf	209
<i>Sergio Fontegher Bologna</i> Mario Tronti (1931–2023). Ein Nachruf	215
Abstracts	223
Autorinnen und Autoren / Contributors	227

Editorial

Der brutale Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat uns erschüttert. Die Reaktionen der israelischen Regierung versetzen uns in Sorge. Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gilt den Angehörigen der Opfer und den notleidenden Menschen auf beiden Seiten. Die Tragik der Ereignisse und die damit verbundene Verzweiflung und Ratlosigkeit sollten nicht in Sprachlosigkeit münden. Um die aktuellen Ereignisse und die Situation zu verstehen, braucht es historisches Wissen über die komplexe Geschichte der Gründung Israels und der palästinensischen Aspirationen auf einen eigenen Nationalstaat. Dass der neue Krieg in Israel / Palästina auch unmittelbar Auswirkungen in Deutschland hat, zeigt sich an den antisemitischen Angriffen gegen Synagogen und die Kennzeichnung von Wohnungen mit dem Davidstern, aber auch an dem auf der Straße offen zur Schau getragenen Antisemitismus. Der Kampf gegen diesen Antisemitismus darf jedoch nicht zu einer antimuslimischen, rassistischen Stigmatisierung jeglichen Wunsches, Empathie mit den palästinensischen Zivilopfern zum Ausdruck zu bringen, führen.

Auch die vielen anderen Kriege und Krisen, der erstarkende Faschismus oder die verschärfte Repression gegen Geflüchtete und das forcierte Vorantreiben ihrer Entrechtung quer durch alle parteipolitischen Lager hierzulande lassen nichts Gutes erahnen. In solch finsternen Zeiten zeigt sich einmal mehr die Relevanz und Bedeutung einer Geschichtsschreibung, die sich darum bemüht, „den historisch-kritischen Blick auf Herrschaftsverhältnisse mit der Frage nach den geschichtlichen Bedingungen für soziale Veränderungen“ zu verbinden.¹ In diesem Sinne rufen wir nach wie vor zu Beiträgen auf, die durch den historischen Blick sowohl ein vertieftes Verständnis aktueller Kriege und Krisen ermög-

¹ So lautete eines der zentralen Gründungsmotive dieser Zeitschrift. Vgl. Angelika Ebbinghaus, Zum zehnten Jahrgang – ein Rückblick, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 10 (1995), 1, S. 7–14, hier S. 14.

lichen, als auch Erfahrungswerte emanzipatorischer Bewegungen aus den Trümmern der Niederlagen der Vergangenheit hervorholen – nicht zuletzt, um daraus zu lernen und auch Hoffnung zu schöpfen.

Die Beiträge in diesem Heft

Mehrere Beiträge der aktuellen Ausgabe der *Sozial.Geschichte Online* zeugen davon, dass Forschung zu gewerkschaftlichen und proletarischen Bewegungen weiterhin ein relevantes Feld für die Geschichtsschreibung ist. So widmet sich der erste Beitrag der Geschichte der Frauenbewegungen, zu der es mittlerweile zwar eine Fülle an Material und Erzählungen gibt, deren Fokus in der Regel aber auf den bürgerlichen Frauenbewegungen liegt. Unsere Autorin Gisela Notz beleuchtet in ihrem Artikel hingegen die Anfänge und ersten Organisationsformen der proletarischen Frauenbewegung vor dem Hintergrund der damaligen Arbeits- und Lebensbedingungen von Industriearbeiterinnen, Heimarbeiterinnen und Dienstbotinnen. Die Kämpfe, Erfolge und Niederlagen der proletarischen Frauenbewegung verdeutlichen, dass ihre Trägerinnen von Beginn an eine intersektionale Perspektive verfolgten. Aus ihren Erfahrungen leiteten sie schließlich die Notwendigkeit einer internationalen Ausrichtung ab.²

Im anschließenden Beitrag nimmt Wulf D. Hund eine rassismusanalytische Lektüre des *Kapitals* von Karl Marx vor – jenseits der Kontroverse, Marx habe entweder bereits grundlegende Einsichten in die Funktionsweise des Rassismus formuliert, oder er habe das Thema Rassismus ignoriert und selbst ein rassistisches Weltbild vertreten. Ausgehend von der Kontextualisierung dieser konträren Positionen und der Grundannahme, dass sich Marx nie analytisch mit dem Thema Rassismus auseinandergesetzt hat, arbeitet unser Autor stattdessen jene Anknüpfungspunkte heraus, die Marx' Kapitalismuskritik für eine historisch-materialistische Rassismustheorie liefern kann, um Rassismus nicht

² Der proletarischen Frauenbewegung widmet sich auch die Zeitschrift *Arbeit – Bewegung – Geschichte* in ihrem letzten Schwerpunktheft, [www.arbeit-bewegung-geschichte.de/22-jahrgang-heft-2023-ii/].

nur als Ideologie, sondern auch als soziales Verhältnis zu verstehen. Er geht dabei zunächst auf eine vernachlässigte Marxsche Anweisung für den Umgang mit dessen Hauptwerk ein und zeigt auf, dass die Schlusskapitel des ersten *Kapital*-Bandes aus rassismusanalytischer Perspektive zentrale Lesehinweise für dessen Anfangskapitel liefern.

Unser Redakteur Hartmut Rübner setzt im zweiten Teil seines Artikels die Bestandsaufnahme neuerer Untersuchungen der kommunistischen Bewegung in der Weimarer Republik und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus fort.³ Nachdem er im ersten Teil vor allem von der Totalitarismustheorie und der Sozialfaschismus-Doktrin geprägte Forschungsergebnisse sowie Analysen der KPD-Basis und des linksproletarischen Milieus diskutierte, stehen Forschungen zu den KPD-internen Entwicklungen und Fraktionierungen sowie zum kommunistischen Widerstand gegen das NS-Regime im Mittelpunkt des zweiten Teils. Trotz des ungebrochenen Forschungsinteresses und der proklamierten Pluralisierung der methodischen Ansätze bleiben innerhalb dieses Feldes enorme Erkenntnisdefizite bestehen. Obwohl das kommunistische Spektrum viele Nebenströmungen und Abspaltungen umfasst, wird es doch meist auf die KPD reduziert – ein Bild, das Hartmut Rübners Beitrag korrigiert.

Die im Zusammenhang mit den Betriebsratswahlen 2022 zu beobachtenden Versuche rechtsextremer Kandidaten, mehr politischen Einfluss in den Belegschaften und Betrieben zu gewinnen, stellt Joachim Bons an den Anfang seines Artikels über die Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO). Diese (wenn auch bislang begrenzt erfolgreichen) Vorstöße spalten die Belegschaften und gefährden die Solidarität und den Zusammenhalt. In Anbetracht des Wähler*innenpotentials für die AfD unter Arbeiter*innen und auch unter Betriebsräten und Gewerkschaftsmitgliedern fordert unser Autor dazu auf, einen Blick zurück auf den verheerenden historischen Versuch der völkischen deutschen Rechten zu werfen, die Betriebe für die „Volks-

³ Teil Eins des Beitrags ist erschienen in: Sozial.Geschichte Online / Offline, 34 (2023), S. 73–121, [https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00077535].

gemeinschaft“ zu erobern. Ohne dabei vorschnelle Analogien zu ziehen: Parallelen sind jedenfalls erkennbar.

In unserer Rubrik Zeitgeschehen veröffentlichen wir Ahlrich Meyers historischen Kommentar zur Erschießung deutscher Gefangener durch französische Partisanen während des Zweiten Weltkriegs. Anlass hierzu gab die Stellungnahme eines 98-jährigen ehemaligen Angehörigen der französischen Widerstandsbewegung, der im Mai 2023 öffentlich von einer Erschießung deutscher Gefangener durch seine Partisaneneinheit im Juni 1944 berichtete, an der er auch beteiligt war. Unser Autor fasst die Aussagen Edmond Réveils sowie das internationale Medienecho zusammen und ordnet das Ereignis in den Kontext der deutschen Kriegsverbrechen in Frankreich ein, über deren Ausmaß bis heute in Deutschland nur selten gesprochen wird.

In seinem Rezensionssessay begibt sich Simon Freise auf die Suche nach einer linken historisch-islamwissenschaftliche Perspektive auf den säkularen Diskurs. Anlässlich der (Wieder-)Veröffentlichung von Beiträgen des Nahost-Historikers Alexander Flores diskutiert unser Autor exemplarische Befunde zu Vormoderne und (Post-)Kolonialismus. Ausgehend von den anti-essentialistischen Beiträgen Flores' zur Säkularismus-Debatte erinnert Simon Freise an den marxistischen Orientalisten Maxime Rodinson, geht der Frage nach dem oft vernachlässigten sozialgeschichtlichen Kontext sozioreligiöser Entwicklungen während der sogenannten Blütezeit des Islams unter abbasidischer Herrschaft nach und skizziert die Säkularisierung und Säkularismus-Debatte im (post-)kolonialen Ägypten am Anfang und gegen Ende des 20. Jahrhunderts. Seinen Beitrag beendet er mit methodologischen Überlegungen zum Säkularen als *Tertium Comparationis* des historischen Vergleichs aus marxistischer Perspektive.

Eine Reihe anregender Buchbesprechungen schließen sich an. Marcel Bois rezensiert *Bogensee. Weltrevolution in der DDR 1961–1989* des Historikers Detlef Siegfried, der sich selbst Anfang der 1980er Jahre – aus der Bundesrepublik einreisend – ein Jahr lang an der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ in „Marxismus-Leninismus“ ausbilden ließ. Der

Spagat zwischen seiner Sprechposition als Zeitzeuge und als Historiker gelinge Siegfried vorbildlich – kritisch würdige er die Hochschule als Ort des internationalen Austauschs. David Mayer stellt den von Quinn Slobodian und Dieter Plehwe herausgegebenen Sammelband *Market Civilizations: Neoliberals East and South* vor, der den Versuch dokumentiere, die Forschungen zum Neoliberalismus methodologisch zu erweitern. Kena Stüwe bespricht das Buch von Jule Ehms, *Revolutionärer Syndikalismus in der Praxis. Die Betriebsarbeit der Freien Arbeiter-Union Deutschlands von 1918 bis 1933*, und bescheinigt ihm eine hohe Aktualität. Die Verfasserin arbeite deutlich heraus, dass linksrevolutionäre Gruppen wie die FAUD in der Weimarer Republik keineswegs nur eine marginale Erscheinungen waren und ihre Konzepte eine ernsthafte Alternative zum parlamentarisch-kapitalistischen System der Zwischenkriegszeit darstellten – und dies auch heute noch sein könnten. Abschließend diskutiert Felix Wemheuer die zwei jüngst erschienenen Bücher unseres Autors Ralf Ruckus, *The Communist Road to Capitalism. How Unrest and Containment have pushed China's (R)evolution since 1949* und *Die Linke in China. Eine Einführung*, die sowohl ein tieferes Verständnis der historischen und gegenwärtigen Verhältnisse in China ermöglichen als auch in die Chinadiskussionen der englisch- und deutschsprachigen Linken intervenieren. Die deutsche Ausgabe von *The Communist Road to Capitalism* erscheint 2024 im Karl Dietz Verlag Berlin.

*

Leider haben wir auch neue Beiträge in unserer Rubrik „Nachruf“ zu verzeichnen. Am 4. Juli 2023 starb Adolfo Atilio Gilly Malvagni in Mexiko-Stadt. Der in Europa wohl vornehmlich unter Lateinamerikawissenschaftler*innen bekannte Historiker trug mit seinem Werk wesentlich zu einer kritischen Historiographie der mexikanischen Revolution bei. Unser Redakteur Lars Stubbe erinnert in einem Nachruf an den militanten Intellektuellen und Chronisten der mexikanischen Revolution.

Am 7. August 2023 ist Mario Tronti im Alter von 92 Jahren gestorben. Er war eine der Hauptfiguren des italienischen Operaismus, dessen Grundgedanken er in seinen Artikeln für die Zeitschrift *Quaderni Rossi* (1961–1963) und vor allem in dem Buch *Operai e capitale* (1966) formuliert hat. Unser Autor Sergio Bologna zeichnet die politische Entwicklung seines ehemaligen Genossen und Freundes nach und würdigt seinen Beitrag für den Operaismus, der in den autonomen Kämpfen der Arbeiter*innenklasse lebendig bleibt.

Schließlich starb in der Nacht vom 15. auf den 16. Dezember 2023 Antonio Negri im Alter von 90 Jahren in Paris. Er war ein weiterer „Vater“ des Operaismus. Nach frühen gemeinsamen Anfängen mit Tronti, gründete er 1969 Potere Operaio („Arbeitermacht“), die die Frage der Militanz in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auch praktisch erörterte. Als Philosophiedozent, der bereits im Alter von 33 Jahren eine Professur an der Universität Padua innehatte, war er neben Tronti eine der wesentlichen intellektuellen Figuren des Operaismus und blieb in den postoperaistischen Bewegungen nach Jahren des Knastes und des Exils der „cattivo maestro“, indem er zusammen mit Michael Hardt die Trilogie *Empire*, *Multitude* und *Commonwealth* veröffentlichte, die ab den 2000er Jahren weltweit auf Resonanz in der antisystemischen Bewegung stieß. In den Worten der Genoss*innen unserer befreundeten Zeitschrift *Officina Primo Maggio* ausgedrückt: „Außergewöhnlich, praktisch einzig in seiner Art war seine Obsession für die Revolution, er schien von diesem Dämon geradezu besessen, für ihn stellte er eine Lebenskraft dar. Eine Kraft, die diejenigen, deren Leben von der Persönlichkeit Toni Negris gezeichnet waren, mitgerissen hat, im Guten wie im Schlechten.“ In einer der nächsten Ausgaben der SGO erscheint ein ausführlicherer Nachruf.

Eine erkenntnisreiche Lektüre wünscht

die Redaktion

Gisela Notz

Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung und ihre Internationalisierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Über die Geschichte der Frauenbewegungen und ihrer Anfänge gibt es eine Fülle an Material und Erzählungen. Die weitaus meisten Narrative beziehen sich auf die bürgerlichen Frauenbewegungen. Das mag damit zusammenhängen, dass sie von bürgerlichen Geschichtsschreiber:innen erstellt wurden, die sich zudem in der Regel auf Theoriendebatten konzentrieren. Verwischt werden auch oft die Differenzen zwischen den Theoretiker:innen der bürgerlichen Frauenbewegung und der Arbeiterinnenbewegung, wodurch Klassengegensätze ausgeblendet werden.¹ In Wirklichkeit bestand aber nicht nur „ein enormer Unterschied zwischen arbeitenden Frauen und den besitzenden Ladies, zwischen einer Dienerin und ihrer Herrin“, wie es Alexandra Kollontai 1913 treffend formulierte,² sondern auch zwischen den Bewegungen, auf die sich die jeweiligen Frauengruppen bezogen.

Mein Blick richtet sich im Folgenden auf die proletarische Frauenbewegung, die von Historiker:innen oft gar nicht als Frauenbewegung anerkannt wird, weil sie eng mit der Arbeiterbewegung verbunden war. Ihre Akteurinnen lehnten sich an die sozialistischen Parteien an – in den deutschen Territorien war das die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die die Frauenfrage als Teil der sozialen Frage verhandelte und zu jener Zeit die einzige sozialistische Partei war. Es war die proletarische Frauenbewegung, die seit ihrem Bestehen eine intersektionale

¹ Zu den Trennlinien der Frauenbewegungen siehe Gisela Notz, „Kein einzig Volk von Schwestern“. Zum Verhältnis von bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung, in: Vincent Streichhahn / Frank Jacob (Hg.), *Geschlecht und Klassenkampf. Die „Frauenfrage“ aus deutscher und internationaler Perspektive im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin 2020, S. 27–48, hier S. 31.

² Alexandra Kollontai, *Bedarf es eines Weltfrauentages?*, in: Prawda, 8. März 1913.

Perspektive verfolgte.³ Sie ging in ihrem Emanzipationsanspruch nie allein von der Geschlechterdifferenz aus, sondern gleichermaßen von den Klassenunterschieden und den Lebens- und Arbeitsbedingungen, die sich aus der Verschränkung von gender- und klassenspezifischer Unterdrückung ergaben. Die führenden Vertreterinnen der proletarischen Frauenbewegung sahen die Emanzipation der Frauen im Zusammenhang mit einer Umwälzung der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse. Denn sie waren davon überzeugt, dass nur in einer sozialistischen Gesellschaft, in der es keine Klassen gibt, die Gleichberechtigung der Geschlechter verwirklicht werden könne. Die überwiegende Zahl der bürgerlichen Frauen hatte daran hingegen kein Interesse.

Dieser Beitrag beleuchtet zunächst die Vorgeschichte und die ersten Organisationsformen der proletarischen Frauenbewegung sowie die Lebensbedingungen der Arbeiterinnen. Aufgezeigt werden die Kämpfe, Erfolge und Niederlagen der proletarischen Frauenbewegung, aus denen ihre Trägerinnen schließlich die Notwendigkeit einer internationalen Ausrichtung ableiteten. Die Internationalisierung der Frauenbewegung begann am Anfang des 20. Jahrhunderts, nahm einen großen Aufschwung vor dem Ersten Weltkrieg – und hat sich von den Folgen, die Krieg und Spaltung für die Arbeiterbewegung und damit auch für die proletarische Frauenbewegung mit sich brachten, bis heute nicht erholt.

Vorgeschichte

Der 23. Mai 1863 gilt als die Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Partei. Ferdinand Lassalle (1825–1864) war maßgeblich an der Gründung des *Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins* (ADAV) in Leipzig beteiligt und amtierte als dessen erster Präsident. Ihn als Gründer der deutschen Arbeiterbewegung zu bezeichnen, wäre aber nicht richtig. Bereits um 1848 haben sich zahlreiche, zum Teil große Arbeiter-

³ Mit dem Begriff Intersektionalität wird auf die Verschränkung und Verknüpfung mehrfacher Diskriminierungsformen (z. B. Geschlecht, Klasse etc.) hingewiesen. Der Begriff wurde 1989 von der afroamerikanischen Juristin Kimberlé Crenshaw geprägt und ist heute ein wichtiger Standard in frauenpolitischen Debatten. Das Phänomen ist jedoch viel älter.

organisationen gebildet, wie zum Beispiel die *Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung* um Stephan Born (1824–1898). „Das Verdienst teilen sich viele, zum Teil namenlose Personen.“⁴ Gehörten auch Frauen zu diesen „namenlosen Personen“?

„Der Menschheit Hälfte blieb noch ohne Recht, blieb von dem Ruf: ‚Für alle!‘ ausgenommen / Ihr muß erst noch der Tag des Rechtes kommen“, schrieb Louise Otto (1819–1895) bereits während des deutschen Vormärz 1847 in dem Gedicht ‚Freiheit für alle‘.⁵ Frauen wurden von den Errungenschaften der Revolution von 1848/1849 ausgeschlossen. Rechtlos und politisch unmündig waren vor allem die Arbeiterinnen, noch rechtloser die Dienstmädchen, die oft sexuellen Übergriffen ihrer Arbeitgeber ausgesetzt waren und denen nicht einmal ein Kündigungsrecht zustand. Lily Braun (1865–1916), selbst Wegbereiterin der proletarischen Frauenbewegung, beschrieb dies anschaulich: „Der Arbeiter verkauft einen, wenn auch den allergrößten Teil seiner Arbeitskraft, der Diensthote verkauft seine Person.“⁶ Auch im 19. Jahrhundert war die gesellschaftliche Ordnung nicht nur von Klassengegensätzen, sondern auch von Geschlechtergegensätzen geprägt.

Während der nicht vollendeten 1848er-Revolution hatten Frauen an der Seite der Männer auf den Barrikaden gekämpft. Sie forderten bürgerliche, politische und soziale Rechte in einer demokratischen Republik, auch für Frauen. Einige von ihnen, wie Amalie Struve (1824–1862)⁷ und Emma Herwegh (1817–1904),⁸ gingen in die Geschichte ein. Bis

⁴ Dieter Dowe, Ferdinand Lassalle (1825–1864). Ein Bürger organisiert die Arbeiterbewegung, Vortrag im Haus des Deutschen Ostens in München anlässlich des 175. Geburtstages von Ferdinand Lassalle am 10. April 2000. Reihe Gesprächskreis Geschichte, Nr. 34, Bonn 2000, S. 5–25, hier S. 24.

⁵ Louise Otto, Freiheit für alle (1847), in: Renate Möhrmann (Hg.), Frauenemanzipation im deutschen Vormärz. Texte und Dokumente, Stuttgart 1980, S. 59–60, hier S. 59. Louise Otto wurde später als die Gründerin der bürgerlichen Frauenbewegung bezeichnet. In ihren frühen Arbeiten hatte sie sich stets auch für die Rechte der Arbeiterinnen eingesetzt.

⁶ Lily Braun, Die weiblichen Diensthoten, in: Gisela Brinker-Gabler, Frauenarbeit und Beruf, Frankfurt a. M. 1979, S. 47.

⁷ Struve, Amalie, in: Gudrun Wedel, Autobiographien von Frauen. Ein Lexikon, Köln 2010, S. 833.

⁸ Hella Hertzfeld, Emma Herwegh (1817–1904). Eine femme politique, in: Gisela Notz (Hg.), Wegbereiterinnen. Berühmte, bekannte und zu Unrecht vergessene Frauen aus der Geschichte, 3. Aufl., Neu-Ulm 2020, S. 22–23.

1850 entstanden auch die ersten politischen Frauenvereine. Das Scheitern der 1848er-Revolution zog eine repressive Reaktion nach sich, die sich besonders heftig auf die Rechte der Frauen auswirkte. Preußen, Bayern und die meisten deutschen Staaten erließen 1850 Vereinsgesetze, in denen explizit bestimmt war, dass „Frauenspersonen“, neben Schülern und Lehrlingen, weder als Mitglieder politischer Vereine zugelassen noch „mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zweck in Verbindung treten [durften], insbesondere nicht durch Komites, Ausschüsse, Central-Organen oder ähnliche Einrichtungen oder durch gegenseitigen Schriftwechsel“.⁹ Was „politische Gegenstände“ waren, bestimmte „die Ortspolizeibehörde“, meistens ein örtlicher Gendarm. Und der hatte es besonders auf die Sozialistinnen abgesehen, weil die proletarische Frauenbewegung stark unter dem Einfluss der erstarken Sozialdemokratie stand. Für sie galt zwischen 1879 und 1890 zusätzlich das durch den Reichstag verabschiedete Sozialistengesetz, das alle sozialistischen Organisationen und damit auch die proletarischen Frauenzusammenschlüsse in die Illegalität trieb. Keine der führenden Frauen der proletarischen Frauenbewegung blieb von Verfolgung verschont, während viele Frauenbewegte aus dem Bürgertum, die „Radikalen“ ausgenommen, konservative Politik machen konnten. Diese Diskriminierungen per Gesetz hatten bis in das 20. Jahrhundert weitreichende Folgen.

Kampf an mehreren Fronten

Arbeiterinnen, Heimarbeiterinnen und Dienstbotinnen mussten seit Beginn der Industrialisierung an mehreren Fronten um ihre Interessen kämpfen. Sie litten verstärkt unter den diskriminierenden Gesetzen und waren gänzlich vom Wahlrecht ausgeschlossen. Ihre Abhängigkeit von Arbeitgeber:innen oder Dienstherr:innen, die sie als billige Arbeitskavinnen missbrauchten, war enorm. Und sie kämpften gegen die zusätz-

⁹ Paragraf 8 der Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes vom 11. März 1850, in: Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten, Nr. 20, Berlin 1850.

liche alltägliche Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts – auch innerhalb der Arbeiterbewegung. Sie wurden als Konkurrentinnen auf dem Arbeitsmarkt mit Misstrauen behängt und schließlich sogar dafür verantwortlich gemacht, wenn sie ihre „Familienpflichten“ aufgrund langer Arbeitszeiten vernachlässigten. Die meisten männlichen Genossen mussten erst davon überzeugt werden, dass Frauen ein Recht auf Erwerbstätigkeit und gleichen Lohn für gleiche Arbeit hatten.

Viele der Wegbereiterinnen der proletarischen Frauenbewegung waren als „blutjunge Mädchen“ in die großen Städte gekommen und hatten die Not und das Elend der Heim- und Hilfsarbeiterinnen oder der Dienstmädchen am eigenen Leibe erfahren. Als Dienstmädchen verdingte sich beispielsweise Pauline Staegemann (1838–1909), die aus dem Oderbruch nach Berlin kam.¹⁰ Als Heimarbeiterin musste die aus Raake in Oberschlesien stammende Otilie Baader (1847–1926) ihr Brot verdienen,¹¹ und auch Paula Thiede (1870–1919), deren Mutter bereits als Arbeiterkind aus dem brandenburgischen Waldenburg nach Berlin gekommen war, arbeitete als Hilfsarbeiterin.¹² Ihre Namen stehen für viele andere. Für viele Frauen war ein Umzug in die pulsierenden Städte die einzige Möglichkeit, dem noch ärmlicheren Leben auf dem Lande zu entgehen. Er beinhaltete zudem auch die Chance, durch parteipolitisches und gewerkschaftliches Engagement dem unterdrückten Dasein entgegenzuwirken und mit Gleichgesinnten solidarisch für eine andere, bessere Welt zu kämpfen. Berlin wurde zum Mittelpunkt der entstehenden proletarischen Frauenbewegung.

Viele Dienstbotinnen wechselten in die expandierenden Industriebetriebe und Manufakturen, wo sie sich regelmäßige Einkommen und größere persönliche Unabhängigkeit erhofften. Die neue Freiheit erwies sich allerdings als ambivalent, denn die Lohnarbeiterinnen mussten dau-

¹⁰ Gisela Notz, Pauline Staegemann, geborene Schuck (1838–1909). Wegbereiterin der sozialistischen Frauenbewegung, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 3 (2005), S. 134–145.

¹¹ Otilie Baader, Ein steiniger Weg. Lebenserinnerungen einer Sozialistin, 3. Aufl., Bonn 1979.

¹² Gisela Notz, Paula Thiede (1870–1919). Von der Hilfsarbeiterin zur Gewerkschaftsvorsitzenden, in: Dies. (Hg.), Wegbereiterinnen, Neu-Ulm 2020, S. 112–113.

ernnd um ihre Existenz kämpfen. Mit zunehmender Mechanisierung der Produktion wurden immer mehr Frauen in die Fabrikarbeit eingegliedert. Der Überschuss an erwerbslosen Proletarier:innen, die als „industrielle Reservearmee“ auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen drückten, beförderte die schrankenlose Ausbeutung der Lohnabhängigen. In der Metallindustrie verdienten Frauen beispielsweise für die gleiche Arbeit durchschnittlich nur 60 Prozent des Männerlohnes.¹³ Kinder arbeiteten meist für die Hälfte des Lohnes eines Erwachsenen, bei ebenso langen Arbeitszeiten.¹⁴ „Geschlechts- und Altersunterschiede haben keine gesellschaftliche Geltung mehr für die Arbeiterklasse“, schrieben Karl Marx und Friedrich Engels im *Kommunistischen Manifest*.¹⁵ „Weiber- und Kinderarbeit war daher das erste Wort kapitalistischer Anwendung der Maschinerie! [...] Die Zwangsarbeit für den Kapitalisten usurpierte nicht nur die Stelle des Kinderspiels, sondern auch der freien Arbeit im häuslichen Kreis“, führte Marx im *Kapital* aus.¹⁶

Eine zentrale Forderung der Proletarierinnen war das Frauenwahlrecht. Ihr Kampf war eingebettet in den Kampf um eine allgemeine Wahlrechtsreform. Denn der Ausschluss vom Wahlrecht betraf nicht nur alle Frauen, sondern auch Männer, die je nach Klasse und Besitzverhältnissen unterschiedliche Rechte hatten. Mit der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 wurde für die Reichstagswahlen zwar das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime aktive und passive Wahlrecht für jeden „Norddeutschen“ eingeführt, der über 25 Jahre alt sowie im Besitz der bürgerlichen und politischen Ehrenrechte war.¹⁷ Jene Männer, denen durch Richterspruch die staatsbürgerlichen Rechte entzogen wurden oder die Armenunterstützung erhielten, besaßen aber

¹³ IG Metall-Vorstand / Funktionsbereich Frauen- und Gleichstellungspolitik (Hg.), *Wir streiten für bessere Zeiten. Geschichte der Frauen in der IG Metall 1871 bis 2005*, Frankfurt a. M. o. J., S. 20.

¹⁴ Jürgen Kuczynski, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart*, Berlin 1947, S. 37.

¹⁵ Karl Marx / Friedrich Engels, *Manifest der Kommunistischen Partei*, Köln 1850/1851, S. 9.

¹⁶ Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 1, MEW 23, S. 416.

¹⁷ Ute Rosenbusch, *Der Weg zum Frauenwahlrecht in Deutschland*, Baden-Baden 1998, S. 74 f.

wie alle Frauen kein Wahlrecht. Im Preußischen Haus der Abgeordneten galt bis zum Ende des Deutschen Kaiserreiches im Jahr 1918 zudem das Dreiklassenwahlrecht. Die Männer jedes Wahlbezirkes wurden demnach in drei Gruppen aufgeteilt, auf die je ein Drittel des gesamten Steueraufkommens entfiel. Jede der Gruppen wählte die gleiche Anzahl von Abgeordneten, sodass die Stimmen der wenigen Vermögenden über das gleiche Gewicht verfügten wie die der großen Masse der Besitzlosen.¹⁸

Selbstermächtigung der Proletarierinnen

Unter dem Motto „Können wir nicht wählen, so können wir doch wählen“ beteiligten sich die Proletarierinnen seit jeher an den Wahlkämpfen sozialdemokratischer Landtags- und Reichstagsabgeordneter.¹⁹ Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts begannen sie zudem eigene Vereine und Verbände zu gründen. Ihre Proteste waren eine Variante politischer Partizipation, zu der sie sich selbst ermächtigten und für die sie große Opfer brachten. Sie wurden politisch geächtet, mit Gewalt und Existenzverlust bedroht, zu hohen Geldstrafen verurteilt und nicht selten ins Gefängnis geworfen. Das war auch in anderen Ländern so und erklärt die Tatsache, dass die proletarische Frauenbewegung zunächst „klein und engmaschig“ war und die Frauenkonferenzen, die seit der Jahrhundertwende stattfanden, keine Massenveranstaltungen waren.²⁰ Die Proletarierinnen dachten dennoch keinen Augenblick daran aufzugeben, weil sie von der politischen Notwendigkeit ihrer Agitationsarbeit überzeugt waren und weil sie sich der Solidarität Gleichgesinnter versichern konnten. Schon früh schlossen sie sich in den Industrieländern innerhalb der Arbeiterklasse zusammen. Das war notwendig, weil Frauen – bedingt durch unterschiedliche Herkunft und politische Vorstellungen – durchaus nicht die gleichen Interessen besaßen. Während die Sozialistinnen die Arbeiterinnen und Dienstmädchen vertraten, waren die

¹⁸ Gisela Notz, „Her mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Mann und Frau!“, Bonn 2008, S. 8 f.

¹⁹ Zitat aus Christl Wickert, Heraus mit dem Frauenwahlrecht, Pfaffenweiler 1990, S. 72.

²⁰ Richard J. Evans, Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich, Berlin / Bonn 1979, S. 91.

Frauen der höheren Klassen an der Ausdehnung ihrer eigenen Privilegien interessiert. So fanden in Finnland – als dem ersten europäischen Land, in dem Frauen bereits 1906 für sich das Wahlrecht erkämpft hatten – heftige Auseinandersetzungen zwischen sozialistischen und bürgerlichen Frauen statt.²¹ Letztere kämpften für die gleichen Rechte, die ihre privilegierten Männer besaßen. Zugleich akzeptieren viele von ihnen den Ausschluss aus der Politik als Notwendigkeit, die sich aus der ‚natürlichen Bestimmung der Frau‘, die ihren Platz im Haus des (eigenen) Mannes haben solle, ergebe.

Die ersten sozialistischen Frauenorganisationen in Deutschland

Am 28. Februar 1873 – knapp zehn Jahre nach der Gründung des ADAV – trafen sich in der Berliner Wohnung von Bertha Hahn²² in der ehemaligen Palisadenstrasse 27b im Arbeiterviertel Friedrichshain ungefähr siebzig Frauen. In dieser als „gemütliche Abendunterhaltung“ getarnten Zusammenkunft gründeten sie den *Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein*, der als erste sozialistische Frauenorganisation gilt. Neben Berta Hahn, Johanna Schackow (gest. 1903) und Ida Cantius (gest. 1899) gehörte auch Pauline Staegemann zu den Gründerinnen.²³ Die später als „herausragende Gestalt“²⁴ beschriebene Staegemann übernahm den Vorsitz und gehörte – wie die meisten anderen Gründungsmitglieder – zur arbeitenden Bevölkerung. Der Verein fand regen Zuspruch, zu den Vereinsversammlungen kamen bald bis zu 600 Frauen. Ottilie Baader, die dem Verein später selbst beitrug, bezeichnete ihn als erste Frauenorganisation, die sich „auf den Boden der klassenbewussten

²¹ Gisela Notz, „Her mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für Mann und Frau!“, in: Bettina Bab / Gisela Notz / Marianne Pitzen / Valentine Rothe (Hg.), *Mit Macht zur Wahl. 100 Jahre Frauenwahlrecht in Europa*, Bonn 2006, S. 94–107.

²² Für einige Aktive der proletarischen Frauenbewegung sind keine Lebensdaten auffindbar.

²³ Vgl. Franz Osterroth / Dieter Schuster, *Chronik der deutschen Sozialdemokratie*, Bd. 1, Bonn 1975, S. 46.

²⁴ Evans, *Sozialdemokratie und Frauenemanzipation* (wie Anm. 20), S. 55.

Sozialdemokratie“ stellte.²⁵ Offiziell hatte sich der *Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein* der „geistige[n] und moralische[n] Bildung der Frauen sowie gegenseitige[n] Unterstützung in Notfällen“ verschrieben.²⁶ Die Formulierung eines politischen Zwecks hätte dem damals geltenden Vereinsgesetz widersprochen. In diesem Verein organisierten sich Dienstmädchen und Arbeiterinnen, vor allem Wäschenäherinnen, die weitestgehend Heimarbeit leisteten und deshalb schwer zu organisieren waren. Gemeinsam kämpften sie gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen, für Lohngleichheit von Männern und Frauen, für eine bessere Ausbildung und für die völlige Gleichberechtigung der Frauen einschließlich des Wahlrechts.²⁷ Die Vereinsmitglieder einigte die feste Überzeugung, dass die Lage des weiblichen Geschlechts nur durch eine vollständige soziale Umwälzung der Gesellschaft verbessert werden könne.²⁸ Darauf bereiteten sie sich mit Lektüre und Studium zum Zweck „sozialistischer Bildung“ vor.²⁹

Clara Zetkin (1857–1933) missfiel dieser Verein – offensichtlich vor allem deshalb, weil ihm ausschließlich Frauen und Mädchen angehören durften und Männer gewöhnlich nicht einmal Zutritt zu den Vereinsversammlungen hatten. Die ihr verhasste und von ihr als ineffektiv betrachtete „Absonderung der Frauen von den Männern“ lastete sie einerseits der Sonderstellung der Frauen durch das Vereinsgesetz an, andererseits jedoch auch „feministischen Tendenzen [...] hervorragender Trägerinnen der Berliner Bewegung“, die von der bürgerlichen „Frauenrechtlerei“ zur Sozialdemokratie geführt worden seien.³⁰ Pauline Staegemann kann sie hiermit nicht gemeint haben, denn diese kam aus der Arbeiterbewegung. Im Fokus von Zetkins Kritik standen vor allem

²⁵ Baader, *Steiniger Weg* (wie Anm. 11), S. 22.

²⁶ *Frauen-Anwalt*, Nr. 1, 1973/74, S. 41.

²⁷ *Neue Westfälische Volks-Zeitung*, Nr. 74, 28. März 1890.

²⁸ *Neuer Sozialdemokrat*, Nr. 28, 7. März 1873. Vgl. auch Osterroth / Schuster, *Deutsche Sozialdemokratie* (wie Anm. 23), S. 46.

²⁹ Evans, *Sozialdemokratie und Frauenemanzipation* (wie Anm. 20), S. 55.

³⁰ Ebd. Als Feministinnen galten damals bürgerliche Frauen, die für sich die gleichen Rechte forderten, die ihre Männer hatten. Proletarierinnen bezeichneten sich dagegen zu jener Zeit nicht als Feministinnen; sie wollten mit den Männern für gleiche Rechte für alle kämpfen.

bürgerliche Vereine, wie der durch Lina Morgenstern (1830–1909) im Jahr 1866 gegründete *Verein der Berliner Volksküchen*, der für arme Menschen und für reisende Soldaten Suppe kochte und Mahlzeiten zum Selbstkostenpreis ausgab. Die aus karitativen Zwecken handelnde Lina Morgenstern veröffentlichte zwei Jahre später ein Buch über die Arbeit der Volksküchen sowie ein illustriertes Kochbuch und ging als „Suppenlina“ in die Geschichte ein.³¹

Die Proletarierinnen wollten dagegen keine bürgerlichen Wohltätigkeitsvereine gründen. Sie wollten keine Suppenküchen für Arme, durch die die Hungernden lediglich vorübergehend gesättigt wurden, die aber vor allem dazu geeignet waren, das soziale Prestige der Wohltätigen zu mehren und die Bedürftigen zu demütigen, deren Status als Bittsteller:innen und Arme bestätigt und befestigt wurde.³² Die Proletarierinnen wollten vielmehr an den gesellschaftlichen Wurzeln rühren, die die soziale Ungleichheit produzieren und reproduzieren. Deshalb wechselte Ottilie Baader, damals selbst Heimarbeiterin und Angehörige des Morgensternschen Vereins, zum *Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein*. Sie war neugierig geworden, weil sie zuhören musste, wie die „Bürgerlichen“ die Sozialistinnen als „wahre Hyänen“ beschimpften.³³ Baader wollte diese „Hyänen“ kennenlernen – und ist ein Leben lang bei ihnen geblieben.

Bereits ein Jahr nach seiner Gründung wurde der Berliner Verein „vorläufig“ geschlossen. Die anschließende besondere Vorsicht der Frauen konnte nicht verhindern, dass der Verein im Jahr 1877 endgültig verboten wurde. Der Obrigkeit in Preußen war nicht entgangen, dass die Vorsitzenden und Mitglieder des *Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenvereins* an der Wahlbewegung zugunsten der Sozialdemokraten teilgenommen hatten.³⁴ In den nur knapp fünf Jahren seines Bestehens hatte er allerdings Zeit genug gehabt, um sozialistisches Gedankengut und ge-

³¹ Zu Lina Morgenstern siehe Manfred Berger, *Frauen in der Geschichte des Kindergartens*. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 1995, S. 142–145.

³² Zu dieser Problematik siehe Gisela Notz, *Die neuen Freiwilligen*, 2. Aufl., Neu-Ulm 2000.

³³ Baader, *Steiniger Weg* (wie Anm. 11), S. 20.

³⁴ Ebd., S. 27.

werkschaftliche Vorstellungen unter den Arbeiterinnen zu verbreiten. Im Urteil, das dem Verbot zugrunde lag, hieß es dann auch, es sei nicht zu bezweifeln, dass der Verein die Tendenz verfolgt habe, vermittelt über die Frauen auch auf die Männer und Kinder sozialistischen Einfluss auszuüben.³⁵ Pauline Staegemann wurde deshalb zeitgleich zum Vereinsverbot wegen angeblicher sozialistischer Indoktrinierung von Kindern ins Gefängnis gesteckt.

Ähnliche Vereine in Berlin und anderen Städten Deutschlands wurden ebenso bald nach ihrer Gründung wieder verboten. Hierzu gehörte der *Frauen-Hilfsverein für Handarbeiterinnen*, den Emma Ihrer (1857–1911)³⁶ im Jahr 1881 mit Pauline Staegemann ins Leben gerufen hatte. Dieser Verein hatte den Ruf eines Wohltätigkeitsvereins, da die Mitglieder in zwei Klassen gespalten waren. Frauen und Männer bürgerlicher Kreise konnten eine Ehrenmitgliedschaft erhalten, wenn sie einen entsprechenden finanziellen Beitrag leisteten.³⁷ Der Frauen-Hilfsverein scheiterte letztlich an einem Schulrat, der die Versammlungen nicht in seiner Schule dulden wollte und entschied: „Für solche Frauenzimmer [das heißt für Arbeiterinnen, Anm. G. N.] sind die Räume nicht zu haben.“³⁸ Damit nahm er dem Verein die Möglichkeit zur Versammlung, die aufgrund des Versammlungsverbotes für Frauen woanders nicht gefunden werden konnten. Marie Juchacz (1879–1956) wusste später zu berichten, dass der Schulrat dieselben Räume für „Damenveranstaltungen“, also Versammlungen von bürgerlichen Frauen, sehr wohl hergab.³⁹

³⁵ Vgl. Marie Juchacz, *Sie lebten für eine bessere Welt. Lebensbilder führender Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts*, Hannover 1971, S. 26; Baader, *Steiniger Weg* (wie Anm. 11), S. 27.

³⁶ Zur Person siehe Gisela Notz, *Emma Ihrer. Kämpferin gegen die „erbärmliche Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte“*, in: Willi Carl / Martin Gorholt / Sabine Hering (Hg.), *Sozialdemokratie in Brandenburg (1868–1933)*, Bonn 2021, S. 64–76, hier S. 65.

³⁷ Emma Ihrer, *Die Arbeiterinnen im Klassenkampf*, Hamburg 1898, S. 9. Emma Ihrer gehörte später als erste Frau der Generalkommission der Gewerkschaften an.

³⁸ Ebd.

³⁹ Marie Juchacz, *Emma Ihrer*, in: Dies., *Sie lebten für eine bessere Welt. Lebensbilder führender Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts*, Berlin u. a. 1955, S. 22.

Die Frauen gaben keine Ruhe

Entgegen aller Repression: Die Frauen ließen nicht locker. So gründeten Pauline Staegemann, Gertrud Guillaume-Schack (1845–1903) und Ida Cantius am 15. März 1885 in Berlin den *Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen*, der an die Erfahrungen des *Arbeiterfrauen- und Mädchenvereins* anknüpfte. Marie Hofmann wurde zur Vorsitzenden, Pauline Staegemann zur zweiten Vorsitzenden, Emma Ihrer zur Schriftführerin und Gertrud Guillaume-Schack zur Ehrenvorsitzenden ernannt.

Der Vereinszweck war dieses Mal auf die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ausgerichtet; es ging ihm um die Wahrung „der geistigen und materiellen Interessen der Arbeiterinnen, insbesondere die Regelung der Lohnverhältnisse“ und „die gegenseitige Unterstützung bei Lohnstreitigkeiten“. ⁴⁰ Dieser Zusammenschluss trat für „Lohngleichheit der Männer- und Frauenarbeit“ ein und rief alle Arbeiterinnen auf, sich zu organisieren, weil nur so ihre Situation verbessert werden könne. ⁴¹ Bereits auf der Gründungsversammlung traten dem Verein 350 Mitglieder bei, bald gehörten ihm um die 1.000 Frauen an. Den Aktivistinnen gelang es, Ärzte und Rechtsanwälte zu gewinnen, die den Arbeiterinnen ihre Dienste unentgeltlich zur Verfügung stellten. Gertrud Guillaume-Schack hob bei der Gründung die enge Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung hervor: „Ohne inneres Anlehnen an die Arbeiterbewegung wird eine Arbeiterinnenbewegung niemals etwas schaffen oder leisten“. Sie fügte aber mit Blick auf das damals geltende Bismarcksche Sozialistengesetz und das preußische Vereinsgesetz hinzu: „Ein An-die-große-Glocke-Hängen dieser inneren Verbindung halte ich jedoch für durchaus überflüssig.“ ⁴² Der *Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen* aus Berlin inspirierte an vielen Orten zwischen München und Hamburg zur Gründung zahlreicher ähnlicher Vereine.

⁴⁰ Berliner Volksblatt, Nr. 64, 17. März 1885.

⁴¹ Aufruf des Vereins zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen (1885), abgedruckt in: Gisela Brinker-Gabler (Hg.), *Frauenarbeit und Beruf*, Frankfurt a. M. 1979, S. 386–387.

⁴² Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 14966, Bl. 85.

Die Frauen dieses Vereins konnten einige Erfolge verbuchen. Ihre Kampagnen und Aktionen würden auch heute noch Aufsehen erregen: Im Jahre 1885 protestierten sie gegen einen durch den Zoll überhöhten Preis für das Nähgarn, den sie ihren Auftraggebern bezahlen sollten, was vor allem die Mantelnäherinnen betraf. Im April 1885 organisierten sie in Berlin eine Protestversammlung, die jedoch kurzfristig verboten wurde, sodass mehrere Tausend Menschen, die zum Versammlungsort geströmt waren, unter Polizeiaufsicht wieder nach Hause gehen mussten. Am 8. Mai 1885 richtete der *Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen* eine Petition mit Tausenden von Unterschriften an den Reichskanzler und an alle Fraktionen im Reichstag. Der Reichskanzler wurde hierin gebeten, statistisches Material über die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen in verschiedenen Branchen, über den Verkauf und die Lieferung von Arbeitsmaterial seitens der Arbeitgeber an die Heimarbeiterinnen und über die Höhe der dabei berechneten Preise zu sammeln. Die Petition wurde zunächst im Hohen Haus liegen gelassen. Erst als die Konfektionsarbeiterinnen im darauffolgenden Frühjahr 1886 streikten, erinnerten sich die Abgeordneten an die Petition.⁴³ Infolgedessen wurde eine Enquete-Kommission eingesetzt, deren im April 1887 vorgelegtes Ergebnis zunächst ebenfalls folgenlos blieb. Der Konfektionsarbeiterinnenstreik führte allerdings dazu, dass Paragraph 115 der Gewerbeordnung am 15. Juli 1896 geändert wurde: Die Abgabe von Arbeitsmaterial durch den Arbeitgeber an die Heimarbeiterinnen durfte seitdem nur zu den ortsüblichen Preisen erfolgen.⁴⁴ Zu diesem Zeitpunkt war der Verein der Initiatorinnen aber schon lange verboten.

Im Mai 1886 hatte die Polizei zugeschlagen. Sie führte Hausdurchsuchungen durch und beschlagnahmte Briefe und sozialdemokratische Schriften. Dem *Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen* wurde ein Vergehen gegen das Vereinsgesetz vorgeworfen, weil er „nicht bloß Frauenspersonen als Mitglieder aufgenommen hatte, sondern er

⁴³ Emma Ihrer, *Die Arbeiterinnen im Klassenkampf. Anfänge der Arbeiterinnen-Bewegung, ihr Gegensatz zur bürgerlichen Frauenbewegung und ihre nächsten Aufgaben*, Hamburg 1898, S. 13 f.

⁴⁴ Zu diesen Aktionen siehe Osterroth / Schuster, *Deutsche Sozialdemokratie* (wie Anm. 23).

bestand nur aus Frauenspersonen“.⁴⁵ Der Einsatz eines bekannten sozialdemokratischen Rechtsberaters und der Widerspruch sämtlicher Angeklagten halfen wenig.⁴⁶ Ein Freispruch war nicht zu erreichen, weil die „Gegenstände, welche in den erweiterten Vereinsversammlungen verhandelt wurden“, durchaus als politische angesehen wurden, „denn sie bezweckten eine Änderung der staatlichen Gesetzgebung zugunsten ihrer sozialen Lage“.⁴⁷ Der Arbeiterinnenverein wurde aufgelöst. Die Vorstandsmitglieder Marie Hofmann, Emma Ihrer und Johanna Jagert wurden zu je 60 Mark, Pauline Staegemann zu 100 Mark Geldstrafe wegen „Teilnahme an politischen Aktivitäten und Zugehörigkeit zur SPD“ verurteilt. Staegemann wurde härter als die anderen bestraft, weil sie wegen desselben Delikts schon einmal verurteilt worden, also „rückfällig“ geworden war. Geldstrafen in dieser Höhe trafen die werktätigen Frauen zu jenen Zeiten empfindlich. Sie führten den politischen Kampf nun in der Illegalität weiter.

Die Erfindung der Vertrauenspersonen

Die Proletarierinnen schienen der Tarnung in Bildungsvereinen, Sterbekassen und Nähstuben sowie der ewigen Verfolgung müde geworden zu sein. Sie wollten sich jedoch, im Gegensatz zur sich immer mehr bürokratisierenden Arbeiterbewegung in SPD und Gewerkschaften, ihre basisdemokratische Orientierung erhalten. Ab 1889 organisierten sie sich zunächst in Agitationskommissionen, die Frauen zusammenführten, mit politischem Propagandamaterial versorgten und ganz allgemein der Bildung dienen sollten.⁴⁸ Als auch diese Kommissionen verboten wurden, weil sie von der „Obrigkeit“ zu politischen Vereinen erklärt worden waren, hatten die sozialdemokratisch orientierten Genossinnen eine geniale Idee: Anstelle von Agitationskommissionen sollten einzelne

⁴⁵ So der Strafrichter Brausewetter, zit. nach Karin Junker, „25 Jahre AsF – Wir haben die richtigen Frauen“. Rede anlässlich der AsF-Bundeskonferenz am 5. Juni 1998 in Münster (Manuskript), S. 3.

⁴⁶ Adeline Berger, Die Auflösung der Arbeiterinnenvereine, in: Die zwanzigjährige Arbeiterinnen-Bewegung Berlins und ihr Ergebnis. Beleuchtet von einer Arbeiterin, Berlin 1889, S. 44–48.

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Baader, Steiniger Weg (wie Anm. 11), S. 44.

weibliche Vertrauenspersonen gewählt werden, die auch die spitzfindigste Polizeibehörde nicht zu einem „politischen Verein“ erklären konnte.⁴⁹ Einzelne Personen konnte man zwar schikanieren und diskriminieren, aber nicht auflösen. Binnen kurzer Zeit bildete sich, ausgehend von der Berliner proletarischen Frauenbewegung, im gesamten Land ein Netz politisch agierender Frauen. Reichsweit waren ungefähr 400 solcher weiblichen Vertrauenspersonen in den 1880er Jahren auf der örtlichen Ebene für die SPD-Parteiarbeit verantwortlich. Otilie Baader wurde als eine der drei ersten Vertrauenspersonen der SPD in Berlin ernannt und war in der Partei für die Frauenarbeit zuständig. Sie sah ihre Aufgabe vor allem in der Vernetzung mit weiblichen Vertrauenspersonen aus anderen Städten und in der Ausbildung von „Agitatorinnen“. Die Genossinnen würdigten ihre Arbeit, indem sie sie am 15. September 1900 auf der ersten Sozialdemokratischen Frauenkonferenz zur „Zentralvertrauensperson der Genossinnen Deutschlands“ wählten. Baader richtete innerhalb der SPD das Frauenbüro mit ein und arbeitete dort zunächst vier Jahre lang ehrenamtlich, bis sie ab 1904 als erste Funktionärin in der SPD besoldet wurde. Als Zentralvertrauensperson war sie führend am Aufbau einer sozialistischen Frauenbewegung beteiligt. Auf zahlreichen nationalen und internationalen Versammlungen und Konferenzen forderte sie die Einführung des Frauenstimmrechts, engagierte sich für den Frauen- und Kinderschutz und plädierte für eine bessere Arbeiterinnenbildung. Sie schrieb regelmäßig für die proletarische Frauenzeitschrift *Die Gleichheit*.⁵⁰ Die Zahl der Vertrauenspersonen in Deutschland stieg zwischen 1901 und 1907 von 28 auf 405 an, die der Abonnentinnen der *Gleichheit* zwischen 1900 und 1907 von 4.000 auf 75.000. Die Zahl der Leserinnen war mit Sicherheit wesentlich höher, weil die Zeitschrift unter Frauen weitergegeben wurde. Die proletari-

⁴⁹ Ebd., S. 52.

⁵⁰ Zur proletarischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ siehe: Mirjam Sachse, Von „weiblichen Vollmenschen“ und Klassenkämpferinnen. Frauengeschichte und Frauenleitbilder in der proletarischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ (1891–1923). Dissertation im Fachgebiet Geschichte der Universität Kassel 2010.

sche Frauenbewegung war nicht mehr aufzuhalten, trotz aller Schikanen und Behinderungen.

Das Ende der Illegalität

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes zum 1. Oktober 1890 entwickelte sich die SPD zur stärksten Partei Deutschlands und zur sozialistischen Massenpartei. Zwar gingen die Repressionen gegenüber den Frauen weiter, denn das preußische Vereinsrecht verbot ihnen noch bis 1908 die Mitgliedschaft in politischen Vereinen. Die SPD konnte jedoch die Anliegen der proletarischen Frauenbewegung nun im Reichstag besser unterstützen. Die Vertrauensfrauen arbeiteten weiter und trafen sich ab 1900 regelmäßig zu offenen Frauenkonferenzen, die alle Aktivistinnen zusammenführten und dem überregionalen Austausch dienten. Bereits im Mai 1895 hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mehrere Anträge gestellt, die darauf abzielten, dem Versammlungsrecht für „Reichsangehörige ohne Unterschied des Geschlechts“ Geltung zu verschaffen und entgegenstehende Gesetze und Verordnungen aufzuheben.⁵¹ Erst 1908 wurde das Reichsvereinsgesetz – nicht zuletzt durch den jahrzehntelangen engagierten Kampf der sozialistischen Frauenbewegung – aufgehoben.⁵² Das daraufhin in Kraft getretene neue Vereinsgesetz gab Frauen endlich das Recht, sich politischen Parteien und Organisationen anzuschließen. Viele von ihnen traten nun in die SPD ein und wurden in der proletarischen Frauenbewegung aktiv. Innerhalb der SPD wurde dieser Entwicklung mit einer Art Quotenregelung Rechnung getragen: „Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis zu ihrer Zahl [gemeint ist ihr Mitgliederanteil in der Partei, G. N.] im Vorstand vertreten. Doch muss diesem mindestens eine Genossin angehören.“ Jener von Otilie Baader formulierte Grundsatz wurde von der SPD-Frauenkonferenz im Jahr 1908 angenommen und vom folgenden Parteitag der SPD übernommen.⁵³ Die innerparteiliche Quotendiskussion war damit eröffnet.

⁵¹ Baader, *Steiniger Weg* (wie Anm. 11), S. 53.

⁵² Vereinsgesetz vom 19. April 1908 in: *Deutsches Reichsgesetzblatt*, Bd. 1908, Nr. 18.

Mit dem Ende der politischen Arbeit im Untergrund und der Aufhebung des Reichsvereinsgesetzes 1908 wurde das System der Vertrauenspersonen in der SPD im gleichen Jahr abgeschafft. Im Jahr 1908 verzichtete Otilie Baader, auch aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters, zugunsten der jüngeren Hamburgerin Luise Zietz (1865–1922)⁵⁴ auf die Leitung des Frauenbüros und auf den mit dieser Position verbundenen, neu eingerichteten – und einzigen – Sitz für Frauen im Parteivorstand. Baader arbeitete aber weiterhin im Frauenbüro mit, bis dieses 1912 endgültig aufgelöst wurde. Die Frauenarbeit war nun voll in den Parteiapparat integriert. Wählen durften Frauen in Deutschland bis 1918 noch immer nicht. Zu groß waren die Widerstände, und zu uneinig waren sich die Frauen der verschiedenen Strömungen. Das Erfurter Programm der SPD von 1891 beinhaltete die Forderung nach einem gleichen und freien Wahlrecht für alle – ohne Unterschied des Geschlechts und der Klasse. Auf der SPD-Frauenkonferenz, die im Jahr 1906 in Mannheim stattfand, wurde der Beschluss gefasst, die Forderung nach dem Frauenstimmrecht in den Mittelpunkt der SPD-Politik zu stellen.⁵⁵

Die Gründung der Sozialistischen Fraueninternationale

Vom 14. Juli – dem Gedenktag der Französischen Revolution – bis zum 20. Juli 1889 konstituierte sich in Paris die Zweite Sozialistische Internationale, um die zunehmenden nationalen Kämpfe der Arbeiterklasse auch grenzübergreifend zu vereinen. Unter den ungefähr 400 Delegierten befanden sich lediglich sechs Frauen, darunter Clara Zetkin, Emma Ihrer und Gertrud Guillaume-Schack. Dabei war im Einladungsschreiben ausdrücklich betont worden, dass die Sozialisten Arbeiter wie Ar-

⁵³ Vgl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Protokoll des Parteivorstands der SPD 1908, S. 485 f. (Frauenkonferenz), S. 547 (vom Parteivorstand angenommene Anträge), S. 460 (Wahl des Parteivorstands).

⁵⁴ Zur Person siehe Gisela Notz, Von der Heimweberin in die höchsten Ränge der SPD. Luise Zietz (1865–1922), in: Uli Schöler / Thilo Scholle (Hg.): Weltkrieg, Spaltung, Revolution, Bonn 2018, S. 102–117.

⁵⁵ Clara Zetkin, Zur Frage des Frauenwahlrechts. Bearbeitet nach dem Referat auf der Konferenz sozialistischer Frauen zu Mannheim, Berlin 1907, S. 84 f.

beiterinnen – ohne Unterschied des Geschlechtes oder der Nationalität – in ihre Organisation einschlossen.⁵⁶ Die geringe Anzahl weiblicher Delegierter mag für den deutschen Kontext eine Folge des damals noch gültigen Sozialistengesetzes gewesen sein. Einige der Kämpferinnen lebten gar nicht mehr in Deutschland. Gertrud Guillaume-Schack, die 1886 nach dem Verbot des *Vereins zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen* Deutschland im Jahr 1886 verlassen musste, war nach Paris gekommen, um die englische Arbeiterinnenbewegung zu vertreten. Auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationale forderte sie das uneingeschränkte Frauenstimm- und Wahlrecht.⁵⁷ Clara Zetkin hielt eine Rede zur allgemeinen Lage der Arbeiterinnen im Kapitalismus und begründete die Notwendigkeit der Entstehung einer internationalen proletarischen Frauenbewegung. Von den sozialistischen Parteien, die der Organisierung der Frauen und der Frauenerwerbsarbeit oft ablehnend gegenüberstanden, forderte Zetkin, dass sie sich für das Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit und auf ökonomische Sicherheit einsetzen sollten. Dies waren die ersten Auftritte von Frauen, die vor einem internationalen Gremium die Emanzipation ihres Geschlechts einforderten. Bereits auf diesem Kongress wurden erste Absprachen über die Gründung einer internationalen proletarischen Frauenbewegung getroffen.

Am Sonnabend, dem 17. August 1907, trafen sich erstmals 58 weibliche Delegierte aus 15 Ländern Europas und aus Übersee auf der ersten Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen und gründeten die Sozialistische Fraueninternationale. Der Anstoß zu dieser Konferenz, die in Stuttgart einen Tag vor Beginn des siebten Internationalen Sozialistenkongresses stattfand, kam von deutschen Aktivistinnen – vor allem von Clara Zetkin, die 1890 aus dem Exil in Frankreich nach Deutschland zurückgekehrt war, und von Otilie Baader, der zu dieser Zeit zentralen Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutsch-

⁵⁶ Julius Braunthal, *Geschichte der Internationale*, Berlin 1978.

⁵⁷ Jürgen Kirchner, *Zur Frauendelegation auf dem Gründungskongress der II. Internationale*, in: *Mitteilungsblatt der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“*. X. Clara-Zetkin-Kolloquium, Leipzig 1989, S. 8-15, hier S. 13.

lands.⁵⁸ Baader eröffnete den Kongress mit den Worten: „Ich begrüße alle Mitkämpferinnen, die gekommen sind, um die unentbehrlichste Waffe für uns, das Frauenstimmrecht, mit erobern zu helfen“. Damit setzte sie der Konferenz eine deutliche Aufgabe. Auf der Tagesordnung standen zudem die Berichte über die sozialistischen Frauenbewegungen in den verschiedenen Ländern sowie die zukünftigen Beziehungen zwischen den organisierten Genossinnen. Otilie Baader berichtet über die Situation in Deutschland. Sie sprach über das Verbot der politischen Organisation von Frauen sowie über die Schikanen der Verfolgung und die Auflösung von Zusammenschlüssen insbesondere proletarischer Frauen.⁵⁹ Baaders Bericht ähnelte jenen der Genossinnen aus den anderen Ländern.⁶⁰

Alle teilnehmenden Sozialistinnen erhofften sich von einem weltweiten Zusammenschluss der Frauen eine Stärkung ihrer Position – vor allem für den Kampf um das Frauenwahlrecht. Sie wollten sich mit Genossinnen der sozialistischen Parteien in der ganzen Welt solidarisieren und damit das Gewicht der internationalen Linken erhöhen: Sie hatten schon damals erkannt, dass viele Probleme nicht auf nationaler Ebene zu lösen waren.

Auf dem Gründungskongress der Sozialistischen Fraueninternationale wurde auch Rosa Luxemburg (1871–1919), Mitglied der polnisch-russischen Delegation, „mit lebhaftem Beifall begrüßt“.⁶¹ Ihre Redebeiträge erhielten große Aufmerksamkeit und ihr Wort hatte Gewicht: Nachdem sich Luxemburg mit Nachdruck für Luise Zietz' Vorschlag, ein internationales Frauenbüro in Stuttgart einzurichten, eingesetzt und ihrer Bewunderung für ihre Freundin Clara Zetkin Ausdruck verliehen

⁵⁸ Zur Gründung der sozialistischen Fraueninternationale siehe Notz, „Her mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht... (wie Anm. 18).

⁵⁹ Otilie Bader, Bericht der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands an die Internationale Konferenz sozialistischer Frauen und den Internationalen sozialistischen Kongreß zu Stuttgart 1907, in: Berichte für die Erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen, abgehalten in Stuttgart 1907, S. 3–20.

⁶⁰ Berichte für die erste Internationale Konferenz (wie Anm. 59), S. 20–49.

⁶¹ Protokolle der ersten Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen, erster und zweiter Verhandlungstag am Sonnabend, den 17. August 1907, und Montag, den 19. August 1907.

hatte, die „auch diese Arbeitslast“ noch auf sich nahm, wurde dieser Vorschlag einstimmig angenommen. Diese Konferenz gab den entscheidenden Anstoß für das Entstehen einer relativ eigenständigen sozialistischen Frauenbewegung. Ihr Organ war fortan die Zeitschrift *Die Gleichheit*.

Der Internationale Frauentag

Auf der zweiten Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen, die im Jahr 1910 in Kopenhagen stattfand, beantragten Clara Zetkin und Käthe Duncker (1871–1953) zusammen mit anderen Genossinnen eine Abstimmung über die Durchführung eines jährlichen Internationalen Frauentages, „der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht“ dienen sollte. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Am 19. März 1911 fand der erste Internationale Frauentag statt, und er wurde ein voller Erfolg.⁶² *Die Gleichheit* berichtete über 42 Veranstaltungen, die allein in Groß-Berlin stattfanden: „Zahlreiche Polizeimannschaften in der Nachbarschaft der Versammlungslokale bewahrten revolvergerüstet die Stadt vor dem Umsturz der Frauen.“⁶³ Auch im darauffolgenden Jahr fanden Hunderte von Frauenversammlungen statt, in denen Frauen ihrer Forderung nach einer Teilnahme an den Reichstagswahlen Ausdruck verliehen. Kurz darauf – am 12. Mai 1912 – hielt Rosa Luxemburg in Stuttgart eine Rede, in der sie unter dem Motto „Her mit dem Frauenwahlrecht!“ die politische Rechtlosigkeit der Frauen scharf verurteilte und den Kampf dagegen als Bestandteil des Klassenkampfes deklarierte. Luxemburg verwies darauf, dass die kraftvolle Bewegung von Millionen Proletarierinnen gegen dieses Unrecht ein „untrüglisches Zeichen“ dafür sei, „dass die gesellschaftlichen Grundlagen der bestehenden Staatsordnung morsch und ihre Tage gezählt sind“.⁶⁴ Außer in Deutschland wurde der Frauentag im Jahr 1911 auch in den USA, in der Schweiz, in

⁶² Zur Geschichte des Internationalen Frauentages vgl. Gisela Notz, *Der Internationale Frauentag und die Gewerkschaften: Geschichte(n) – Tradition und Aktualität*, Berlin 2011.

⁶³ *Die Gleichheit*, 20. Jg., 27. März 1911.

⁶⁴ Rosa Luxemburg, *Frauenwahlrecht und Klassenkampf*, in: *Frauenwahlrecht – Propagandaschrift zum II. sozialdemokratischen Frauentag*, Stuttgart, 12. Mai 1912.

Dänemark und Österreich begangen. Bis zum Ersten Weltkrieg kamen Frankreich, Holland, Schweden, Russland und Böhmen hinzu.

Motivation und intersektionale Herausforderungen

Die sozialistischen Vorkämpferinnen forderten die volle soziale und menschliche Befreiung und Gleichberechtigung des gesamten weiblichen Geschlechts. Für sie war die Frauenfrage im Zusammenhang mit dem historischen Materialismus wesentlicher Teil der allgemeinen sozialen Frage. Ihr Handeln wurde von der Auffassung geleitet, dass nur der revolutionäre Umsturz der bürgerlichen Gesellschaft und die Verwirklichung des Sozialismus durch das sich befreiende Proletariat allen Frauen „voll erblühendes und sich auswirkendes Menschentum“ (Zetkin) bringen werde, und nicht die formale Gleichstellung der Geschlechter innerhalb der bestehenden Gesellschaft. Die Sozialistinnen sammelten, organisierten und schulten vor allem die Proletarierinnen für den „Kampf aller Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechts gegen alle Ausbeutenden, ebenfalls ohne Unterschied des Geschlechts“.⁶⁵ Und dieser Kampf sollte Schulter an Schulter mit den Genossen geführt werden, bis die Revolution der bürgerlichen Ordnung – und damit auch die Frauenbefreiung – erreicht war.

Doch auch in den Reihen der Arbeiter besaß die proletarische Frauenbewegung nur wenige Fürsprecher, denn viele von ihnen wünschten sich eine Hausfrau nach bürgerlichem Vorbild. Daher kämpften sie lieber für einen Lohn, der ihnen gestatten sollte, Frauen und Kinder allein zu ernähren, und somit ihren Frauen ermöglichen sollte, zu Hause zu bleiben.⁶⁶ Viele Arbeiter fürchteten die Selbständigkeit der Frauen und lehnten ihre Separation in „reine Frauengruppen“ ab. „Es gibt Sozialisten, die der Frauenemanzipation nicht weniger abgeneigt gegenüberstehen, wie [sic!] der Kapitalist dem Sozialismus“, so stellte es August

⁶⁵ Otilie Baader, Bericht der sozialdemokratischen Frauen (wie Anm. 59), S. 3.

⁶⁶ So z. B. die Petition des Bergarbeiters Siegel, einer der Wortführer und Organisatoren des großen Bergarbeiterstreiks im Mai 1889, an Kaiser Wilhelm II. Zitiert nach Holger Paul, Funktionäre. Biographische Profile, in: Lutz Niethammer u. a. (Hg.), „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst“, Bonn 1985, S. 136.

Bebel (1840–1913) fest.⁶⁷ Bebel war seit 1871 Abgeordneter des Deutschen Reichstags und seit 1892 Vorsitzender der SPD, er gehörte zu den wichtigsten Wortführern der deutschen Arbeiterbewegung. Er schrieb nicht nur das heute noch lesenswerte Buch *Die Frau und der Sozialismus*, sondern unterstützte auch die proletarische Frauenbewegung. Nachdem 1891 die Forderung nach gleichem Wahlrecht für alle in das SPD-Parteiprogramm eingeschrieben worden war, brachte August Bebel diese Forderung im Jahr 1895 in den Deutschen Reichstag. Er musste dabei das Gelächter der Männer aus allen anderen Parteien ertragen. Keine Partei außer der SPD vertrat die Frauenbewegung im Reichstag, keine setzte sich für ihre Interessen ein.

Im Kampf um das Frauenwahlrecht wurden die klassenspezifischen Unterschiede und die damit verbundenen unterschiedlichen politischen Vorstellungen deutlich, die sowohl unter den Männern als auch unter den Frauen existierten. In fast allen Ländern forderten „gemäßigte Bürgerliche“ für Frauen die gleichen Rechte wie für Männer. Wenn also die Männer nach dem Dreiklassenwahlrecht wählten, so sollten dies auch Frauen tun dürfen, denn die Bürgerlichen unter ihnen gehörten meist den höheren Klassen an. Lediglich einige Gruppen „radikaler“ bürgerlicher Frauen kämpfte wie die Sozialdemokratinnen für das gleiche und freie Wahlrecht für *alle* Menschen. Aus diesem Grund arbeiteten die Sozialdemokratinnen nur punktuell mit den bürgerlichen Frauengruppen zusammen. Hinzu kam, dass die wenigsten bürgerlichen Frauen sich mit ihnen an einen Tisch setzen wollten.

Erster Weltkrieg und neue Bündnisse

Der Beginn des Ersten Weltkriegs im August 1914 leitete eine neue Epoche in der Entwicklung der internationalen sozialistischen Frauenbewegung ein. Die Kämpfe des linken sozialistischen Flügels gegen den Krieg blieben ohne Wirkung. Die gesamte Sozialistische Internatio-

⁶⁷ Zitiert nach Anja Weusthoff / Christoph Günther, Der lange Weg zum Frauenwahlrecht, in: Deutscher Gewerkschaftsbund, Politik und Gesellschaft, 26. Februar 2018, [<https://www.dgb.de/themen/++co++dc9be51c-1897-11e8-8d11-52540088cada>].

nale – und damit auch die Fraueninternationale – löste sich in ihre nationalen Bestandteile auf. Internationale Frauentage konnten in Deutschland nur noch im Untergrund stattfinden. Sie wurden von den Behörden verboten. Aus patriotischen Motiven gründete die bürgerliche Gertrud Bäumer (1853–1954) den *Nationalen Frauendienst*, dem sich auch viele Sozialdemokratinnen anschlossen. Dafür erteten sie harsche Kritik von Clara Zetkin, Rosa Luxemburg und anderen Genossinnen, die fortan den größten Teil ihrer Kraft dem antimilitaristischen Kampf widmeten.⁶⁸ Viele Frauen schlossen sich 1917 der neu gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) an, weil sie die Kriegspolitik der SPD-Führung nicht weiter mittragen konnten.

Das nahende Ende des furchtbaren Ersten Weltkriegs und die damit verbundenen politischen Unruhen gaben der Frauenwahlrechtsbewegung neuen Aufschwung. Das zuvor zerstrittene bürgerliche Frauenstimmrechtslager vereinigte sich wieder und begann mit den Mehrheitssozialdemokratinnen zusammenzuarbeiten. Gemeinsam veranstalteten sie mächtige Frauenversammlungen in allen größeren Städten. Der „gemäßigte“ Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung hielt sich hiervon allerdings bis zuletzt fern. Die im Reichstag vertretenen Parteien beeindruckte das nicht, sie verhielten sich weiterhin ablehnend gegenüber dem Frauenwahlrecht. Erst die Dynamiken der Novemberrevolution brachten den entscheidenden Umschwung. Der Rat der Volksbeauftragten formulierte es in seiner Erklärung an das deutsche Volk vom 12. November 1918 eindeutig: „Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht [...] für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.“ Damit war eine zentrale Forderung der Frauenbewegungen erfüllt, für die sie, wenn auch von unterschiedlichen Standpunkten aus und mit unterschiedlichen Zielsetzungen, jahrelang und mit sehr viel Ausdauer, Mut und Fantasie gekämpft hatten. Ihr Kampf war damit nicht zu Ende. Nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Metropolen waren Frauen weiterhin aktiv, auch

⁶⁸ Ausführlicher in Notz, *Allgemeine, gleiche Wahlrecht* (wie Anm. 18), S. 38.

wenn sie in den Räten nur selten an einflussreicher Stelle arbeiteten.⁶⁹ Nach der Niederschlagung der Räterepublik begann der Wahlkampf für die Nationalversammlung und die anschließenden Reichstagswahlen, bei denen Frauen zum ersten Mal in der deutschen Geschichte wählen und auch gewählt werden durften.

Am 19. Januar 1919 machten 82,3 Prozent der stimmberechtigten Frauen von ihrem Recht Gebrauch. Ihre Wahlbeteiligung war damit fast genauso hoch wie die der wahlberechtigten Männer, von denen 82,4 Prozent ihre Stimme abgaben. Für die verfassungsgebende Nationalversammlung kandidierten am 19. Januar 1919 300 Frauen. Unter den insgesamt 423 Abgeordneten, die im Juni 1920 in den Deutschen Reichstag der Weimarer Republik einzogen, waren 37 Frauen, wovon wiederum 19 der SPD oder der USPD angehörten. Diese Zahlen wurden im Folgenden lange Zeit nicht mehr erreicht. Auch auf internationaler Ebene war die sozialistische Frauenwahlrechtsbewegung breit aufgestellt, und in etlichen anderen Ländern konnte nach dem Ende des Ersten Weltkriegs die Einführung des Frauenwahlrechts durchgesetzt werden – wenn auch zu unterschiedlichen Zeiten und unter ungleichen Bedingungen.

Marie Juchacz hielt am 19. Februar 1919 als erste Frau in einem deutschen Parlament eine Rede. Ihre Eröffnungsworte „Meine Herren und Damen!“ weckten damals Heiterkeit bei den mehrheitlich männlichen Abgeordneten. Doch sie ließ sich nicht beirren und stellte fest, dass „es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die alten Vorurteile überwunden hat“. Weiter fuhr sie fort:

Ich möchte hier feststellen [...], dass wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa in dem althergebrachten Sinne Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.⁷⁰

⁶⁹ Helga Grebing, *Frauen in der deutschen Revolution 1918/1919*, Heidelberg 1994, S. 11.

⁷⁰ Verhandlungen der verfassungsgebenden Nationalversammlung, Bd. 326: Stenographische Berichte. Von der 1. Sitzung am 6. Februar 1920 bis zur 26. Sitzung am 12. März 1919, Berlin 1920, S. 177–180.

Zersplitterung und Schwächung

Viele der weiblichen SPD- und USPD-Abgeordneten fanden sich seit dem Parteitag von 1922 – wenn sie nicht der im Januar 1919 gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) beigetreten waren, die ihre eigene Frauenbewegung gründete – in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei wieder. Die frühere Kampfkraft konnte nach der Zersplitterung der proletarischen Frauenbewegung und der Sozialistischen Fraueninternationale nicht mehr hergestellt werden. Innerhalb des Reichstags konnten die Frauen der sozialdemokratischen Fraktionen einiges erreichen. Da die meisten selbst aus der Arbeiterklasse kamen, kannten sie die Probleme der ärmeren Schichten. Sie waren es vor allem, die dafür sorgten, dass die soziale Frage öffentlich diskutiert wurde.

Auf der internationalen Ebene versuchten sich die sozialdemokratischen Frauen in der Zwischenkriegszeit im Rahmen der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI) neu zu formieren.⁷¹ Während des Gründungskongresses der SAI am 21. Mai 1923 in Hamburg führten sie die erste Internationale Frauenkonferenz nach dem Ersten Weltkrieg durch. Viele Frauen, die bereits vor dem Krieg aktiv waren, nahmen daran teil. Auch der Internationale Frauentag sollte wiederbelebt werden. Die zweite Internationale Konferenz 1925 in Marseille und die dritte 1928 in Brüssel widmeten sich ausschließlich reformerischen Themen, wie denen des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes und der sozialen Fürsorge für Hilfsbedürftige und erwerbstätige Frauen. In Brüssel lehnten die Genossinnen – mit Rückblick auf die Schrecken des Ersten Weltkriegs – jede Kriegsdienstleistung durch Frauen für die Zukunft ausdrücklich ab.

Auf der letzten Frauenkonferenz der SAI 1931 in Wien wurden Resolutionen verabschiedet, die den aufkommenden Faschismus und die damit einhergehenden frauenfeindlichen Tendenzen sowie die mit der Weltwirtschaftskrise einhergehende Hetze gegen erwerbstätige Frauen

⁷¹ Zur Weiterarbeit auf internationaler Ebene siehe Notz, Allgemeine, gleiche Wahlrecht (wie Anm. 18), S. 49–56.

geißelten. Über Deutschland warf das Hakenkreuz bereits seine Schatten, als Marie Juchacz am 26. Februar 1932 – knapp ein Jahr vor der Machtübergabe an die Nazis – zum letzten Mal im Reichstag eine Rede halten konnte. Die Frauen rief sie dazu auf, den Kampf für Frieden und Freiheit aufzunehmen, „gegen den Todfeind: den Faschismus“. Leider wurde sie von zu wenigen gehört. 15 Jahre lang konnten Frauen wählen und durften gewählt werden. Dann wurde das Rad der Zeit durch die Machtübergabe an die Nazis zurückgedreht. Der Ausgang ist bekannt.

Wulf D. Hund

Decolonize G – W – G'

Kapitallektüre und Rassismuskritik

„Die direkte Sklaverei ist der Angelpunkt der bürgerlichen Industrie“
[Karl Marx: Das Elend der Philosophie]

Antworten auf die Frage nach dem Verhältnis von Karl Marx zum Rassismus seiner Zeit decken das gesamte Spektrum zwischen Denunziation und Affirmation ab. Erstere kommt überwiegend, aber nicht ausschließlich von rechts, letztere von marxistisch orientierten Autorinnen und Autoren. Die Einschätzungen reichen von der Unterstellung, Marx sei es ausschließlich um „advantages for the Aryan working class“ gegangen, bis zu der Behauptung, er hätte „the fight against racism as crucial in the creation of a strong labor movement“ gesehen.¹ Dabei fehlt allerdings jeweils die analytische Auseinandersetzung mit der Marxschen Position. Im ersten Fall wenig verwunderlich, ist es im zweiten Fall fatal und bleibt hinsichtlich der Frage nach dem Umgang von Marx mit dem Thema Rassismus unkritisch. Das wiederum behindert die Weiterentwicklung der in seinem Werk vorhandenen Anknüpfungspunkte für eine historisch-materialistische Rassismusanalyse.

¹ Carlos Moore, *Were Marx and Engels White Racists? The Prolet-Aryan Outlook of Marxism*, in: *Berkeley Journal of Sociology*, (1974/75), 19, S. 125–156, S. 140 („advantages“) und Robert Stam / Ella Shohat, *Race in Translation. Culture Wars Around the Post-Colonial Atlantic*, New York 2012, S. 64 („against racism“). Für kritische Hinweise danke ich Peter Birke.

Davon haben viele mit politischen Entwicklungen zu tun: im Hinblick auf die Judenfrage in Deutschland, den Kampf gegen die Sklaverei in den USA, die Haltung englischer Gewerkschaften zu irischen Arbeiterinnen und Arbeitern, den Widerstand gegen den britischen Kolonialismus in Indien und anderes mehr. Es geht aber auch und nicht zuletzt um die Frage, ob Marx im ‚Kapital‘ neben den Grundlagen einer sozialökonomischen Kritik der bürgerlichen Gesellschaft auch die für eine Analyse des mit diesen verbundenen Rassismus gelegt habe.

Ich knüpfe im Folgenden an damit verbundene unterschiedliche Deutungen an. Um die unzureichende historische Einbettung und mangelnde kontextbezogene Analyse einiger oftmals angeführter Zitate von Marx zu verdeutlichen, beginne ich mit einer seiner in der Rassismusdiskussion am häufigsten wiedergegebenen Äußerungen über das Verhältnis von ‚Arbeit in schwarzer und weißer Haut‘. Sie bezieht sich auf Sklaverei und Klassenkampf und betont, dass die Abschaffung der einen zur Entfaltung des anderen unerlässlich ist. Aber diese Einsicht wird schon im unmittelbaren Zusammenhang des Zitats nicht weiter verfolgt. Außerdem wird sie anschließend nicht in eine Kritik der Haltung weißer zu schwarzen Arbeiterinnen und Arbeitern in den Vereinigten Staaten (und anderswo) überführt. Sie wurde eben nicht als weitsichtige rassismuskritische *Maxime avant la lettre* formuliert, sondern war lediglich eine zeitpolitische Äußerung.

Es fügt sich, dass sie im ‚Kapital‘ steht. Das kann als Hinweis darauf gelesen werden, dass der in sozialen Auseinandersetzungen als Ressource genutzte Rassismus in den elementaren Strukturen der Gesellschaft verankert ist. Eine entsprechende Analyse fehlt jedoch im ‚Kapital‘. Um die dafür gleichwohl vorhandenen Anknüpfungspunkte zu verdeutlichen, empfiehlt es sich, den ersten Band gegen den Strich zu lesen und mit den beiden letzten Kapiteln, der Kriminalgeschichte des Kapitalismus, zu beginnen. Das ist kein Plädoyer für eine ‚neue‘ Kapitallektüre. Wohl aber wird davon ausgegangen, dass die dadurch in den Blick geratenden kolonialen Dimensionen der kapitalistischen Ökonomie und die mit diesen verbundenen Wurzeln des Rassedenkens

ein bedeutsames Licht auf die logischen Überlegungen in den ersten Kapiteln werfen. Das gilt schon für den einleitenden Satz über den Reichtum kapitalistischer Gesellschaften als einer ‚ungeheuren Warensammlung‘. Weil die auch als Waren behandelte versklavte Menschen umfasst, gehört Rassismus grundsätzlich zu ihrer Ungeheuerlichkeit.

Das bedeutet nicht, die Grundlagen einer historisch-materialistischen Rassismusanalyse wären im ‚Kapital‘ enthalten.² Anknüpfungspunkte dafür gibt es aber gleichwohl. Sie zeigen sich schon in den Beispielen für die Entfaltung der Wertform, in denen sich unter anderem Leinen gegen Tee tauscht. Damit gerät nicht nur ein Produkt der Kolonialökonomie ins Bild. Dieses Produkt gehört auch – erst recht, wenn es, wie üblich, mit Zucker gesüßt wird – seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert zum Warenkorb der Arbeiterschaft in England. In die Wertbestimmung von deren Arbeitskraft geht damit die Ausbeutung versklavter und anderer unfreier Arbeiterinnen und Arbeiter in den Kolonien ein.

Diese koloniale Dimension wird vollends unübersehbar, wo Marx als Beispiel zur Illustration seiner Überlegungen einen zentralen Rohstoff heranzieht, der in der damaligen Diskussion König Baumwolle genannt wurde. Die dabei verarbeiteten Informationen stammten von Friedrich Engels, der bei der Baumwollspinnerei Ermen & Engels in Manchester arbeitete, deren Gesellschafter zunächst sein Vater und nach dessen Tod er selbst war. Mit ihm besprach Marx überwiegend die ökonomischen Seiten der Kapitalverwertung, während deren sozial-ökonomische Einbettung kaum zur Sprache kam.³ Zwar ging er im

² Das sind sie nicht. Marx hat sich nie analytisch mit dem Thema Rassismus auseinandergesetzt. Obwohl mehrere zeitgenössische Rassismen zu seiner Zeit extrem ausgeprägt waren, hat er sie nicht zum Gegenstand seiner Kritik gemacht. Und auch wenn er ihrer Politik der Diskriminierung entschieden widersprochen hat, teilte er doch eine Reihe damit verbundener Vorurteile – vgl. Wulf D. Hund, ‚Der ‚jüdische Nigger‘ Lassalle. Marginalie zu einem Brief von Karl Marx, Sozial.Geschichte Online, (2019), 24, S. 103–129 [https://doi.org/10.17185/dupublico/47940] u. Wulf D. Hund, ‚Marx and Haiti. Note on a Blank Space, Journal of World Philosophies, 6, (2021), 2, S. 76–99 [https://scholarworks.iu.edu/iupjournals/index.php/jwp/article/view/4918].

³ Vgl. Tiago Mata / Robert Van Horn, ‚Capitalist Threads. Engels the Businessman and Marx’s Capital, History of Political Economy, 49, (2017), 2, S. 207–232, S. 223.

‚Kapital‘ auch immer wieder auf die Arbeitsbedingungen in der Baumwollindustrie ein und verwies auch auf die Lage der Sklavinnen und Sklaven auf den Baumwollplantagen. Aber da das im Wesentlichen der Illustration seiner zentralen Fragestellung nach dem Verwertungsprozess des Kapitals diene, wurde beides nicht eigenständig analysiert.

Dabei springen Möglichkeit und Notwendigkeit ihrer Verknüpfung geradezu ins Auge. Sklavinnen und Sklaven auf den Baumwollplantagen lassen sich wie industrielle Kapitalisten und Plantagenkapitalisten sowie Arbeiterinnen und Arbeiter in den Baumwollfabriken als ökonomische Charaktermasken betrachten. In der ersten Auflage des Kapitals wird das bildhaft deutlich. Auf zwei einander gegenüberliegenden Seiten ist links von der Normierung des Arbeitstages die Rede, die in einem „Kampf zwischen dem Kapitalisten, d. h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse“ erfolgt. Direkt rechts daneben geht es um „die Negerarbeit in den südlichen Staaten der amerikanischen Union“, die mit dem „Export der Baumwolle“ direkt in die (und hier muss man nun doch umblättern) „Produktion des Mehrwerths selbst“ einbezogen wurde.⁴ Alle Beteiligten sind Personifikationen eines globalen kapitalistischen Verhältnisses. Aber zwischen den Ausgebeuteten gibt es einen strukturell verankerten Unterschied, der sich als Rassismus äußert. Das wird im Folgenden nachgezeichnet und zur rassismusanalytischen Aufschlüsselung der Marxschen Formel für die Produktion von Mehrwert ($G - W - G'$) genutzt.⁵

⁴ Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, 1. Band, Hamburg 1867, S. 203 f. und S. 205.

⁵ Das ist im ‚Kapital‘ nicht der einzige Anknüpfungspunkt für eine historisch-materialistische Rassismusanalyse. Einen weiteren bieten die Ausführungen zum Warenfetischismus. Sie stehen aber hier nicht zur Debatte. Ich beabsichtige, mich damit in einem eigenen Aufsatz über ‚Warenfetisch und Rassenfetisch‘ zu befassen.

Sklaverei und Klassenkampf

„Die Arbeit in weißer Haut kann sich nicht dort emanzipieren, wo sie in schwarzer Haut gebrandmarkt wird“⁶ – so lautet ein im Kontext marxistischer Rassismusdebatten häufig zitiertes Satz aus dem ersten Band des ‚Kapitals‘. Er wird in zahlreichen Studien als Beleg dafür angeführt, dass sich Karl Marx nicht nur entschieden zur Aufhebung der Sklaverei bekannte, sondern auch grundlegende Einsichten in die Funktionsweise von Rassismus formulierte.

Das Zitat wird als „schonungslose Beurteilung der hartnäckigen negativen Auswirkungen von Rassismus auf die Arbeiterbewegung“ bewertet oder als „klassische rassistische Parole des antikapitalistischen Kampfes“ bezeichnet.⁷ Unterstellt wird, Marx hätte damit „die Ausbeutung von Sklavenarbeit auf rassistischer Grundlage“ als „Hindernis für die Emanzipation der Arbeiter als solcher“ betrachtet und dabei „Klassenkampf“ und Kampf gegen „Rassismus“ verbunden.⁸ Gemäß

⁶ Karl Marx, Das Kapital, Band 1, MEW 23, S. 318 (im Folgenden zitiere ich Marx und Engels nach der Ausgabe Karl Marx / Friedrich Engels, Werke (MEW), hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung u. Rosa-Luxemburg-Stiftung. 44 + 3 Bde., Berlin 1956–2018). In meiner Argumentation greife ich stellenweise zurück auf Kapitel 4.1 aus Wulf D. Hund, Marx and Haiti. Towards a Historical Materialist Theory of Racism, Münster 2022, S. 124–140.

⁷ Kevin Anderson, Marx at the Margins. On Nationalism, Ethnicity, and Non-Western Societies, Chicago 2010, S. 195 (‚Rassismus‘); Nicholas de Genova, Migration and the Mobility of Labor, in: Matt Vidal / Tony Smith / Tomás Rotta / Paul Prew (Hg.), The Oxford Handbook of Karl Marx, Oxford 2019, S. 425–440, hier S. 426 (‚Parole‘) – der Autor schreibt tatsächlich ‚racial‘ und nicht etwa ‚anti-racist‘ und liefert damit nur einen der vielen Belege dafür, dass sich auch zahlreiche marxistisch inspirierte Beiträge zur Diskussion von Rassismus in der ‚Rassenfalle‘ verfangen haben; vgl. Wulf D. Hund, Rassismusanalyse in der Rassenfalle. Zwischen ‚raison nègre‘ und ‚racialization‘, in: Archiv für Sozialgeschichte, 56, (2016), S. 511–548. Übersetzungen aus fremdsprachigen Texten stammen von mir.

⁸ Massimiliano Tomba, Marx’s Temporalities, Leiden 2013, S. 150 (‚Hindernis‘); Karel Ludenhoff, On Capital Accumulation, the Tendential Fall in the Rate of Profit, and Crisis Theory, in: Kevin B. Anderson / Kieran Durkin / Heather A. Brown, Raya Dunayevskaya’s Intersectional Marxism. Race, Class, Gender, and the Dialectics of Liberation, Cham 2021, S. 209–231, hier S. 219 (‚Klassenkampf‘, ‚Rassismus‘).

solcher Auffassung gilt der Satz als Beleg von „Marxens Kritik des anti-schwarzen Rassismus“.⁹

Gelegentlich wird er auch ohne weitere Wertung einfach nur erwähnt¹⁰ oder sibyllinisch kommentiert.¹¹ Doch gibt es ihm gegenüber auch kritische Töne. Selbst wenn sie erklären, der Marxsche „Aphorismus“ wäre womöglich seine meistzitierte Bemerkung über Amerika und von „eindringlicher Wahrheit“, wird hinzugefügt, dass Marx späterer mit ihr „ziemlich unklar“ umgegangen sei und dass „die Kategorien der ökonomischen Analyse im ‚Kapital‘ im Grunde farbenblind“ blieben.¹² Zudem soll die Aussage auf die Entfesselung des Klassenkampfes nach der Abschaffung der Sklaverei und gerade nicht auf die Vermittlung dieses Kampfes mit dem gegen rassistische Diskriminierung zielen.¹³

Noch klarer hat Angela Zimmerman erklärt, dass „Marx den Kampf gegen die Sklaverei eher als Hilfestellung für die Arbeiterbewegung denn als Arbeiterbewegung eigenen Rechts darstellte“. Die Hautfarben ‚weiß‘ und ‚schwarz‘ sind hierbei durchaus mitgedacht. Entsprechend heißt es anschließend: „Die Annahmen von Marx und Engels zu schwarzer politischer Subjektivität waren sicherlich von den weißen

⁹ Tom Jeannot, *Marx, Capitalism, and Race*, *Radical Philosophy Today*, (2007), 5, S. 69–92, hier S. 85.

¹⁰ Vgl. Marcel van der Linden, *Essays toward a Global Labor History*, Leiden 2008, S. 376; Walda Katz-Fishman / Jerome Scott, *Race, Class, and Revolution in the Twenty-First Century. Lessons from the League of Revolutionary Black Workers*, in: Matt Vidal / Tony Smith / Tomás Rotta / Paul Prew (Hg.), *The Oxford Handbook of Karl Marx*, Oxford 2019, S. 441–461, hier S. 445.

¹¹ John Bellamy Foster / Hannah Holleman / Brett Clark, *Marx and Slavery*, in: *Monthly Review*, 72, (2020), 3, S. 96–117, hier S. 113 („Marx evoked the need for a broad labor alliance transcending race“).

¹² David Roediger, ‚Labor in White Skin‘. *Race and Working Class History*, in: ders., *Towards the Abolition of Whiteness. Essays on Race, Politics, and Working Class History*, London 1994, S. 21–38, S. 21 („Wahrheit“) u. S. 24 („unklar“); Barbara Foley, *Racism*, in: Jeff Diamanti / Andrew Pendakis / Imre Szeman (Hg.), *The Bloomsbury Companion to Marx*, London 2019, S. 607–612, hier S. 607 („farbenblind“).

¹³ Vgl. Nikhil Pal Singh, *On Race, Violence, and So-Called Primitive Accumulation*, in: *Social Text*, 34, (2016), 3 (128), S. 27–50, hier S. 35; Sara-Maria Sorentino, *The Abstract Slave. Anti-Blackness and Marx’s Method*, in: *International Labor and Working-Class History*, (2019), 96, S. 17–37, hier S. 29 f.

Maßstäben ihrer Zeit geprägt“. Was beide dadurch übersehen hätten, so fügt Zimmerman an anderer Stelle hinzu, „ist der größte Arbeiteraufstand“ während des Bürgerkrieges: „die Entschlossenheit einer großen Zahl der vier Millionen versklavter schwarzer Arbeiter und Arbeiterinnen [...], den Krieg für die Union in einen Krieg gegen die Sklaverei zu verwandeln“.¹⁴

Was für den angesprochenen Satz gilt, trifft ebenfalls für das Marx'sche Werk im Allgemeinen und für das ‚Kapital‘ im besonderen zu: der Umgang mit dem Thema ‚Rassismus‘ ist allein im engen Rahmen marxistischer Diskussionen äußerst unterschiedlich. Bewertungen haben eine erhebliche Bandbreite und stufen Marx als frühen Rassismuskritiker ein oder werfen ihm einen ungenügenden Umgang mit dieser Thematik und Befangenheit in rassistischen Vorurteilen vor. Dabei wird eher selten auf zentrale Elemente seines methodischen Instrumentariums zurückgegriffen: die „rücksichtslose Kritik alles Bestehenden“, die sich „nicht vor ihren Resultaten fürchtet“ und die Vermittlung „gesellschaftliche[r] Bewußtseinsformen“ mit „gesellschaftliche[m] Sein“ und dessen ökonomischer „Anatomie“.¹⁵

Solche Kritik hat selbstverständlich auch Marx verdient. Sein besagter Satz bietet ihr schon an sich genügend Ansatzpunkte. Er verweist auf die Rassisierung der Arbeit, aber nicht auf deren Überwindung. Er fixiert diesen Zustand örtlich und klassenbezogen, verallgemeinert ihn aber weder sozial noch historisch. Und er setzt weiße Arbeit in ein (wenn auch konditionales) Aktiv, schwarze Arbeit hingegen ins Passiv.

¹⁴ Andrew Zimmerman, *Marxism, the Popular Front, and the American Civil War*, in: Gregory P. Downs / Kate Masur (Hg.), *The World the Civil War Made*, Chapel Hill 2015, S. 304–336, S. 320 (‚Hilfestellung‘), 321 (‚weiße Maßstäbe‘); Andrew Zimmerman, *Introduction*, in: ders., (Hg.), *Karl Marx / Friedrich Engels, The Civil War in the United States*, New York 2016, S. XI–XXX, hier S. XXVII (‚Arbeiteraufstand‘, ‚Entschlossenheit‘).

¹⁵ Karl Marx, [Brieftexte aus den Deutsch-Französischen Jahrbüchern], in: MEW 1, S. 337–346, hier S. 344 (‚Kritik‘ etc.); Karl Marx, *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, in: MEW 13, S. 3–160, hier S. 8 f. (‚Bewußtseinsformen‘ etc.).

Eine Kontextualisierung erweitert die Perspektiven der Kritik.¹⁶ Es geht um die rasante Entwicklung der Arbeiterbewegung der Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Bürgerkrieg. Marx vergleicht die Agitation für den Achtstundentag mit der Dynamik einer Lokomotive. Dabei war die transkontinentale Eisenbahn noch gar nicht eröffnet, als er sie symbolisch quer durch den Kontinent dampfen ließ. Seine fortschrittsorientierte Metaphorik rollte sowohl darüber hinweg, dass der Schienenweg unter anderem von versklavten und freien schwarzen Arbeitern sowie von einer großen Zahl chinesischer Arbeiter verlegt worden war. Zudem fand die Ausplünderung nichtweißer Arbeit auf gewaltsam enteignetem gestohlenem Land statt, dessen ursprüngliche indigene Bewohner aber immer noch Widerstand leisteten.¹⁷

Aber die mit dem Eisenbahnbau verknüpfte rassistischer Diskriminierung blieb unerwähnt und die anschließenden Hinweise auf eine scheinbar universelle ‚Achtstundentagagitation‘ blieben entsprechend

¹⁶ Der (hier von mir kursivierte) Satz steht in folgendem Zusammenhang: „In den Vereinigten Staaten von Nordamerika blieb jede selbständige Arbeiterbewegung gelähmt, solange die Sklaverei einen Teil der Republik verunstaltete. *Die Arbeit in weißer Haut kann sich nicht dort emanzipieren, wo sie in schwarzer Haut gebrandmarkt wird.* Aber aus dem Tod der Sklaverei entsproß sofort ein neu verjüngtes Leben. Die erste Frucht des Bürgerkriegs war die Achtstundenagitation, mit den Siebenmeilienstiefeln der Lokomotive vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean ausschreitend, von Neuengland bis nach Kalifornien. Der allgemeine Arbeiterkongreß zu Baltimore (Aug. 1866) erklärt: „Das erste und große Erheischnis der Gegenwart, um die Arbeit dieses Landes von der kapitalistischen Sklaverei zu befreien, ist der Erlaß eines Gesetzes, wodurch 8 Stunden den Normalarbeitstag in allen Staaten der amerikanischen Union bilden sollen“ (Karl Marx, Kapital 1, S. 318).

¹⁷ Vgl. Manu Karuka, *Empire's Track. Indigenous Nations, Chinese Workers, and the Transcontinental Railroad*, Oakland 2019; David Roediger / Elisabeth D. Esch, *The Production of Difference. Race and the Management of Labour in U.S. History*, Oxford 2012, S. 70 ff. Solche Passivierung der schwarzen und Ausblendung der indigenen Bevölkerung fand sich schon wenige Jahre zuvor in einem Brief, den Marx im Namen des Zentralrates der Internationalen Arbeiterassoziation an Abraham Lincoln schrieb. Darin lobte er dessen „Kampf für die Erlösung einer geknechteten Rasse“ (ohne deren Widerstand und Beteiligung an diesem Kampf auch nur zu erwähnen) und charakterisierte diesen als Entscheidung darüber, „ob der jungfräuliche Boden unermesslicher Landstrecken der Arbeit des Einwanderers vermählt oder durch den Fuß des Sklaventreibers befleckt werden sollte“ (ohne an freie schwarze Siedler oder an die vertriebenen indigenen ursprünglichen Besitzer des angeblich jungfräulichen Landes auch nur zu denken) – vgl. Karl Marx, An Abraham Lincoln, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, in: MEW 16, S. 18–20, S. 19 („Erlösung“) u. S. 18 („Boden“).

‚farbenblind‘. Marx lobte die „auf beiden Seiten des Atlantischen Meers instinktiv aus den Produktionsverhältnissen selbst erwachsene Arbeiterbewegung“ und deren Agitation auf dem „Internationale[n] Arbeiterkongreß“ in Genf und dem „Arbeiterkongreß zu Baltimore“, die beide 1866 stattfanden.¹⁸ Mit keinem Wort ging er auf die Missachtung der Rassenfrage in Baltimore ein, welche die einzige Zeitung, die in diesem Zusammenhang „für die Einheit schwarzer und weißer Arbeit eintrat“, veranlasste, die Delegierten wegen „Farbphobie“ anzuklagen.¹⁹ Ein Jahr später kritisierte dieselbe Zeitung, dass „die dümmsten und boshaftesten Vorurteile“ den Umgang mit dieser Frage auf dem Kongreß der National Labour Union in Chicago gekennzeichnet hätten und erklärte: „Wir werden niemals Erfolg haben bis sich klügere Gremien durchsetzen und diese Vorurteile zerrissen worden sind.“

Zwei weitere Jahre später tagte 1869 (wiederum in Baltimore) der Gründungskongress der National Colored Labor Union. Organisiert von Issac Myers, war er als Reaktion auf die Zurückweisung schwarzer Arbeiter durch weiße Gewerkschaftsorganisationen einberufen worden. Den Vorsitz führte mit Frederick Douglass einer der bekanntesten afroamerikanischen Kämpfer gegen die Sklaverei im 19. Jahrhundert. Die mehr als zweihundert Delegierten, unter ihnen fünfzig aus dem Süden, kamen aus dreiundzwanzig Bundesstaaten. Ihr Programm zielte auf die Organisation schwarzer Arbeit, schloss aber die Mitgliedschaft weißer Arbeiter sowie von Arbeiterinnen ein.²⁰

¹⁸ Karl Marx, Kapital 1, S. 319.

¹⁹ Philip S. Foner, A Labor Voice for Black Equality. The Boston Daily Evening Voice, 1864–1867, in: Science and Society, 38, (1974), 3, S. 304–325, hier S. 304 (‚Einheit‘); Philip S. Foner, Organized Labor and the Black Worker, 1619–1973, New York 1976, S. 20 (‚Farbphobie‘). Das folgende Zitat findet sich bei Philip S. Foner, History of the Labor Movement in the United States, Bd. 1, From Colonial Times to the Founding of the American Federation of Labor, 6. Aufl., New York 1978, S. 397 (‚Vorurteile‘, ‚Erfolg‘).

²⁰ Vgl. Stephen Tuck, We Ain’t What We Ought to Be. The Black Freedom Struggle from Emancipation to Obama, Cambridge (Mass.) 2010, S. 54. Auch ein ebenfalls von Myers organisierter und im selben Jahr nach Washington einberufener Kongress erklärte: „In our organization we make no discrimination as to nationality, sex, or color“ (Proceedings of the Colored National Labor Convention held in Washington, D.C., December 1869, Washington 1870, S. 20).

Zwar entsprach es nicht der Marxschen Kapitalismusanalyse, wenn es erklärte, „dass wir das Kapital nicht als den natürlichen Feind der Arbeit betrachten“, weil „beide existentiell voneinander abhängen“.²¹ Dafür betonte es die Bedeutung der Rassenfrage und trug mit der Selbstorganisation schwarzer Arbeit dazu bei, dass sich noch im selben Jahr schwarze Delegierte auf der Versammlung der National Labor Union in Philadelphia einfinden konnten. Einer von ihnen war Isaac Myers, der in seiner Rede betonte: „Sklaverei und Sklavenarbeit, der Hauptgrund für die Degradierung weißer Arbeit, existieren nicht länger. Und es ist der überragende Stolz meines Lebens, dass die Sklaven selbst Anteil daran hatten, das eine Ende der Fesseln, welches ihnen um die Fußgelenke gelegt war, wie das andere, das euch um den Hals lag, abzuwerfen“.²²

Die Behauptung, Myers hätte mit solchen Äußerungen ohne es zu wissen Marx auf seiner Seite gehabt,²³ beschönigt die Sachlage genauso wie die Unterstellung, Marx hätte mit seinem Satz über Arbeit in weißer und schwarzer Haut „begeistert die ersten Anzeichen einer gemischt-rassigen Gewerkschaftsbewegung aufgenommen“.²⁴ Vielmehr hat er mit ihm das Ende der Sklaverei zur Voraussetzung einer selbständigen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten erklärt. Er ist aber nicht auf deren Rassenproblem eingegangen und er hat auch nicht, wie Myers, den Anteil der Sklaven an ihrer eigenen Befreiung angesprochen.

Marx hat zwar die Sklaverei entschieden verurteilt und nachdrücklich alle Bemühungen um ihre Aufhebung unterstützt. Aber er hat den schwarzen Widerstand gegen Entrechtung, Unterdrückung und Ver-

²¹ Platform of the National Colored Labor Convention 1869, in: John R. Commons / Ulrich B. Phillips / Eugene A. Gilmore / Helen L. Sumner n/ John B. Andrews, A Documentary History of American Industrial Society, Cleveland 1910, S. 247–253, hier S. 250.

²² Zit. n. Philip S. Foner, History of the Labor Movement in the United States, S. 399.

²³ Stephen Tuck, We Ain't What We Ought to Be, S. 53: „Unkown to [Isaac] Myers, he had Karl Marx on his side. In 1867 Marx wrote in Das Kapital that American ,labor cannot emancipate itself in the white skin where in the black it is branded“.

²⁴ Robert H. Zieger, For Jobs and Freedom. Race and Labor in America since 1865, Lexington 2007, S. 25: „Karl Marx himself hailed the first evidences of biracial unionism, declaring that ,Labour cannot emancipate itself in the white skin where in the black it is branded“.

sklavung nicht als autonome Bewegung der Selbstemanzipation gewertet.²⁵ Gleichzeitig war ihm durchaus klar, dass die Ausbeutung der Arbeit von Sklavinnen und Sklaven wesentlich zur Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse beigetragen hat. Sie gehörte für Marx auch nicht nur zu deren Vorgeschichte, sondern zum entwickelten Kapitalismus seiner Zeit.

Das hat sich in seiner Kritik kapitalistischer Produktionsverhältnisse niedergeschlagen, die deswegen entsprechend gelesen werden kann. Dabei zeigt sich, dass sich die grundlegende Struktur des modernen Rassismus problemlos in der Marxschen Diskussion kapitalistischer Produktion verankern lässt. Solche Verankerung ist hilfreich für eine marxistische Rassismusanalyse, weil sie auf die Notwendigkeit verweist, Rassismus nicht lediglich als Ideologie, sondern als soziales Verhältnis zu begreifen.²⁶

Kriminalgeschichte des Kapitalismus

John Holloway empfiehlt nicht nur: „Lies das ‚Kapital‘“, sondern fügt auch hinzu: „Und wenn du es liest, beginne gleich am Anfang“.²⁷ Das ist, mit wenigen Ausnahmen, der Rat vieler Einführungen in die Problematik der Kapitallektüre.²⁸ Marx selbst, der um die Schwierigkeiten des ersten Kapitels wusste, vermerkte im Vorwort lakonisch:

²⁵ Das gilt auch für häufig strapazierte Bemerkungen aus der Zeit unmittelbar vor und während des amerikanischen Bürgerkrieges – in denen „die amerikanische Sklavenbewegung“ auf die heroische Tat eines Weißen zurückgeht und „durch Browns Tod eröffnet“ wird (Karl Marx, [Brief an Friedrich Engels, nach 11.1.1860], in: MEW 30, S. 5–7, hier S. 6); oder der „Norden siegen“ wird, „da er im Notfall die letzte Karte einer Sklavenrevolution ausspielen kann“ (Karl Marx, [Brief an Lion Philips, 6. 5. 1861], in: MEW 30, S. 599–601, hier S. 600); oder den oft zitierten Brief an Abraham Lincoln (s. o. Anm. 12). Wenn schließlich die Hoffnung, der Norden werde „zu revolutionären Mitteln greifen“, mit dem Satz ergänzt wird: „Ein einziges Nigger-Regiment wird merkwürdig auf die südlichen Nerven wirken“ (Karl Marx, [Brief an Friedrich Engels, 7. 8. 1862], in: MEW 30, S. 269–271, hier S. 270), dann kann man den wenden, wie man will, ohne dass ein antirassistischer Gehalt zutage treten würde.

²⁶ Vgl. Wulf D. Hund, *Rassismus und Antirassismus*, 2. Aufl., Köln 2022, S. 16–32.

²⁷ John Holloway, *Ganz am Anfang beginnen* [<https://www.deutschlandfunk.de/re-das-kapital-9-9-ganz-am-anfang-beginnen-100.html>].

„Aller Anfang ist schwer, gilt in jeder Wissenschaft.“²⁹ Nur gelegentlich zeigte er sich nachsichtig. So schrieb er an Ludwig Kugelmann, er möge seiner „Frau Gemahlin“ doch „als zunächst lesbar die Abschnitte über den ‚Arbeitstag‘, ‚Kooperation, Teilung der Arbeit und Maschinerie‘, endlich über die ‚ursprüngliche Akkumulation‘ bezeichnen.“³⁰

Peter Linebaugh hat diese ‚Gertrud-Kugelmann-Kapitel‘ vom Ruch der Chrestomathie befreit und zu „Pforten des Marxismus“ erklärt.³¹ Der Schritt durch die ersten mache mit dem Prozess der Ausbeutung bekannt, der durch die letzte mit dem der Enteignung, wobei letztere der ersteren historisch sowohl vorausginge als auch fortlaufend weiter mit ihr parallel verlaufe.³² Es ist nicht notwendig, hier darüber zu befinden, in welchem Verhältnis die historischen zu den logischen Passagen des ‚Kapitals‘ stehen oder welcher Einstieg in dessen Lektüre welche Vorteile hat. Hier geht es darum, dass das letzte, genauer gesagt: die beiden letzten Kapitel einen rassismuskritischen Blick auf die ersten Kapitel ermöglichen.

Wenn man meint, dass „sich in den Widersprüchen der Ökonomieform die objektive Möglichkeit des Rassismus verbirgt“ und sich von daher „Rassismus als genuine Bewußtseinsform der bürgerlichen Ge-

²⁸ Vgl. Wolfgang Fritz Haug, Kapital-Lektüre, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 7/1, Hamburg 2008, S. 324–348.

²⁹ Karl Marx, Kapital 1, S. 11.

³⁰ Karl Marx, [Brief an Ludwig Kugelmann, 30. 11. 1867], in: MEW 31, S. 575–576, hier S. 575; Marx Aufzählung ist etwas gestrafft – es handelte sich um fünf Kapitel: „Der Arbeitstag“, „Cooperation“, „Theilung der Arbeit und Manufaktur“, „Maschinerie und grosse Industrie“, „Die sog. Ursprüngliche Accumulation“, alle in Karl Marx, Kapital 1 (1867), S. 198 ff., 302 ff., 318 ff., 355 ff., 699 ff.

³¹ Karl Korsch, Geleitwort zur neuen Ausgabe, in: Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Ungekürzte Ausgabe nach der 2. Auflage von 1872, Berlin 1932, S. 5–33, hier S. 14, hat zu den Kugelmann-Kapiteln bemerkt: „Wir würden [...] dem ungeübten Leser nach unserer eigenen Beurteilung der Dinge statt jenes Rezepts, welches Marx – hierin dem Vorurteil seiner Zeit einen leichten Tribut entrichtend – [...] sozusagen ‚für Damen‘ gegeben hat, lieber einen anderen Weg empfehlen, auf dem er sicher sein kann, das volle Verständnis der Theorie des Kapitals ganz ebensogut, wenn nicht sogar besser, als beim Beginn mit den schwierigen ersten Kapiteln, zu erlangen. Er beginne also mit einem gründlichen Studium des 5. Kapitels: ‚Arbeitsprozess und Verwertungsprozess‘“.

³² Peter Linebaugh, Frau Gertrude Kugelmann and the Five Gates of Marxism, in: ders., Stop, Thief! The Commons, Enclosures, and Resistance, Oakland 2014, S. 65–74, hier S. 73.

sellschaft“ ableiten und als „gesellschaftlich notwendige[r] Schein der bürgerlichen Gesellschaft“³³ begreifen ließe, kann man selbstverständlich auch ‚vorne‘ anfangen. Ein skurriles Beispiel dieser Art ist allerdings auf der ganzen Linie gescheitert. Das zeigt sich vor allem in den Ausführungen des Autors zur Geschichte des Rassismus. Der hätte demnach erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts begonnen. Bis dahin sei „Sklaverei“ mit „der Abwesenheit einer diese legitimierenden Rassismuskonzeption“ einhergegangen.

Das ist so etwa das Gegenteil einer historisch-materialistischen Analyse. Es gibt keine Diskussion der Entwicklung des transatlantischen Sklavenhandels und der Herausbildung kapitalistischer Plantagensklaverei. Ebenso fehlt eine Untersuchung des Wandels der mit diesem rassistischen Verhältnis verbundenen Legitimationen. Das Auftauchen früher Elemente des Rassedenkens und deren Entwicklung werden ignoriert. Und schließlich wird auch noch eine ohnehin verkehrte und zudem falsch datierte Ideologie zur Voraussetzung von Rassismus gemacht.

Da könnte es ja vielleicht hilfreich sein, einfach in den einschlägigen Passagen des ‚Kapitals‘ nachzuschlagen und es versuchsweise wie eine Kriminalgeschichte anzugehen,³⁴ das heißt erst einmal die Schlusskapitel über ursprüngliche Akkumulation und Kolonialismus zu lesen. Sie handeln davon, wie das Kapital „zur Welt kommt“, nämlich „von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutzverschmiert“. Hinsichtlich der kriminellen Dimensionen dieses Prozesses nimmt Marx kein Blatt vor den Mund. Sie sind verbunden mit „Unterjochung“ und „Raubmord“, schließen „systematisch betriebene[n] Diebstahl“ von „Gemeindeeigentum“ in Europa ebenso ein wie die Ausübung „brutalster Gewalt“ im „Kolonialsystem“, das mit „Verrat, Bestechung,

³³ Peter Schmitt-Egner, Wertgesetz und Rassismus. Zur begrifflichen Genesis kolonialer und faschistischer Bewußtseinsformen, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 8/9, Frankfurt a. M. 1978, S. 350–405, hier S. 352; das folgende Zitat findet sich S. 366, die Datierung des Rassismus auf 1850 und danach auf S. 364.

³⁴ Dazu ließe sich gleich bei mehreren Autoren nachschlagen – u. a. bei Werner Biermann / Arno Klönne: Kapital-Verbrechen. Kriminalgeschichte des Kapitalismus, Köln 2005.

Meuchelmord und Niedertracht“ sowie einem „System des Menschendiebstahls“ einhergeht.³⁵

In diesem Zusammenhang ist auch von heimischer und kolonialer Sklaverei die Rede. In Europa kam es zu einem „Formwechsel“ der „Knechtschaft des Arbeiters“, die Marx auch „verhüllte Sklaverei der Lohnarbeiter“ nennt. Ihr stellt er die „Sklaverei sans phrase in der neuen Welt“ gegenüber, die mit der „Verwandlung von Afrika in ein Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute“ einhergeht. Dass dieser Vergleich nicht nur metaphorisch gemeint war, zeigt sich, wo Marx auf die „Blutgesetzgebung wider Vagabundage“ verweist und dabei ausführlich auf den ‚Vagrancy Act‘ von 1547 eingeht. Als Strafe für Müßiggang und Vagabundentum sah dieses Gesetz Sklaverei vor – verbunden mit der ganzen Brutalität und Willkür dieser Institution: Auspeitschung, Ankettung, Brandmarkung; man kann sie auch „verkaufen, vermachen, als Sklaven ausdingen, ganz wie andres bewegliches Gut und Vieh“.

Allerdings hatte diese äußerste Zuspitzung der Gesetzgebung gegen arbeitslose Arme nur kurze Zeit Bestand. Schon im Jahr ihrer Verabschiedung tauchte sie im ‚Journal‘ des Königs als das „extrem law“ auf und nach zwei Jahren war er Terminus Sklaverei schon wieder aus den Gesetzestexten verschwunden.³⁶ Das heißt nicht, dass eventuelle Strafen für die Betroffenen milder ausgefallen wären. Die Verurteilung von Müßiggängern zu staatlich organisierter Zwangsarbeit war sowohl vor als auch nach dem ‚Vagrancy Act‘ üblich und wurde brutal durchgesetzt. Aber die damit verbundenen Einschränkungen der Freiheit galten als von Sklaverei verschieden.

³⁵ Karl Marx, Kapital 1, S. 788 (‚blutverschmiert‘), S. 742 (‚Unterjochung‘, ‚Raubmord‘), S. 753 (‚Diebstahl‘ von ‚Gemeindeeigentum‘), S. 779 (‚Gewalt‘ im ‚Kolonialsystem‘), S. 779 f. (‚Niedertracht‘, ‚Menschendiebstahl‘); zu den folgenden Zitaten siehe S. 743 (‚Formwechsel‘ der ‚Knechtschaft‘), S. 787 (‚Sklaverei der Lohnarbeit‘, ‚Sklaverei sans phrase‘), S. 779 (‚Afrika‘), S. 762 (‚Blutgesetzgebung‘), S. 763 (‚Vagrancy Act‘, ‚bewegliches Gut‘).

³⁶ Clifford S. L. Davies, Slavery and Protector Somerset. The Vagrancy Act of 1547, in: The Economic History Review, 19, (1966), 3, S. 533–549; die Formulierung ‚extrem law‘ steht auf S. 538.

Und das war nicht nur Rhetorik von Gelehrten. In eben dem Jahr, als die ‚Sklaverei‘ wieder aus der Armengesetzgebung verschwand, kam es 1549 in England zu einer Reihe sozialer Aufstände.³⁷ Der größte fand in Norfolk statt und wurde nach seinem Anführer ‚Kett’s Rebellion‘ genannt. Sie richtete sich vor allem gegen die Einhegungen. Aber die Beteiligten rissen nicht nur Hecken und Zäune nieder. Sie schlossen sich auch zusammen und ihr Camp bekam Zulauf aus den Reihen der städtischen Bevölkerung umliegender Orte. Schließlich besetzten sie sogar Norwich, die damals nach London bedeutendste Stadt Englands. In einer Petition bestanden die Aufständischen auf ihrem angestammten Recht zur Nutzung der Allmende „mit allen Vorteilen“: „all men may quyetly enjoye ther comons wt all profights“. Außerdem verlangten sie jene Freiheit für alle, die „Gott durch das Vergießen seines kostbaren Blutes“ ermöglicht habe und forderten, „thatt all bonde men may be made ffre for god made all ffre wt his precious blode sheddyng“.³⁸

Diese Formulierung ist als Ausdruck der Tatsache interpretiert worden, dass „diejenigen am Fuß der sozialen und ökonomischen Leiter genau so stolz auf Englands mythisches nationales Bekenntnis zur Freiheit waren wie die Eliten“.³⁹ Das ist freilich eine überbaulastige und reichlich nebulöse Formulierung. Tatsächlich waren ‚Freiheit‘ und ‚Unfreiheit‘ eng mit der materiellen Produktion verbunden. Das verdeutlichte etwa Thomas Morus, als er zu Beginn des 16. Jahrhunderts einen Reisegefährten des Amerigo Vespucci über die nahe der Neuen Welt gelegene Insel Utopia berichten ließ. Deren Bewohner betätigten sich als Kolonisten und betrieben Sklaverei. Ihren Kolonialismus rechtfertigten sie schon damals mit der terra nullius-Doktrin: Bewohner von Gegenden, deren Grund und Boden sie selbst nicht

³⁷ Vgl. Andy Wood, *The 1549 Rebellions and the Making of Early Modern England*, Cambridge 2007.

³⁸ Zit. n. Frederic William Russell, *Kett’s Rebellion in Norfolk. Being a History of the Great Civil Commotion that Occured at the Time of the Reformation [etc.]*. London 1859, S. 51.

³⁹ Michael Guasco, *Slaves and Englishmen. Human Bondage in the Early Modern Atlantic World*, Philadelphia 2014, S. 29.

produktiv nutzen, dürfen andere nicht an dessen Bearbeitung hindern. Sklaverei wurde dabei im wesentlichen als Bestrafung für Verbrecher gedacht und eigens betont, man kaufe keine Sklaven.⁴⁰ In beiden Fällen war die Ökonomisierung brachliegender Ressourcen (Land oder Arbeitskraft) unübersehbar.

Dieses Prinzip wurde bereits in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts auf den transatlantischen Sklavenhandel ausgedehnt. John Hawkins, ein englischer ‚Freibeuter‘, engagierte sich dabei derart intensiv, dass die Königin ihn adelte. Anschließend half er als Vizeadmiral der englischen Flotte die Armada der spanischen Konkurrenz zu besiegen. Er hatte keine Bedenken, sein Wappen von einem gefesselten afrikanischen Sklaven krönen zu lassen.⁴¹ Ein Jahrhundert danach sollte John Locke gleichzeitig die Freiheit der Engländer und ihr Recht auf afrikanische Sklaven beschwören. Als Parteigänger der bürgerlichen Revolution in England schrieb er, „Sklaverei“ sei „ein so verächtlicher, erbärmlicher Zustand“, „daß es schwerfällt zu begreifen, wie ein Engländer, geschweige denn ein Gentleman, sie verteidigen kann“. Als Sekretär des Kolonialismus notierte er, dass „jeder freie Mann in Carolina die absolute Gewalt und Autorität über seine Negerklaven haben soll“.⁴²

Im 18. Jahrhundert erreichte dann der britische Sklavenhandel seine größte Ausdehnung – und stieß schließlich (neben dem in den Kolonien immer schon vorhandenen Widerstand der Unterdrückten)⁴³ auf wachsende Kritik im Mutterland, die sich unter anderem in Thomas Clarksons ‚Slavery and Commerce of the Human Species‘ oder Olaudah

⁴⁰ Siehe Thomas Morus, *Utopia*, in: Klaus J. Heinisch (Hg.), *Der utopische Staat*, Reinbek bei Hamburg 1960, S. 7-110, S. 18 (Vespucci), S. 59 (Kolonialismus), S. 80 (Sklaverei).

⁴¹ Vgl. Claire Jowitt, *The Culture of Piracy, 1580-1630. English Literature and Seaborne Crime*, Farnham 2010, S. 102.

⁴² John Locke, *Zwei Abhandlungen über die Regierung*, hg. v. Walter Euchner, Frankfurt a. M. 1977, S. 66 (Revolution); John Locke, *The Fundamental Constitutions of Caroline (1669)*, in: John Locke, *Political Writings*, hg. v. David Wootton, Indianapolis 1993, S. 210–232, hier S. 230.

⁴³ Vgl. Junius P. Rodriguez (Hrsg.), *Encyclopedia of Slave Resistance and Rebellion*, 2 Bde., Westport (Conn.) 2007.

Equianos ‚Interesting Narrative‘ niederschlug.⁴⁴ Es kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass die Crew eines englischen Sklavenschiffes während der Arbeit die ab Mitte des Jahrhunderts schnell populär werdenden Verse „Rule Britannia, rule the Waves; | Britons never will be Slaves“ anstimmte, ohne dabei in logische oder moralische Verwirrung zu geraten.⁴⁵

Daraus lässt sich indessen nicht einfach schließen, daß „Britons might never be slaves, but the liberty they treasured was rooted in slavery“.⁴⁶ Die Debatten um die verschiedenen Formen von Freiheitsbeschränkungen erstreckten sich in England über Jahrhunderte.⁴⁷ Sie erfolgten schon im 16. Jahrhundert vor dem Hintergrund einer Freiheitsideologie, die sich im Kontext der Vertreibung ehemals feudal gebundener Arbeitskräfte entfaltete – während sich zur gleichen Zeit ein koloniales System der Plantagenarbeit entwickelte, das auf Sklavenarbeit beruhte. Diese Arbeit war von Anfang an ethnisiert und erlaubte verschiedene Legitimationen, die schließlich in die Formulierung der Rassentheorie mündeten.

Die war keineswegs Resultat einer bloß ideologischen Operation, sondern wurde von der sozialen Ausgestaltung einer immer stärker von kapitalistischen Prinzipien durchdrungenen atlantischen Kolonialökonomie bestimmt. Unter ihren Vorzeichen enthielt Migration in die Kolonien für Arbeitskräfte aus den Metropolen (und sei es über das

⁴⁴ Vgl. Thomas Clarkson, *An Essay on the Slavery and Commerce of the Human Species, Particularly the African* [etc.], London 1786 u. Olaudah Equiano, *The Interesting Narrative of the Life of Olaudah Equiano, or Gustavus Vassa, the African. Written by Himself*, London 1789.

⁴⁵ *Alfred the Great, a Drama for Music*, London 1753, S. 32; zum Hintergrund vgl. Dustin Frazier Wood, *Alfred. A Masque and Anglo-Saxonist Patriotism in Britain, 1740–1773*, in: Peter Lindfield / Christie Margrave (Hg.), *Rule Britannia? Britain and Britishness 1707–1901*, Newcastle upon Tyne 2015, S. 121–142.

⁴⁶ Padraic X. Scanlan, *Slave Empire. How Slavery Built Modern Britain*, London 2020, S. 56.

⁴⁷ In Frankreich gab es zur selben Zeit eine vergleichbare Entwicklung. Schon in der Mitte des 16. Jahrhunderts erklärte Jean Bodin, „que l’esclave d’un estrange est franc & libre, si tost qu’il a mis le pied en France“. Wenige Jahre später verfügte 1571 das Parlement von Bordeaux, daß die von einem Sklavenhändler zum Verkauf ins Land gebrachten Sklaven frei wären und erklärte: „la France, la mère de liberté, ne permet aucuns esclaves“ (beide Äußerungen zit. n. Sue Peabody, *La question raciale et le „sol libre des France“: l’affaire Furcy*, in: *Annales. Histoire, Sciences Sociales*, 64, (2009), 6, S. 1305–1334, hier S. 1332).

Durchgangsstadium der Indentur) die Perspektive, noch bestehende Beschränkungen der Freiheit abwerfen zu können. Gleichzeitig war sie mit der Teilhabe am Recht der Inbesitznahme fremder Länder und der Versklavung fremder Ethnien verbunden. Zudem wirkte das Kolonialverhältnis auf die Ausgestaltung der heimischen Produktionsverhältnisse zurück und bestimmte über kurz oder lang auch die Wertbestimmung der Ware Arbeitskraft, die nach und nach durch den Konsum von Kolonialwaren mitbestimmt wurde. Dazu gehörten unter anderem Tee und Zucker.

Leinen gegen Tee

Marx war selbstverständlich klar, dass „Zucker“ zu den „exotischen Nahrungsmittel[n]“ gehörte.⁴⁸ Aber als er ihn während seiner Arbeiten am ‚Kapital‘ mit „Kaffee“ hin und her tauschte, interessierte ihn weder deren Produktion noch Konsumtion, sondern Ricardos „Unverständnis der Wertformen“.⁴⁹ Marx wusste auch um den kolonialpolitischen und sozialpolitischen Hintergrund „eines so unentbehrlichen Artikels wie Tee“,⁵⁰ der sich sogar in den staatlichen englischen „Klassenbudgets“ bei der „Herabsetzung der Taxen“ niederschlug.⁵¹ Aber das beschäftigte ihn bei seinen Überlegungen zur Wertbestimmung der Arbeitskraft nicht.

Unter den Gesichtspunkten einer Analyse von Rassismus hätte das freilich durchaus Sinne gemacht. Dabei geht es nicht um die Verbindung theoretischer Überlegungen mit alltäglichen Lebenswelten. David Harvey hat gemutmaßt, dass Marx' Theorie „um so mehr Hand und Fuß bekommt, wie seine abstrakten Analysen geerdet werden“ und das unter anderem mit „der langanhaltenden Bedeutung der Teepause für

⁴⁸ Karl Marx, Das Kapital 2, MEW 24, S. 317.

⁴⁹ Karl Marx, Theorien über den Mehrwert. Zweiter Teil, MEW 26.2, S. 167.

⁵⁰ Karl Marx, Die Revolution in China und Europa, in: MEW 9, S. 95-102, hier S. 99.

⁵¹ Karl Marx, Pfunde, Schillinge, Pennies: oder Klassenbudgets und wer hat den Nutzen davon, MEW 9, S. 62–66, S. 62 (‚Klassenbudgets‘) u. S. 65 (‚Taxen‘).

das Leben der britischen Arbeiterklasse“ illustriert.⁵² Diese Gewohnheit hing damit zusammen, dass der Tee in den Warenkorb der Unterschichten übergegangen war, dass es sich dabei um preisgünstigen schwarzen Tee handelte, dass der mit sehr viel Zucker gesüßt wurde und dass die Arbeiterinnen und Arbeiter sich dadurch zusätzliche Energie für die weitere Ausplünderung ihrer Arbeitskraft zuführten.

Während der Zeit, zu der Marx am ‚Kapital‘ arbeitete, fing der individuelle Zuckerkonsum in den Unterschichten an, den der Oberschichten quantitativ zu übersteigen.⁵³ Das war Resultat eines Prozesses, der deutlich früher begonnen hatte. Sidney Mintz verweist auf einen Autor, der sich schon um 1770 darüber echauffierte, dass die Insassen eines Armenhauses das wenige Geld, über das sie privat verfügen konnten, „sämtlich in Zucker und Tee“ anlegten.⁵⁴ Das lag unter anderem auch daran, dass ein Teil der Unterschichten, nämlich die große Schar des Dienstpersonals, zu diesem Zeitpunkt bereits regelmäßig in solchen Genuss kam: „Zweimal pro Tag gesüßter Tee war Mitte des 18. Jahrhunderts die Norm unter Dienstboten“.⁵⁵ Hundert Jahre später bemerkte Engels, „Tee“ gelte „in England“ als „notwendiges und unerläßliches Getränk“ und würde nur dort nicht getrunken, wo „die bitterste Armut“ herrscht.⁵⁶

In den Anfangskapiteln des ‚Kapitals‘ findet sich die relevante Referenz für die theoretische Auswertung der alltagsgeschichtlichen Bedeutung des britischen Tee-Zucker-Gebräus. „Arbeiter“ werden hier als eine „Race eigentümlicher Warenbesitzer“ bezeichnet, bei denen die „Wertbestimmung“ ihrer Ware ein „historisches und moralisches Element“ enthält: „Der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzes notwendigen Lebensmittel“ und hängt deswegen

⁵² David Harvey, *A Companion to Marx's Capital*. Volume Two, London 2013, S. 391.

⁵³ Vgl. David Brion Davis, *Inhuman Bondage. The Rise and Fall of Slavery in the New World*, Oxford 2006, S. 112.

⁵⁴ Sidney Mintz, *Die süße Macht. Kulturgeschichte des Zuckers*, Frankfurt a. M. 1985, S. 205.

⁵⁵ James Walvin, *Zucker. Eine Geschichte über Macht und Versuchung*, München 2020, S. 96.

⁵⁶ Friedrich Engels, *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen, MEW 2, S. 225–506, hier S. 303.

von „Lebensansprüchen“ der „Klasse der freien Arbeiter“ und die wiederum von „der Kulturstufe eines Landes“ ab.⁵⁷

Wie ‚Kulturstufe‘ und ‚Lebensansprüche‘ bestimmt werden, interessierte Marx in diesem Zusammenhang nicht. Es war ihm aber völlig klar, dass bei der Wertbestimmung der Arbeitskraft auch Kolonialwaren eine Rolle spielen konnten. Hinsichtlich der „Konsumtionsmittel, die in den Konsum der Arbeiterklasse eingehn“, sei es „ganz gleichgültig, ob ein solches Produkt, wie z.B. Tabak, vom physiologischen Standpunkt aus“ erforderlich sei; es reiche aus, „daß es gewohnheitsmäßig“ geschehe.⁵⁸ Das Zustandekommen solcher Gewohnheiten hing offensichtlich von der Verquickung der heimischen mit der kolonialen Wirtschaft ab.

Tabak wäre ein probates Produkt gewesen, das näher zu beleuchten – zumal Marx, selbst ein starker Raucher, ihn beim Verfertigen seines opus magnum in solchen Mengen konsumierte, dass er meinte: „Das ‚Kapital‘ wird mir nicht einmal so viel einbringen, als mich die Zigarren gekostet, die ich beim Schreiben geraucht“.⁵⁹ Grund dafür war nicht die Qualität, sondern die schiere Menge der Zigarren, die Marx verrauchte und die in der Regel billigen Tabak enthielten. Gleichwohl verschmähte er eine kubanische Zigarre nicht (und sei es auch nur, wenn ihm von Freunden im Scherz ein Imitat untergeschoben wurde).⁶⁰ In deren Produktion ging zu der Zeit, in der Marx am

⁵⁷ Karl Marx, Kapital 1, S. 185 f. Marx behält hier den sprachlichen Duktus bei, in dem es schon 1848 hieß: „Die Kosten, die der Arbeiter verursacht, beschränken sich [...] auf die Lebensmittel, die er zu seinem Unterhalt und zur Fortpflanzung seiner Race benötigt“ (Karl Marx / Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW 4, S. 459–493, hier S. 469). Das verweist nicht nur auf die späte Übernahme der Kategorie Rasse aus dem Französischen und Englischen ins Deutsche, sondern auch auf dabei immer noch mitschwingende ältere genealogische Reminiszenzen aus der Begriffsgeschichte des spanischen ‚razza‘ und auf die Überlagerungen der neuen rassentheoretisch unterlegten Dimensionen des Begriffs mit klassenspezifischen Bezügen – vgl. ausführlich Wulf D. Hund, Stichwort ‚Rasse‘. Anmerkungen zur Begriffsgeschichte, in: Karl Porges (Hg.), Den Begriff ‚Rasse‘ überwinden. Die ‚Jenaer Erklärung‘ in der (Hoch-)Schulbildung, 2 Bde., Bad Heilbrunn 2023, Bd. 1 [in Vorbereitung].

⁵⁸ Karl Marx, Kapital 2, S. 402.

⁵⁹ Paul Lafargue, Karl Marx. Persönliche Erinnerungen. Teil I, in: Die Neue Zeit, 9, (1890/91), 1, S. 10–17, hier S. 11

⁶⁰ Vgl. Wilhelm Liebknecht, Karl Marx. Biographical Memoirs, Chicago 1906, S. 152 f.

Kapital arbeitete, auch die Arbeit von Sklavinnen und Sklaven ein.⁶¹ Über ihre Lage hatte Marx fürs ‚Kapital‘ exzerpiert, es sei „heutzutage in Kuba, [...] wo wir bei der Sklavenklasse außer der größten Nahrung, der erschöpfendsten und unablässigsten Plackerei einen großen Teil durch die langsame Tortur von Überarbeit und Mangel an Schlaf und Erholung jährlich direkt zerstört sehn“.⁶²

Im Übrigen war der Anbau von Tabak in den amerikanischen Kolonien nicht nur ein entscheidender Motor der Entwicklung des britischen Empires.⁶³ Er prägte auch nachhaltig die soziale Struktur der Kolonien, in denen er angebaut wurde, trug zur sozialen Differenzierung der Kolonisten einschließlich der Herausbildung einer Pflanzergarchie bei und beförderte auf der Grundlage zunehmender Sklavenarbeit die Entwicklung rassistischer Vergesellschaftung und des Rassedenkens. Erst sehr viel später sollte sich das in der Einsicht niederschlagen, dass auf den Tabakplantagen Virginias eine neue Form von Rassismus etabliert wurde. Vor dem Hintergrund von kolonialem Landraub und vermehrtem Einsatz von Sklavenarbeit wurde Rassismus zum sozialen Bindemittel, das „dangerous free whites from dangerous

⁶¹ Vgl. Charlotte A. Cosner, *The Golden Leaf. How Tobacco Shaped Cuba and the Atlantic World*, Nashville 2015, S. 52.

⁶² Karl Marx, *Kapital* 1, S. 281. Die Lage der Sklavinnen und Sklaven unterschied sich je nach Beschäftigung durchaus. Bei der Zigarrenherstellung wirkten zum Beispiel freie, abhängige und versklavte Arbeitskräfte zusammen. Sie kamen auch gemeinsam in den Genuss der ‚lectura‘, des Vorlesens aus Büchern und Zeitschriften während der Arbeit, das nach einem erfolgreichen Streik erstmals eingerichtet wurde (vgl. Joan Casanovas, *The Cuban Labor Movement of the 1860s and Spain’s Search for a New Colonial Policy*, *Cuban Studies*, 25, (1995), S. 83–99, speziell S. 90 f.). Im zehnjährigen Krieg, der 1868 begann und schließlich zur Unabhängigkeit führte, durchkreuzten und überlagerten sich dann verschiedene Perspektiven des Kampfes für Unabhängigkeit, der Klassenkämpfe und des Kampfes gegen die Sklaverei, in dem sich auch die Sklavinnen und Sklaven nicht einheitlich verhielten (vgl. Karen Robert, *Slavery and Freedom in the Ten Years’ War, Cuba, 1868–1878, Slavery and Abolition*, 13, (1992), 3, S. 181–200 u. Ada Ferrer, *Insurgent Cuba. Race, Nation and Revolution, 1868–1898*, Chapel Hill). Aber Marx’ Interesse richtete sich nicht auf die zeitgenössischen ‚Klassenkämpfe in Kuba‘.

⁶³ Vgl. Russell R. Menard, *British Empire*, in: Jordan Goodman (Hg.), *Tobacco in History and Culture. An Encyclopedia*, Bd. 1, Detroit 2005, S. 96–101 u. Fredrik Albritton Jonsson, *Natural History and Improvement. The Case of Tobacco*, in: Philip J. Stern / Carl Wennerlind (Hg.), *Mercantilism Reimagined. Political Economy in Early Modern Britain and Its Empire*, Oxford 2014, S. 117–133.

slave blacks“ durch einen „screen of racial contempt“ trennte: „lumping Indians, mulattoes, and Negroes in a single pariah class, [...] paved the way for a similar lumping of small and large planters in a single master class“. ⁶⁴

Doch koloniale Beziehungen und Waren spielten bei Marxens Erörterungen der grundlegenden Strukturen und Gesetze des Kapitalverhältnisses keine eigenständige Rolle – auch wenn sie sich massiv in den Beispielen zu deren Erläuterung niederschlugen. Die beginnt in gleichsam vorkolonialer Unschuld mit der Verdeutlichung des Doppelcharakters der Arbeit und der einfachen Wertform. Über viele Seiten hinweg stehen sich unterschiedlich viele Ellen Leinwand und unterschiedlich viele Röcke gegenüber. ⁶⁵ Erst mit der „entfaltete[n] Wertform“ ändert sich das Bild. Jetzt kommen mehrere Waren zusammen und dabei direkt nach Leinwand und Rock zwei aus dem Kolonialhandel. Die Gleichung lautet auf „20 Ellen Leinwand = 1 Rock oder = 10 Pfd. Tee oder = 40 Pfd. Kaffee [...] oder = etc.“ ⁶⁶ Selbst das koloniale Produkt, das unter brutalsten Verhältnissen aus der Arbeit von Sklavinnen und Sklaven gepresst wurde und den arbeitenden Klassen Europas in wachsendem Ausmaß ihre Ausbeutung versüßte, hat zuvor einen kurzen Auftritt. Aber der „Zuckerhut“ soll im Vergleich zu „Eisen“ das Messen von „Schwere“ verdeutlichen, ist also sichtlich nicht zum Verzehr gedacht, sondern dient lediglich der Illustration. ⁶⁷

Tee, Kaffee und Zucker stammten zu der Zeit, in der Marx am ‚Kapital‘ arbeitete, noch zu erheblichen Teilen aus der Arbeit versklavter

⁶⁴ Edmund S. Morgan, *American Slavery, American Freedom. The Ordeal of Colonial Virginia*, New York 2003 (1. Aufl. 1975), S. 328 u. S. 386 (diese Formulierung verweist nebenbei ebenfalls auf die enge Verbindung klassenspezifischer und rassenbezogener Diskriminierung, buchstabiert diese allerdings nicht aus, denn die ‚single master class‘ bestand tatsächlich aus unterschiedlichen Klassenelementen und war eine der Vorstufen jenes sozialen Aggregats, das um einiges später ‚Herrenrasse‘ genannt werden sollte – vgl. Fn. 82); siehe auch Timothy H. Breen, *Tobacco Culture. The Mentality of the Great Tidewater Planters on the Eve of Revolution*. With a new preface by the author, Princeton 2001 u. Allan Kulikoff, *Tobacco and Slaves. The Development of Southern Cultures in the Chesapeake, 1680–1800*, Chapel Hill 1986.

⁶⁵ Vgl. Karl Marx, *Kapital 1*, S. 62–76.

⁶⁶ Ebd., S. 77.

⁶⁷ Ebd., S. 71.

oder unfreier Menschen. In Kuba, das nach der Revolution in Haiti zur führenden Zuckerinsel aufstieg, wurde die Sklaverei erst 1886 offiziell abgeschafft.⁶⁸ Brasilien entwickelte sich im 19. Jahrhundert zum größten Lieferanten von Kaffee für den Weltmarkt und die dortigen Plantagenbesitzer beuteten noch in den 1880er Jahren Sklavinnen und Sklaven aus.⁶⁹ Und zur Produktion von Tee wurden unter britischer Herrschaft unzählige indische Kleinbauern und Landarbeiter in ‚Coolies‘ verwandelt, die von ihren Ausbeutern nicht anders betrachtet wurden, als die Sklaven in den Südstaaten der USA von den dortigen Plantagenbesitzern.⁷⁰

Marx war das alles bekannt.⁷¹ Während aber Produkte der kolonialen Plantagenökonomie als Staffage bei der Herleitung des Wertbegriffs mitspielen dürfen, ist das mit den dabei versklavten und ausgebeuteten Produzenten nicht der Fall. Wo von Sklaverei die Rede ist, findet sie in der Antike statt: Aristoteles konnte die Grundlage der Wert-äquivalenz nicht erkennen, „weil die griechische Gesellschaft auf der Sklavenarbeit beruhte“ und „die Ungleichheit der Menschen und ihrer Arbeitskräfte zur Naturbasis hatte“. Wo Sklaverei hingegen eine zentrale zeitgenössische Rolle spielte, da wird sie ausgeblendet: die Behandlung der „politischen Ökonomie“ der „Robinsonaden“ kommt ohne ‚Freitag‘ aus.⁷²

Das kann man noch nicht einmal als ironische Abfertigung der liebsten Camouflage bürgerlicher Ökonomen für die Raubzüge gegen die

⁶⁸ Vgl. Dale W. Tomich, *World Slavery and Caribbean Capitalism. The Cuban Sugar Industry 1760–1868, Theory and Society*, 20, (1991), 3, pp. 297–319 u. Laird Bergad, *The Comparative Histories of Slavery in Brazil, Cuba, and the United States*, Cambridge 2007.

⁶⁹ Vgl. Rafael de Bivar Marquese, *African Diaspora, Slavery, and the Paraíba Valley Coffee Plantation Landscape*, *Review [of the Fernand Braudel Center]*, 31, (2008), 2, pp. 195–216, hier S. 195 u. Robert Conrad, *The Destruction of Brazilian Slavery 1850–1888*, Berkeley 1972, S. 131.

⁷⁰ Vgl. Nitin Varma, *Coolies of Capitalism. Assam Tea and the Making of Coolie Labour*, Berlin, S. 42 u. Andrew B. Liu, *Tea War. A History of Capitalism in China and India*, New Haven, S. 133.

⁷¹ Vgl. Michael Zeuske, *Karl Marx, Sklaverei, Formationstheorie, ursprüngliche Akkumulation und Global South. Eine globalhistorische Skizze*, in: Felix Wemheuer (Hg.), *Marx und der globale Süden*, Köln 2016, S. 96–144.

⁷² Karl Marx, *Kapital* 1, S. 74 (Aristoteles), 90 f. (Robinson).

Allmende in der Heimat und fremdes Eigentum wie dessen Besitzer in der Fremde durchgehen lassen. Denn Daniel Defoes ‚Robinson‘ lieferte gewissermaßen den sozialökonomischen Ergänzungsband zu John Lockes gesammelten Werken. Und in dem wurde, anders als bei Locke selbst, der Zusammenhang von Sklavenarbeit und eigener Arbeit nicht verschwiegen.

Nur um das allen in Erinnerung zu bringen, denen es im Nebel ihrer Jugenderinnerungen oder ihrer scholastischen Marxlektüre womöglich entfallen ist: Robinson ist Plantagenbesitzer in Brasilien, als er sich zu seiner im Debakel endenden Schiffsreise aufmacht. Er baut Zuckerrohr und Tabak an und beutet Indenturarbeiter und Sklaven aus. Um seine Geschäfte auszuweiten, beschließt er, sich als Sklavenhändler „einem Gewerbe“ zu widmen, „das damals noch nicht sehr weit verbreitet war“: dem „Negerkauf“.⁷³

Auf dem Weg nach Afrika erleidet er Schiffbruch und strandet auf einer einsamen Insel. Nach jahrelangem ideologischen Theater, das sein Autor dort zum Lob eigener Arbeit inszeniert, lässt er ihn retten und nach England zurückkehren. Dabei stellt sich heraus, dass seine brasilianische Plantage von seinen Freunden treuhänderisch verwaltet worden war und ihn zum reichen Mann gemacht hatte. Sie schickten ihm „zwölfhundert Kisten Zucker, achthundert Rollen Tabak und den Rest des Guthabens in Gold“. Er war „Herr über mehr als fünfzigtausend Pfund Sterling in Bargeld“ und hatte zudem in Brasilien eine Plantage, die „im Jahr über tausend Pfund einbrachte, ebenso wie ein Landgut in England dies getan hätte“.⁷⁴

Dass dieser Reichtum nicht aus eigener Arbeit stammte, ist offensichtlich. Dafür, dass er, obwohl durch Sklavenarbeit entstanden, gleichwohl legitim sein sollte, hatte Defoe seinen Helden nicht in einer brasilianischen Hängematte herumklümmeln, sondern unermüdlich

⁷³ Daniel Defoe, Robinson Crusoe. Zwei Teile in einem Band, München 1997, S. 55 (Robinsons Plantage), 56 („Negerkauf“).

⁷⁴ Daniel Defoe, Robinson Crusoe, S. 382; zum Folgenden siehe S. 279 („Sklave“), 284 („Leinwand“); vgl. Wulf D. Hund, Crusoes Kreuzzug. Marginalie zum Krieg gegen den Teufel bei Daniel Defoe, *Das Argument*, 56, (2014), 5 (310), S. 703–714.

Schuarbeiten verrichten lassen und das auch gleich noch mit der Legitimation der Sklaverei verbunden. Freitag wird von Robinson nicht gekauft, sondern vor seinen kannibalischen Stammesgenossen gerettet und unterwirft sich ihm daraufhin selbst „für immer“ als „Sklave“.

Bei Freitags anschließender Zivilisierung kommt übrigens auch Leinen zum Einsatz, denn er war, wie es sich für einen Wilden gehört, nackt und musste eingekleidet werden. Dazu bekam er eine „Leinenhose“ aus den Beständen, die Robinson aus dem Schiffswrack geborgen hatte. Tatsächlich spielte Leinen eine nicht unerhebliche Rolle in der Kolonialökonomie. Es wurde, wie etwa in Schlesien, kostengünstig von unfreien Arbeitskräften produziert und in der Karibik, den Amerikas – und in Afrika gehandelt, wo es nicht etwa gegen Röcke, sondern gegen Sklaven getauscht wurde.⁷⁵

Die wiederum wurden von ihren späteren Besitzern auch in Leinen gekleidet. Thomas Jefferson verzeichnete für Dezember 1794 in seinem ‚Farm Book‘ für erwachsene Haussklaven beiderlei Geschlechts „Irish linen“ und für die im Haus beschäftigten Knaben sowie über 90 versklavte Handwerker und Landarbeiter billigere „oznabrics“. Das war einfaches Leinen, das nach einem seiner deutschen Umschlagplätze, Osnabrück, benannt wurde.⁷⁶ „Oznabrig“ gehörte ebenfalls zu den Stoffen, die George Washington an die versklavten Menschen auf seinem Besitz verteilte.

Im Rahmen der atlantischen Versklavungsökonomie hatte selbst das Leinen nichts von dem handwerklichen Charme, mit dem Marx zur Bebilderung der einfachen Wertform Produkte des Webens und Schneiderns gegeneinander austauscht. Dass sich anschließend Tee und Kaffee in den Fundus seiner Beispiele drängen, er aber bei seinem

⁷⁵ Siehe Anka Steffen / Klaus Weber, Spinning and Weaving for the Slave Trade. Proto-Industry in Eighteenth-Century Silesia, in: Felix Brahm, Eve Rosenhaft (Hg.), Slavery Hinterland. Transatlantic Slavery and Continental Europe, 1680–1850, Woodbridge 2016, S. 87–107.

⁷⁶ Die Einträge finden sich auf den Seiten 41 und 42 des ‚Farm Book‘ – [https://www.masshist.org/thomasjeffersonpapers/doc?id=farm_41&mode=lgImg]; zu den folgenden Angaben für Washington siehe [<https://www.mountvernon.org/library/digitalhistory/digital-encyclopedia/article/slave-clothing/>].

Robinson-Referat gleichwohl auf die bloße Erwähnung der Sklaverei verzichtet, verweist zwar darauf, dass seine „Methode, vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen“, an dieser Stelle noch mit der Erläuterung elementarer Kategorien befasst ist, während „Austausch der Nationen und Weltmarkt“ ganz am Ende dieser argumentativen Kette stehen.⁷⁷

Aber wenn sich trotzdem dort gehandelte Waren auf früheren Stufen der Darstellung bemerkbar machen, evoziert das zumindest aus rassistusanalytischer Perspektive die Frage, ob beim Abstrahieren womöglich etwas übersehen wurde. Sie wird durch den weiteren Fortgang der Argumentation des ‚Kapitals‘ noch verschärft. Da spielt nämlich „Garn aus amerikanischer Baumwolle“⁷⁸ eine bedeutende Rolle.

König Baumwolle

Hinsichtlich der Bedeutung von Baumwolle für die industriekapitalistische Entwicklung hatte Marx schon früh keinerlei Zweifel: „Die direkte Sklaverei ist der Angelpunkt der bürgerlichen Industrie, ebenso wie die Maschinen etc. Ohne Sklaverei keine Baumwolle, ohne Baumwolle keine moderne Industrie“.⁷⁹ Dieser Zusammenhang wird auch noch im ‚Kapital‘ betont, wo „Sklaverei“ als „die einzige naturwüchsige Grundlage des Kolonialreichtums“ gilt. Damit verbunden ist der Hinweis, dass koloniale Sklaverei Grundlage der Ausbeutung von Lohnarbeit in der Metropole ist – und zwar nicht nur als historische Voraussetzung, sondern als Teil der sozialökonomischen Beziehungen kapitalistischer Produktion, weil „die Baumwollindustrie“ in England „den Anstoß zur Verwandlung der [...] Sklavenwirtschaft in den Vereinigten Staaten in ein kommerzielles Exploitationssystem“ gegeben hat.⁸⁰

⁷⁷ Karl Marx, Ökonomische Manuskripte 1857/1858, MEW 42, S. 35.

⁷⁸ Karl Marx, Kapital 1, S. 233.

⁷⁹ Karl Marx, Das Elend der Philosophie, MEW 4, S. 63–182, hier S. 132.

Angesichts dieser Einschätzung ist es kein Wunder, dass Baumwolle eine bedeutende Rolle als Beispiel für die Erläuterung zentraler Elemente kapitalistischer Produktion spielt. Einen ersten größeren Auftritt hat sie im Abschnitt über den ‚Verwertungsprozeß‘. Dort geht es allerdings nur um ihre Verarbeitung, also „den Wertteil, welchen die Arbeit des Spinners [...] der Baumwolle zusetzt“. Ihre Erzeugung durch versklavte Arbeit steht nicht zur Debatte, weil sie „im Garn enthalten“, „vergangene Arbeit“ ist.

Auch die anschließende Diskussion des ‚Exploitationsgrades der Arbeit‘ nutzt das Beispiel Baumwolle, spielt sich aber ausschließlich bei deren Verarbeitung in einer englischen Spinnerei ab. In einer Fußnote zur zweiten Auflage weist Marx darauf hin, dass ihm die entsprechenden Fakten „von einem Manchester Fabrikanten“ geliefert wurden. Der hieß Friedrich Engels und beutete zu diesem Zeitpunkt fast 800 Arbeitskräfte aus. Die große Mehrzahl von ihnen (nämlich fast 600) waren Frauen.⁸¹

Sie verarbeiteten einen Rohstoff, der bis vor kurzem überwiegend aus den Vereinigten Staaten bezogen und dort vor dem Bürgerkrieg von versklavten Arbeitskräften produziert worden war. Über seine Bedeutung für den kapitalistischen Weltmarkt waren sich Befürworter wie Gegner der Sklaverei einig. David Christy, Propagandist der ‚American Colonization Society‘, die freie Schwarze nach Afrika zurückbringen wollte, verwies darauf, dass „Sklaverei kein isoliertes System, sondern mit dem Welthandel verbunden“ sei und der Reichtum des abolitionistischen Britanniens auf „Beschaffung und Verarbeitung von Baumwolle aus Sklavenarbeit“ beruhe.⁸²

⁸⁰ Karl Marx, Kapital 1, MEW 23, S. 795 (‚naturwüchsige Grundlage‘), S. 787 (‚kommerzielles Exploitationssystem‘); die folgenden Zitate finden sich S. 203 (‚Arbeit des Spinners‘), S. 202 (‚vergangene Arbeit‘), S. 233 (‚Manchester Fabrikant‘).

⁸¹ Cf. Michael Knieriem, Die Firma ‚Ermen & Engels‘ in Manchester und Engelskirchen im 19. Jahrhundert, in: Marx-Engels-Jahrbuch, 10, 1986, S. 211–234, hier S. 219; dass „Engels provided Marx with an imitable understanding of the cotton industry“ ist vielfach betont worden (Tiago Mata / Robert Van Horn, Capitalist Threads. Engels the Businessman and Marx’s Capital, History of Political Economy, 49, (2017), 2, S. 207–232, hier S. 217).

Vor diesem Hintergrund plädierten die Plantagenbesitzer in den Südstaaten der USA ungerührt für die Beibehaltung dieses ‚Systems‘. Einer von ihnen war George Fitzhugh, der auf einer Plantage aufgewachsen war, selbst Sklaven besaß, eine Plantagenbesitzerin heiratete, als Anwalt arbeitete und sich politisch als Propagandist der Sklaverei engagierte.⁸³

Ihm galten Afrikaner als so „ignorant“, dass sie ohne weiße Anleitung nichts zustande brächten. Als Beispiel dafür verwies er auf „Hayti“ und „die Demoralisierung seiner einst brauchbaren und profitablen aber jetzt nutzlosen Wilden“. ⁸⁴ Diese wären in den USA durch ihre Versklavung Grundlage von „Wachstum, Wohlstand und wirklicher Zivilisation in Europa und dem Norden“ Amerikas geworden. Nur „der afrikanische Sklavenhandel“ könne verhindern, dass „weiße Arbeiter“ der „weißen Sklaverei des Kapitals“ verfallen. Deren „dauerhafte Beschäftigung zu hohen Löhnen“ könne nur durch „Fußfesseln“ für den „faulen, wilden, kannibalischen Neger“ gesichert werden. Allein in England hingen vier Millionen Arbeitskräfte von der Baumwolle ab, ohne welche die Industrie zum Stillstand käme.⁸⁵

Im übrigen verbürge die Versklavung von Schwarzen den sozialen Frieden unter Weißen. Durch die Existenz schwarzer Sklaven fühlten sich die Weißen insgesamt erhöht und könnten sich, wie einst die Bürger Athens und Roms, als „privilegierte Klasse“ betrachten.⁸⁶ Das würde Wohlstand und sozialen Frieden sichern, es gäbe, „keinen Pöbel, keine Gewerkschaften, keine Streiks für höhere Löhne, keinen be-

⁸² [David Christy], *Cotton is King, or the Culture of Cotton and the Relation to Agriculture, Manufacturers and Commerce; the Free Colored People; and Those who hold that Slavery is in itself Sinful. By an American*, Cincinnati 1855, S. 37 (‚Welthandel‘), 179 (‚Sklavenarbeit‘).

⁸³ Vgl. Harvey Wish, *George Fitzhugh. Propagandist of the Old South*, Gloucester 1962 (1. Aufl. 1943).

⁸⁴ George Fitzhugh, *The Great Central Belt of Trade and Commerce*, in: *The Southern Magazine*, 4, (1872), 3, S. 270–275, hier S. 275.

⁸⁵ George Fitzhugh, *The Conservative Principle: or, Social Evils and Their Remedies*, *De Bow's Review*, 22, (1857), 4, (Teil 1), S. 419–430 und 22, 1857, 5, (Teil 2), S. 449–462, S. 451 f. (‚Wachstum‘, ‚Fußfesseln‘, ‚Baumwolle‘), S. 459 (‚weiße Sklaverei‘).

⁸⁶ George Fitzhugh, *Sociology for the South, or the Failure of Free Society*, Richmond 1854, S. 93 (‚privileged class‘).

waffneten Widerstand gegen das Gesetz“, sondern „nur etwas Neid auf die Reichen seitens der Armen“. In einer „Sklavengesellschaft“ würde kein „weißer Mann“ einen anderen „als minderwertig behandeln“, weil alle zur selben Rasse, der „master race“ zählten: sie „gehören zur Herrenrasse“.⁸⁷

Angesichts der wachsenden Kritik an der Sklaverei und erst recht während des Bürgerkrieges wurden aber auch andere Überlegungen angestellt. Sie kreisten, wie in einem Pamphlet Edward Atkinsons, um die Frage ‚Cheap Cotton by Free Labor‘. Um zu überleben, müssten die ehemaligen Sklaven arbeiten, hieß es da. Wenn sie aber wirklich so faul wären, wie ihnen nachgesagt werde, dann solle man sie „verhungern und sich selbst ausrotten“ und so „die Negerfrage beseitigen“ lassen. Baumwolle könnte auch von Weißen günstig produziert werden. Schon heute lebten in den Südstaaten zahlreiche Weiße von eigener Landarbeit. Zwar wären sie „poor white trash“, aber nur, weil Sklavenhalter das beste Land okkupierten und die armen Weißen an nicht anderes dächten, als wie sie an Sklaven kommen könnten. Hätten sie gutes Land und gäbe es keine Sklaverei mehr, würden sie zu einer „anständigen und geachteten Klasse weißer Arbeiter“ werden. Entsprechendes Land stünde auch in großen Mengen zur Verfügung: zum Beispiel in Texas. Stellte man dort genügend Land für weiße Siedler bereit, könnte die „Sklaverei in den alten Sklavenstaaten“ einem „friedvollen Tod“ entgegengehen.⁸⁸

Texas war erst wenige Jahre zuvor annektiert worden. Das führte nicht nur zum Krieg mit Mexiko, das sich selbst als rechtmäßiger Eigentümer sah. Es brachte auch Kriege mit den indigenen Völkern mit

⁸⁷ George Fitzhugh, *Sociology for the South*, S. 253 (‚Gewerkschaften‘); George Fitzhugh, *Cannibals all! or Slaves Without Masters*, Richmond 1857, S. 220, (‚Sklavengesellschaft‘ etc.), S. 246 (‚Herrenrasse‘ – auch hier überlagern sich die Kategorien ‚privileged class‘ und ‚master race‘); vgl. Wulf D. Hund, *Racism in White Sociology. From Adam Smith to Max Weber*, in: Wulf D. Hund, Alana Lentin (Hg.), *Racism and Sociology*, Münster 2014, S. 23–67, hier S. 36–40.

⁸⁸ [Edward Atkinson], *Cheap Cotton by Free Labor. By a Cotton Manufacturer*, Boston 1861, S. 6 (‚verhungern‘, ‚beseitigen‘), S. 10 (‚poor white trash‘), S. 13 (‚weiße Arbeiter‘), S. 24 ff. (Texas), 31 (‚friedvoller Tod‘).

sich, deren Verhältnis keineswegs frei von Konflikten war.⁸⁹ Sie endeten erst 1875 – da war die zweite, noch von Marx selbst bearbeitete Auflage des Kapitals bereits seit drei Jahren auf dem Markt. Atkinson, selbst Baumwollfabrikant, war Gegner der Sklaverei, entschiedener Verfechter des Freihandels und sollte sich später der ‚American Anti-Imperialist League‘ anschließen. Ohne mit deren Begriff vertraut zu sein, empfahl er hier ungeniert die entschlossene Weiterführung der ursprünglichen Akkumulation durch die Versorgung weißer Siedler (nicht etwa befreiter Sklaven) mit dem Land indigener Amerikaner.

Atkinson beteiligte sich aber auch an weiterreichenden Überlegungen zur zukünftigen Versorgung mit Baumwolle. Dabei lobte er die Anstrengungen des osmanischen Gouverneurs von Ägypten, Muhammed Said Pascha, sein Land zu einer führenden Nation des Anbaus und Exports von Baumwolle zu machen. Was er dabei verschwieg, waren „Zwang und Gewalt, die auf die ländlichen Regionen Ägyptens niedergingen und zusätzlich den Import von Sklaven aus dem Sudan einschlossen“.⁹⁰ Hier wurde nicht nur die Produktion von Baumwolle durch Sklavenarbeit fortgesetzt. Vor allem wurde eine gewaltige Zahl von Fellachen aus der Subsistenzwirtschaft in ein Zwangsarbeitsverhältnis zur Warenproduktion für den Weltmarkt gezwungen.

Vergleichbare Entwicklungen gab es in Anatolien und Algerien, in Mexiko und Peru, in Australien, Brasilien und China. In fast allen Fällen war die Entwicklung mit Zwang gegenüber der ländlichen Bevölkerung verbunden. Das traf auch für Indien zu, dessen Baumwollproduktion die britische Kolonialmacht während des amerikanischen Bürgerkrieges mit allen Mitteln zu erhöhen suchte. Dazu gehörte neben der Erschließung neuen Landes die Umwandlung bisherigen Kultur-

⁸⁹ Vgl. Pekka Hämäläinen, *The Comanche Empire*, New Haven 2008.

⁹⁰ Sven Beckert, *Empire of Cotton. A Global History*, New York 2015, S. 256. Zu Atkinsons entsprechender Schrift siehe [Edward Atkinson], *The Future Supply of Cotton*, in: *North American Review*, 98, (1864), 203, S. 477–497. Zur Zunahme von Sklavenarbeit in Zusammenhang mit der Ausweitung der Baumwollproduktion in Ägypten siehe Mohamed Saleh, *The Cotton Boom and Slavery in Nineteenth-Century Rural Egypt*, Manuskript 2015 (https://pseweb.eu/ydepot/seance/257_SAL2015COT.pdf).

landes in Baumwollpflanzungen, die Verwandlung einer auf Eigenbedarf gerichteten Produktion in eine für den internationalen Handel, die Veränderung von Gesetzen zugunsten der Baumwollindustrie und die Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen für die Verbesserung der Transportwege. Im Zusammenhang mit schwankenden Weltmarktpreisen für Baumwolle führte das zur wachsenden ökonomischen Abhängigkeit der ländlichen Produzenten bis hin zur Schuldknechtschaft.⁹¹

Das galt auch für die Südstaaten der USA nach dem Bürgerkrieg. Zwar scheiterte der Versuch der Baumwollproduzenten, die ehemaligen Sklaven als billige Lohnarbeiter auf die Plantagen zurückzubringen. Statt dessen setzte sich das System des sharecroppings durch, eine „Form der Arbeitsorganisation“, die „als Zwischenglied zwischen ländlicher Leibeigenschaft und Sklaverei und der vollständigen Kommodifizierung agrarischer Arbeitskraft gesehen werden kann“.⁹² Die entsprechenden Verträge zeigten unterschiedliche Formen der Abhängigkeit.⁹³ In sie gerieten auch immer mehr weiße Arbeitskräfte. Trotzdem mussten sich die schwarzen sharecroppers alleine organisieren – wie etwa in der ‚Colored Farmer’s Alliance‘, die um 1890 weit mehr als eine Million Mitglieder hatte. Die weißen sharecroppers befanden sich zwar in einer vergleichbaren ökonomischen Lage, machten

⁹¹ Vgl. Sven Beckert, *Empire of Cotton*, S. 252 f. (Gesetze, Infrastruktur), 299 ff. (Schuldknechtschaft). Weil auf Grund der gewandelten Infrastruktur jetzt neben der Baumwolle auch Lebensmittel wie Getreide und Reis zunehmend für den Export produziert wurden, kam es im Zusammenhang mit Agrarkrisen zu extremen Hungersnöten – während der späten 1870er Jahre starben in Indien zwischen 6 und 10 Millionen Menschen (vgl. S. 337).

⁹² Robert Pearce, *Sharecropping. Towards a Marxist View* in: Terence J. Byres (Hg.), *Sharecropping and Sharecroppers*, London 1983, S. 40–69, hier S. 43. Norbert Finzsch, *The End of Slavery, the Role of the Freedman’s Bureau and the Introduction of Peonage*, in: Ulrike Schmieder / Katja Füllberg-Stolberg / Michael Zeuske (Hg.), *The End of Slavery in Africa and the Americas. A Comparative Approach*, Münster 2011, S. 141–164, hier S.142, spricht in diesem Zusammenhang von einem „oxymoron, a hybrid system of ‚compulsory free labour‘“.

⁹³ Vgl. Ralph Shlomowitz, *The Origins of Southern Sharecropping*, in: *Agricultural History*, 53, (1979), 3, S. 557–575.

aber ‚Rasse‘ zu einem Abgrenzungskriterium, das anstelle von Solidarität das Szenario eines „labor race war“ heraufbeschwor.⁹⁴

Die Erweiterung des Baumwollhandels nach dem Bürgerkrieg war auch Thema für den deutschen Kolonialismus. In sämtlichen Kolonialgebieten wurde mit Baumwollanbau experimentiert. Am besten geeignet erschien schließlich Togo. Hier sollten Anbaugebiete für den deutschen Markt erschlossen und effektiviert werden.⁹⁵ Dazu wurde die Expertise schwarzer Fachleute aus den USA eingeholt. Sie waren Söhne ehemaliger Sklaven und sollten im Auftrag von Booker T. Washington in Togo „die Möglichkeit einer rationellen Baumwollkultur als Eingeborenenkultur“ erkunden.⁹⁶

Baumwolle war in Togo schon lange Bestandteil einer auf Eigenbedarf und moderaten Warentausch angelegten landwirtschaftlichen Mischkultur. Das eigensinnige und widerständige Festhalten der Bäuerinnen und Bauern an dieser Produktionsweise erschwerte den deutschen Kolonialversuch. Dabei hatte Karl Supf, Baumwollfabrikant und Präsident des ‚Kolonialwirtschaftlichen Komitees‘, schon früh darauf

⁹⁴ Steven Anthony, *The Elaine Riots of 1919. Race, Class, and Labor in the Arkansas Delta*, PhD dissertation, University of Wisconsin 2019, S. 88 (‚Alliance‘). S. 94 (‚labor race war‘).

⁹⁵ In diesem Kontext überlagerten sich auch unterschiedliche Rassismen – etwa wenn sich der rabiate Antisemit und zwischenzeitliche Baumwollpflanzer in Togo, Ernst Henrici, Gedanken über die zivilisierende Wirkung harter Arbeit machte (vgl. Simone Beate Borgstede, *Dr Ernst Henrici. Just a ‚well-known arsonist‘ of the German Kaiserreich or Foreman in the Production of an Aryan ‚Volksgemeinschaft‘?*, in: Geraldine Horan / Felicity Rash / Daniel Wildmann (Hg.), *English and German Nationalist and Anti-Semitic Discourse, 1871–1945*, Bern 2013 S. 163–181). Henrici kam dabei zu dem Ergebnis, dass Juden dazu völlig ungeeignet wären, Schwarze, vor allem wenn sie unter deutscher Anleitung zur Arbeit angehalten würden, aber sehr wohl. Sie hätten Ausdauer und schafften, was „kaum irgend ein anderer Arbeiter verrichten könnte“. Allerdings fehlte ihnen „der Gedanke an die Zukunft“ und, damit verbunden, „die Stetigkeit der Arbeit“ (Ernst Henrici, *Deutsche Neger*, in: *Die Grenzboten*, 50, (1891), 4, S. 222–229 u. 255–262, hier S. 225). Was die Baumwollproduktion anbelangte, so ging Henrici davon aus, dass sie in Togo gut florieren müsste, empfahl aber, für die maschinelle Verarbeitung „erfahrene Deutsch-Texaner anzustellen“, „tüchtige und ruhige Leute, die daran gewöhnt sind, mit Negern zu arbeiten“ (Ernst Henrici, *Der Baumwollanbau in den deutschen Kolonien*, in: *Der Tropenpflanzer*, 3, (1899), 11, S. 535–548, hier S. 545).

⁹⁶ Sven Beckert, *Von Tuskegeee nach Togo. Das Problem der Freiheit im Reich der Baumwolle*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, (2005), 31, S. 505–545, hier S. 505; vgl. ausführlich Andrew Zimmerman, *Alabama in Africa. Booker T. Washington, the German Empire, and the Globalization of the New South*, Princeton 2010.

hingewiesen, dass es zu dessen erfolgreicher Umsetzung erforderlich wäre, „die Eingeborenen zur Arbeit zu erziehen“ und „in wirtschaftliche Abhängigkeit von uns zu bringen“. Dazu könnte auch „ein gelinder Druck der Regierung durch eine Kopf- oder Hüttensteuer, zahlbar u. a. auch in Baumwolle“, dienen.⁹⁷ Als das nicht ausreichte, ging die Kolonialverwaltung zu immer drastischeren Zwangsmaßnahmen über, zu denen schließlich selbst „Auspeitschungen für einheimische Pflanzer“ gehörten, „die gegen die Vorschriften verstießen“.⁹⁸ Aufgrund des Beharrens der einheimischen Bevölkerung auf hergebrachten Anbaumethoden wurde sogar eine „Massensiedlung von amerikanischen Baumwollnegern in den deutschen Kolonien“ ins Auge gefasst.⁹⁹

Im Unterschied zu den deutschen Bemühungen in Togo gelang dem Russischen Reich in Zentralasien die Umwandlung einer ursprünglich in Subsistenzwirtschaft integrierten Anpflanzung von Baumwolle in eine schließlich von Naturalpächtern betriebene Monokultur.¹⁰⁰ Schon während früher Planungen in diese Richtung hatte der russische Oberbefehlshaber der russischen Truppen im Kaukasus, Grigori Wladimirowitsch Rosen, erklärt, die dortigen Baumwollpflanzer wären „unsere Neger“.

Die enge Kopplung des N-Wortes mit einer auf unfreier Arbeit beruhenden Plantagenproduktion verweist auf dessen kolonialkapitalistisch geprägte Begriffsgeschichte. Hinweise in dieser Richtung sind ebenso zahlreich wie folgenlos. Da auch in marxistischen Studien Rassismus in der Regel als bloße Ideologie verstanden wird, kommen sie nicht weiter als postkoloniale Überlegungen. Achille Mbembe erklärt zum Beispiel: „Die Geburt des Rassensubjekts – und damit des Ne-

⁹⁷ Karl Supf, *Deutsche Kolonial-Baumwolle. Berichte über die Entwicklung der Baumwollkultur 1900-1908*, Berlin 1908, Einleitung, S. 8 (‘Eingeborene’, ‘gelinder Druck’), Bericht III, S. 3 (‘Baumwollneger’), S. 534.

⁹⁸ Sven Beckert, *Von Tuskegeee nach Togo*, S. 535.

⁹⁹ Karl Supf, *Deutsche Kolonial-Baumwolle*, Bericht III, S. 3.

¹⁰⁰ Vgl. Sven Beckert, *Empire of Cotton*, S. 360 f.; das folgende Zitat von Rosen findet sich a. a. O., S. 345.

gers – steht im Zusammenhang mit der Geschichte des Kapitalismus“ und fügt hinzu: „Im Grunde gibt es den ‚Neger‘ nur in der Beziehung zu einem ‚Herrn‘“. ¹⁰¹ Was das soziologisch bedeutet, bleibt nicht nur bei ihm nebulös. Dabei erlaubt die rassismusanalytische Lektüre der Marxschen Überlegungen zur Verwandlung von Geld in Kapital eine präzise Bestimmung von Rassismus als sozialem Verhältnis.

Ökonomische Charaktermasken

Der Umweg über die historischen Schlusskapitel des ‚Kapitals‘ zeigt, dass sich Marx ihrem Gehalt bei seinen einleitenden Abstraktionen nicht entziehen konnte. Kolonial produzierte Güter wie Tee, Kaffee und Zucker drängen sich als illustrierende Beispiele in die formalisierte Darstellung des Wertverhältnisses der Warenwelt. Beim anschließenden Schritt in die Produktion mit der Verwandlung von Geld in Kapital spielt dann ein zentraler Treibstoff der Plantagenökonomie wie des industriellen Kapitalismus eine Hauptrolle: Baumwolle.

Gleichzeitig wird erklärt, dass und warum die berühmt gewordene Formel $G - W - G'$ nicht nur für kapitalistische Warenproduktion, sondern auch für die Reproduktion des Kapitalverhältnisses und die sozialen Kategorien von Kapitalisten und Lohnarbeiter steht. Aber die koloniale Seite dieses Szenarios fehlt.

Während seiner ökonomischen Studien zum ‚Kapital‘ verwies Marx auf deren soziologische Dimension: „Die Produktion von Kapitalisten und Lohnarbeitern ist [...] ein Hauptprodukt des Verwertungsprozesses des Kapitals“. ¹⁰² Und im ‚Kapital‘ wird einleitend erklärt, es handle sich dort „um die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind“. ¹⁰³ Später heißt es entsprechend, „daß die ökonomischen Charaktermasken der Personen nur die Personifikationen der ökonomischen Verhältnisse sind, als deren Träger

¹⁰¹ Achille Mbembe, Kritik der schwarzen Vernunft, Frankfurt a. M. 2014, S. 325 u. 280.

¹⁰² Karl Marx, Ökonomische Manuskripte 1857/1858, S. 419 f.

¹⁰³ Karl Marx, Kapital 1, S. 16; zum folgende Zitate siehe S. 100.

sie sich gegenüber treten“. Im dritten Band des ‚Kapitals‘ wird dann noch einmal wiederholt, dass „der Kapitalist und der Lohnarbeiter [...] als solche nur Verkörperungen, Personifizierungen von Kapital und Lohnarbeit [sind]; bestimmte gesellschaftliche Charaktere, die der gesellschaftliche Produktionsprozeß den Individuen aufprägt“.¹⁰⁴

Diese Formulierungen betonen die strukturelle Dimension eines einfachen soziologischen Tatbestandes. Über ihn heißt es im ‚18. Brumaire‘: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“. Auch hier spielen Masken eine Rolle: politische Akteure ‚kostümieren‘, ‚drapieren‘ und ‚maskieren‘ sich mit historischen „Verkleidungen“ und Attitüden.¹⁰⁵ Aber während sich diese Maskerade im Bereich ideologisch bestimmten politischen Handelns abspielt, geht es bei den ‚ökonomischen Charaktermasken‘ trotz des Wortlauts nicht um eine Bühnenmetapher. Sie werden nicht angelegt, sondern sind „aufgeprägt“.¹⁰⁶

Was die Seite des Kapitals betrifft, so galt das für Marx nicht nur in den industriellen Metropolen. Wenn er erklärt, dass der „Kapitalist“ im „Begriff des Kapitals“ „enthalten“ sei, trifft das auch für „die Plantagenbesitzer in Amerika“ zu. Man würde sie „nicht nur Kapita-

¹⁰⁴ Karl Marx, Das Kapital 3, MEW 25, S. 887.

¹⁰⁵ Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW 8, S. 111-207, hier S. 115.

¹⁰⁶ Der Begriff Charaktermaske wird von Marx nicht präzise eingegrenzt. Er bezieht sich historisch auch auf vorkapitalistische Produktionsverhältnisse in denen sich Feudalherren und Fronarbeiter als „Charaktermasken“ gegenüber treten (Karl Marx, Kapital 1, S. 91). Zu Problemen der Interpretation siehe Wolfgang Fritz Haug, Charaktermaske, in: Historisch-Kritische Wörterbuch des Marxismus, Bd. 2, Hamburg 1995, S. 435–451; Christoph Henning, Charaktermaske und Individualität bei Marx, in: Marx-Engels-Jahrbuch 2009, hg. v. d. internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam, Berlin 2010, S. 100–122; Jutta Matzner, Der Begriff der Charaktermaske bei Karl Marx, Soziale Welt, 15, (1964), S. 130–139; Jürgen Ritsert, Rollen, Charaktermasken und der stumme Zwang der Verhältnisse, in: ders., Schlüsselprobleme der Gesellschaftstheorie, Wiesbaden 2009, S. 100-114; Franz Schandl, Maske und Charakter. Sprengversuche am bürgerlichen Subjekt, in: Krisis, 31, (2007), S. 124-172; Eduard Urbánek, Roles, Masks and Characters. A Contribution to Marx's Idea of the Social Role, in: Social Research, 34, (1967), 3, S. 529–563.

listen nennen“, sondern sie „sind“ es auch.¹⁰⁷ Von den Arbeitskräften dieser Plantagenbesitzern ist nur am Rande die Rede. Sie bleibt in der Vorstellung einer historisch aufsteigenden Abfolge ausgebeuteter Arbeit befangen. Wenn „Völker, deren Produktion sich noch in den niedrigen Formen der Sklavenarbeit, Fronarbeit usw. bewegt, hineingezogen werden in einen durch die kapitalistische Produktionsweise beherrschten Weltmarkt“, heißt es im ‚Kapital‘, dann „wird den barbarischen Greueln der Sklaverei, Leibeigenschaft usw. der zivilisierte Greuel der Überarbeit aufgepfropft“. Das gelte auch für die Arbeit von Schwarzen im Süden der USA: „In dem Grade [...] wie der Baumwolllexport zu Lebensinteresse jener Staaten“ geworden sei, wurde „die Überarbeit des Negers“ zum „Faktor eines berechneten und berechnenden Systems“.¹⁰⁸

Mit den ökonomischen Fragen auf Sklavenarbeit beruhender kapitalistischer Produktion befasst Marx sich nicht eingehender.¹⁰⁹ Er setzt sich aber auch nicht weiter mit der soziologischen Dimension dieses Verhältnisses und dessen Einbindung in einen kapitalistisch bestimmten internationalen Markt auseinander. Was (außer Baumwolle) produzierten die Sklavinnen und Sklaven? Und was produzierten (außer Baumwollgarn und Baumwollstoff) die Garnwirker und Stoffweberinnen in den englischen Fabriken? Was also, unter den weltmarktlichen Bedingungen der Erzeugung, Weiterverarbeitung und des Konsums kolonialer Güter wie Baumwolle, Tee, Kaffee und Zucker betrachtet, produzierten Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter sowie Sklavinnen und Sklaven (außer den Produkten ihrer eigenen Arbeit

¹⁰⁷ Karl Marx, Ökonomische Manuskripte 1857/1858, S. 420. Marx begründet das damit, dass die Plantagenbesitzer „als Anomalie innerhalb eines auf der freien Arbeit beruhenden Weltmarkts existieren“. Das tatsächliche Verhältnis freier Arbeit zu verschiedenen Formen unfreier Arbeit bis hin zur Sklaverei war damals freilich weniger eindeutig, als es in dieser Formulierung den Anschein hat.

¹⁰⁸ Karl Marx, Kapital 1, S. 250.

¹⁰⁹ Vgl. dazu mit Hinweisen auf weitere Literatur u.a. Pepijn Brandon, ‚With the Name Changed, the Story Applies to You!‘ Connections between Slavery and ‚Free‘ Labor in the Writings of Marx, in: Ulbe Bosma / Karin Hofmeester (Hg.), *The Lifework of a Labor Historian. Essays in Honor of Marcel van der Linden*, Leiden 2018, S. 47–70; John Bellamy Foster / Hannah Holleman / Brett Clark, *Marx and Slavery*.

und ihren jeweiligen unmittelbaren Ausbeutungsverhältnissen) gleichzeitig, wenn auch nicht gemeinsam?

Wird die Formel $G - W - G'$ im Hinblick auf diese Frage gelesen (vgl. die Abbildung), zeigt sich, dass zu der Zeit, in der Marx am Kapital arbeitete, nicht nur die englischen Kapitalisten Baumwolle aus den Vereinigten Staaten (und nach dem Bürgerkrieg verstärkt in anderen unterschiedlich stark kolonial bestimmten Gebieten) kauften, um daraus Garn produzieren zu lassen. Kolonialwaren wurden auch von ihren Arbeiterinnen und Arbeiter zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft erworben. Beschränken wir uns der Einfachheit halber auf gesüßten Tee, so fließen in den Produktionsprozess des Baumwollgarns neben dem Rohstoff Baumwolle auch die schon in Arbeitsenergie verwandelten Rohstoffe Tee und Zucker ein. In diesen Verwertungsprozess gehen also gleich zwei durch Sklavenarbeit produzierte oder mitgeprägte Waren ein. Ihr Erwerb durch den Kapitalisten ($G - W$) hat einen kolonialen Nexus.

Im Produktionsprozess des Baumwollgarns wird dann Mehrarbeit angeeignet und Geld in Kapital verwandelt. Dieser „Kasus, der ihn lachen macht“, ¹¹⁰ erlaubt es dem Kapitalisten anschließend, für sein Garn mehr Geld zu Erlösen ($W - G'$), als er für die zu seiner Produktion erforderlichen Waren (Rohbaumwolle und Arbeitskraft) aufwenden musste (Gebäude, Maschinen etc. können hier unberücksichtigt bleiben). Gleichzeitig wird im Produktionsprozess das Kapitalverhältnis selbst reproduziert und die Existenz der Charaktermasken von Lohnarbeiterinnen (für den ‚Manchester-Fabrikanten‘ Engels arbeiteten überwiegend Frauen) und Kapitalisten gefestigt.

¹¹⁰ Karl Marx, Kapital 1, S. 208.

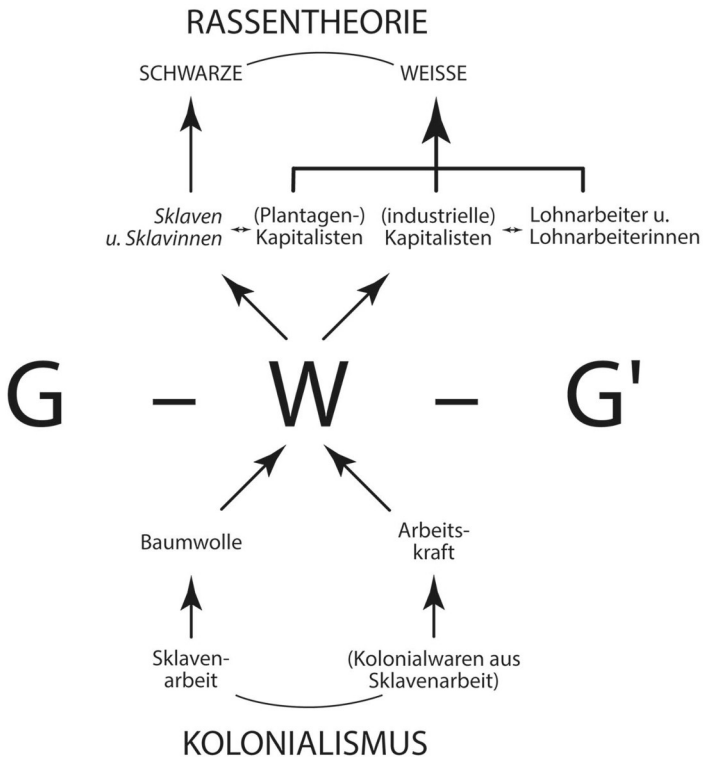


Abb. 1: Schematische Darstellung der Mehrwertproduktion in der Baumwollindustrie

Damit ist es jedoch nicht getan. Arbeiterinnen und Arbeiter in den englischen Fabriken sowie Sklavinnen und Sklaven auf den amerikanischen Plantagen reproduzieren mit ihrer Tätigkeit auch die ökonomischen Bedingungen ihrer Ausbeutung und die damit verbundenen sozialen Verhältnisse. Im Hinblick auf das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital hat Marx das ausführlich diskutiert. Er betont, dass „[d]ie ökonomische Charaktermaske des Kapitalisten [...] nur dadurch an einem Menschen fest[hängt], daß sein Geld fortwährend als Kapital funktioniert“. Das bedeutet aber auch „beständige Reproduktion oder Verewigung des Arbeiters“, weil „das Kapitalverhältnis selbst“ reproduziert wird.¹¹¹

Charaktermasken sind keine ‚Rollen‘. Sie können nicht einfach abgelegt oder gewechselt werden, sondern kommen den einzelnen als Klassensubjekten zu. Es ist kein Zufall, dass Marx, um das deutlich zu machen, auf die „Baumwollnot“ während des „Amerikanischen Bürgerkriegs“ einging, durch die englische „Baumwollarbeiter“ in großer Zahl „aufs Pflaster geworfen“ wurden.¹¹² Als zahlreiche Stimmen forderten, ihnen die Auswanderung in englische Kolonien durch staatliche Unterstützung zu ermöglichen, erhob ein „Manifest der Fabrikanten“ dagegen Protest. Nichts könne „selbstmörderischer“ sein, als der „Export“ der „besten Fabrikarbeiter“. Man gebe zu, „daß die Arbeiter kein Eigentum sind“. Aber sie könnten sich, auch wenn sie entlassen werden müssten, nicht einfach frei bewegen: denn „was wird aus dem Kapitalisten“, wenn sie emigrieren. Also empfehle man bis zur Erholung des Baumwollmarktes eine moderate staatliche Unterstützung – „mit gewisser Zwangsarbeit, um die moralische Valuta der Almosenempfänger aufrecht zu erhalten“.

Mit der Reproduktion der sozialen Verhältnisse auf den Baumwollplantagen verhielt es sich nicht anders als in den Fabriken für die Erzeugung von Baumwollgarn. Allerdings wurden hier über einen sehr

¹¹¹ Karl Marx, Kapital 1, S. 591 (‚Charaktermaske‘), S. 596 (‚Reproduktion‘), S. 604 (‚Kapitalverhältnis‘).

¹¹² Karl Marx, Kapital 1, S. 599; die folgenden Zitate stehen auf S. 599 (‚Fabrikanten‘, ‚Fabrikarbeiter‘), S. 600 (‚kein Eigentum‘, ‚Kapitalisten‘), S. 601 (‚Zwangsarbeit‘).

langen Zeitraum Sklavinnen und Sklaven ausgebeutet und schließlich zur ‚Rasse‘ erklärt. Das war keine bloß ideologische Operation. Kategorial war ‚Rasse‘ der theoretische Nachvollzug eines sehr viel älteren, kolonial geprägten sozialen Verhältnisses. In seinem Verlauf meldeten europäische Staaten nicht nur imperiale Ansprüche auf ihre nautischen ‚Entdeckungen‘ an, sondern setzten auch einen lange währenden Prozess der Ausbeutung versklavter Arbeiterinnen und Arbeiter in Gang. Er führte, vermittelt durch den transatlantischen Sklavenhandel, zum Schwarzwerden der Sklaverei. Die wurde erst mit dem aus der Antike übernommenen Instrumentarium des Aristoteles legitimiert, dann um die religiöse Version einer ethnisch zurechtgebogenen Fabel über ‚Noahs Fluch‘ ergänzt und erst spät in ein zunächst auf den Gegensatz von Schwarz und Weiß konzentriertes und schließlich um zwei bis drei weitere Farben (Rot, Gelb und Braun) ergänztes Schema angeblich von Natur aus unterschiedlich gefärbter und veranlagter Menschenrassen überführt.

Zum Zeitpunkt der extensiven Ausweitung der mit industrieller Verarbeitung verbundenen Baumwollproduktion durch versklavte dunkelhäutige Arbeitskräfte war deren Hautfarbe (‚schwarz‘) mit ihrer gesellschaftlichen Lage (‚Sklaverei‘) zu einer Rassenkategorie (‚Neger‘) amalgamiert worden, die soziale Ungleichheit als Ausdruck natürlicher Verschiedenheit ausgab.¹¹³ Die auf den Plantagen und in den Fabriken

¹¹³ Das hat sich in der Begriffsgeschichte niedergeschlagen. Im ‚Katalanischen Weltatlas‘, der um 1375 entstand, wird die Farbbezeichnung für ‚schwarz‘ substantiviert auf Afrikaner bezogen, ohne dass damit eine negative Bewertung einhergeht. Die Legende für den abgebildeten dunkelhäutigen König lautet: „aquest senyor negre es appellat musse melly, senyor dels negres de Gineva“ – „dieser schwarze Herr heißt Musse Melly, Herr der Schwarzen (negres) von Guinea“. Musse Melly bzw. Mussa Mali oder Mansa Musa war zu Beginn des 14. Jahrhunderts Mansa (König) von Mali und wird als mächtiger und reicher Herrscher beschrieben (vgl. François-Xavier Fauvelle, *The Golden Rhinoceros. Histories of the African Middle Ages*, Princeton 2018, S. 190 ff.). Erst ab der Mitte des 15. Jahrhunderts entwickelte sich die iberische Farbbezeichnung ‚schwarz‘ in Verbindung mit dem portugiesischen Handel mit afrikanischen Sklaven und schließlich dem transatlantischen Sklavenhandel zu einer Charakterisierung, die intensiv mit der Sklaverei verbunden wurde. Die Kategorie ‚negro‘ existierte jetzt verdoppelt, als Farbbeschreibung und als Bezeichnung von afrikanischen Sklaven. Sie war aber noch keine Rassenkategorie. Vielmehr wurde die Schwärze der Afrikaner als Folge von ‚Noahs Fluch‘ interpretiert und galt als Ausdruck göttlicher Strafe, die sie zu ewiger Sklaverei verdammt. Erst

reproduzierten Verhältnisse umfassten deswegen zwei Klassenverhältnisse: den Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital und die Rassisierung von Plantagenkapital und Sklavenarbeit.

Das prägte die Charaktermasken von Ausgebeuteten und Ausbeutern, die sich jetzt zusätzlich als Schwarze und Weiße gegenüberstanden. Die Rassenlage der einen unterschichtete die Klassenlage der anderen. Solche globale Perspektive entspricht ganz und gar den Marxschen Ausführungen zur ‚ursprünglichen Akkumulation‘. Die Kombination unterschiedlicher Formen der Zwangsarbeit (in Arbeitshäusern, Sträflingskolonien, Indenturknechtschaft und Sklaverei) schuf überhaupt erst die Voraussetzungen für die Entwicklung freier Lohnarbeit. Die Herausbildung einer ‚Weltarbeiterklasse‘ ging mit der Entwicklung rassistischer Unterscheidungen Hand in Hand.¹¹⁴

Die sozialökonomische Problematik des Verhältnisses unfreier und freier Arbeit im Kapitalismus interessiert hier nicht. Es geht allein um die Verbindung von Kapitalismus und Rassismus und die Entwicklung rassistischer sozialer Verhältnisse im kolonialkapitalistischen Kontext. Das betraf zunächst die Sklaverei und führte zur Übertragung des Rassenbegriffs aus älteren Diskriminierungsdiskursen (wie

danach wurde das Wort in die englische Sprache übernommen und verband hier (im Unterschied zu den älteren Bezeichnungen ‚moor‘ und ‚blackamoor‘) von Anfang an dunkle Haut mit Sklaverei. Die Benennung ‚negro‘ prägte die soziale Lage der natürlichen Hautfarbe ein. Das wiederum gab Anlass für die Entwicklung des Rassedenkens, das behauptete, von äußeren Merkmalen auf geistige und seelische Eigenschaften schließen zu können, die den Sklavenstatus der in der westlichen Welt jetzt allgemein als ‚Neger‘ bezeichneten Menschen in deren Natur verankerten. Und mit dieser Bedeutung, also zusammen mit der Rassenomenklatur, erreichte das N-Wort auch die deutsche Sprache.

¹¹⁴ Siehe u. a. Foster / Holleman / Clark, Marx and Slavery (wie Anm. 11); Christian Frings, Sklaverei und Lohnarbeit bei Marx. Zur Diskussion um Gewalt und ‚unfreie Arbeit‘ im Kapitalismus, in: PROKLA, 49, (2019), 3, S. 427–448; Reinhart Kößler, Kapitalismus und Moderne, in: Peripherie, 33, (2013), 130/131, S. 149–178; Nancy Leong, Racial Capitalism, in: Harvard Law Review, 126 (2013), 8, S. 2151–2226; Calvin Schermerhorn, The Business of Slavery and the Rise of American Capitalism, 1815–1860, New Haven 2015; Dale W. Tomich, Through the Prism of Slavery. Labor, Capital, and World Economy. Lanham 2004; Michael Zeuske, Versklavte und Sklavereien in Spanisch-Amerika. Gedanken zur ‚Weltarbeiterklasse‘ in globaler Perspektive, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 13 (2014), 1, S. 5–36.

des religiösen der Inquisition oder des ethnisch-ständischen des französischen Adels) auf das neu entwickelte Konzept der Menschenrassen. Hautfarben waren dabei nichts anderes als Signets für soziale Lagen.

In Verbindung mit Marxens Ausführungen über die koloniale Dimension der ursprünglichen Akkumulation verdeutlicht die soziologische Lektüre seiner Analyse kapitalistischer Ausbeutung, dass der über den Rassenbegriff legitimierte moderne Rassismus auf einem sozialen Verhältnis beruht. Der dabei benutzte (aus anders gelagerten älteren Debatten stammende) Begriff Rasse¹¹⁵ ist im Kern weder ‚Diskurs‘ noch ‚Ideologie‘, sondern bezeichnet schließlich eine soziale Struktur, in der die sich herausbildenden Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital von Anfang an und bis zu ihrer frühindustriellen Entfaltung durch Sklavenarbeit und Zwangsarbeit unterschichtet wurden. Die betraf eine Vielzahl unterschiedlicher Ethnien und wurde zunächst keineswegs ‚rassisch‘ legitimiert. Rassedenken ist umgekehrt Ausdruck der Tatsache, dass das zugrunde liegende weltweite Unterdrückungsverhältnis im Verlauf seiner Entwicklung die Kategorien ‚negro‘ und ‚slave‘ miteinander verschmolz. Dadurch wurde das N-Wort zu jenem Rassenbegriff, der, vermittelt über den von ihm bezeichneten Gegensatz von ‚Schwarzen‘ und ‚Weißen‘, zur Ausarbeitung der Rassenomenklatur führte.

So ideologisch diese auch war, so strukturell waren ihre Grundlagen in den sozialen Verhältnissen der Versklavungsgesellschaften an der Peripherie des sich entwickelnden europäischen Kolonialismus verankert. Die Philosophen in den Metropolen vollzogen lediglich theoretisch nach, was sich in den kolonialen Außenbezirken strukturell herausgebildet hatte. Die damit verbundenen Beharrungskräfte zeigten sich dramatisch nach dem Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten. Er beendete zwar die Sklaverei, nicht aber die mit ihr verbundene rassische Unterschichtung der Klassenverhältnisse. ‚Rasse‘

¹¹⁵ Vgl. Wulf D. Hund, Stichwort ‚Rasse‘. Anmerkungen zur Begriffsgeschichte, in: Karl Porges (Hg.), Den Begriff ‚Rasse‘ überwinden. Die ‚Jenaer Erklärung‘ in der (Hoch-)Schulbildung, Bad Heilbrunn 2023, S. 33–99.

spielte deswegen bei der Entwicklung des Kapitalismus in den USA weiterhin eine zentrale Rolle. Das galt auch für andere Gegenden des Netzes kolonialer Gewaltverhältnisse, mit denen die kapitalistischen Staaten Europas den Globus überzogen hatten.

Die dabei konstituierten ‚Rassen‘ waren das Endprodukt einer Metamorphose, die Klassenverhältnisse naturalisierte und damit auf die strukturelle Herabstufung versklavter gegenüber freien Arbeitskräften reagierte. So begründete ‚Rassen‘ konnten deswegen auf der einen Seite Kapitalisten in den Metropolen wie den Kolonien mit industriellen Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeitern, aber auch mit anderen Teilen der Unterschichten zu Hause wie in Übersee zu einer gemeinsamen Gruppe von ‚Weißen‘ zusammenfassen. Auf der anderen Seite wurde der Begriff aber auch von den versklavten Arbeiterinnen und Arbeitern der Kolonien auf die schwarzen Oberschichten ihrer oder der Herkunftsländer ihrer Vorfahren ausgedehnt, von denen diese einst an Sklavenhändler verkauft worden waren und überschrieb deren soziale Verschiedenheit mit dem vereinheitlichenden Rassencharakter der ‚Schwarzen‘. Die so erzeugte angebliche natürliche Differenz zwischen Schwarzen und Weißen bildete dann die Grundlage für eine ebenfalls kolonial geprägte hierarchische Ordnung der Weltbevölkerung durch die Rassentheorie.

Dies ist eine Veröffentlichung der **Sozial.Geschichte Online**
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Sozial.Geschichte Online ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

sgo-verein [at] sozialgeschichte-online.de oder den

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
Cuvrystraße 20a
(Briefkasten 30)
D-10997 Berlin

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
IBAN: DE13 3702 0500 0001 4225 00, BIC: BFSW DE33 XXX,
Bank für Sozialwirtschaft

Hartmut Rübner

Kommunistische Bewegung in der Weimarer Republik und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Neuere Untersuchungen und Forschungsschwerpunkte. Zweiter Teil*

Von der „Bolschewisierung“ zur „Stalinisierung“ der KPD

Das Führungskorps der KPD ist in dem biographischen Handbuch von Hermann Weber und Manfred Herbst nach den Kriterien Zugehörigkeit zu den internen und externen Führungsorganen, leitende Funktionen in Partei und Massenorganisationen, Angehörige in Reichstag, Landtagen und Bürgerschaften, Redakteur/innen der Parteipresse, Konferenzteilnehmer/innen und Instruktoren im Widerstand und Exil versammelt.¹ Die erste Auflage des Kompendiums verzeichnet 1.400 Personen, die erweiterte Zweitauflage 1.675² – der nachfolgende Supplementband zusätzlich 194.³ Von den 1.675 in der zweiten Auflage aufgenommenen deutschen Kommunist/innen kamen 470 auf gewaltsame Weise zu Tode, also fast jede/r Dritte. Aus dem Führungspersonal der jungen Partei wurden bereits 1919 maßgebliche Exponenten und Exponentinnen von den Freikorps oder deren Sympathisanten liquidiert: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Eugen Leviné, Leo Jogiches. Andere starben im Spanischen Bürgerkrieg im Kampf gegen die klerikalfaschistischen Putschisten Francos. Von den höheren Funktionären wurden 256 im Zuge der Ver-

* Teil Eins des Beitrags ist erschienen in: Sozial.Geschichte Online / Offline, 34 (2023), S. 73–121.

¹ Hermann Weber / Andreas Herbst, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S. 45 f.

² Hermann Weber / Andreas Herbst, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918–1945. Überarb. u. erw. Aufl., Berlin 2008.

³ Hermann Weber / Andreas Herbst, Deutsche Kommunisten. Supplement zum Biographischen Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2013, S. 11.

folgung im Nationalsozialismus ermordet, mindestens 208 fielen den stalinistischen Säuberungen zum Opfer. Damit bekam der Eugen Leviné zugeschriebene Ausspruch aus dessen, mit seinem Todesurteil endenden Hochverratsprozess im Sommer 1919 eine zynische Wendung: „Wir Kommunisten sind Tote auf Urlaub.“

An den parteiinternen Auseinandersetzungen über prinzipielle Grundfragen ihrer Politik drohte die KPD wiederholt zu zerfallen. Dementsprechend wechselten die Leitungsinstanzen im Parteiapparat mehrfach. Zunächst heterogen in der Zusammensetzung, verlor die Partei mit der seit dem Heidelberger Parteitag der KPD (S) (20. bis 23. Oktober 1919) forcierten Ausgrenzung seitens der Parteileitung und letztendlichen Abstoßung ihrer sozialrevolutionären Opposition ungefähr die Hälfte ihrer militanten Mitglieder an die von den ausgeschlossenen Linksradikalen Anfang April 1920 inaugurierten KAPD.⁴ Der gravierende Substanzverlust im Frühjahr 1920 wurde schon im Dezember des Jahres durch den Zusammenschluss mit dem linken Flügel der USPD mehr als aufgewogen. Infolge dieses Zustroms der abtrünnigen Linksozialisten avancierte die VKPD („Vereinigte KPD“) zur Massenorganisation.⁵ Zur elitären Leitungsriege der vormaligen Spartakusgruppe⁶ und den nicht zur KAPD übergewechselten ehemaligen „Links-

⁴ Vgl. zur Abspaltung der linken Opposition auf dem 2. („Heidelberger“) Parteitag der KPD (S) im Oktober 1919 und zu deren organisatorischer Verselbständigung: Peter Kuckuk, Bremer Linksradikale bzw. Kommunisten von der Militärrevolte im November 1918 bis zum Kapp-Putsch im März 1920. Ihre Politik in der Hansestadt und in den Ringkämpfen innerhalb der KPD, phil. Diss., Universität Hamburg 1970, S. 280–308; Hans Manfred Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik, Darmstadt 1993, S. 139–152 u. S. 225 ff.

⁵ Mit rund 359.000 (abgerechneten) Mitgliedern erreichte die KPD im März 1921 ihren quantitativen Höchststand. Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik [1948], 4. Aufl., Hamburg 1986, S. 321. Zum Vereinigungsvorgang vgl. Hartfrid Krause, Die USPD 1917–1931. Spaltungen und Einheit, Münster 2021, S. 333 ff.

⁶ Der „Spartakusbund“ geht auf die im August 1914 als innerparteiliche Reaktion gegen die sozialdemokratische Kriegspolitik formierte „Gruppe Internationale“ zurück, die sich ab 1916 als „Spartakusgruppe“ bezeichnete und sich im April 1917 der von der SPD abgespaltenen USPD als linker Flügel anschloss. In der Novemberrevolution gründete sich der Bund als deutschlandweite, parteiunabhängige Organisation mit dem Namen „Spartakusbund“ neu. Auf dem Gründungsparteitag der KPD Ende Dezember 1918 befanden sich unter den 127 Delegierten 94 Spartakus-

radikalen“ in der KPD gesellte sich nun ein auf Seriosität bedachter Funktionärskreis aus der USPD, der sich – wie Paul Frölich in seinen Erinnerungen lakonisch bemerkt – sowohl in ihrer bürokratischen Einstellung wie auch hinsichtlich ihrer habituellen Manieren überaus deutlich von der alten radikaloppositionellen Garde unterschied. Kaum überraschend, dass Letztere den Neuzugängen nicht unbedingt mit Sympathie begegneten.⁷ Von den inkorporierten USPD-Linken schieden bald manche als „Rechtsabweichler“ wieder aus, als die KPD – im Verein mit der KAPD – die neue Offensivtheorie der Komintern im März 1921 („Märzaktion“) in die Praxis umsetzte.⁸ Einige Abtrünnige oder unfreiwillig Geschasste sammelte Paul Levi (1883–1930) in der *Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft*.⁹

leute und 29 IKD-Vertreter. Vgl. Ottokar Luban, *The Role of the Spartacist Group after 9 November 1918 and the Formation of the KPD*, in: Ralf Hoffrogge / Norman LaPorte (Hg.), *Weimar Communism as Mass Movement 1918–1933*, London 2017, S. 45–65; Marcel Bois, *Zwischen Burgfrieden, Repression und Massenstreik. Zum Einfluss der Spartakusgruppe auf die Friedensbewegung während des Ersten Weltkrieges*, in: Andreas Braune / Mario Hesselbarth / Stefan Müller (Hg.), *Die USPD zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus 1917–1922. Neue Wege zu Frieden, Demokratie und Sozialismus?* (= Weimarer Schriften zur Republik; Bd. 3), Stuttgart 2018, S. 91–106.

⁷ Paul Frölich, *Im radikalen Lager. Politische Autobiographie 1890–1921*, hg. und mit einem Nachwort von Reiner Tosstorff, Berlin 2013, S. 245 ff. Paul Frölich (1884–1953) gelangte über die IKD in die KPD, deren Vorstand er bis 1924 angehörte und die er von 1921 bis 1924 im Reichstag vertrat. 1928 ausgeschlossen, wechselte er zur KPD (O), die ihn in ihr Leitungsgremium optierte. Vgl. Riccardo Altieri, „Antifaschisten, das waren wir ...“. Rosi Wolfstein und Paul Frölich. Eine Doppelbiografie, Marburg 2022. Zu den früheren Organisationszugehörigkeiten, Altersstruktur und sozioprofessionellen Herkunftsbezügen des engeren Führungskorps: Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1969, S. 26 ff.

⁸ Bei der „Märzaktion“ bzw. dem „Mitteldeutschen Aufstand“ handelt es sich um eine von der KPD, KAPD und anderen linksradikalen Gruppierungen initiierte Arbeiterrevolte in der Industrieregion um Halle, Leuna, Merseburg sowie im Mansfelder Land, welche die Regierungstruppen militärisch niederschlug. Bei den Kämpfen starben etwa 180 Menschen, darunter 35 Polizisten. In der Folge wurden 6.000 Beteiligte verhaftet, davon 4.000 zu meist langjährigen Haftstrafen. Vgl. Sigrid Koch-Baumgarten, *Der Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921*, Frankfurt a. M. 1986; Christian Knatz, „Ein Heer im grünen Rock“? Der mitteldeutsche Aufstand 1921, die preußische Schutzpolizei und die Frage der inneren Sicherheit in der Weimarer Republik, Berlin 2000.

⁹ Im Frühjahr 1922 fusionierte das Gros der KAG mit einem Flügel der Rest-USPD und stieß Ende des Jahres zur SPD. Explizit: Bernd Dieter Fritz, *Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft*

Das Ende der insurrektionistischen Phase der KPD markiert der fehlgeschlagene Aufstandsversuch vom Oktober 1923. Für das Fiasko machte die von Ruth Fischer und Arkadi Maslow angeführte „Berliner Opposition“ die Parteileitung unter Heinrich Brandler und August Thalheimer persönlich verantwortlich. Tatsächlich hatte Brandler die Konsequenz aus der Absage der Sozialdemokraten in Sachsen und Thüringen an die Aufständischen gezogen und die aussichtslose Unternehmung gestoppt. In Hamburg, wo die Order der Zentrale den Parteibe-zirk nicht erreicht hatte, brach der isolierte Aufstand rasch zusammen. Nach dem Debakel standen sich in der KPD-Spitze die Vertreter/innen der „Realpolitik“ und der „Fundamentalopposition“ gegenüber, ohne dass das Pendel zunächst auf eine Seite ausschlug.¹⁰ In dieser Pattsituation suchten beide Lager jeweils Beistand bei der linken beziehungsweise rechten Fraktion der Komintern. Die Kritiker an dem rechten „Opportunismus“, allen voran Karl Radek in seiner Eigenschaft als Deutschlandexperte der Komintern, gewannen die Oberhand, nachdem Lenin, der stets die Einheitsfrontpolitik favorisiert hatte, krankheitsbedingt ausgefallen war.¹¹

Auf Betreiben der Komintern wurde zunächst die „Linke“ Ruth Fischer in die KPD-Zentrale aufgenommen und dann die Parteileitung der KPD abgesetzt, wodurch die bereits seit Mai 1923 in der Parteispitze präsen-te Linksopposition ein stärkeres Gewicht bekam. Die geschassten Exponenten der „Rechten“, Brandler und Thalheimer, wurden in die Sowjetunion abberufen, wo sie – mit höhergestellten Funktionen

(KAG) im Vergleich mit der KPO und SAP. Eine Studie zur politischen Ideologie des deutschen „Rechts“-Kommunismus in der Zeit der Weimarer Republik, phil. Diss. Universität Bonn 1966.

¹⁰ Klaus Kinner, *Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität*, Bd. 1: Weimarer Zeit, Berlin 1999, S. 42–50.

¹¹ Jens Becker, *Die „rechte“ Opposition und der 6. Weltkongress – Alternativen zur Stalinschen Wendung der Komintern-Politik 1928*, in: Theodor Bergmann / Mario Kessler (Hg.), *Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–1943)*, Mainz 1992, S. 106–114; Alexander Vatlin, *Der „heiße Herbst“ des Jahres 1928. Über die Stalinisierung der Komintern*, in: ebd., S. 115–122; Wolf-Dietrich Gutjahr, *Revolution muss sein. Karl Radek – die Biographie*, Köln / Weimar / Wien 2012, S. 564.

betrault – bis 1928 gewissermaßen „kominterniert“ wurden.¹² Die mit der Spaltung der KPD-Führung einhergehende Trennung der Mehrheit von der Fraktion um Thalheimer und Brandler führte zur Bildung einer informellen „Mittelgruppe“, die sich auf etwa ein Viertel der Mitgliedschaft stützen konnte. Anfang 1924 hielt das Exekutivkomitee (EKKI) der Komintern in Moskau eine Konferenz ab, an der die rivalisierenden Fraktionen der KPD teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit kristallisierte sich die „Mittelgruppe“ deutlicher heraus.¹³ Ihr Wortführer, Hermann Remmele, erhielt im Februar des Jahres das Mandat als vorläufiger Parteivorsitzender; das Amt des Stellvertreters ging an Ernst Thälmann, einen Protagonisten der Parteilinken.¹⁴ Das Interregnum dieser Mitte-Links-Koalition an der Spitze dauerte nur bis zum 9. Kongress der KPD im April 1924, auf dem die „rechte“ Strömung („Mittelgruppe“) nur noch eine Statistenrolle spielte und der von der *Gruppe Maslow-Fischer* angeführten Parteilinken unterlag. Aus der „rechten“ Opposition der „Mittelgruppe“ um Brandler und Thalheimer, die auf eine pragmatische Einheitsfront-Politik setzte, den Aufbau eigener Gewerkschaftsverbände ablehnte und aufgrund dessen ihren inoffiziellen Fraktionsstatus in der KPD schließlich verlor, sollte 1928/29 die eigenständige *KPD-Opposition* (KPO) hervorgehen.¹⁵

¹² Jens Becker, Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2001; ders., Ein unabhängiger Kommunist: August Thalheimers Wirken in der Arbeiterbewegung, in: Markus Börner / Anja Jungfer / Jakob Stürmann (Hg.), Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin / Boston 2018, S. 97–114, hier S. 103 ff.; Theodor Bergmann, Die Thalheimers – Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten, Hamburg 2004.

¹³ K. H. Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts“-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, 2. Aufl., Erlangen 1970, S. 49 ff.; Florian Wilde, Revolution als Realpolitik – Ernst Meyer (1887–1930). Biographie eines KPD-Vorsitzenden, Konstanz 2018, S. 227 ff.

¹⁴ Zu dessen Biographie „auf der Grundlage einer bürgerlichen Sichtweise“: Armin Fuhrer, Ernst Thälmann. Soldat des Proletariats, München 2011, S. 14; sachlich: Thälmann, Ernst (1886–1944), in: Weber / Herbst, Deutsche Kommunisten (wie Anm. 1), S. 782–785.

¹⁵ Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO) (wie Anm. 13), S. 109 ff. Die nach ihrer Selbsteinschätzung leninistische KPO, definierte sich selbst nicht als Partei, sondern als „organisierte Richtung innerhalb des Kommunismus“. Sie absorbierte zunächst etwa 3 bis 4.000 aus der KPD ausgeschlossene Mitglieder und erreichte Ende 1930 mit rund 6.000 Mitgliedern den

Im neu eingerichteten Polbüro verfolgte die KPD unter Ruth Fischer, Arkadij Maslow, Werner Scholem und Ernst Thälmann ab 1924/25 einen ultralinken Kurs, der sich gegen all jene Funktionäre richtete, die für eine moderate Linie eintraten und/oder mit einer Aktionseinheit mit der Sozialdemokratie oder den Gewerkschaften sympathisierten.¹⁶ Eine entschiedene Kampfansage, aufgrund derer sich viele Funktionäre zurückzogen und die zuvor besetzten Positionen in den Gewerkschaften aufgaben.¹⁷ In Anbetracht des Umstandes, dass sich die Wirtschaft nach der Hyperinflation erholte, waren die Wähler/innen wenig geneigt, die ultralinke Wende der KPD zu goutieren. Im Reichstag tat sich die Fraktion – mit Fischer an der Spitze – hauptsächlich mit Propaganda und Obstruktion hervor, insbesondere mit systemfeindlichen Attacken und persönlich gefärbten Schmähreden. Für die „Ultralinken“ war der bürgerliche Parlamentarismus nur die verschleierte Form der Herrschaft der Großbourgeoisie. Insofern bekam ihre Parlamentsarbeit vor allem eine instrumentelle Bedeutung als Agitationsplattform. Wahlergebnisse galten ihnen bestenfalls als Gradmesser für die Revolutionierung der Massen.¹⁸

Die Quittung der Wähler/innen für diese Form der Obstruktionspolitik, konkret: den Antiparlamentarismus im Parlament, fiel recht drastisch aus. Im Vergleich zu den Reichstagswahlen vom Mai 1924 sank der Stimmenanteil der KPD um mehr als ein Viertel von 12,6 auf

Zenit ihres Mitgliedsbestandes. Die KPO beteiligte sich ohne große Erfolge an einigen Kommunal- und Landtagswahlen. Mit Rückgriff auf Marx' „Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte“ (1852) entwickelt der KPO-(O)-Vordenker August Thalheimer eine Faschismus-Analyse, die von der eher eindimensionalen, auf die NSDAP als Werkzeug des Monopolkapitals abstellende Definition der Komintern abwich und die Abwehr des Nazismus von der gemeinsamen Aktion einer Einheitsfront der Arbeiterschaft abhängig machte.

¹⁶ Mario Keffler, Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895–1961), Köln 2013, S. 195; Ralf Hoffrogge, Werner Scholem. Eine politische Biographie (1895–1940), Konstanz / München 2014, S. 258 ff.

¹⁷ Mario Keffler, Resisting Moscow? Ruth Fischer and the KPD, 1923–1926, in: Hoffrogge / LaPorte (Hg.), Weimar Communism as Mass Movement (wie Anm. 6), S. 109–128, hier S. 118.

¹⁸ Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1969, S. 334 f.; Keffler, Ruth Fischer (wie Anm. 16), S. 206 ff.

8,9 Prozent. Binnen kurzer Zeit, von September 1923 bis zum zweiten Quartal 1924, verlor die Partei rund 200.000 beitragszahlende Mitglieder.¹⁹ Mit ihrem „ultralinken“ Kurs setzte die KPD die auf dem V. Kongress der Komintern im Juni/Juli 1924 von Sinowjew eingeleitete Bolschewisierung kompromisslos in die Praxis um. Jede Ländersektion war demnach unverrückbar an die VKP(b) gebunden, hatte ihren Mitgliedern strikte Disziplin abzufordern und alle parteiinternen Fraktionen oder Gruppierungen auszuschalten, was die innerparteiliche Willensbildung wesentlich einschränkte. Insofern erhielt die sich auf leninistische Prinzipien berufende Bolschewisierung, die sich gegen abweichende Einstellungen („Luxemburgismus“ und „Trotzkismus“) und die Beseitigung aller „sozialdemokratischen Traditionen“ in der kommunistischen Bewegung richtete, bereits die Grundsubstanz für die spätere Stalinisierung der KPD.²⁰

Was indessen zählte, war Erfolg. Und eben dieser blieb den „Ultralinken“ versagt. Obwohl Fischer von ihrer intransigenten Linie abrückte, indem sie auf die SPD zuing und zuletzt sogar ihren Genossen auf Seiten der Parteilinken in den Rücken fiel, war die ultralinke Tendenz auf dem Rückzug und seit dem 10. Parteikongress im Juli 1925 hoffnungslos marginalisiert. Ebenso verlor sie den Rückhalt im EKKI, die für die parteiinterne Konfusion das „ultralinke“ Führungsgremium verantwortlich machte und eine Konsolidierung der KPD eher von einer vertrauenswürdigen (also loyalen), mit „proletarischen Elementen“ durchsetzten Parteispitze erwartete. Auf Initiative der Komintern wurde das Tandem Maslow/Fischer am 1. November 1925 dazu veranlasst, den Abschied vom Parteivorsitz zu nehmen. Als sich die Kaltgestellten darauf mit ihrem Protest dagegen an die Basis wandten, bekamen sie etwas

¹⁹ Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus (wie Anm. 18), S. 101 ff. u. S. 362.

²⁰ Mario Keßler / Yvonne Thron, Entscheidung für den Stalinismus? Die Bolschewisierung in KPD und Komintern, in: Bergmann / Keßler (Hg.), Aufstieg und Fall der Komintern (wie Anm. 11), S. 85–94, hier S. 92 f.; Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930 (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts; Bd. 10), Berlin 1985, S. 416 ff.

von ihren eigenen Methoden zu spüren: In der auf die neue Linie gebrachten Parteipresse als „Spalter“ verschrien, wurden beide mitsamt drei anderen Kritikern Thälmanns im August 1926 aus der Partei ausgeschlossen.²¹ Die aus der Partei entfernten Fischer und Maslow boten der Linksoption gegen den Stalinschen Kominternkurs ein Forum in der unabhängigen Reichstagsgruppe *Linke Kommunisten*. Nach kurzzeitigem Engagement in der KPD-Linksabspaltung *Leninbund* im Jahr 1928, dessen – gegen die KPD gerichtete – Wahlkandidatur sie indes ablehnten, zogen sich beide ins Berufsleben zurück.²²

Die „ultralinke“ Phase der KPD fand im Dezember 1926/27 ihr vorläufiges Ende. Der aggressive Kurs gegen die Sozialdemokratie wurde abgelöst von einer – durch die höheren Kader Ernst Meyer und Ernst Thälmann personifizierten – pragmatischen Neuorientierung, die eine überlegte Revision in taktischen Fragen zuließ und insofern einer „Einheitsfront von oben“, also einem Zusammengehen mit der sozialdemokratischen Führung, den Weg bahnen sollte – eine Politik, die einerseits auf die relative Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse reagierte und andererseits dem Vordringen „reaktionärer“ bzw. „monarchistischer“ Kräfte nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten am 26. April 1925 Rechnung trug.²³ Auch die offensiver eingeforderten Rückerstattungs- und Entschädigungsforderungen des Hochadels, allen voran jene des tonangebenden Hohenzollern-Clans, boten der KPD den Anlass, gegenüber der SPD und dem ADGB – beide ungleich mitgliederstärker – eine konziliantere Haltung einzunehmen. Auf den Vorschlag eines konzertierten Vorgehens zugunsten einer

²¹ Keßler, Ruth Fischer (wie Anm. 16), S. 267 f.

²² Vgl. Rüdiger Zimmermann, *Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1978, S. 111 ff.; Ralf Hoffrogge, Werner Scholem (wie Anm. 16), S. 326 ff. Der sich Anfang April 1928 konstituierende „Leninbund“ organisierte zunächst ca. 6.000 Mitglieder, die überwiegend nach der – durch die Führung unter Ernst Thälmann betriebene – Verdrängung des „ultralinken“ und „linken“ Flügel aus verantwortlichen Positionen entweder aus der Partei ausgeschlossen wurden oder ausgetreten waren.

²³ Otto Langels, *Die ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Zur Geschichte und Theorie der KPD-Opposition (Linke KPD), der Entschiedenen Linken, der Gruppe „Kommunistische Politik“ und des Deutschen Industrie-Verbandes in den Jahren 1924 bis 1928*, Frankfurt a. M. u. a. 1984, S. 49–59.

entschädigungslosen Fürstenenteignung reagierte die sozialdemokratische Parteiführung zunächst reserviert, entschied sich aber aufgrund der Popularität der Initiative an der Basis zur Beteiligung an dem Plebiszit („Volksbegehren“). Es wurde im März 1926 von 35,5 Prozent aller Wahlberechtigten unterzeichnet und übertraf damit das erforderliche Quorum um das Dreifache. Damit verbuchte die KPD den größten Erfolg ihrer „Einheitsfrontkampagne“.²⁴ Die halbherzig eingefädelt „Einheitsfront von oben“ blieb jedoch ein Intermezzo. Der 1928 von Ernst Thälmann, Hermann Remmele und Heinz Neumann angestoßene erneute Schwenk zu ultralinken Positionen setzte der verhaltenen Annäherung ein Ende.²⁵

Nachdem sich im April 1924, wie erwähnt, die Linken in der Führungsriege durchgesetzt hatten, wechselte ein Teil der „Mittelgruppe“ zum linken Flügel, während eine von Ernst Meyer angeführte Gruppierung weiter gegen den vor allem von Ruth Fischer personifizierten Linkskurs opponierte. Diese von den kominternloyalen Linken unter Ernst Thälmann verstärkte Fraktion bekam nach Ruth Fischers Ablösung Aufwind und stellte zwischen 1926 und 1928 die Spitze der KPD. Die seit 1927 als „Versöhnler“ titulierte „Mittelgruppe“ mit Ernst Meyer, Arthur Ewert, Hugo Eberlein, Gerhart Eisler und Georg Schumann an der Spitze war leninistisch orientiert und sprach sich – ebenso wie die „Rechten“ in der Partei – für eine pragmatische Realpolitik aus, die die Gewerkschaften und das Parlament als kommunistische Betätigungsfelder anvisierte.²⁶ Im Unterschied zu den „Rechten“ bekräftigten

²⁴ Vgl. Ben Fowkes (Hg.), *The German Left and the Weimar Republic. A Selection of Documents*, Leiden / Boston 2014, Dok. 5.14, S. 158 ff. Der nachfolgende Volksentscheid vom 20. Juni 1926 übertraf zwar das Ergebnis des Volksbegehrens, scheiterte aber dennoch, weil zwischenzeitlich ein entsprechendes Gesetz zur entschädigungslosen Enteignung als verfassungsändernd erklärt worden war, wodurch für dessen Annahme eine absolute Mehrheit erforderlich gewesen wäre. Stephan Malinowski, *Die Hohenzollern und die Nazis. Geschichte einer Kollaboration*, Berlin 2021, S. 154–167.

²⁵ Dokumentiert in: Günther Fuchs / Erwin Lewin / Elke Reuter / Stefan Weber (Hg.), *Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg. Eine kommentierte Dokumentation*, 2. Aufl., Berlin 2018; vgl. auch Winkler, *Der Schein der Normalität* (wie Anm. 20), S. 667 ff.

²⁶ Arthur Ewert war einer der Exponenten der sogenannten „Mittelgruppe“ innerhalb der KPD-Führung, die von der damaligen Komintern-Führung unterstützt wurde. Die „Mittelgruppe“ wandte

die „Versöhnler“ die Dominanz der VKP(b) in der Komintern, wollten unter allen Umständen in der KPD verbleiben und lehnten insofern jede Parteispaltung ab. Im Herbst 1928 nutzten die gemäßigten KPD-Führer einen Unterschlagungsskandal im Hamburger Parteibezirk („Wittorf-Affäre“), in den Thälmann verwickelt war, zur Lancierung einer Kampagne gegen die „ultralinke“ Komintern-Politik, die darüber hinaus auf die Enthebung des Parteiführers abzielte. Stalin intervenierte daraufhin, und das ihm gefügige EKKI setzte Thälmann am 6. Oktober 1928 wieder in seine Parteifunktionen ein.²⁷

Im Zuge der ultralinken Wende der Komintern bereits kaltgestellt, verloren die „Versöhnler“ mit dem Tod Ernst Meyers im Februar 1930 ihren letzten Rückhalt. Sie unterlagen der Stalin-treuen Mehrheit im Zentralkomitee und mussten ihren informellen Faktionsstatus aufgeben. Das Ruder übernahm nun – uneingeschränkt von jedweder Opposition – die stalinistische Linke um das Triumvirat Thälmann-Neumann-Remmele. Von Stalin und der Komintern protegiert, begab sich die KPD damit noch stärker in eine freiwillige Abhängigkeit gegenüber der Moskauer Zentrale. Auf deren Anweisung unterzog sich der Parteiapparat der KPD einem Umbau, bei dem die erfahrenen alten Kader durch jüngere Funktionäre ersetzt und auf die Führerschaft Thälmanns eingeschworen wurden. Thälmann indes hielt mittels interner Überwachungsmaßnahmen seine unliebsamen Kontrahenten Remmele und Neumann in Schach. Im Sommer 1932 hatte der Parteivorsitzende „sein persönliches Überwachungssystem innerhalb des KPD-Apparates perfektioniert“.²⁸

sich gegen „rechtsopportunistisches Kapitulantentum“, aber auch gegen die „linkssektiererische“ Ablehnung jeglicher Einheitsfront-Politik. Vgl. Ronald Friedmann, Arthur Ewert. *Revolutionär auf drei Kontinenten*, Berlin 2015.

²⁷ Vgl. dazu u. a. Hermann Weber / Bernhard H. Bayerlein (Hg.), *Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin*, Berlin 2003.

²⁸ Bert Hoppe, *In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933* (= *Studien zur Zeitgeschichte*; Bd. 74), München 2007, S. 249.

Rechte, Linke, Mittelgruppe, Ultralinke: Fraktionierungen und Zentrifugalkräfte

„Bei jedem Kurswechsel kam es zu heftigen internen Kämpfen, aus denen jeweils der Apparat, der ja mehr war als Bürokratie der Organisation, als Gewinner hervorging und bei denen permanent ein Austausch der Kader erfolgte.“²⁹ So gehörten zu den „Rechten“ in der KPD Parteiführer wie Heinrich Brandler, August Thalheimer, Paul Frölich und Jakob Walcher sowie deren Anhänger/innen, die nach dem praktischen Scheitern der „Offensivtheorie“ im März 1921 und dem Fiasko des Aufstandsversuch im Herbst 1923 nicht von ihren Positionen abrückten und dadurch in Konflikt mit der Komintern gerieten.³⁰ Die von 1921 bis Herbst 1922 tonangebende „Rechts“-Opposition optierte für eine an die Tradition der linken Vorkriegssozialdemokratie anknüpfende Realpolitik, die eine Einheitsfront mit der SPD beinhaltete und für eine konstruktive Mitarbeit mit oder in den Freien Gewerkschaften und den Parlamenten optierte.

Als Protagonist der Einheitsfrontpolitik, die auf die Durchsetzung von Teilforderungen im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und den Linksparteien abzielte, gilt Ernst Meyer. Mit dieser den nichtrevolutionären Verhältnissen angepassten Taktik versuchte der Parteivorsitzende die KPD als Schrittmacherin in Arbeitskämpfen oder politischen Kampagnen in Stellung zu bringen – wenn nötig im Konflikt mit den „reformistischen“ Führungsspitzen, die im Fall ihrer Verweigerungshaltung als Hemmschuhe des Klassenkampfes erscheinen konnten. Nicht nur der Anstieg der Mitgliederzahlen, sondern auch die Ausweitung von kommunistischen Stützpunkten auf der Funktionärebene der Freien Gewerkschaften sowie die Wahlergebnisse schienen zumindest die Effizienz einer Strategie zu bestätigen, wie sie Meyer als Vorbedingung einer

²⁹ Hermann Weber, Die Stalinisierung der KPD – Alte und neue Einschätzungen, in: Jahrbuch Historische Kommunismusforschung (im Folgenden: JHK), 2007, S. 221–244, hier S. 234.

³⁰ Ernst Stock / Karl Walcher, Jacob Walcher (1887–1970). Gewerkschafter und Revolutionär zwischen Berlin, Paris und New York, Berlin 1998.

revolutionären Massenpolitik anstrebte.³¹ Anklang fanden die „Rechten“ in der KPD vor allem unter qualifizierten Arbeiter/innen sowie in der mittleren Ebene der Gewerkschafts- und Kommunalfunktionäre mit regionalen Schwerpunkten in Thüringen und Sachsen und einigen mittleren Großstädten in Süd- und Westdeutschland.

Als die linken Sozialdemokraten der rot-roten Koalitionsregierungen in Sachsen und Thüringen im Oktober 1923 ihre Unterstützung für den – von der KPD als Auftakt für einen bewaffneten Aufstand der „Proletarischen Hundertschaften“ vorgeschlagenen – Generalstreik verweigerten, brachte diese Absage die linke Opposition wegen des „Verrats“ der sozialdemokratischen Führer in Rage. In Anbetracht des Umstandes, dass die KPD anschließend in die Illegalität gedrängt wurde, bekam dieser Vorwurf durchaus Gewicht.³² Jedenfalls war dem Einheitsfront-Experiment damit praktisch ein Endpunkt gesetzt und stattdessen der „Sozialfaschismus“-Doktrin der Weg bereitet. Die Spitzengruppe der „rechten“ Strömung, die zumeist dem Spartakusbund angehört hatte, und deren Anhänger/innen stemmten sich sowohl gegen die „ultralinke Wendung“ der KPD als auch gegen die von der Komintern ausgegebene „Sozialfaschismus“-Theorie. Ihre Kritik richtete sich gegen die hegemonale Führerschaft Stalins in der Komintern, die sie andererseits für Sowjetrußland akzeptierten und sich dadurch gegen Trotzki stellten.³³ Die Angehörigen der „Rechts“-Opposition wurden 1928/29 entweder ausgeschlossen oder verließen die KPD aus eigenen Stücken, um sich in der KPD-Opposition (KPO) zu sammeln, die es auf über 4.000 Mitglieder brachte.³⁴

³¹ Florian Wilde, Building a Mass Party: Ernst Meyer and the United Front Policy, 1921–1923, in: Hoffrogge / LaPorte (Hg.), Weimar Communism as Mass Movement (wie Anm. 6), S. 66–86. Explizit: Florian Wilde, Revolution als Realpolitik – Ernst Meyer (1887–1930). Biographie eines KPD-Vorsitzenden, Konstanz 2018, S. 147 ff.

³² Gutjahr, Revolution muss sein (wie Anm. 11), S. 601 ff.

³³ Über die Verwerfungen, die die Ausgründung der KPO in der Spitze der VKP(b) und in der Komintern auslöste, informiert Wladislaw Hedeler, Nikolai Bucharin. Stalins tragischer Opponent. Eine politische Biographie, Berlin 2015, S. 315–330.

³⁴ Dazu grundlegend: Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO) (wie Anm. 13).

Nach der Abspaltung der KAPD im April 1920 und der ersten innerparteilichen Linksopposition gegen das Polbüro, zunächst unter Ernst Meyer (1921/22) und dann unter Heinrich Brandler (1922/23), etablierte sich 1924 nun mit Ruth Fischer, Arkadi Maslow, Ernst Thälmann, Werner Scholem, Paul Schlecht, Iwan Katz, Hugo Urbahns, Arthur Rosenberg, Otto Weber, Anton Grylewicz und anderen eine Riege aufstrebender „Linker“ als maßgebender Machtfaktor in der Partei, in der sie die „Rechten“ aus den Führungsgremien drängten und den Kurs in eine unbestimmt-radikale Richtung lenkten.³⁵ Unter Berufung auf Lenin unterstützten die Linken die Bolschewisierung der KPD. Dabei konnten sie sich so lange auf die Protektion Sinowjews berufen, bis sie das Zweckbündnis mit der „Mittelgruppe“ aufkündigten und in puncto der von ihnen intendierten Gewerkschaftsspaltung die Formalien der Komintern einhielten.³⁶ Anklang fand die linke Fraktion, der sich bis zu Dreiviertel der Mitgliedschaft zugehörig fühlte, unter radikalisierten Arbeiter/innen, vor allem Erwerbslosen. Ihre Ablehnung der Einheitsfrontpolitik brachte die linke Opposition in Konflikt mit der Komintern. Unter Druck geraten, spaltete sich die Parteilinke im Herbst 1925 und hinterließ eine kominternkonforme Richtung (Ernst Thälmann u. a.) in der Parteileitung sowie eine neue Linke in der Opposition, angeführt von der zuvor von ihren Funktionen enthobenen Spitze um Ruth Fischer, Arkadi Maslow und Paul Schlecht. Mehrere hundert Funktionäre erklärten in einem „Brief der 700“ ihre Solidarität mit der linken Opposition sowohl in der KPD als auch in der VKP(b). Ausdrücklich verwarfen sie darin die Theorie des „Sozialismus in einem Lande“, forderten „wirkliche Parteidemokratie in der Komintern und in der KPdSU“, protestierten gegen die Maßregelungen unter anderem Sinowjews und monierten, dass „die ZKs der Sektionen der Komintern wie auch das ZK

³⁵ Mario Keßler, Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889–1943), Köln 2003, S. 100 ff.

³⁶ Harald Jentsch, Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923, Rostock 2005, S. 378 ff.

der KPD vorbehaltlos den Beschlüssen des Stalinschen ZK der KPdSU zustimmen und behaupten, die Mitglieder täten das Gleiche“.³⁷

In der Folgezeit verließen viele Linke die KPD oder wurden ausgeschlossen. Bis zu 6.000 Dissidenten fanden in dem im April 1928 ins Leben gerufenen *Leninbund* eine neue politische Heimat. Dieser trat entschiedener als zuvor die KPO als zweite kommunistische Partei in Deutschland auf.³⁸ Schon im Vorfeld der Reichstagswahl von 1928 kam es im *Leninbund* zu einem Disput über die Beteiligung an den Parlamentswahlen, worauf die Wortführer/innen der Gegenposition – beinahe sämtliche prominenten Politiker/innen (Fischer, Maslow, Scholem u. a.) – bis auf Hugo Urbahns (welcher den *Leninbund* bis zu dessen Ende führte) ausschieden. Die spärliche Resonanz der Opposition bei den Reichstagswahlen, ein Differenzierungsprozess unter den Mitgliedern und der folgende Linksschwenk der Komintern veranlassten viele Leninbündler zur Rückkehr in eine KPD, die sich unter der Führung Thälmanns endgültig zur deutschen Stalin-Fraktion entpuppte und infolgedessen jedwede innerparteiliche Kritik als antileninistischen „Luxemburgismus“ brandmarkte.

Bereits die pragmatisch-taktische „Rechtswendung“ der Fischer-Maslow-Führung im Frühjahr 1925 war nicht ohne Friktionen erfolgt – sie markierte die Scheidelinie zwischen den Parteilinken. Dabei unterlagen die „Ultralinken“, die sich gegen die von Sinowjew auf dem V. Weltkongress der Komintern (17. Juni bis 8. Juli 1924) vorgegebene Bolschewisierung wandten, den von ihrer kominternkritischen Linie abrückenden „Linken“.³⁹ Aufgrund ihrer „Abweichungen“ geriet die „Ul-

³⁷ Erklärung von 700 KPD-Mitgliedern zur russischen Frage und gegen die Verfolgung der Linken Opposition in der Sowjetunion („Brief der 700“) v. 1. September 1926, in: Hermann Weber / Jakov Drabkin / Bernhard H. Bayerlein (Hg.), Deutschland, Russland, Komintern. II: Dokumente (1918–1943), Teilband 1, Berlin / München / Boston 2015, S. 531–538, hier S. 534, 536 u. 538.

³⁸ Rüdiger Zimmermann, *Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1978, S. 102. Vgl. auch Marcel Bois, *Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung*, Essen 2014, Kap. 4.6. Von der KAPD existierte zu diesem Zeitpunkt nur noch ein unbedeutender Rest.

³⁹ Mit dem Schlagwort „Bolschewisierung“ verstanden die „Mittelgruppe“ und die „Linke“ in der KPD jeweils andere Vorstellungen. Während die „Mittelgruppe“ eher auf einen organisationsstruk-

tralinke“ ins Abseits, weil sie ihre distanzierte Einstellung der tonangebenden Moskauer Zentrale gegenüber nicht revidierte, indem sie etwa die Vormachtstellung der VKP(b) gegenüber der Komintern ablehnte, die sie vor allem in der Person Stalins personifiziert sah.⁴⁰ In der „ultralinken“ Opposition vereinte sich ein Kern von Parteiintellektuellen, darunter die Zentrale-Mitglieder Werner Scholem, Arthur Rosenberg und Iwan Katz. Dazu kamen Karl Korsch, Ernst Schwarz, Theodor Neubauer und Arbeiterveteranen wie Hans Weber, Arthur Voigt und Wilhelm Kötter, die aufgrund ihrer Integrität einen starken Rückhalt in einigen KPD-Bezirken besaßen. Die ultralinke Strömung erreichte mehrere Tausend oft erwerbslose Parteimitglieder, blieb indessen disparat und zerfiel bereits 1926 in divergierende Gruppierungen jenseits der KPD. Zu diesen zählte der *Spartakusbund der linkskommunistischen Organisationen*, der Ende Juni 1926 aus der Vereinigung der KPD-Opposition (Linke KPD) von Iwan Katz mit einem von Franz Pfemfert und Oskar Kanehl geführten Teil der Reste von der rätekommunistischen *Allgemeinen Arbeiterunion-Einheitsorganisation* (AAU-E) sowie dem revolutionären *Industrieverband für das Verkehrsgewerbe* hervorgegangen war. Im antiparlamentarischen „Spartakusbund II“, so die Kurzbezeichnung für den antibolschewistischen Kartellverband, regte sich alsbald Kritik an dem Reichstagsmandat von Katz, das dieser nicht aufzugeben bereit war. Die unterschiedlichen Vorstellungen der ehemaligen KPD-Opposition und des Industrieverbands veranlassten letzteren zum Ausscheiden. Nachdem sich die Mitgliederzahl des *Spartakusbund II* binnen eines Jahres von angeblich 12.000 auf 3.000 verringert hatte, führte er

turellen Umbau abstellte, verstand die „Linke“ darunter eine innerparteiliche Vereinheitlichung unter Ausschluss jedweder Fraktionen und Richtungen. Vgl. Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus* (wie Anm. 18), S. 85 ff.

⁴⁰ Hermann Weber, *Zum Verhältnis von Komintern, Sowjetstaat und KPD*, in: ders. / Bernhard H. Bayerlein / Jakov Drabkin / Aleksandr Galkin (Hg.), *Deutschland, Russland, Komintern: I. Überblicke, Analysen, Diskussionen: Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die deutsch-russischen Beziehungen (1918–1943)*, Berlin / Boston 2014, S. 9–125, hier S. 58 ff.

nurmehr ein Schattendasein, dem Franz Pfemfert mit der von ihm redigierten „Aktion“ ein publizistisches Forum bot.⁴¹

Eine zweite Strömung der ultralinken Opposition, die zunächst noch innerhalb der KPD in Erscheinung trat, war die *Entschiedene Linke*, eine Gruppierung, die sich um die KPD-Reichstagsmitglieder Karl Korsch, Heinrich Schlagwerth und Ernst Schwarz formierte. Die KPD-Führung reagierte auf den „spießbürgerlichen Philosophen Korsch“ wie schon auf die „Katzbande“ (Stalin): mit taktischen Manövern, die auf eine Disziplinierung der Basis abzielten, und mit unversöhnlicher Härte gegen die oppositionellen Wortführer. Das im Mai 1926 aus der Partei entfernte Triumvirat stellte fortan als *Gruppe Internationaler Kommunisten* eine eigene Fraktion im Reichstag.⁴² Im Juli 1926 erklärte das Zentralkomitee⁴³ der KPD an die Adresse der Gruppierungen und Fraktionen innerhalb der Partei, dass fortan jede Verbindung mit der Schwarz/Korsch-Gruppe unweigerlich einen Parteiausschluss nach sich ziehen würde. Anfang 1927 wurden etwa 4.000 Anhänger/innen der *Entschieden Linken* zugerechnet, die wiederum in zwei Richtungen auseinanderstrebte. Während der Flügel um Schwarz sich der bereits auf eine irrelevante Schwundstufe reduzierten KAPD annäherte, versprach sich die um Korsch und Schlagwerth gruppierte Richtung mehr Erfolg von einer Tuchfühlung mit den noch in der KPD verbliebenen Oppositionellen. Wie zuvor im Fall Katz im *Spartakusbund II* lieferte das Reichstagsmandat von Schwarz wieder den Stein des Anstoßes für das Zerwürfnis mit der KAPD, das im April 1928 dem Projekt faktisch ein Ende setzte. Die Korsch-Richtung in der *Entschieden Linken*, die den

⁴¹ Hans Manfred Bock, Geschichte des „linken Radikalismus“ in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt a. M. 1976, S. 136 ff.

⁴² Die von der Korsch-Richtung innerhalb der Entschieden Linken anvisierte Vereinigung mit der Fischer-Maslow-Urbahns-Gruppe kam zwar nicht zustande, führte aber im November 1926 zu einer – wenn auch kurzzeitigen – gemeinsamen Reichstagsliste „Linker Kommunisten“, der sich bis Ende 1927 14 der insgesamt 45 kommunistischen Abgeordneten dieser Linie anschlossen. Vgl. Langels, Die ultralinke Opposition (wie Anm. 23), S. 118.

⁴³ Ausweislich des auf dem X. Parteitag der KPD im Juli 1925 angenommenen neuen Statuts trat an die Stelle der Leitungsgremien „Zentrale“ und „Zentral-Ausschuss“ das „Zentralkomitee“ als die einheitliche höchste Führungsinstanz. Vgl. den Teilabdruck des Statuts in: Hermann Weber (Hg.), Der deutsche Kommunismus – Dokumente 1915–1945, 3. Aufl., Köln 1973, S. 254 ff.

von Schwarz eingeschlagenen Weg zur KAPD/AAU als aussichtslos einschätzte, vollzog den Schwenk in die zu befürchtende Sackgasse nicht mit. Diese Strömung organisierte sich als Gruppe *Kommunistische Politik*. Mit bis zu 3.000 Anhänger/innen wirkte sie noch eine Zeit lang in und außerhalb der KPD weiter, bis die zunehmenden Parteiausschlüsse jede Perspektive auf einen Einflusszuwachs in der Partei als unrealistisch erscheinen ließ. Konsequenterweise stellte die *Kommunistische Politik* im April 1927 ihren Fraktionsanspruch innerhalb der KPD zugunsten einer eigenen Parteigründung zurück. Ende des Jahres steckte dieses Vorhaben bereits in den Ansätzen fest.⁴⁴

Dass die Aussichten für die Opposition innerhalb der KPD alles andere als günstig waren, zeigte auch jene ultralinke Arbeitergruppe, die als „Weddinger Opposition“ ihre Basis in einigen Parteibezirken bis 1927/28 halten konnte, dann jedoch aufgrund innerer Konflikte auseinanderfiel. Konnten die Wortführer der internen Opposition nicht anderweitig zur Raison gebracht werden, enthob sie das ZK entweder ihren Funktionen oder entfernte sie aus der Partei.⁴⁵ Als die KPD-Spitze dann ab 1929 selbst einen ultralinken, entschieden stalinistischen Kurs einschlug und um Thälmann einen auf das Vorbild des Diktators in Moskau rekurrierenden Personenkult inszenierte, war damit allen weiteren Oppositionsbildungen und jedweder Fraktionsarbeit – zumal gegen die Direktiven der Komintern – endgültig der Boden entzogen.

Jene Fachleute und Entscheidungsträger im Parteiapparat, die auf Abstand zu den abweichenden Strömungen bedacht waren und in der Absicht, „nicht in die Grabenkämpfe hineingezogen zu werden“, stets mit der jeweils tonangebenden Fraktion konform gingen, vereinten sich schließlich mit der kominterntreuen Linken „zur deutschen Stalin-Frak-

⁴⁴ Vgl. Siegfried Bahne, Zwischen „Luxemburgismus“ und „Stalinismus“. Die „ultralinke“ Opposition in der KPD, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (im Folgenden: VfZ), 9 (1961), 4, S. 359–383, hier S. 379 ff.; Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus (wie Anm. 18), S. 149–155; Bock, Geschichte des „linken Radikalismus“ (wie Anm. 41), S. 142 ff.; Bois, Kommunisten gegen Hitler und Stalin (wie Anm. 38), Kapitel 4.2.3. u. 4.5.2.

⁴⁵ Marcel Bois, Vergessene Kommunisten. Die „Weddinger Opposition“ der KPD, in: JHK, 2008, S. 58–67.

tion“, „die wichtigste Voraussetzung für die endgültige Stalinisierung der KPD“. ⁴⁶ Was die Kaderstrukturen anbelangte, ging diese Transformation mit einem „Trend zur Abwanderung der Intellektuellen“ und einem „Ansteigen der ungelerten Arbeiter und Berufsrevolutionäre“ einher – mithin ein gesteuerter Prozess, um im „Kampf gegen den Sozialdemokratismus“ „neue bolschewistische Führer“ ohne solche Herkunftsbezüge heranzuziehen. ⁴⁷

Bis dahin hatten die schonungslosen Fraktionskämpfe, der Zwang zur Unterordnung unter die jeweils dominierenden Parteilinien, die damit verbundenen Rituale der Unterwerfung und Selbstkritik und nicht zuletzt eine rigide Ausschlusspraxis sowie zahlreiche Austritte zu mehrfachen Neuzusammensetzungen der Parteikader sowie zu einer enormen Fluktuation an der Basis und innerhalb des Führungskorps geführt. ⁴⁸ Mit der Ausschaltung der innerparteilichen Demokratie ging zudem ein permanenter Wechsel im Spitzenpersonal einher, dem nicht unbedingt ideologische Motive zugrunde lagen: „Die ständigen Säuberungen im Apparat und die Ausschaltung Oppositioneller boten etliche Aufstiegschancen“, wobei „integre Personen“ und „aufrechte Idealisten“ in der Regel den Kürzeren zogen und ausschieden. Profilierungsdrang im Fraktionskampf und das Konkurrenzverhalten bei der Besetzung der Führungspositionen intensivierten persönliche Rivalitäten und setzten eine Negativselektion in Gang, die „korrumpierte Egoisten“ und „zynische Karrieristen“ mit konformistisch-autoritären Eigenschaften in die höchsten Ämter brachte. ⁴⁹

⁴⁶ Weber / Herbst, Deutsche Kommunisten (wie Anm. 1), S. 22.

⁴⁷ Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus (wie Anm. 7), S. 51.

⁴⁸ Ebd., S. 50–55. Parteisäuberungen waren den Sektions-Parteien der Komintern bereits 1920 in den für den Beitritt verpflichtenden „21 Bedingungen“ auferlegt worden. Demnach waren die kommunistischen Parteien angewiesen, regelmäßig diesbezügliche Kampagnen einzuleiten und mittels Neuregistrierungen (Austausch der Mitgliedsbücher) umzusetzen. Als Maßnahmen gegen Bürokratismus, Karrierismus und Korruption vorgesehen, erfüllten sie mehr und mehr eine politische Funktion, indem sie der Ausschaltung oppositioneller Strömungen dienten. Vgl. Hermann Weber, Einleitung: Bemerkungen zu den kommunistischen Säuberungen, in: ders. / Ulrich Mählert (Hg.), Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953. Erw. Sonderausgabe, Paderborn u. a. 2001, S. 1–31, hier S. 9.

Insofern gewährleistete das bloße Bedürfnis materieller Existenzsicherung, also Berufsverhältnisse, die Kohärenz des Führungskorps. Immerhin waren 1927 von den etwa 20.000 bis 30.000 aktiven Funktionären unten den etwa 140.000 Mitgliedern der KPD mehr als 5.000 hauptamtliche Funktionsträger/innen direkt oder mittelbar von der Partei abhängig.⁵⁰ Etwa 20 Prozent der aktiven Kader waren zur materiellen Absicherung ihres eigenen Lebensunterhalts und der ihrer Familien entweder auf die KPD oder die Komintern angewiesen, denn eine Wiederaufnahme ihrer vormaligen Berufe war den exponierten Kommunisten in der Regel versperrt.⁵¹

Intellektuelle, an der Parteibasis Ausnahmeerscheinungen, waren in der Führungsebene überdurchschnittlich vertreten. Nach der Reichskontrolle von 1927 hatten 0,9 Prozent der Mitglieder eine Hochschule besucht.⁵² Die im KPD-Führungsapparat bis Ende der 1920er Jahre relativ häufig anzutreffenden Akademiker wahrten offenbar eher kritische Distanz zu jeweils maßgeblichen Direktiven und verhielten sich öfter nonkonformistisch. Von den 62 promovierten Funktionären fielen immerhin 26 Personen (40 Prozent) den internen Säuberungen zum Opfer oder verließen die Partei auf eigene Initiative. Überdies kam ein

⁴⁹ Hermann Weber, Einleitung: Bemerkungen zu den kommunistischen Säuberungen, in: ders. / Ulrich Mähler (Hg.), *Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953*. Erw. Sonderausgabe, Paderborn u. a. 2001, S. 1–31, hier S. 1 f.; Weber / Herbst, *Deutsche Kommunisten* (wie Anm. 1), S. 29 f.; Doris Danzer, *Zwischen Vertrauen und Verrat. Deutschsprachige kommunistische Intellektuelle und ihre sozialen Beziehungen (1918–1960)*, Göttingen 2012, S. 195.

⁵⁰ Nach der Reichskontrolle von 1927 waren im Parteiapparat der KPD 2.348 Personen direkt beschäftigt. 3.736 arbeiteten in parteieigenen Betrieben oder Sowjetinstitutionen in Deutschland. Weber / Herbst, *Deutsche Kommunisten* (wie Anm. 1), S. 27.

⁵¹ Ebd., S. 26. Dass der Einfluss, über den die KPD in sympathisierenden Kreisen linker oder liberaler Künstler und Intellektuellen verfügte, die quantitative Bedeutung der Parteistatistik überstieg, ist verschiedentlich angemerkt worden; vgl. beispielsweise Danzer, *Zwischen Vertrauen und Verrat* (wie Anm. 49). Die Autorin verweist darauf, dass es die KPD spätestens seit 1924 nicht auf den Zustrom von Intellektuellen anlegte. Ebd., S. 89 f.; Ben Fawkes, *Communism and the Avant-Garde in Weimar Germany*, in: Hoffrogge / LaPorte (Hg.), *Weimar Communism as Mass Movement* (wie Anm. 6), S. 220–239.

⁵² Vgl. zum Verhältnis von intellektueller Freiheit und Parteibindung: Bernhard B. Bayerlein (Hg.), *„Der Verräter, Stalin, bist Du!“*. Vom Ende der linken Solidarität. Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg 1939–1941, Berlin 2008.

Drittel von ihnen auf gewaltsame Art ums Leben: vier Parteiführer/innen schon in der Frühphase der Partei, fünf Spitzenkader durch den Hitler-Terror und elf in den stalinschen Säuberungen.⁵³

Kommunistische Milieus im Widerstand

Eine gefestigte Milieuverankerung war eine wesentliche Ausgangsbasis für den aktiven Widerstand gegen das NS-Regime und insofern ein wichtiger Einfluss, aber nicht unbedingt der ausschlaggebende Faktor. Letztlich war die Bereitschaft dazu eine individuelle, wenn auch nicht immer aus freien Stücken zu treffende Entscheidung. Persönliches Risiko und familiäre Verantwortlichkeiten waren jeweils im Hinblick auf die situativen Gelegenheitsstrukturen abzuwägen und gaben möglicherweise den Ausschlag für Entscheidungen, die nicht unbedingt einer kalkulierten Zweck-Mittel-Relation entsprachen. Insgesamt sind vor dem Hintergrund einer weitestgehend gleichgeschalteten „Volksgemeinschaft“ sechs „idealtypische Verhaltensmuster“ linker Akteure festzustellen:

1. Rückzug in die Passivität, 2. Tatsächliche Gleichschaltung in den alten Vereinsstrukturen, 3. Tarnung fortbestehender Arbeitersportvereine durch vorgetäuschte Gleichschaltung, 4. Individuelle Anpassung in einem ‚bürgerlichen‘ Verein, 5. Wahrung des Milieuzusammenhangs durch kollektives Unterschlüpfen in anerkannten Vereinen oder Abtauchen in informelle Kreise und 6. Konspirative Untergrundarbeit als Teil des politischen Widerstandes.⁵⁴

Das Generations- und Sozialprofil der kommunistischen Massenillegalität von 1933/34 entsprach noch im Wesentlichen dem der späten Weimarer Republik. Es handelte sich in der Regel um angelernte oder gelernte Arbeiter, die als jüngere Erwerbslose in der Weltwirtschaftskrise der KPD oder ihrer Nebenorganisationen beigetreten waren. Ihre

⁵³ Weber / Herbst, *Deutsche Kommunisten* (wie Anm. 1), S. 34 f.

⁵⁴ Detlef Schmiechen-Ackermann, *Sozialistische Milieureine nach 1933. Strategien der Anpassung und der Verweigerung am Beispiel der Arbeitersportler und Arbeitersänger*, in: ders. (Hg.), *Anpassung – Verweigerung – Widerstand. Soziale Milieus, politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich*, Berlin 1997, S. 123–143, hier S. 129 f.

„emotionelle Prägung“ war „durch die Existenzangst der Krisenjahre und den ihr korrespondierenden ultralinken Kurs“ mitsamt den Disziplinaranforderungen bestimmt. Zuvorderst gab die „Naherwartung des Zusammenbruchs“ des Regimes den Anstoß für das antifaschistische Engagement.⁵⁵ Ob im kommunistischen Widerstand tatsächlich erst ab 1935 ältere Funktionäre aktiv wurden, also jene Kader, die über jahrzehntelange Erfahrungen in der Arbeiter/innenbewegung verfügten und bereits die Haft in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern des Regimes kennengelernt hatten, erscheint zwar plausibel, ist zwischenzeitlich jedoch angezweifelt worden.⁵⁶

Das gegen den Nationalsozialismus „mobilisierbare Oppositionspotenzial“ in einzelnen Stadtteilen war abhängig von „der Konsistenz und Belastbarkeit der jeweiligen Quartiersmilieus (und der damit verbundenen Vereins- und Betriebsmilieus)“.⁵⁷ Dies betraf sowohl die Abwehr der expandierenden NS-Bewegung als auch die Resistenz nach der Machtübertragung an die nazistisch-rechtsvölkische Koalitionsregierung am 30. Januar 1933. Dabei galt:

⁵⁵ Detlef Peukert, *Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945*, Wuppertal 1980, S. 172 (Zitatpassage) u. S. 191. Peukerts Verweis auf die überwiegend jüngeren Akteure des KPD-Widerstands, die sich bereits als Erwerbslose während der Weltwirtschaftskrise radikalisiert hatten, ist anhand von Gegenbeispielen grundsätzlich in Frage gestellt worden von Klaus-Michael Mallmann, *Die geschlagenen Sieger. Kommunistischer Widerstand an der Saar und im Exil 1933–1945*, in: ders. / Gerhard Paul, *Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus*, Bonn 1995, S. 333–640, hier S. 375 u. S. 402 f. Dagegen ist einzuwenden, dass die für die KP des von 1920 bis 1935 vom Deutschen Reich abgetrennten Saargebiets erhobenen Befunde insgesamt kaum repräsentativ sein dürften, auch nicht, was die vormaligen kommunistischen Hochburgen im Rheinland und Ruhrgebiet anbelangt.

⁵⁶ Klaus-Michael Mallmann, *Konsistenz oder Zusammenbruch? Profile des kommunistischen Widerstandes 1933–1945*, in: Schmiechen-Ackermann. (Hg.), *Anpassung – Verweigerung – Widerstand* (wie Anm. 54), S. 221–237, hier S. 227. Dieser Befund trifft auf den Widerstand im Zweiten Weltkrieg zu, da inhaftierte Kommunisten aus den Zuchthäusern nach der Verbüßung ihrer Haftstrafen in der Regel zur „Schutzhaft“ in die KZ überstellt wurden, aus der sie nach Kriegsbeginn weisungsgemäß nicht mehr entlassen wurden.

⁵⁷ Detlef Schmiechen-Ackermann, *Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen* (= *Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 47), Bonn 1998, S. 711.

Je homogener proletarisch geprägte Quartiersmilieus in sozialer Hinsicht waren, desto stabiler gestaltete sich meist der gewachsene Milieuzusammenhalt, wie z. B. in manchen ‚klassischen‘ Arbeitervierteln oder Zechensiedlungen. [...] Aus dem Milieuzusammenhang gespeiste ‚Resistenz‘ basierte in aller Regel auf einer vor 1933 breit fundierten kulturellen Hegemonie des sozialistischen Milieus.⁵⁸

Die Resistenzkraft proletarischer Milieus war regional unterschiedlich ausgeprägt. Eine tragfähige Basis für „nonkonformes Verhalten und kollektive Formen der Verweigerung“ war dort verhältnismäßig stärker vorhanden, wo „das Netzwerk der sozialistischen Milieuorganisationen besonders dicht und trotz der parteipolitischen Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung noch vergleichsweise konsistent war“.⁵⁹

Im aktiven Widerstand der KPD-Mitglieder vor Ort waren den Beteiligten ihre freundschaftlichen Verhältnisse und familiären Bindungen oft wichtiger als abstrakte Parteibeschlüsse oder jenseitige Direktiven der Komintern, die nach situativen Gesichtspunkten „nicht quasi pur praktiziert, sondern durch lokalgesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Rücksichtnahmen, milieuspezifische Kriterien von Ehre und Ansehen, persönliche Beziehungen und Freundschaften gefiltert wurde[n]“. ⁶⁰ Nach Mallmann bildeten politisch identische Familien, die nicht selten aus drei Generationen mehrfach organisierter Aktivisten bestanden, die stabilsten Grundelemente des kommunistischen Antifaschismus. Solche vernetzten, durch Familien- beziehungsweise Verwandtschaftsbeziehungen abgesicherten „familiarisierte[n] Milieukerne“ überdauerten als die „letzten solidargemeinschaftlichen Auffangbecken im Zerfallsprozeß linksproletarischer Milieus“. ⁶¹ Selbst wenn die Milieus aufgrund der rigorosen Repression, der demoralisierenden Wendungen der sowjetischen Außenpolitik und der volksgemeinschaftlichen Integrationsversprechen des NS-Staates ihre Bindungskraft verloren und auf einen „sich verhärtenden Kern verschwägerter Familien“ zusammenschrumpf-

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Ebd., S. 715.

⁶⁰ Mallmann, Konsistenz oder Zusammenbruch? (wie Anm. 56), S. 228.

⁶¹ Mallmann, Die geschlagenen Sieger (wie Anm. 55), S. 409.

ten,⁶² so dass Resistenz zuletzt nur noch als reiner symbolischer Existenzbeweis oder als Akt trotziger Selbstbehauptung erscheinen mochte, so war

kommunistischer Widerstand nie ein lediglich nach Zweck-Mittel-Relationen rational kalkuliertes Unternehmen. Stets blieb er untermischt mit jenen älteren Dispositionen der Milieubindung und -konfrontation, die ihn gleichermaßen beflügelten wie begrenzten, die ‚Milieu‘ in der Illegalität zu einem durchaus ambivalenten Faktor machten. War ‚Milieu‘ auch eine unabdingbare Voraussetzung kommunistischen Widerstandes, so war es doch nie dessen sicherer Ort. Es unterlag der Erosion und schmolz im Laufe der Jahre, es pflegte die traditionellen Verkehrsformen und sorgte durch Querverbindungen und Bekanntschaften für die Transparenz illegaler Zusammenhänge, und es verführte zu demonstrativen Kraftproben, zum Rekurs auf die Rituale symbolischer Politik.⁶³

Kalkül und Risikoabschätzungen dürfen dabei aber nicht außer Acht bleiben, sie waren gleichsam die Voraussetzungen für individuell zu treffende Entscheidungen, gerade weil man sich irgendwann eingestehen musste, „daß die Parteiführung kein Patent zur Lösung der anstehenden Probleme besaß, weil man längst begriffen hatte, daß man jeden Fehler in der Einschätzung auch selbst ausbaden mußte“. Widerstand setzte nicht nur konspirative Techniken voraus, sondern auch eine Orientierung an realitätsgerechten Optionen unter Ausnutzung eigener Spielräume: „Mit Dissidenz hatte dies in aller Regel nichts zu tun, wohl aber mit selbstbewußtem Gebrauch des eigenen Gehirns; eine ‚stalinierte‘ Partei – so scheint es – war die illegale KPD an ihrer Basis damals weniger denn je.“⁶⁴

⁶² Ebd., S. 346 u. S. 403–409; Klaus-Michael Mallmann, Zwischen Denunziation und Roter Hilfe. Geschlechterbeziehungen und kommunistischer Widerstand 1933–1945, in: Christl Wickert (Hg.), Frauen gegen die Diktatur – Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland, Berlin 1995, S. 82–97, hier S. 92. Vgl. auch Hartmut Mehringer, Die KPD in Bayern 1919–1945. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand, in: Martin Broszat / Hartmut Mehringer / Elke Fröhlich (Hg.), Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand (= Bayern in der NS-Zeit; 5), München 1983, S. 1–286, bes. S. 185 f.

⁶³ Mallmann, Konsistenz oder Zusammenbruch? (wie Anm. 56), S. 231.

⁶⁴ Mallmann, Die geschlagenen Sieger (wie Anm. 55), S. 333–640, hier S. 494.

Mit Abstrichen und Zugeständnissen an die Verhältnisse sanktionierte die Exilleitung diese Entwicklung. Weil sich die Niederlage der Arbeiter/innenbewegung nicht mehr verleugnen ließ, verabschiedete sich die „Brüsseler Konferenz“ der KPD, die im Oktober 1935 im Anschluss an den VII. Komintern-Kongress in der Nähe von Moskau tagte, von den bisherigen Revolutionserwartungen. Da für den Sturz des NS-Regimes die eigenen Kräfte keinesfalls ausreichten und dafür ein langer Atem vonnöten war, wurde der ultralinke Kurs aufgegeben. Stattdessen wurde die Aktionseinheit mit der Sozialdemokratie beschworen – die Herstellung einer antifaschistischen Volksfront angestrebt. In organisatorischer Hinsicht setzte die neue Generallinie stärker auf Dezentralisation. Den unteren Parteieinheiten wurden nun mehr Selbständigkeit und Initiative zugestanden.

Als neue Taktik für die Undercover-Aktivitäten fungierte das „trojanische Pferd“; mit diesem Vehikel sollten die Organisationen und Institutionen des NS-Regimes in der Absicht infiltriert werden, „die durch das Regime gebotenen Foren der Interessenartikulation als organisatorische Hülle, aber auch als Plattform für legale und halblegale Agitation für sich zu nutzen“.⁶⁵ Das „trojanische Pferd“ erwies sich als überaus ambivalentes Unterfangen. Wenn die Taktik tatsächlich funktionierte, waren die Beteiligten in ihrem sozialen Umfeld nicht selten als „Überläufer“ diskreditiert.⁶⁶ Obwohl die Sicherheitsbehörden darauf äußerst nervös reagierten, bereitete es dem Regime keine Schwierigkeiten, die an Nazi-Standpunkten anknüpfende Kritik in den Betrieben entweder zu isolieren, zu kanalisieren und zu vereinnahmen oder mithilfe der Deutschen Arbeitsfront aufzudecken und durch die Gestapo zu zerschlagen. Unter diesen Umständen war es kein Wunder, dass vielerorts Aversionen gegen die Versuche bestanden, innerhalb der NS-Strukturen einen verdeckten Klassenkampf zu institutionalisieren. Vielmehr verwiesen die Genossen, soweit möglich, stolz auf die Absti-

⁶⁵ Ebd., S. 438.

⁶⁶ Ebd., S. 441; Udo Grashoff, Gefahr von innen. Verrat im kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Göttingen 2021, S. 36 ff.

nenz von allen NS-Organisationen.⁶⁷ Dort, wo auf Betriebsebene an die Protestartikulation in den NS-Verbänden aufgegriffen wurde und es in Verbindung mit einer interfraktionellen Aktionseinheit in Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern tatsächlich gelang, diese sogar in einen größer angelegten, gar betriebsübergreifenden Widerstand auszuweiten, schlug das koordinierte Repressionsensemble des Regimes umso härter zu. Im Raum Wuppertal verhaftete die Gestapo beispielsweise im Zuge der Zerschlagung des von Sozialdemokraten und Kommunisten getragenen betrieblichen Widerstandes zwischen 1935/36 bis zu 1.900 Personen, von denen die NS-Justiz in den sogenannten Gewerkschaftsprozessen 628 Angeklagte aufgrund von „Hochverrat“ aburteilte.⁶⁸

„Die Wirklichkeit des Widerstandes“ der Kommunisten wird in der Forschung einerseits als „profan“ abgetan, andererseits als „verlustreiche[r] Aktionismus“, als aussichtsloses Unterfangen bewertet.⁶⁹ In der Tat ging es dabei vorrangig darum, die verhafteten Kader zu ersetzen und die noch tätigen Zellen abzuschirmen, aber auch darum, Mitglieds-gelder zu sammeln und die Familien verhafteter Genossen zu unterstützen. Darüber hinaus galt es, einen symbolischen „Existenzbeweis“ im öffentlichen Raum zu demonstrieren – etwa durch identitätsstiftende Parolen an Häuserwänden („KPD lebt!“). Um die „Solidarstrukturen zu bewahren und aufklärerische Gegenöffentlichkeit durch das gedruckte und das gesprochene Wort herzustellen“, wurden Flugblätter, Kleinzeitungen, Streuzettel sowie Broschüren hergestellt oder eingeschmuggelt und unter großen Gefahren verteilt.⁷⁰

Für die Erosion der resistenten Milieus werden – neben exogenen Faktoren (Repression) – vor allem auch endogene Faktoren (Demorali-

⁶⁷ Klaus Michael Mallmann, *Die geschlagenen Sieger* (wie Anm. 55), S. 435.

⁶⁸ Stephan Stracke, *Die Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse. Gewerkschaftlicher Widerstand und internationale Solidarität*, Bremen / Wuppertal 2012. Bereits während der staatspolizeilichen Voruntersuchung kamen 17 Beschuldigte zu Tode.

⁶⁹ Andreas Herbst, *Kommunistischer Widerstand*, in: Peter Steinbach / Johannes Tuchel (Hg.), *Widerstand gegen die Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945*, Berlin 2004, S. 33–55, hier S. 36 u. S. 51.

⁷⁰ Mallmann, *Die geschlagenen Sieger* (wie Anm. 55), S. 333–640, hier S. 422.

sation) verantwortlich gemacht; eine destruktive Gemengelage, die zusammengenommen die „kategoriale Krise“ des Widerstandes bedingte. Als mentale Begleiterscheinungen müssten demnach die

Zersetzung von Zukunftsorientierungen und sozialen Verlässlichkeiten, die Enttraditionalisierung und Entbettung sozialer Beziehungen, insbesondere aber der Entbildungsprozeß durch eine Auflösung der inneren Sinnstruktur, der Zerfall kollektiver Ideale, die Kompromittierung der zugrundeliegenden Ideen beachtet werden.⁷¹

Die aus dem Auseinanderdriften von Utopie und Realität resultierende Desillusionierung lähmte den Widerstand dennoch keineswegs nachhaltig. Mochten sich die Illegalen unter dem Druck auch von der historischen Mission der Arbeiterklasse verabschieden und verlor die doktrinäre Treue zur Sowjetunion zudem ihre Überzeugungskraft, so wirkte nun die Aussicht auf das baldige Ende des Krieges motivierend, um Sand in das Getriebe der Rüstungsproduktion zu streuen und um dadurch zu dessen Verkürzung beizutragen. Die Hoffnung auf radikale Umwälzungen nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes verstärkte diesen Impuls.

Ob das Syndrom, das sich – wie Mallmann ausführt – durch den Verlust der Sowjetunion als ideologischer Projektionsfläche und als Referenzsystem für die Feindschaft zum Nationalsozialismus angeblich einstellte, tatsächlich derart wirkungsmächtige Effekte nach sich zog oder doch eher nebensächlich war, ist klärungsbedürftig. Ohnehin trifft dieser Befund nicht für das ganze Spektrum des links-proletarischen Widerstands zu. Von den linken Zwischengruppen, jenen linkssozialistischen, dissident-kommunistischen und anarcho-syndikalistischen Strömungen, die Anfang 1933 noch über 22.000 Mitglieder verfügten, waren danach immerhin 10.000 Mitglieder im Untergrund aktiv – etwa die Hälfte des gesamten sozialistischen und kommunistischen Widerstands. Rein quantitativ war die Ausgangslage der SPD und KPD im Jahr 1933 mit zusammengenommen 1,3 Millionen Parteimitgliedern sowie 3,5

⁷¹ Ebd., S. 540.

Millionen Mitgliedern der Freien Gewerkschaften zwar imponierend, in qualitativer Hinsicht aber eben nur bedingt.⁷²

In seiner auf das Saarland fokussierenden Falluntersuchung geht Mallmann von einer beinahe vollständigen Gleichschaltung in einer Provinz aus, in der die KPD-Residuen lediglich als „Katakombengesellschaft, eine[...] Sekte im Untergrund“ identifiziert werden.⁷³ Die These einer weitgehend sozialen Ghettoisierung des kommunistischen Widerstands erscheint in Anbetracht der in den Metropolen ansatzweise rekonstruierten Verhältnisse zu pauschalisierend. In Berlin und vermutlich auch in anderen Großstädten reichten die Netzwerke des kommunistischen Widerstands erheblich weiter als die familiären und nachbarschaftlichen Sozialbeziehungen. Außerdem vermitteln die Relationen des linken Widerstands einen anderen Eindruck. In Berlin wurden von den 2.000 Angehörigen der linken Zwischengruppen 350 gerichtlich verurteilt, aus den Reihen der KPD wurden zwischen 1933 und 1939 mindestens 3.500 verfolgt und inhaftiert, davon mehrere Hundert hingerichtet.⁷⁴

Abgesehen von ihrem proportional höherem Engagement und ihren Opferzahlen, bewiesen die Angehörigen linksradikaler Zwischengruppen in der Illegalität auch in puncto Systemresistenz und Einsatzbereitschaft oft mehr antitotalitäre Prinzipienfestigkeit als jene der früheren Massenparteien. Wenn auch nicht in ihrem Anspruch, so doch in der Praxis erwiesen sich die Zwischengruppen als „Eliteorganisationen“ und waren bereits vor 1933 besser auf die Illegalität vorbereitet. In Voraussicht einer rigiden Verfolgungssituation hatten sie ihre Organisationen früh auf konspirative Tätigkeiten umgestellt und in der Regel auf der Basis abgeschirmter und autonomer Dreier- oder Fünfergruppen strukturiert.⁷⁵ Dagegen beharrte die KPD-Führung, trotz der potenziellen Einbruchsstellen in das konspirativ unzureichend abgesicherte Zellen-

⁷² Jan Foitzik, *Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40*, Bonn 1986, S. 241.

⁷³ Klaus-Michael Mallmann, *Die geschlagenen Sieger* (wie Anm. 55), S. 460.

⁷⁴ Hans-Ulrich Sandvoß, *Die „andere“ Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945*, Berlin 2007, S. 610 f.

system, bis 1935 immer wieder auf die Rekonstruktion ihres zentralen Apparates. Im Verlauf der effektiven Verfolgung der Gestapo bekam der Zusammenhalt der Restgruppen einen zufälligeren Charakter und war damit weniger durchschaubar. Informelle Alltagszusammenhänge rückten in den Vordergrund und spielten in der Illegalität eine entscheidende Rolle:

Doktrinäre politische Einstellungen waren nicht mehr Zeichen prinzipieller Festigkeit; von Anpassungsgemeinschaft, Kompromißbereitschaft hingen Menschenleben, hing das eigene Schicksal ab. Es war kein bewußter Lernprozeß, vielmehr standen existentielle Zwänge hinter den organisationspolitischen Nivellierungsprozessen.⁷⁶

Das individuelle Bestreben, ungeachtet der im Alltag unvermeidlichen Anpassungsleistungen im engeren sozialen Umfeld eine humanistische Identität zu bewahren, zumindest in der Familie oder im Kreis der Kollegen antiautoritäre Umgangsformen aufrechtzuerhalten und wenn auch nicht durch offenes Verhalten, so doch durch den Willen, das NS-Regime nicht als sozialrassistische Utopie zu akzeptieren, sondern als exklusiven Klassenantagonismus abzulehnen, wirkten dabei identifikations- und gemeinschaftsbildend. Selbstbehauptung unter den Bedingungen der NS-Diktatur zeigte sich in einer Solidaritätspraxis, zum Beispiel durch die Sammlung von Geldspenden zur Unterstützung der Inhaftierten, was die Verfolgungsbehörden ebenso wie das Kassieren von Mitgliedsbeiträgen als „Vorbereitung zum Hochverrat“ ahndeten. Sogar aktivere Formen des kommunistischen Widerstandes, etwa jener in den Betrieben, sind von der Forschung lange vernachlässigt worden – darunter die vereinzelt Kurz- bzw. Abteilungsstreiks in der Industrie, eine innerbetriebliche Protestartikulation bis hin zu informellen Demonstrationen.⁷⁷ Dies liegt zum Teil auch an der Überlieferungs-

⁷⁵ Hartmut Mehringer, *Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner*, 2. Aufl. 1998, S. 58 f.

⁷⁶ Foitzik, *Zwischen den Fronten* (wie Anm. 72), S. 223.

⁷⁷ Stephan Stracke, *Die Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse*, in: Hans Coppi / Stefan Heinz (Hg.), *Der vergessene Widerstand der Arbeiter. Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Trotzlisten, Anarchisten und Zwangsarbeiter*, Berlin 2012, S. 47–71; ders., *Komplizierte Erinnerung:*

situation, die insbesondere für die letzte Phase des Regimes dünner ausfällt, und andererseits auch daran, dass die Repressivorgane jedweden Dissens bereits in den Ansätzen unterdrückten. Verdeckte Gesinnungsgemeinschaften, die Sabotageaktionen in der Kriegsindustrie durchführten oder die Fluchthilfe von „Fremdarbeitern“ organisierten, blieben den Verfolgungsorganen hingegen öfters verborgen. Tatsächlich konnte sich der kommunistische Widerstand nach seiner weitgehenden Zerschlagung 1936/37 bis zum Kriegsende mehrfach regenerieren.⁷⁸ Noch in der Agonie des Regimes verhielten sich die überwinterten Zirkel – abgesehen von einigen aktivistischen Ausnahmen – entweder überwiegend abwartend oder agierten vorsichtiger, blieben jedoch weiter handlungsfähig, um dann kurz vor oder unmittelbar nach dem Ende des Regimes sofort initiativ in Erscheinung zu treten.

Die Opferbilanz des kommunistischen Widerstands fällt exorbitant aus. Kein anderes politisches oder religiöses Milieu musste ähnlich hohe Verluste hinnehmen. Schon in der Konsolidierungsphase des „Dritten Reiches“ 1933/34 wurden mindestens 60.000, wahrscheinlich sogar bis zu 100.000 Kommunisten und Kommunistinnen inhaftiert, 1935 kamen 15.000 hinzu. Bis zum Ende der NS-Diktatur dürften sich bis zu 150.000 Personen aus den Reihen der noch legalen KPD mal kürzer, mal länger in Haft befunden haben und/oder ins Ausland geflüchtet sein. Die Gesamtzahl der kommunistischen Todesopfer bis Kriegsende auf

Die Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse, in: Stefan Berger (Hg.), *Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte. Der 2. Mai 1933 in der gewerkschaftlichen Erinnerung und Positionierung nach 1945*, Essen 2015, S. 401–420, hier S. 407. Zu den Streiks in der NS-Diktatur vgl. Günter Morsch, *Streik im „Dritten Reich“*, in: *VfZ*, 36 (1988), 4, S. 649–689; ders., *Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft, 1933–1936/37*, Frankfurt a. M. u. a. 1993, S. 457 ff.

⁷⁸ Vgl. u. a. Horst Duhnke, *Die KPD von 1933 bis 1945*, Köln 1972, S. 457–529; Hartmut Mehringer, *Widerstand und Emigration (wie Anm. 75)*, S. 167–180; Beatrix Herlemann, *Auf verlorenem Posten. Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Die Knöchel-Organisation*, Bonn 1986; Annette Neumann / Bärbel Schindler-Saefkow, *Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation 1942 bis 1945*, in: Coppi / Heinz (Hg.), *Der vergessene Widerstand (wie Anm. 228)*, S. 144–157; Michael Schneider, *In der Kriegsgesellschaft. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939 bis 1945 (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts; Bd. 13)*, Bonn 2014, S. 1021–1035 u. S. 1087–1136.

20.000 veranschlagt.⁷⁹ Während das Gedenken an den kommunistischen Widerstand Staatsräson der DDR war, blieb die Erinnerung daran in der BRD ein kontrovers diskutiertes Thema oder wurde ganz ausgeblendet.

Fazit und Ausblick der Forschung

Vor mehr als zwei Jahrzehnten hat der 2014 verstorbene Doyen der westdeutschen Kommunismusforschung, Hermann Weber, darauf verwiesen, dass das ungebrochene Erkenntnisinteresse an der Repressionsgeschichte der realsozialistischen Diktaturen einen langen Vorlauf hat:

Die Untersuchung des Terrors rückte nicht erst nach 1990 anstelle der Untersuchung der kommunistischen Bewegung oder der Herrschaftssysteme in den Mittelpunkt. [...] Während die Aspekte Terror und diktatorische Herrschaftssysteme gut erforscht sind, bleiben die radikale soziale Bewegung und deren Entwicklung insgesamt unterbelichtet.⁸⁰

Zur Bestimmung des Verhältnisses von Utopie und Wirklichkeit müsse jedoch unterschieden werden zwischen den zwei Seiten des Kommunismus: einer sozialen Bewegung, die als Abspaltung von der systemintegrierten Sozialdemokratie auf die „asoziale Seite des Kapitalismus, auf Ausbeutung und Rechtlosigkeit der unteren Klasse, die in schrecklicher Armut lebte“, reagierte und „den herrschenden kommunistischen Regimen, die ihre bereits eroberte Macht mit allen Mitteln, nicht zuletzt des Terrors halten, festigen und absichern wollten“.⁸¹

In den neueren Forschungsberichten und Literaturüberblicken zeichnet sich ein in den 1990er Jahren einsetzender Boom zum Thema ab. Dafür gibt es mehrere Gründe: Zunächst ergab sich durch die neue weltpolitische Konstellation eine forschungspraktische Gelegenheitsstruktur. Nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus und durch die

⁷⁹ Herbst, *Kommunistischer Widerstand* (wie Anm. 69), S. 39 u. S. 51. Vgl. auch Duhnke, *Die KPD von 1933 bis 1945* (wie Anm. 78), S. 101 (Anm. 1), S. 104 f. u. S. 525; Allan Merson, *Communist Resistance in Nazi Germany*, London 1985, S. 32, 61, 182 f. u. 217.

⁸⁰ Hermann Weber, *Zehn Jahre historische Kommunismusforschung. Leistungen, Defizite, Perspektiven*, in: VfZ, 50 (2002), 4, S. 611–633, hier S. 617 u. S. 628.

⁸¹ Ebd., S. 628.

Öffnung der Archive im Osten taten sich exorbitant wichtige Quellenbestände auf, die erstmals einen tieferen Einblick in die internen Entscheidungsprozesse der KPD erlaubten.⁸² Hatte bis dahin die „quellenbedingte Beschränkung auf Polizei- und Justizakten“ der westlichen Historiographie einer „Perspektivenverengung“ aus dem Blick der Verfolgerinstanzen Vorschub geleistet, überwog in der DDR-Geschichtsschreibung vielfach eine selektive Wahrnehmung, die kritische Aspekte und Defizite weitgehend ausblendete und auch den kommunistischen Widerstand „in die Zwangsjacke des Klassenkampfschemas“ einpresste.⁸³ Auf der Grundlage der in neuen Recherchen erhobenen Fakten wurde nun eine Überprüfung und Neujustierung solcher Untersuchungen möglich, die – wie Wehler zustimmend beipflichtete – stets von „einer blindwütigen Imitation des Personenkultes um Stalin“ und einer „Unterwerfung der Mitgliederschaft“ durch eine „neuabsolutistische Herrschaft des Funktionsapparats“ der KPD ausgegangen waren.⁸⁴ Forschungspraktisch sind eine Abkehr von der herkömmlichen Parteien- und Politikgeschichte und eine Hinwendung zu sozial- und milieuo-orientierten Methoden feststellbar. Allerdings konnte bislang noch nicht klar herausgearbeitet werden, ob von einer kommunistischen Teilkultur innerhalb einer interfraktionellen Arbeiterbewegungskultur auszugehen ist oder von separierten Nischengemeinschaften – und darüber

⁸² Hermann Weber, Was beweisen die Akten? Anmerkungen zu Veröffentlichungen von Archivalien aus der DDR, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (im Folgenden: IWK), 33 (1997), 2, S. 232–243; Bernhard H. Bayerlein, Deutscher Kommunismus und transnationaler Stalinismus – Komintern, KPD und Sowjetunion 1929–1943, in: Hermann Weber / Bernhard H. Bayerlein / Jakov Drabkin / Aleksandr Galkin (Hg.), Deutschland, Russland, Komintern: I. Überblicke, Analysen, Diskussionen: Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die deutsch-russischen Beziehungen (1918–1943), Bd. 5, Berlin / Boston 2014, S. 225–400, hier S. 228. Die Bestände in russischen Archiven sind von der Forschung bislang nicht komplett ausgewertet worden. Wladislaw Hedeler, Neue Untersuchungen über Linke Kommunisten in der KPD, in: JHK, 2015, S. 279–290, hier S. 280.

⁸³ Klaus-Michael Mallmann, Kommunistischer Widerstand 1933–1945. Anmerkungen zu Forschungsstand und Forschungsdefiziten, in: Peter Steinbach / Johannes Tuchel (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994, S. 113–125, hier S. 115 f. In der Argumentation abwägend und empirisch breit unterfüttert die Studie von Grashoff, Gefahr von innen (wie Anm. 66).

⁸⁴ Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, S. 538.

hinaus: wie in Anbetracht dessen nun kommunistische Partei, soziale Bewegung, Lager und Milieu auszudifferenzieren sind.

In der neueren Forschung ist eine Hinwendung zu diversen Schwerpunktbereichen zu beobachten:

1. Lokal- und regionalgeschichtliche Analysen, teilweise auch mit komparativen Themenstellungen oder mit Bezug auf Teilaspekte oder Sonderentwicklungen,⁸⁵ etwa Ereignisse von besonderer Bedeutung wie die „März-Aktion“ von 1921 oder der „Deutsche Oktober“ 1923;⁸⁶
2. Darstellung der Vorfeld- und Unterorganisationen einschließlich deren Tätigkeitsfelder. Dabei werden nun feministische Fragestellungen stärker berücksichtigt. Das Spektrum der Vorfeld- beziehungsweise Nebenorganisationen war weit gefächert und ist bis dato ansatzweise, aber noch nicht in einer Gesamtdarstellung erfasst worden.⁸⁷ Zu nennen sind etwa die proletarischen Freidenkerverbände,⁸⁸ *Rote Hilfe*,⁸⁹ *Rotfrontkämpferbund*,⁹⁰ Sexualreformbewegung⁹¹, *Marxistische Abendschule* (MASCH),⁹² *Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen* (ARSO), *Kampfbund gegen den Faschismus*, *Kom-*

⁸⁵ Norman La Porte, „Stalinization“ and its Limits in the Saxon KPD, 1925–28, in: *European History Quarterly*, 31 (2001), 4, S. 549–590; ders., *The German Communist Party in Saxony, 1924–1933. Factionalism, Fratricide and Political Failure*, Bern / Berlin / Frankfurt a. M. 2003; Stefan Kachel, *Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949*, Köln / Weimar / Wien 2011.

⁸⁶ Bernhard H. Bayerlein / Leonid G. Babichenko u. a. (Hg.), *Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern*, Berlin 2003; Otto Wenzel, *1923 – die gescheiterte deutsche Oktoberrevolution*, Münster 2003; Jentsch, *Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923* (wie Anm. 36).

⁸⁷ Till Kössler, *Partei, Bewegung und Lebensform. Neuerscheinungen zur Geschichte des Kommunismus in Deutschland*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 45 (2005), S. 599–614; Marcel Bois / Florian Wilde, *Ein kleiner Boom: Entwicklungen und Tendenzen der KPD-Forschung seit 1989/90*, in: *JHK*, 2010, S. 309–322.

⁸⁸ Zum in der Freidenkerbewegung organisierten proletarischen Atheismus vgl. Jochen-Christoph Kaiser, *Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik*, Stuttgart 1981.

⁸⁹ Dazu Nikolaus Brauns, *Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919–1938)*, Bonn 2003.

⁹⁰ Kurt G. P. Schuster, *Der rote Frontkämpferbund 1924–1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes*, Düsseldorf 1975.

⁹¹ Vgl. Atina Grossman, *Reforming Sex. The German Movement for Birth Control and Abortion Reform, 1920–1950*, New York / Oxford 1995, S. 35 ff.; Andreas Peglau, *Unpolitische Wissenschaft? Wilhelm Reich und die Psychoanalyse im Nationalsozialismus*, 2. Aufl., Gießen 2015, S. 92 ff.

munistischer Jugendverband Deutschlands (KJVD),⁹³ Proletarischer Gesundheitsdienst, Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit oder Roter Frauen- und Mädchenbund (RFMB).⁹⁴

3. Dazu kommen zahlreichen biographischen Studien über die Exponenten und Exponentinnen der kommunistischen Bewegung, anhand derer die Kurskorrekturen und Wendepunkte der kommunistischen Bewegung und deren Auswirkungen unter subjektiven Gesichtspunkten deutlicher hervortreten.⁹⁵ Auch Funktionärinnen aus der „zweiten Reihe“ werden dabei einbezogen.⁹⁶ Dass sich der Funktionsalltag von Berufsrevolutionären alles andere als revolutionärromantisch gestaltete, sondern durch prekäre Umstände sowie unstetige Lebensverhältnissen geprägt war, ist anhand einer Kerngruppe aus dem Komintern-Apparat unter Einbeziehung von 320 Kadern dargestellt worden.⁹⁷

⁹² 1932 gab es MASCH-Einrichtungen in 36 großen deutschen Städten sowie zahlreiche kleinstädtische Filialen. Vgl. Brigitte Studer, *Reisende der Weltrevolution. Eine Globalgeschichte der Kommunistischen Internationale*, Berlin 2020, S. 234 f.

⁹³ Barbara Köster, *„Die junge Garde des Proletariats“*. Untersuchungen zum Kommunistischen Jugendverband Deutschlands in der Weimarer Republik, Bielefeld 2005.

⁹⁴ Sara Ann Sewell, *Bolshevizing Communist Women. The Red Woman and Girls League in Weimar Germany*, in: *Central European History*, 45 (2012), 2, S. 268–305. Im bis 1930 semiautonomen RFMB waren 1926 etwa 25.000 weibliche Mitglieder organisiert. 1929 waren es noch 6.000, was 16,5 Prozent der Gesamtmitgliedschaft der KPD betrug, der insgesamt eine ausgesprochen männliche Dominanz und eine antifaschistische Instrumentalisierung attestiert wird. Bis Ende 1930 sank die Organisationsstärke des RFMB auf 4.000 Vgl. ebd., S. 279 f.

⁹⁵ Einen Überblick vermittelt Hermann Weber, *Zum Verhältnis von Politik, Ideologie, Strukturen und Kadern in der kommunistischen Bewegung*, in: *JHK*, 2010, S. 339–361. Nur sofern bislang nicht erwähnt: Norman LaPorte, Ernst Thälmann: *The Making of a German Communist, 1886–1921*, in: *Moving the Social. Journal of Social History and the History of Social Movements*, 51/2014, S. 127–157; Thilo Scholle, Paul Levi. *Linkssozialist – Rechtsanwalt – Reichstagsmitglied*, Berlin / Leipzig 2017; Frank Jacob, *Rosa Luxemburg. Ein Leben für die Revolution (= Jüdische Miniaturen; Bd. 272)*, Berlin / Leipzig 2021.

⁹⁶ Z. B. Ottokar Luban, Fanny Thomas-Jeziarska (1887–1945). Von Rosa Luxemburg zu Gramsci, Stalin und August Thalheimer – Stationen einer internationalen Sozialistin, in: *JHK* 2003, S. 286–319; Karin Kuckuk, *„Im Schatten der Revolution“*. Lotte Kornfeld (1896–1974), Biografie einer Vergessenen, Bremen 2009; Michael Hundt, *Die Rote Marie 1896–1984 (Marie Griesbach)*, Lilienthal bei Bremen 2009; Egon Günther (Hg.), *Hilde Kramer: Rebellin in München, Moskau und Berlin 1900–1924*, Berlin 2011.

⁹⁷ Studer, *Reisende der Weltrevolution* (wie Anm. 92). Ein Sammelband zum Komintern-Personal enthält insgesamt 15.815 Einträge. Vgl. Michael Buckmiller / Klaus Meschkat (Hg.), *Biographi-*

4. Die publizistischen Aktivitäten und die Propaganda der KPD sind mittels diskursanalytischer und kommunikationstheoretischer Axiome stärker in den Fokus gerückt.⁹⁸ So wird etwa in einer Vergleichsstudie das KPD-Presseorgan *Die Rote Fahne* mit einem Pendant der NSDAP („Der Angriff“) kontrastiert. Während in *Die Rote Fahne* demnach „mehr Superlative und Elative, Verleumdungen des Gegners als auch Wiederholungen“ auftauchten, hätte die nationalsozialistische Publizistik mehr vom kommunistischen Wortschatz adaptiert als dies umgekehrt der Fall gewesen sei. Dabei hätten die „NS-typischen Redewendungen“ in der *Roten Fahne* eine tendenzielle Steigerung erfahren.⁹⁹ Das Zentralorgan der KPD diene überdies als Quellenfundus für eine Analyse, die dem Deutungsschema des „sekundären Antisemitismus“ folgt. Ihr Verfasser kommt zum Ergebnis, dass die Partei Judenfeindschaft zwar ostentativ ablehnte, dessen ungeachtet aber diese inhärent kultivierte, wohl auch, um den rechtsorientierten und nationalistischen Mittelschichten attraktiver zu erscheinen.¹⁰⁰
5. Das wechselseitige Beziehungsverhältnis zwischen der Komintern zu ihrer deutschen Sektion, insbesondere im Hinblick auf die aus dem

sches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007 (mit Daten-CD-Rom).

⁹⁸ 1923 unterhielt die KPD 34 Tageszeitungen, um 1925 dann 40 und 1929 noch 37. Vgl. Christa Hempel-Küter, *Die Tages- und Wochenpresse der KPD im Deutschen Reich von 1918 bis 1933*. Mit einem Titelverzeichnis und einem Personenregister, in: *IWK*, 23 (1987), 1, S. 27–82, hier S. 29, S. 34 u. S. 41. Vgl. auch dies., *Die kommunistische Presse und die Arbeiterkorrespondentenbewegung in der Weimarer Republik. Das Beispiel „Hamburger Volkszeitung“*, Frankfurt a. M. 1989.

⁹⁹ Arne von Röpenack, *KPD und NSDAP im Propagandakampf der Weimarer Republik. Eine inhaltsanalytische Untersuchung in Leitartikeln von „Rote Fahne“ und „Der Angriff“*, Stuttgart 2002, S. 209 u. S. 221.

¹⁰⁰ Olaf Kistenmacher, *Arbeit und „jüdisches Kapital“. Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung Die Rote Fahne während der Weimarer Republik*, Bremen 2016. Dieses Pauschalurteil „Antisemitismus“ ist mit plausiblen Argumenten hinterfragt worden von Gerhard Hanloser, *Die Rote Fahne und der Antisemitismus. Olaf Kistenmachers Präsentation tatsächlicher und vermeintlicher antijüdischer Aussagen in der KPD-Tageszeitung*, in: *SGO*, 20 (2017), S. 147–173. Zur Problemstellung auch Ralf Hoffrogge, *Ein Tag im Leben der Weimarer Republik – die „Ostjuden-debatte“ des Preussischen Landtages von 1922*, in: Markus Börner / Anja Jungfer / Jakob Stürmann (Hg.), *Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Berlin 2018, S. 297–318.

sowjetischen Primat der Außenpolitik resultierenden Friktionen und Machtkämpfe sind inzwischen vertiefend dargestellt worden. Dabei wurde die Einflussgröße und Wirkungsmacht der Komintern neu gewichtet.¹⁰¹

6. Die Gewerkschaftspolitik der KPD in Gestalt der *Revolutionären Gewerkschaftsopposition* ist in jüngster Zeit mit dem Blick auf die selbständigen *Roten Einheitsverbände* intensiver untersucht worden. Dabei ist den *Einheitsverbänden* ein höheres Maß an Eigenständigkeit gegenüber den Parteinstanzen attestiert worden.¹⁰²
7. Außerdem wurde der kommunistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Kontext der Arbeiter/innenbewegung noch einmal auf den Prüfstein gestellt.¹⁰³ Dem Aspekt der Kollaboration

¹⁰¹ Hermann Weber, *The Stalinization of the KPD: Old and New Views*, in: Norman LaPorte / Kevin Morgan / Matthew Worley (Hg.), *Bolshevism, Stalinism and the Comintern. Perspectives on Stalinization, 1917–53*, Basingstoke / New York 2008, S. 22–44; Weber / Bayerlein (Hg.), *Der Thälmann-Skandal* (wie Anm. 27); Hoppe, *In Stalins Gefolgschaft* (wie Anm. 28); Joachim Schröder, *Internationalismus nach dem Krieg. Die Beziehungen zwischen deutschen und französischen Kommunisten 1918–1923*, Essen 2008; Hermann Weber / Jakov Drabkin / Bernhard H. Bayerlein / Alexander Galkin, *Deutschland, Russland, Komintern*, Reihe: *Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts*, 5, 3 Bde., Berlin 2014/15.

¹⁰² Stefan Heinz, *Moskaus Söldner? Der „Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins“: Entwicklung und Scheitern einer kommunistischen Gewerkschaft, Hamburg 2010*; ders. / Siegfried Mielke (Hg.), *Funktionäre des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung*, Berlin 2012; Hartmut Rübner, *Interklub, Bordzelle, revolutionärer Seeleutestreik. Die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ in der Seeschifffahrt während der Weltwirtschaftskrise*, in: *Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit*, 17 (2003), S. 101–130; Constance Margain, *The German Section of the International of Sailors and Harbour Workers*, in: Hoffrogge / LaPorte (Hg.), *Weimar Communism as Mass Movement* (wie Anm. 6), S. 170–186.

¹⁰³ Klaus Kinner, *Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität*, Bd. 2: *Gegen Faschismus und Krieg (1933–1939)*, Berlin 2005; Michael Schneider, *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939 (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts; Bd. 12)*, Bonn 1999, S. 34–48, 78–84, 107 ff. S. 898–927, 978–1003, 1030 ff.; ders., *In der Kriegsgesellschaft* (wie Anm. 78), S. 1021–1035 u. 1087–1136. An lokalen Untersuchungen hervorzuheben ist Sandvoß, *Die „andere“ Reichshauptstadt* (wie Anm. 74), S. 272–531. Einen Überblick vermittelt auch: Hermann Weber, *Die KPD in der Illegalität*, in: Richard Löwenthal / Patrik von zur Mühlen (Hg.), *Widerstand und Anpassung in Deutschland*, Bonn 1997, S. 83–101; Beatrix Herlemann, *Communist Resistance between Comintern Directives and Nazi Terror*, in: David E. Barclay / Eric D. Weitz (Hg.), *Between Reform and Revolution. German Socialism and Communism from 1840 to 1990*, New York / Oxford 1998, S. 357–371.

wurde dabei besondere Aufmerksamkeit zuteil; dies vor allem hinsichtlich der Problematik der Zusammenarbeit für die Repressivorgane des NS-Staates.¹⁰⁴

8. Auch die Rolle der verschiedenen Zwischengruppen, die im Zuge der von der Komintern gesteuerten und jeweils von deren veränderten Kursvorgaben mal ins vermeintlich „rechte“, mal ins „linke“ oder „ultralinke“ Abseits gerieten, wurde detaillierter nachgezeichnet und in ihrer Bedeutung als Alternative zur stalinisierten KPD gewichtet.¹⁰⁵

Obwohl die Forschung nach dem Ende des Systemkonflikts boomte, gerieten innovative Ansätze der 1970er und 1980er Jahre entweder in Vergessenheit oder wurden abqualifiziert und deshalb nicht wieder aufgegriffen. Im Schatten blieben meist jene Gruppen dazwischen, auf die noch die außerparlamentarische Opposition der 1968er-Jahre rekurriert hatte: die linkskommunistischen Dissidenten,¹⁰⁶ die antiautoritären Rätekommunisten und der dem Syndikalismus ähnelnde Unionismus der *Industrieverbände*. Deren Historisierung in den folgenden Jahrzehnten kam der nachträglichen Entsorgung von Alternativkonzepten gleich.

¹⁰⁴ Siegfried Grundmann, *Die V-Leute des Gestapo-Kommissars Sattler*, Berlin 2010; Wilhelm Mensing, *Vertrauensleute kommunistischer Herkunft bei der Gestapo und NS-Nachrichtendiensten am Beispiel von Rhein und Ruhr*, in: JHK, 2004, S. 111–130; ders., *Gestapo V-Leute kommunistischer Herkunft – auch ein Strukturproblem der KPD?*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen*, 34 (2005), S. 77–105; Udo Grashoff, *Widerstand als Farce? V-Männer in der illegalen KPD in Breslau 1935–1939*, in: JHK, 2016, S. 19–38; Hans Schafranek, *Widerstand und Verrat. Gestapospitzel im antifaschistischen Untergrund 1938–1945*, Wien 2017. Aus der Perspektive der Gestapoforschung: Thomas Gebauer, *Das KPD-Dezernat der Gestapo Düsseldorf*, Hamburg 2011, S. 180 ff.

¹⁰⁵ Darunter fallen u. a.: „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft“ (1921), „Spartakusbund links-kommunistischer Organisationen“ (1926), „Entschiedene Linke“ (1926), „Gruppe Kommunistische Politik“ (1926), „Kommunistische Partei-Opposition“ (1928), „Leninbund“ (1928). Als wichtigste Abspaltung der SPD neben der Rest-USPD formierte sich im Herbst 1931 die „Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands“ (SAPD). Vgl. dazu Bois, *Kommunisten gegen Hitler und Stalin* (wie Anm. 38).

¹⁰⁶ Etwa der aus 1931/32 aus linksoppositionellen Mitgliedern der SAPD und der KAPD gegründete konspirative Arbeitskreis der „Roten Kämpfer“, Vgl. Olaf Ihlauf, *Die Roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“*, Meisenheim a. Glan 1969.

Rechter Kampf um die Betriebe – zum historischen und aktuellen Aufbau rechter Betriebsgruppen am Beispiel der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation NSBO und „Zentrum (–Automobil)“¹

Bei den Wahlen 2022 drängten rechte Kandidaten wieder in die Betriebsräte.² Kern dieser rechten Versuche, Einfluss in den Betrieben zu gewinnen, ist das „Zentrum“, wie sich die Gewerkschaft „Zentrum – Automobil“ heute nennt, im Daimler-Werk Untertürkheim. Die „Höcke-nahe“ Organisation versteht sich als Opposition gegen die bestehenden Einheitsgewerkschaften, lehnt klassisch, Internationalismus sowie den „Klassenkampfgedanken Arbeitnehmer gegen Arbeitgeber“ ab und betont stattdessen deren gegenseitige Abhängigkeit und die „Stärkung des Nationalstaatsgedankens“.³ Neben dem „Zentrum“ gibt es weitere Versuche, rechte, völkische Gewerkschaften zu etablieren wie den „Alternativen Arbeitnehmerverband Mitteldeutschlands“ (ALARM), die erneut auf eine „Volksgemeinschaft“ hin

¹ Die Gewerkschaft „Zentrum – Automobil“ hat sich 2022 in „Zentrum – Die alternative Gewerkschaft“ unbenannt, um auch über die Automobilindustrie hinaus aktiv zu werden. So ist die Gewerkschaft seit kurzer Zeit auch im Gesundheitswesen aktiv, siehe: [<https://zentrum-gesundheit-soziales.de/>]. Im vorliegenden Artikel geht es vorrangig um die Aktivitäten von „Zentrum – Automobil“.

² Grundlage des vorliegenden Textes ist ein Referat, das der Verfasser auf Einladung einer Arbeitsgruppe der IG Metall, die sich mit dem Eindringen rechter Gruppen in einige Betriebe und Betriebsräte auseinandersetzt, im Juni 2023 in Leipzig gehalten hat. Die Kolleginnen und Kollegen hatten Interesse an Informationen zur Geschichte, zur Politik und den Ergebnissen der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation. Inhaltlicher Bezugspunkt der folgenden Ausführungen ist vor allem die 1995 veröffentlichte Dissertation des Autors. Der Autor bedankt sich bei Julia Niekamp und Petra Ben Said für die kritischen Anregungen und Korrekturvorschläge.

³ Vgl. dazu [www.labournet.de/politik/gw/gw-in-d/igm/zentrum-automobil-e-v-eine-neofaschistische-betriebsgruppe-bei-daimler-stuttgart/]; [<https://zentrum-automobil.de/>].

orientieren. Zwar sind diese Versuche bislang nicht über sehr bescheidene Ansätze hinausgekommen. Gleichwohl erreichte das „Zentrum“ in Untertürkheim bei der Betriebsratswahl 2022 immerhin sieben Sitze (IG Metall 36 Sitze) und auch in anderen Betrieben sitzen rechte Kandidaten in Betriebsräten, so bei Daimler Rastatt (3 Sitze), bei Stihl Waiblingen (2) oder bei VW Zwickau (2). Diese rechten Einbrüche spalten die Belegschaften, indem sie versuchen „deutsche“ Beschäftigte gegen zugezogene auszuspielen und gefährden auf diese Weise die notwendige gewerkschaftliche Solidarität in einer nach wie vor feindlichen kapitalistischen Gesellschaft. Nicht nur angesichts des vorhandenen AfD-WählerInnenpotentials in den Betrieben und selbst unter Betriebsräten und gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen wäre es gefährlich, diese Entwicklung zu ignorieren oder auch nur zu unterschätzen. Ohne vorschnelle Analogien zu ziehen, erscheint es auf jeden Fall sinnvoll, einen Blick zurück auf den verheerenden historischen Versuch der völkischen deutschen Rechten zu werfen, die Betriebe für die „Volksgemeinschaft“ zu erobern. Parallelen, auch vergleichbare Brüche, sind jedenfalls erkennbar.

NSBO oder der „Kampf um die Seele des deutschen Arbeiters“⁴

Am 24. Januar 1933, also wenige Tage vor der Etablierung des Kabinetts Hitler, fragte Reinhold Muchow, Organisationsleiter der „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation“ (NSBO), bei allen Dienststellen der Organisation an, „inwieweit die NSBO in der Lage ist, lebenswichtige Betriebe (wie Gas-, Elektrizitäts-, Wasser-Werke, Gruben, Bahnanlagen, Bahnhöfe, Feuerwehr, Sender) ohne Gefährdung des Betriebs weiterzuführen“.⁵ Eine wesentliche Sorge der NSDAP-

⁴ In: Völkischer Beobachter (VB), 09./10.08.1925.

⁵ Teile dieses Absatzes sind aus dem Artikel Joachim Bons, Der Kampf um die Seele des deutschen Arbeiters (künftig zitiert: Der Kampf), in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 25 (1989), S. 11–41 entnommen, Zitat hier S. 11.

Strategen⁶ beim eigenen Griff nach der Staatsmacht war es, einer Wiederholung der Kapp-Putsch-Ereignisse von 1920 vorzubeugen: ein von den Linksparteien und den Gewerkschaften ausgerufenen Generalstreik hatte den von Freikorps durchgeführten konterrevolutionären Putsch, der die Regierung zur Flucht aus Berlin veranlasst hatte, schnell zum Scheitern gebracht. Es waren aber nicht allein machttaktische, sondern durchaus auch grundlegende ideologische Überzeugungen, die die Partei von Beginn ihrer Entwicklung an den „Kampf um die Seele des deutschen Arbeiters“ führen ließ.

Als entscheidendes Ziel und eigentliche politische Aufgabe des Nationalsozialismus (NS) ist von Hitler und anderen NS-Führungspersonen immer wieder die „Bekämpfung des Marxismus, positiv ausgedrückt, [die] Nationalisierung der deutschen Arbeiterschaft“ betont worden.⁷ Die Nationalsozialisten sahen das „deutsche Volk in zwei Hälften zerrissen“ (national versus sozialistisch / internationalistisch) und die Nation daher außerstande, ihre Kraft nach außen (im „Kampf ums Dasein“) zu richten, da „die ganze Kraft [...] restlos absorbiert [wird] vom Kampf innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft“.⁸ Für Hitler war der „Mann von links [...] Pazifist nach außen und Terrorist nach

⁶ Die durchgängige Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache ist bei der Behandlung dieses Themas leider kaum möglich und meines Erachtens auch nicht wünschenswert. Nicht allein, weil in zitierten Quellen und Literatur eine derartige Differenzierung nicht vorgenommen wird, sondern vor allem, weil es in der NS-Bewegung (außerhalb der Frauenverbände) keine Frauen in höheren Führungspositionen gab. So hatte bereits im Januar 1921 die NSDAP den Beschluss gefasst, dass eine Frau weder Mitglied der Parteiführung noch eines leitenden Ausschusses werden könne und folgerichtig war diese die einzige Partei im Reichstag ohne eine einzige weibliche Abgeordnete. Auch in der Führung der NSBO sah es nicht anders aus. Ein konsequentes Gendern käme daher hier einer Verharmlosung der tatsächlichen Misogynie der NS-Ideologie und -Bewegung gleich. Vgl. zur frauenpolitischen Beschlusslage und Praxis der NSDAP Joachim Bons, Nationalsozialismus und Arbeiterfrage (künftig zitiert: Nationalsozialismus), Pfaffenweiler 1995, S. 247 ff.

⁷ Vgl. Schreiben von Hermann Fobke vom 2. Februar 1925, in: Bundesarchiv (künftig zitiert: BArch), NS 26/899, sowie auch Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1939 (Erstauflage 1925) S. 366 f.

⁸ Adolf Hitler, Rede in Heidelberg 1927, in: BArch, NS 26/52, Bl. 3 ff., siehe auch im Nachdruck [<https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/item/RVSFYMHIZI5YXIFTIHIRI4B6N0AIJT3M>].

innen“.⁹ Daher rührt auch die erbitterte Feindschaft gegenüber dem Ersten Mai mit seinem Internationalismus und Klassenkampf.

Historischer Hintergrund war der verlorene Weltkrieg: das Trauma der gesamten deutschen Rechten, die die Niederlage nicht als Resultat der Überlegenheit der Feindmächte, sondern als „Dolchstoß“ interpretierten, mit dem die Heimatfront in Gestalt der „marxistisch verhetzten“ Arbeiterinnen und Arbeiter, dem unbesiegten Feldheer in den Rücken gefallen war. Jeder deutsche Wiederaufstieg, historisch konkret, die militärische Revanche für den verlorenen Ersten Weltkrieg, setzte daher voraus, wieder „die Masse unserer Arbeitnehmer [...] als geschlossenen, wertvollen, national fühlenden und national sein wollenden Faktor in die Volksgemeinschaft zu überführen“.¹⁰ Ein November 1918 mit seiner Revolution, seinen Arbeiter- und Soldatenräten, die den Krieg beendeten und die Monarchie stürzten, dürfe sich nicht wiederholen. Die Nationalsozialisten präsentierten auf diese Weise ein volksgemeinschaftliches Konzept zur Integration der ArbeiterInnenklasse, das ein gutes Stück der Attraktivität der NSDAP für bürgerliche Kreise ausmachte.¹¹

Die „Volksgemeinschaft“, bis heute ideologischer gesellschaftspolitischer Mittelpunkt aller rechten Sehnsüchte, bedeutet auf der einen Seite die Ausgrenzung aller „völkisch“ nicht dazugehörenden Teile der nationalen Bevölkerung und andererseits die innere Einheit ihrer vermeintlich eigentlich zusammengehörenden, aber künstlich gespaltenen Teile, konkret der abhängig Beschäftigten auf der einen und der „produktiven“ deutschen beziehungsweise „arischen“ Unternehmer auf der anderen Seite. Zentral für die Konstruktion einer derartigen Volksgemeinschaft ist der nationalsozialistische Arbeitsbegriff: dieser vereint Lohnabhängige wie nationale Unternehmer unter dem Ideologem der „Schaffenden“ beziehungsweise der „Arbeiter der Stirn und Faust“.¹²

⁹ Ebd., Bl. 32.

¹⁰ Hitler, *Mein Kampf* (wie Anm. 7), S. 374.

¹¹ Vgl. etwa Reinhard Neebe, *Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933*, Göttingen 1981, S. 159 ff., S. 197.

¹² Vgl. dazu Bons, *Nationalsozialismus* (wie Anm. 6), S. 38 ff.

Beide gemeinsam, Arbeiter wie Unternehmer, seien wertschaffend. Mit der Aneignung unbezahlter Mehrarbeit der Lohnabhängigen durch das fungierende Kapital, das heißt mit der Anerkennung des Ausbeutungsverhältnisses von Kapital und Arbeit, ist jedenfalls keine „Volksgemeinschaft“ zu haben.¹³ Ausbeutung vollzieht sich für den Nationalsozialismus stattdessen vielmehr als Raubzug des als volksfremd benannten, nicht „schaffenden“, sondern „raffenden“ internationalen Finanzkapitals gegen die vorgeblich gemeinsam Wert schaffenden und zusammengehörenden Teile des deutschen Volkes, Arbeiter und produktive deutsche Unternehmer. Beide gleichermaßen würden auf diese Weise durch das „raffende“ Kapital um die Früchte ihrer Arbeit gebracht. Diese „volksfremde Macht“ der ausbeutenden Nicht-Arbeit erfährt bekanntlich eine „rassische“ Präzisierung: den im antisemitischen Vorurteil traditionell mit Geld / Zins, der Zirkulationssphäre identifizierten, über die ganze Welt verbreiteten „Juden“,¹⁴ gegen den sich das produktive deutsche Volk zusammenschließen und wehren müsse. Der oft bemühte NS-Antikapitalismus erweist sich im Kern also als Antisemitismus.¹⁵

Auch Björn Höcke, der ebenfalls an die „kleinen Leute“ herankommen will, orientiert heute auf die Nation als Schicksalsgemeinschaft, gegen den „internationalen Finanzkapitalismus“ und sieht die soziale Frage eben nicht primär in der Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten, sondern in der von „innen nach außen“.¹⁶

„Der Kampf um die Seele des deutschen Arbeiters“ war für den Nationalsozialismus also nicht, wie in der Literatur häufig vertreten,

¹³ Zur Debatte zum Begriff der „Volksgemeinschaft“ siehe bspw. Michael Schneider, Kontroversen um die „Volksgemeinschaft“. Zu neueren Arbeiten über die Gesellschaft des „Dritten Reichs“, in: Archiv für Sozialgeschichte, 60 (2020), S. 381–434 [https://library.fes.de/pdf-files/afs/bd60/afs60_18_schneider.pdf]

¹⁴ Siehe etwa VB (wie Anm. 4): Antibolschewistische Sondernummer, August 1925.

¹⁵ Siehe Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 115 ff.

¹⁶ Vgl. Severin Weiland, Wie die AfD bei SPD und Linken fischt, in: Spiegel (online), 17.7.2018, [www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-bjoern-hoecke-will-bei-spd-und-linken-wildern-a-1217871.html], Stephan Kaufmann, „Völkische Ideologie ist ein Sprengsatz für Solidarität“, in: Frankfurter Rundschau (online) vom 4. Januar 2018, [voelkische-ideologie-sprengsatz-solidaritaet-10975878.html] und Stefan Dietl, Die AfD und die soziale Frage, Münster 2017, S. 62 f.

allein von machttaktischen Überlegungen (Bevölkerungsmehrheit), sondern auch von grundlegenden ideologischen Überzeugung bestimmt. Dazu gehörten von Anfang an (sozial)politische Verheißungen ebenso wie der mit allen Mitteln geführte Angriff auf die Organisationen der „marxistischen“ ArbeiterInnenbewegung. Da der (Klassen-)Kampf Arbeiter gegen Unternehmer in den Augen der Nationalsozialisten die Nation spaltete und schwächte, jeder Streik die Wirtschaft schädigte, wurde für den kommenden NS-Staat kategorisch der soziale Ausgleich auf Basis national „geläuterter“ Unternehmer durch einen starken Staat angekündigt. Der Staat hatte dann einzugreifen, wenn Konflikte im Betrieb durch unsoziales oder unvernünftiges Unternehmerhandeln aus dem Ruder liefen. Mit dieser Verlagerung der etablierten Formen gesellschaftlicher Konfliktaustragung und Tarifautonomie in autoritär ausgleichendes Staatshandeln mussten Gewerkschaften ihre Daseinsberechtigung oder zumindest ihre Autonomie und traditionellen Funktionen verlieren. Selbständige, konfliktorientierte Gewerkschaften, kollektive Interessenvertretungen von „unten“ sind mit der Volksgemeinschaftsideologie jedenfalls grundsätzlich unvereinbar.

Während der Herrschaft des liberal-kapitalistischen Staates, der die Aufgabe eines sozialen Ausgleichs gerade nicht übernahm, konnten allerdings Gewerkschaften (wenn nicht „klassenkämpferisch“) als unzureichender „Notbehelf“ gegen soziale Missstände auch aus Sicht der Nationalsozialisten national nützlich und damit legitim sein. Daher finden sich im NS-Schrifttum unterschiedliche Einstellungen gegenüber Gewerkschaften und Streiks während der Weimarer Republik und für die Zeit des künftigen NS-Staates.¹⁷

Da die NS-Propaganda an diesen ideologischen Vorgaben offen festhielt, war der während der gesamten Zeit des Nationalsozialismus festzustellende hartnäckige politische Versuch, die „marxistischen“ Arbeiter

¹⁷ Vgl. Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 254 ff., 258, 335 ff. Siehe auch: Wolfgang Zöllitsch, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936, Göttingen 1990 sowie Günther Morsch, Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37, Frankfurt a. M. 1993.

zu gewinnen, von Anfang an mit Hypotheken und Widersprüchen belastet. So wirkte die Politik der Nationalsozialisten in der ArbeiterInnenklasse letztlich immer polarisierend. Zwar blieben Arbeiter und Arbeiterinnen in der nationalsozialistischen Massenbewegung unterrepräsentiert und ihr Zustrom aus dem vor allem anvisierten „marxistischen“ Lager lag letztlich deutlich hinter den formulierten Zielen und Erwartungen zurück. Gleichwohl belegen die fundierten und nach wie vor gültigen Schätzwerte von Jürgen W. Falter und Dirk Hänisch, nach denen bei der Reichstagswahl im Juli 1932 rund 27 Prozent und im März 1933 etwa 33 Prozent der wahlberechtigten Arbeiter für die NSDAP votiert haben, in welchem starkem Ausmaß es der Partei gelungen war, auch Arbeiter zu mobilisieren.¹⁸

Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise mit ihrem dramatischen Anstieg der Massenarbeitslosigkeit gewannen offenbar biologistische Ausgrenzungsstrategien in der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt (Frauen, „Volksfremde“) an Attraktivität. Die propagierte Perspektive einer nationalen Volksgemeinschaft mit harmonisierten Klassenbeziehungen und einem starken, fürsorglich-schützenden autoritären Staat erschien wohl Teilen der Lohnabhängigen nicht nur als Alternative zum versagenden Weimarer Staat, sondern gleichzeitig zur Politik und den Transformationszielen der nicht ohne eigenes Verschulden in die Defensive geratenen Linksparteien. Damals wie heute gilt: Bei fehlendem Vertrauen in die eigene Kraft kann die Flucht in fürsorglichen starken Schutz von „oben“ offenbar attraktiv erscheinen, sie signalisiert daher immer auch eine Schwäche linker, emanzipatorischer Antworten.¹⁹

Der Zuspruch beziehungsweise eben die entschiedene Ablehnung war bei den einzelnen Berufsgruppen allerdings höchst unterschiedlich. So wiesen Lohnabhängige aus dem Agrarbereich, aus kleinen, handwerklich organisierten Betrieben sowie aus kommunalen Versorgungsbetrieben und dem Handelssektor eine erkennbar größere Anfälligkeit

¹⁸ Vgl. dazu Jürgen W. Falter / Dirk Hänisch, Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928–1933, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 26 (1986), S. 179–216, hier: S. 214 ff.

¹⁹ Vgl. dazu auch Bons, *Nationalsozialismus* (wie Anm. 6), S. 86 ff.

gegenüber dem Nationalsozialismus auf als Industriearbeiter. Arbeitslose Arbeiter waren eher unter-, arbeitslose Angestellte eher überrepräsentiert. Zwar waren es politisch eher kleinbürgerlich-nationalistisch orientierte Lohnabhängige, die die NSDAP wählten, aber auch die Linksparteien blieben nicht von schmerzhaften Verlusten verschont. Wobei betont werden muss, dass sie neben dem Zentrum die „höchsten Haltequoten“ auswiesen.²⁰ Entsprechend klagten denn auch NSBO-Aktivistinnen immer mal wieder, „wie schwer es [sei], einen verhetzten irreführten marxistischen Arbeiter zu bekehren“.²¹

Eigene NS-Gewerkschaften?

Jede „Fühlungnahme mit marxistischen Arbeitern“ konfrontierte die eigenen Werber unvermeidlich mit der Frage nach der Haltung der Partei zum Gewerkschaftsproblem: „Der Arbeiter will wissen“, so die Propaganda-Abteilung des Gaus Süd-Hannover-Braunschweig 1931, „welche Sicherungen wirtschaftlicher Art für ihn im NS-Staat in Frage kommen“.²² Gerade in dieser Frage hatte die NSDAP allerdings lange Zeit nicht allzu viel zu bieten. Hitler hatte in *Mein Kampf* eine nationalsozialistische gewerkschaftliche Betätigung zwar allgemein befürwortet, eine eigene Gewerkschaftsgründung aber auf jenen unbestimmten Zeitpunkt vertagt, an dem „ein Kopf erschiene, der vom Schicksal ersichtlich zur Lösung gerade dieser Frage berufen“ sei. Bis zu diesem Tag hatte er seinen Parteigenossinnen und Parteigenossen (PG) empfohlen, in ihren bisherigen Gewerkschaften zu bleiben.²³ Diese Aussichten dürften allerdings weder für die Parteisprecher, die die Agitationsanforderungen im Arbeiterbereich betonten, noch für nationalsozialistische Arbeiterinnen und Arbeiter, die aus welchen Gründen auch immer außerhalb der bestehenden Gewerkschaften standen und nach eigenen Vertretungsorganen verlangten, übermäßig hilfreich

²⁰ Vgl. Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991, S. 206 f., 229 f., 310 f.

²¹ VB, 31.03.1931, vgl. auch VB, 28.05.1930.

²² Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover (künftig zitiert: HStAH), Hann 310 I, B 2/I, Bl. 120.

²³ Hitler, *Mein Kampf* (wie Anm. 7), S. 682 u. S. 679.

gewesen sein. In Hitlers Abneigung gegen eine schnelle Gründung eigener Gewerkschaften dürfte neben finanziellen Überlegungen und der verständlichen Besorgnis, mit den etablierten Gewerkschaften konkurrieren zu müssen, auch das Bedenken zum Ausdruck gekommen sein, der Austragung ohnehin virulenter sozialer Konflikte in der eigenen Partei eine organisatorische Plattform zu schaffen und die politische Geschlossenheit der nationalsozialistischen Volksbewegung zusätzlich zu belasten. Da er aber die grundsätzliche Nützlichkeit eigener Gewerkschaften offensichtlich nicht in Frage stellte und von wesentlichen Parteikräften bedrängt wurde, kann es nicht überraschen, dass seine Haltung in der Gewerkschaftsfrage widersprüchlich und hinhalten blieb.

Verbindungen bestanden zwar zu nationalen Verbänden wie dem „Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband“ (DHSV) und kleineren, regionalen völkischen Gewerkschaften wie der „Großdeutschen Gewerkschaft“ (deren Mitglieder nach Auflösung des Verbandes 1932 der NSBO beitraten). Übernahmeangeboten gegenüber aber übte Hitler weiterhin Zurückhaltung.²⁴ Die parteiinternen Kontroversen um die Gründung eigener Gewerkschaften gingen jedenfalls unvermindert weiter. In diesem Zusammenhang brachten bereits im Jahr 1925 der *Völkische Beobachter* und Nationalsozialisten aus der Tschechoslowakei, die Rudolf Heß mit Hinweis auf eigene Gewerkschaften im Land als „Sachverständige“ vorstellte, als ersten Schritt zur Lösung des Gewerkschaftsproblems eine Zellen Gründung in den Betrieben ins Spiel, die es erlaubte, dort „agitatorisch und propagandistisch tätig zu sein“.²⁵ Auch solche betrieblichen Gründungen wurden von der Parteiführung aber zu diesem Zeitpunkt noch ausgeschlossen. Mit dem Anwachsen des nationalsozialistischen Arbeiteranhangs nahm daher der Druck aus den Betrieben entsprechend weiter zu und NS-Be-

²⁴ Vgl. Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 282 ff., 287 ff.

²⁵ Vgl. VB, 09./10.08.1925, Schreiben von Rudolf Heß vom 4. Juni 1925, in: HStAH, Hann 310 I, A 8/II, Bl. 216.

etriebszellen entwickelten sich auch ohne offiziellen Beschluss von „oben“.

Der Angriff auf die Betriebe – der Aufbau nationalsozialistischer Betriebszellen

Erste Hinweise auf die Existenz nationalsozialistischer Betriebszellen finden sich bereits für die Jahre 1926/27, so für Zwickau 1926.²⁶ Im Verlauf des Jahres 1927 kam es zum betrieblichen Zusammenschluss von Nationalsozialisten bei der Berliner Knorr-Bremse AG und zu Zellen Gründungen in weiteren Betrieben der Stadt. Auch in anderen Gebieten des Reichs lassen sich in dieser Zeit vereinzelt Zellenbildungen feststellen, unter anderem in Sachsen, im Ruhrgebiet und in Stuttgart. Der Schwerpunkt dieser eher bescheidenen Anfänge nationalsozialistischer Betriebszellen lag dabei eindeutig im Bereich des Gaus Berlin. Diesem von Goebbels geführten Gau wird eine gewisse Vorreiterrolle bei der Entstehung der NSBO zugesprochen werden müssen, da Goebbels diese Entwicklungen uneingeschränkt förderte, was keineswegs von allen Gauleitern gesagt werden kann. Der Gau Berlin war es auch, der 1928 begann, die isoliert arbeitenden und wildwachsenden Zellen offiziell anzuerkennen und unter eine zentrale Leitung zu stellen.²⁷

Obwohl die von Hitler zumindest stillschweigend gebilligte Ausbreitung besonderer Arbeitnehmerorganisationen, die zudem von vornherein unter Hervorhebung des politischen Aspektes propagandistische Momente mit sozialpolitischen Anliegen verknüpften, zwangsläufig auf Widerstände in der nationalsozialistischen Volksbewegung stieß, erfolgte auf dem NSDAP-Parteitag von 1929 der Beschluss zur Gründung einer NSBO auf Reichsebene. Wenn es nach langem Zögern Hitlers seitdem auch parteioffiziell zur Etablierung eigener Betriebszellen kam, dann sicherlich zum einen, weil mit dem starken Wachstum

²⁶ Nationalsozialistische Briefe. Halbmonatsschrift für nationalsozialistische Weltanschauung (künftig zitiert: NS-Briefe), 15.04.1926.

²⁷ Vgl. Der Angriff. Das deutsche Montagsblatt, 02.07.1928, und zu diesem Komplex Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 289 ff.

der Partei der Handlungsdruck in dieser Frage zunahm, zum anderen, weil drängende politisch-agitatorische sowie machttaktische Überlegungen für diesen Schritt sprachen, zudem ihn der größere politische Handlungsspielraum inzwischen auch eher zu wagen erlaubte. Da sich die herkömmlichen Instrumente der nationalsozialistischen Arbeiterpolitik in Massenversammlungen, Printmedien oder Straßenpropaganda, wie in der Partei immer wieder kritisiert wurde, längst als höchst unzureichend erwiesen hatten, um den „Marxismus“ in der Arbeiterklasse zu überwinden, sollte der Kampf nun in dessen „Hauptbastionen“, in die Betriebe, getragen werden, wo sich der „politische Gegner“, wie *Der Angriff* 1929 erwartungsvoll formulierte, endlich „stellen mußte“.²⁸ Die NSBO sollte, wie schon gezeigt, zudem dafür sorgen, dass der Nationalsozialismus im Falle der Machtübernahme nicht einer geschlossenen marxistischen Abwehrfront gegenüberstand und im Falle eines Generalstreiks lebenswichtige Betriebe weitergeführt werden konnten. Ein erfolgreicher Widerstand in den Betrieben wie beim Kapp-Putsch durfte sich nicht wiederholen.

Gleichwohl weist schon die zeitliche Diskrepanz zwischen dem Gründungsbeschluss 1929 und der offiziellen Etablierung der NSBO auf Reichsebene im Januar 1931 auf weitere Widerstände in der Partei hin, die die Erfolgsaussichten der Organisation von vornherein beeinträchtigen mussten. So beschwerte sich beispielsweise der politische Leiter der NSDAP-Ortsgruppe Bergedorf, die NSBO „zerfleische die eigene Ortsgruppe“.²⁹ In Hamburg versuchte die Parteiführung, den Dienst von PG und SA-Aktivisten in der NSBO zu verhindern³⁰ und die Reichsorganisationsleitung klagte darüber, „daß bestimmte politische Leiter keine Ahnung vom Wesen der NSBO haben und somit die Arbeit ‚sabotieren‘“.³¹ Andererseits entsprach die Bildung eigener Organisationen offensichtlich einem weit verbreiteten Bedürfnis innerhalb des nationalsozialistischen Arbeiteranhangs. Die Betriebszellen-

²⁸ *Der Angriff*, 22.07.1929.

²⁹ Bergedorf zitiert in: Schreiben Karl Herwig vom 3. März 1932, in: BArch, NS 22/1052.

³⁰ Vgl. Bons, *Nationalsozialismus* (wie Anm. 6), S. 295 f.

³¹ Rundschreiben der Reichsorganisationsleitung, Nr. 4/1932, S. 10, in: BArch, NS 26/283.

bewegung bereitete sich jedenfalls rasch über das gesamte Reich aus und verzeichnete einen stetigen Mitgliederzuwachs: Nach eigenen Angaben organisierte die NSBO im März 1931 nur 4.131 Mitglieder, Ende des Jahres waren es bereits fast 40.000 und im Verlauf des Jahres 1932 fast 300.000.³²

In der Anordnung der Reichsorganisationsleitung vom Dezember 1930 an die Gauleiter wurde die Reichs-Betriebszellenabteilung als „die politische und organisatorische Spitze der unter dem Namen Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (N.S.B.O.) zusammengefassten Betriebszellen aller Gaue“ vorgestellt. Dabei wurde noch einmal nachdrücklich als Zweck der Organisation die Überwindung des „Marxismus“ betont, da nur so „die jahrzehntelang im Marxismus erzogene Arbeiterschaft für den Nationalsozialismus und damit für die Nation gewonnen werden“ könne.³³ Die „streng vertraulichen Richtlinien für die Arbeit der Betriebsfunktionäre“ von 1930 beinhalteten als Aufgabenstellung nicht nur „die politische Tätigkeit“, sondern zugleich „die gewerkschaftlich-sozialpolitische Arbeit“ in den Betrieben und betonten deren Verknüpfung. Die sozialpolitische Arbeit wurde hier zum Zweck einer eigenständigen betrieblichen Interessenvertretung und zugleich als notwendiges Mittel gefordert, „das Vertrauen seiner Arbeitskollegen zu erringen“. Je mehr dem NS-Aktivisten dies gelinge, umso leichter würde ihm dann seine politische Propaganda fallen.³⁴ Soziale Interessenvertretung im nationalsozialistischen Sinn gehörte also gleichsam zur politischen Aufgabe der offiziell zur „SA der Betriebe“ bestimmten NSBO und stand zu ihr keineswegs im Widerspruch. Sie war immer zugleich Ausdruck des Verlangens wesentlicher Teile des nationalsozialistischen Arbeiteranhangs nach eigenen Schutz- und Vertretungsorganen ebenso wie der Erfordernisse der Propaganda im ArbeiterInnenbereich.

³² Vgl. Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 296.

³³ Anordnung der Reichsorganisationsleitung von Dezember 1930, in: BAArch, NL 41/7, Bl. 183.

³⁴ Vgl. Richtlinien für die Arbeit der Betriebsfunktionäre von 1930, in: HStAH, Hann 80, Lbg III, XXX, 170.

Diese Praxis der NSBO hat in der Literatur zu einer Kontroverse geführt, ob in der Organisation, entgegen ihrer Selbstbezeichnung als „politische Kampfform der N.S.D.A.P.“ in den Betrieben,³⁵ letztlich doch eine Gewerkschaft gesehen werden müsse. Wichtiger als die Klärung eines formalen Status erscheint die Frage, welche konkreten gewerkschaftlichen beziehungsweise -ähnlichen Funktionen die Betriebszellen tatsächlich übernahmen oder eben nicht übernehmen konnten oder wollten. So entwickelten sich die Organisationen der NSBO frühestens im Sommer 1932 zu reinen Arbeitnehmerorganisationen.³⁶ Zudem fällt zunächst auf, dass sich die NSBO in dem zentralen gewerkschaftlichen Betätigungsfeld fast völlig abstinert verhielt. Es lässt sich jedenfalls kein Versuch feststellen, eine eigenständige Tarifpolitik zu entwickeln. Andererseits beteiligten sich Betriebszellen an Arbeitskämpfen, die von Gewerkschaften und später auch spontan von einzelnen Belegschaften gegen den Lohnabbau geführt wurden. Auch zahlte die NSBO für Mitglieder Streik-Ausgesperrten- sowie Gemaßregelten-Unterstützung und gewährte Rechtsschutz und -beratung in arbeits- sowie sozialversicherungsrechtlichen Fragen. Zudem versuchten ihre Mitglieder zunehmend, in die Betriebsvertretungen gewählt zu werden. Die Betriebszellen übernahmen somit (tendenziell) gewerkschaftliche Funktionen.

Zugleich gab es unter NS-Arbeitern, wenn auch minoritäre, „gelbe“ (also „wirtschaftsfriedliche“) Einstellungen und weiterhin Zellen mit Unternehmern als Mitglieder.³⁷ Nicht zuletzt bewegte sich die NSBO

³⁵ Vgl. Gunther Mai, Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation, Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 31 (1983), 4, S. 573–613, hier S. 583.

³⁶ Vgl. hierzu Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 303 ff. Zur Frage, wer Mitglied der NSBO sein konnte, Rundschreiben der Reichsbetriebszellen-Abteilung, Nr. 12, Juli 1932, in: BArch, NS 26/283. Da in manchen Betriebszellen auch im Sommer 1932 noch Selbständige (z. B. Handwerksmeister) organisiert waren, sah sich Gregor Straßer veranlasst anzuordnen, dass nur Mitglieder der NSBO werden können, die „unter den Begriff des Arbeitsrechtes fallen“. Dieser Vorgang weist noch einmal auf die Heterogenität der Betriebszellen hin.

³⁷ Für Oktober 1932 lässt sich beispielsweise eine NS-Betriebszelle nachweisen, die noch den Unternehmer beherbergte – wie später die Deutsche Arbeitsfront (DAF), vgl. Rote Erde. Dortmunder Nationalanzeiger. Kampfblatt für nationalsozialistische Politik, 2 (1932), 08.10.1932.

in den vom Parteidiskurs vorgezeichneten ideologischen Bahnen, zielte auf den problemlösenden, sozial ausgleichenden „Führerstaat“ und blieb letztlich der Befehlsgewalt der politischen Leitung einer Partei unterworfen, in der eben vor allem die Interessen von Kleinbürgern und Unternehmern wirksam waren. Das Verhalten der Betriebszellen, speziell in Arbeitskämpfen, blieb so letztlich widersprüchlich und vor allem politischen Konjunkturen unterworfen. Die nationalsozialistischen Betriebszellen sind eben gerade auch im Hinblick auf die gewerkschaftliche Komponente keineswegs als homogenes Gebilde anzusehen. Beispiele sozialer Interessenvertretung von Mitgliedern der Betriebszellen, die geeignet waren, die soziale Glaubwürdigkeit des Nationalsozialismus bei bestimmten ArbeiterInnengruppen zu verbessern, wurden so nicht selten konterkariert durch Inkonsequenzen oder auch Beispiele von Streikbruch.

So kann es nicht überraschen, dass die NSBO, die sich nur zur Hälfte aus NSDAP-Mitgliedern und ansonsten aus „Sympathisanten“ zusammensetzte, trotz ihres kontinuierlichen Mitgliederanstiegs stets nur einen (wenn auch nicht unbeträchtlichen) Teil der Arbeiter-Parteigenossen organisierte. Dies lag keineswegs allein an der Scheu auch von Nationalsozialisten, sich im Betrieb politisch zu „outen“. Als besondere Problemgruppe erwiesen sich vielmehr die anderweitig gewerkschaftlich organisierten Nationalsozialisten. Die offenbar nicht unbeträchtliche Zahl von Doppelmitgliedschaften sollte jedenfalls nicht darüber hinwegtäuschen, dass unter nationalsozialistischen Gewerkschaftsmitgliedern hartnäckige Vorbehalte gegenüber dem Aufbau einer Art betrieblicher Konkurrenzorganisation zu den Gewerkschaften bestanden, und dass das Engagement von gewerkschaftlich organisierten NSBO-Mitgliedern durch Loyalitätskonflikte und Ausschlussdrohungen ihrer Gewerkschaften beeinträchtigt wurde (zum Teil wurden NSBO-Mitglieder ausgeschlossen, NSDAP-Mitglieder dagegen nicht).³⁸ Hier zeigt sich: Die politische Option von gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen, Arbeitern und Angestellten für die NSDAP

³⁸ Vgl. Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 299 f.

führte weder dazu, dass sie „ihrer“ Gewerkschaft, in der sie offensichtlich weiterhin ihre genuine Interessenvertretung sahen, automatisch die Loyalität entzogen, noch war sie per se gleichzusetzen mit einer Zustimmung zum Ausbau der NSBO zu einer Art betrieblicher Konkurrenzorganisation zu den bestehenden Gewerkschaftsverbänden.

Auch heute gelingt es den rechten betrieblichen Einbruchsversuchen noch nicht, das vorhandene AfD-Potential in Betrieb und Verwaltung nennenswert auszuschöpfen. So erklärt beispielsweise ein AfD- und IG-Metall-Mitglied im Betriebsrat von Bosch-Rexroth im Saarland, „sowas wie ein Zentrum Automobil würde ich hier nie aufbauen“. Die politische Ausrichtung vieler Metaller lehne er zwar ab. Eine Gewerkschaft brauche aber möglichst viele Mitglieder, um Rechtsbeistand oder Streikgeld bezahlen zu können: „Alles andere schadet nur den Arbeitnehmern.“³⁹

Gegenüber den sich bildenden Betriebszellen in der Weimarer Republik beharrten NS-Gewerkschafter nicht selten auf einer solchen strikten Aufgabentrennung, die den Gewerkschaften die soziale Interessenvertretung, den Betriebszellen die politische Agitation zuwies. Auch die zufriedene Feststellung der christlichen Gewerkschaftszeitung *Der Deutsche* anlässlich der Betriebsratswahlen 1931, „die Arbeitnehmer [seien] in Gewerkschaftsfragen der Parole der Gewerkschaften und nicht der Partei [der NSDAP, der Verfasser]“ gefolgt,⁴⁰ ist Beleg für die hier vertretene These, dass die Bindung an die Gewerkschaften – neben dem inkonsequenten interessenpolitischen Zuschnitt

³⁹ Vgl. Alexander Demling, Rechtspopulisten wollen Betriebsräte erobern und Unternehmen unterwandern, in: Handelsblatt (online), 15.05.2018, [www.handelblatt.com/politik/deutschland/daimler-bmw-sap-rechtspopulisten-wollen-betriebsraete-erobern-und-unternehmen-unterwandern/22509360].

⁴⁰ *Der Deutsche*. Tageszeitung für deutsche Volksgemeinschaft und für ein unabhängiges Deutschland, 13.12.1931. Grundsätzlich zeigten sich Vertreter der christlichen Gewerkschaften durchaus offen für eine Zusammenarbeit mit der NSDAP, vor allem, wenn „sich der soziale [Gregor] Straßer mit seinen Gesinnungsgenossen durchsetzt“ und die Partei von Hugenberg, diesem „General der Sozialreaktionäre“ abrückt. Siehe auch *Der Deutsche*, 23.10.1931 u. 17.11.1931.

der Betriebszellen – ein wesentlicher Grund dafür war, dass es der NSBO trotz ihrer Mobilisierungserfolge zu keiner Zeit gelang, das nationalsozialistische Potential in den Betrieben und an den Stempelstellen vollständig für sich auszuschöpfen.

Die Betriebsratswahlen von 1931, die zum ersten Höhepunkt des Angriffs auf die „stärksten Bollwerke des Marxismus“ werden sollten, bescherten den Nationalsozialisten zwar eine deutliche Zunahme eigener Arbeiter-, Angestellten- und Betriebsräte (gegenüber 1930) und verstärkten damit die „sehr gefährliche Tendenz“, vor der die KPD(O) warnte, da der Nationalsozialismus auf diese Weise „an den Lebensnerv der Arbeiterbewegung“ vordringe.⁴¹ Gleichwohl musste ihr Gesamtergebnis eher ernüchternd wirken. Zwar konnte die nationalsozialistische Presse einige mehr oder minder spektakuläre Einzelerfolge speziell in öffentlichen Institutionen und einzelnen industriellen Großbetrieben präsentieren. So erreichte die Liste „Nationale Sozialisten“ beispielsweise bei den Arbeiterratswahlen der Friedrich-Alfred-Hütte der Krupp-AG in Rheinhausen nach eigenen Angaben mit 815 Wählern rund 15 Prozent, bei den Leuna-Werken 11,6 Prozent und bei Siemens-Kabel in Berlin elf Prozent der Stimmen.⁴² Aber nach einer gleichwohl nicht lückenlosen Zusammenstellung der *Gewerkschaftszeitung* gelang es der NSBO in diesem Jahr jedoch nur, in insgesamt 710 Arbeiterräte gewählt zu werden (0,5 Prozent); in den 10.190 Betrieben der Metallindustrie, die von der *Betriebsräte-Zeitschrift* des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) erfasst wurden, votierten bei den Betriebsratswahlen mit 15.499 Wählern lediglich 1,74 Prozent für die NSBO (DMV: 72,19 Prozent).⁴³ Allerdings traten die im Aufbau befindlichen Betriebszellen nur in einer relativ geringen Anzahl der hier berücksichtigten Unternehmen überhaupt zur Wahl an (in der Metallindustrie war das in 147 der erfassten 10.190 Betriebe der Fall). Außerdem kandidierten NSBO-Aktivistinnen nicht nur auf eige-

⁴¹ Gegen den Strom. Organ der KPD (Opposition), 03.05.1930.

⁴² Siehe Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 325.

⁴³ Vgl. ebd., S. 325 ff.

nen Listen, sondern auch auf „nationalen Listen“, wie denen des DHVs, beziehungsweise wählten weiterhin die erprobten Gewerkschaftslisten. Neben einigen Großbetrieben konnte die NSBO Erfolge vor allem in Klein- und Mittelbetrieben sowie in der gewerkschaftlich traditionell schlecht organisierten chemischen Industrie verbuchen (Leuna: 11,6 Prozent, Leverkusen: 13,2 Prozent). Auch schnitt sie unter Angestellten sichtlich besser ab als unter Arbeitern.⁴⁴

Die tatsächliche Stärke der NS-Bewegung in den Unternehmen wird durch die vorliegenden Berechnungen nur unzureichend wiedergegeben. Den Nationalsozialisten gelang es, in einigen Bereichen Teilerfolge (speziell im Angestelltensektor) zu erringen und Brückenköpfe in der sensiblen Machtbastion der ArbeiterInnenbewegung zu bilden. Dennoch ist festzuhalten, dass sie die Vormachtstellung der freien Gewerkschaften in den Betrieben vor ihrer Zerschlagung im Jahr 1933 nicht ernsthaft gefährdeten. Auch bei den Betriebsrätewahl vom März 1933 errangen die freien Gewerkschaften fast drei Viertel der Mandate.⁴⁵

Betriebliche Praxis und Verhalten bei Arbeitskämpfen

Über die tatsächliche Amtsauffassung und betriebliche Praxis der in die Betriebsräte gewählten Nationalsozialisten liegen leider nur sehr wenige Informationen vor. Gleichwohl legen diese den Schluss nahe, dass vor dem Hintergrund betrieblicher Konflikte und ihres „gesunden Klasseninstinktes“⁴⁶ nicht wenige dieser Betriebsfunktionäre um eine ernsthafte und konsequente betriebliche Interessenvertretung bemüht waren, die sich allerdings letztlich nicht von den bornierten Grundlagen

⁴⁴ Vgl. ebd., S. 330 ff., 328.

⁴⁵ Bei den Betriebsrätewahlen im März 1933, bei denen allerdings nur in 1.387 Betrieben insgesamt 9.235 Betriebsräte gewählt wurden, erzielte die NSBO rund 11,7 Prozent, die freien Gewerkschaften 73,4 Prozent, die christlichen Gewerkschaften 7,6 Prozent und die Rote Gewerkschaftsopposition 4,9 Prozent, Siehe: Gewerkschafts-Zeitung. Organ des ADGB, 43 (1933), Nr. 17, 29.04.1933, S. 270.

⁴⁶ Gewerkschaft. Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, 22.10.1930, S. 10, siehe auch Vorwärts. Berliner Volksblatt. das Abendblatt der Hauptstadt Deutschlands, 29.09.1932.

der nationalsozialistischen Sozialideologie lösen konnte. Die Gründe ihrer Erfolge müssen in eben diesem Spannungsfeld gesucht werden.

So organisierte beispielsweise die Fachgruppe Post der Nationalsozialisten Großberlins Ende 1930 gegen die anhaltenden Personalabbaumaßnahmen eine „Protestkundgebung“ der Beschäftigten, auf der eine Resolution verabschiedet wurde, die unter anderem die sofortige Wiedereinstellung sämtlicher Entlassener und die Festlegung einer mindestens 14-tägigen Kündigungsfrist forderte sowie eine Verlängerung der Urlaubszeit.⁴⁷ NS-Betriebsfunktionäre im Werk der Interessengemeinschaft Farbenindustrie AG (I. G. Farben) in Frankfurt-Höchst kritisierten 1930 die Erhöhung des „Gewinnanteils für die Geldgeber“ des Unternehmens, obwohl gleichzeitig die Entlassungswelle im Werk ungebremst weiterginge. Verantwortlich für diesen „Gegensatz“ machten sie allerdings bezeichnenderweise nicht die eigene Konzernleitung, sondern ausschließlich die Herrschaft der „Raffenden“, die „in den Sitzungszimmern der Banken [...] zu Hause sind“.⁴⁸ Die Gruppe „Nationale Sozialisten“ des Angestelltenrates der Friedrich Krupp AG wandte sich 1931 unter Berufung auf das Betriebsrätegesetz mit Vorschlägen „zur Vermeidung weiteren Personalabbaus“ an das Direktorium der Firma, die unter anderem die „Senkung der überhöhten Spitzengehälter um 50 Prozent, die Pensionierung aller Angestellten über 58 Jahre“, aber eben auch die Entlassung sogenannter „Doppelverdiener“ vorsahen: bei unvermeidlichen Entlassungen seien jedenfalls in erster Linie diejenigen weiblichen Angestellten zu entlassen, „die nicht allein stehen oder nicht für den Lebensunterhalt von Angehörigen aufzukommen haben“.⁴⁹

⁴⁷ Vgl. Der Angriff vom 6. November 1930.

⁴⁸ Vgl. Nachrichtenblatt Nr. 2 der Nationalsozialistischen Betriebszelle im I.G.-Farben-Werk Höchst am Main vom Mai 1930, in: BArch, NS 26/20.

⁴⁹ Arbeitertum. Blätter für Theorie u. Praxis d. nationalsozialist. Betriebsorganisation vom 15. Dezember 1931, S. 17f. So begrüßten NSBO-Funktionäre allerdings gemeinsam mit dem gesamten Angestelltenrat des IG-Werkes Höchst ausdrücklich die Kündigung einer Kollegin, die sich verheiratet hatte. Vgl. Nachrichtenblatt Nr. 6 der Nationalsozialistischen Betriebszelle im I.G.-Farben-Werk Frankfurt-Höchst vom August 1930, in: BArch, NS 26/280.

Zudem intervenierten NSBO-Aktivisten immer wieder gegen die „Überstunden-Schieberei“, so auch noch im Mai 1933. Bevorzugte Betätigungsfelder waren dabei offensichtlich insbesondere Fragen der betrieblichen Sozialeinrichtungen und der Beschaffenheit des Arbeitsumfeldes, also Bereiche, wie sie später für die Aufgaben des Amtes „Schönheit der Arbeit“ der Deutschen Arbeitsfront (DAF) typisch waren. Kritisiert wurden etwa mangelnde Schutzvorschriften, unzureichende hygienische Einrichtungen oder unangemessen weite Kantinenwege. Gefordert wurden unter anderem die Anschaffung von Spindeln oder auch eine ausreichende Beleuchtung.⁵⁰ Andererseits zeigten sich die NSBO-Funktionäre mitunter durchaus aufgeschlossen gegenüber unternehmerischen „Sachzwangargumenten“. So stimmte beispielsweise 1931 ein nationalsozialistischer Betriebsrat in Heidenheim (wohl mit der Mehrheit seiner freigewerkschaftlichen Kollegen) der Abschaffung eines übertariflich gewährten Urlaubstages zu, um der Gefahr einer Betriebseinschränkung zu begegnen.⁵¹

Das Schicksal des Betriebsrats im angestrebten „Dritten Reich“ sahen die entscheidenden Protagonisten des nationalsozialistischen Arbeiterflügels ebenso wie die Gesamtpartei programmatisch allerdings durch das (staatlich kontrollierte) Führerprinzip bestimmt, das auch im Betrieb zur Anwendung kommen sollte, denn „wie überall im Staate und im Leben des Volkes kennt der Nationalsozialismus keine Abstimmung, sondern nur eine Führung“.⁵² Den Vertretern der betrieblichen „Gefolgschaft“ blieb damit erklärtermaßen – wie es später im Vertrauensrat, mit dem Unternehmer als „Betriebsführer“, realisiert wurde – nur noch die Rolle von „Beratern“.

⁵⁰ Vgl. hierzu und zu weiteren Beispielen der NS-Betriebsratsarbeit Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 316 ff.

⁵¹ Vgl. zu diesen Vorfällen ebd., S. 314 f.

⁵² Niedersächsischer Beobachter. Kampfblatt für den nationalen Sozialismus, 21.02.1931.

Die Streikfrage

Die entscheidende Bruchstelle für den Kampf um Glaubwürdigkeit im Betrieb war das Verhalten der Nationalsozialisten bei Streiks, bestand doch ein wesentlicher Abwehrschirm der Arbeiterbewegung in dem Vorwurf, die Nationalsozialisten seien eine streikbrechende „Schutzgarde des Unternehmertums“.⁵³ Da Streiks in den Augen der Nationalsozialisten grundsätzlich schädlich für Nation und Wirtschaft waren, konnten sie im sich abzeichnenden „Dritten Reich“, in dem der Führerstaat für den sozialen Ausgleich sorgen würde, nicht mehr geduldet werden. Während der liberal-kapitalistischen Fehlentwicklung der Weimarer Republik jedoch mochten sie unter Umständen als „Notbehelf“, „als letztes Mittel der Arbeitenden“ zur Durchsetzung „berechtigter“ Forderungen erforderlich und zu unterstützen sein.⁵⁴

Die Parteiführung stand aber nicht allein vor dem Problem der praktischen Bestimmung des Wortes „berechtigt“. Folgenreich war auch die Auswirkung der Beteiligung an Streiks auf die widersprüchlichen Interessenlagen der eigenen Volksbewegung, die eben, worauf die *Sozialistische Arbeiter-Zeitung* (SAZ), Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands 1932 hinwies, den „Unternehmer und den Arbeiter für ihre Bewegung gewinnen [wollte und] deshalb eine Doppelrolle spielen [mußte], die ihnen bei Streiks der Arbeiter einige Schwierigkeiten bereite“.⁵⁵ Dieser Balanceakt, der keineswegs immer glückte, stellte die NSDAP-Führung sowohl bei Streikteilnahmen ebenso wie bei Streikbruch von Nationalsozialisten immer wieder vor nachhaltige Rechtfertigungsprobleme und führte, wie der *Vorwärts* im selben Jahr spöttisch anmerkte, insgesamt zu einem „bezeichnenden

⁵³ Werner Hirsch, zitiert nach Theo Pirker, *Komintern und Faschismus 1920–1940*, Stuttgart 1965, S. 155, siehe auch *Vorwärts*: Berliner Volksblatt. das Abendblatt der Hauptstadt Deutschlands, 20.09.1932, sowie *Gewerkschaft* (wie Anm. 46) vom 22. Oktober 1930, S. 10.

⁵⁴ *Arbeitertum* (wie Anm. 49), 15.08.1932, S. 4; siehe auch Bons, *Nationalsozialismus* (wie Anm. 6), S. 341 f.

⁵⁵ *Sozialistische Arbeiter-Zeitung* (SAZ). Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, 05.11.1932.

Hüh und Hott“ in ihrer Streikpolitik.⁵⁶ So finden sich zahlreiche Beispiele aktiver Streikteilnahme von NSBO-Aktivsten, die mitunter bis in die Streikleitungen führten und von der Presse der NSBO meist groß herausgestellt wurden. Andererseits finden sich gleichzeitig Fälle der Ablehnung und auch des Abbruchs von Streikbeteiligungen sowie eben von Streikbruchaktionen, die aber kaum von NSBO-, sondern eher von arbeitslosen SA-Aktiven begangen wurden. Bisweilen verlief die Frontlinie zwischen streikenden und streikbrüchigen Beschäftigten auch quer durch die nationalsozialistischen Belegschaftsmitglieder selbst, die eben gewerkschaftspolitisch keine homogene Gruppe darstellten.⁵⁷

Gegen den „Herrenclub“ von Papen und die Streikoffensive der NSBO 1932

Zu einer bemerkenswerten Streikoffensive der NSBO kam es im Herbst 1932.⁵⁸ Die NSDAP, die stets ihre fundamentale Opposition zum Regierungssystem der Weimarer Republik betont hatte, sah sich im Juli 1932 mit Vorwürfen konfrontiert, sie würde das sozial-reaktionäre Präsidialkabinett um Franz von Papen, den „Herrenclub“, tolerieren.⁵⁹ Nach der Reichstagswahl vom Juli, in der eine relative Stagnation des rasanten Aufstiegs der Partei zum Ausdruck kam, und dem vorläufigen Scheitern ihres Machtanspruchs im August (Hitler war nicht zum Reichskanzler ernannt worden), erfolgte ein scharfer politischer Kurswechsel. Der „reaktionären Clique“ um von Papen wurde nun der „schärfste Kampf“ angesagt und das Wahlziel formuliert, „große Wäh-

⁵⁶ Vorwärts, 30.09.1932.

⁵⁷ Vgl. dazu Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 344 ff. und S. 354.

⁵⁸ Z. B. auch bei den Hafendarbeitern und Seeleuten; siehe dazu: Thomas Siemon, Ausbüxen Vorwärtskommen, Pflicht erfüllen. Bremer Seeleute am Ende der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus 1930–1939, Bremen 2002, S. 452 ff. Siemon zeigt auf, wie aktionistisch die NSBO gegen Unternehmer sogar entgegen den Parteivorgaben vorging, was zu erheblichen Konflikten NSBO–NSDAP vor Ort führte; dazu auch Peter Kuckuk, Seefahrt unter dem „Hungerhaken“: die Bemühungen der Nationalsozialisten um die politische Organisation der deutschen Seeleute, in: Deutsches Schifffahrtsarchiv, 21 (1998), S. 101–121.

⁵⁹ Vgl. Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 373 f.

lerrmassen aus der marxistischen Front herauszubrechen“.⁶⁰ Der Angriff auf die Betriebe wurde entsprechend intensiviert. Damit verbunden war eine stärkere Betonung sozialer Forderungen (vor allem im Hinblick auf ein staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm) und eine Radikalisierung der Streikpraxis, die es der NSBO erlaubte, sich nunmehr offiziell auch an (den bislang von der Partei und auch der NSBO missbilligten) so genannten „wilden Streiks“ zu beteiligen.⁶¹

Gegen weitere tarifliche Lohnsenkungen in der Krise, die vor allem auf Basis einer Notverordnung der Regierung von Papen vom 5. September 1932 erfolgten, wehrten sich die Lohnabhängigen mit hunderterten von spontanen Streiks (wohl um die 1.000), an denen sich auch die NSBO beteiligte. In einigen Fällen gelang es ihr (keineswegs nur in dem von der Literatur überstrapazierten BVG-Streik),⁶² in (unterschiedlich politisch zusammengesetzte) Streikleitungen gewählt zu werden.⁶³

Der „kunterbunte Interessentenhaufen“⁶⁴ der nationalsozialistischen Volksbewegung hatte seinen Spagat allerdings spürbar überdehnt: Der neue Kurs führte in den Reihen seines bürgerlichen und kleinbürgerlichen Anhangs und Umfeldes zu merklichen Verunsicherungen. So warnten beispielsweise der deutsch-völkische Schriftsteller Hans Grimm und der ehemalige Sozialdemokrat August Winnig die NSDAP, sich „nicht ‚auf jene starre Arbeitnehmer-Politik treiben zu lassen‘, von wo aus nur Politik ‚marxistischen Stils‘ getrieben werden könne“,⁶⁵ ähnlich einer Kritik „in den Kreisen der führenden Herren der Wirt-

⁶⁰ Vgl. Denkschrift des NSDAP-Gaues Süd-Hannover-Braunschweig zur Reichstagswahl vom 6. November 1932, in: HStAH, Hann 310 I, E 23, Bl. 66 ff., Bl. 128 f.; vgl. auch VB (wie Anm. 4), 27.08.1932 und vom 29.10.1932.

⁶¹ Vgl. Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 374 f. und Arbeitertum (wie Anm. 49), 15.08.1932, S. 4.

⁶² Anfang November 1932 streikten die Arbeiter der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG). In der Streikleitung befanden sich neben Freigewerkschaftern auch KPD- und NSBO-Anhänger. Von der Totalitarismusedeologie wird dieser Umstand als politische Zusammenarbeit der Kommunisten mit den Nazis vereinnahmt. Vgl. dazu Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 382 ff.

⁶³ Vgl. ebd., S. 381–394. Diese spontane Streikwelle hat in der bundesdeutschen Geschichtsschreibung bisher bemerkenswert wenig Beachtung gefunden.

⁶⁴ Metallarbeiterzeitung. Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, 27.08.1932.

⁶⁵ VB, 25./26.09.1932.

schaft“.⁶⁶ Hier zeigt sich das grundsätzliche Dilemma einer nationalsozialistischen Arbeiterpolitik: Volksgemeinschaft und Klassenkampf sind nun mal unvereinbar.

Dieser Widerspruch zwischen einerseits dem Versprechen, die Interessen aller Deutschen in der Volksgemeinschaft einzulösen, und andererseits dem Zwang der Positionierung in polarisierenden Klassenfragen und Arbeitskämpfen, begleitet die völkische Rechte bis heute. So erfuhr der Kurs des „Nationalen Sozialismus“ der NPD der späten 1990er Jahre eine ähnliche Ablehnung durch der Partei eigentlich zugeneigte bürgerliche Kreise, beispielsweise in einem Leserbrief an die *Deutsche Stimme* vom September 2000.⁶⁷

Der neue Kurs der NSDAP führte im Herbst 1932 jedenfalls zu Parteiaustritten und Amtsniederlegungen, zu einer „Flucht“ von Teilen des verschreckten bürgerlichen Anhangs zu von Papen und Hugenberg, die entscheidend zur Wahlniederlage im November beitrug.⁶⁸ Die Folge war ein erneuter Kurswechsel der Partei, der die Handlungsmöglichkeiten der NSBO in der Streikfrage drastisch einschränkte (Streikbeteiligungen waren nun streng genehmigungspflichtig) – mit dem Ziel, wie die *Sozialistische Arbeiter-Zeitung* im November 1932 urteilte, die davongelaufenen „Spießler“ wieder zu gewinnen.⁶⁹

Auch wenn die Offensive in der Arbeiterfrage vom Herbst 1932 nicht den erhofften Durchbruch für die Nationalsozialisten in den Betrieben brachte und stattdessen spürbar zur Wahlniederlage im November beitrug, kann sie keineswegs als rein dysfunktional für die Ziele der Parteiführung bewertet werden: Zwar war die Masse der ge-

⁶⁶ Schreiben Heinrichsbauer vom 20. September 1932, in: BArch, NS 51/14, Bl. 135 ff.

⁶⁷ „Das Wesen einer Volkspartei ist es aber, daß sie alle Schichten eines Volkes erfolgreich anzusprechen weiß. Deshalb finde ich ihre Sozialismusvorstellungen viel zu einseitig.“ *Deutsche Stimme*, 9 (2000).

⁶⁸ Vgl. Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 394 ff.

⁶⁹ Vgl. SAZ (wie Anm. 55), 18.11.1932. An diesem Widerspruch und Interessengegensatz suchte etwa die KPD politisch anzusetzen: „Die Kommunisten und revolutionären Arbeiter müssen die proletarischen und werktätigen Anhänger des NS zu gemeinsamen Aktionen gegen Lohn-, Unterstützungsabbau und Papen-Diktatur gewinnen und von der Rolle der Hitler-Partei als der Terror- und Streikbruchorganisation des Finanzkapitals überzeugen.“ (KPD-Partei-konferenz, Oktober 1932, in: HStAH, Hann 80, H II/723, Bl. 105; siehe auch SAZ, 12.11.1932.

werkschaftlich eingestellten und geschulten Teile der ArbeiterInnenklasse durch die inkonsequente Streikpolitik der Nationalsozialisten kaum derart zu beeindrucken, dass sie deren grundsätzliche politische, obrigkeitstaatliche Einstellung zur sozialen Frage aus den Augen verloren hätte. Gleichwohl verfügte die NSDAP mit ihren Betriebszellen inzwischen über Brückenköpfe in den Betrieben, die die proletarische Widerstandsbasis an ihrer sensibelsten Stelle trafen, zeigte sich die sozial- und streikpolitische Offensive von Partei und NSBO doch als durchaus geeignet, ihre Glaubwürdigkeit bei ideologisch anfälligen Arbeiterinnen und Arbeitern zu stützen und weniger gefestigte Belegschaftsteile zu verunsichern. Sie dürfte auf diese Weise dazu beigetragen haben, dass in den Berliner Großbetrieben, wie ein Polizeibericht vom Februar 1933 resümierte, „ein ziemlich zerrissenes Bild herrsche“.⁷⁰

Fazit

Die Entmachtung der NSBO, die wie die SA auch nach dem 30. Januar 1933 auf spontane, eigenständige Aktionen nicht verzichtete, erfolgte im Zuge der allgemeinen historischen Entrechtung der abhängig Beschäftigten.⁷¹ Die NSBO ging wesentlich in der DAF auf, die über keinerlei gewerkschaftliche Funktionen verfügte. Der sich entwickelnde Geheimdienst der DAF konnte dabei auf eine getarnte Abwehr-Abteilung der NSBO zurückgreifen, die im Frühjahr 1933 an der terroristischen Zerschlagung der ArbeiterInnenorganisationen an exponierter Stelle beteiligt gewesen war.⁷² Mit der Zerschlagung der Gewerkschaften, der Durchsetzung des Führerprinzips in der Politik sowie dessen Übertragung auf den Betrieb (Vertrauensrat statt Betriebsrat mit dem Unternehmer als „Führer“) und dem faktischen Streikverbot erwies sich die Volksgemeinschaft als vollständige politische und soziale Entmündigung der Lohnabhängigen. Das Beispiel der NSBO, die wesentlich

⁷⁰ Polizeibericht vom 2. Februar 1933, in: BAArch, R 58/508, Bl. 63 ff.; siehe zu diesem Problem auch SAZ (wie Anm. 55), 10.11.1932.

⁷¹ Vgl. Volker Kratzenberg, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler?, Frankfurt a. M. u. a. 1987, S. 149.

⁷² Siehe dazu Karl Heinz Roth, Facetten des Terrors. Der Geheimdienst der „Deutschen Arbeitsfront“ und die Zerstörung der Arbeiterbewegung 1933–1938, Bremen 2000.

zu dieser Entwicklung beigetragen hatte, sollte deutlich genug zeigen, wie gefährlich es ist, wenn völkische und obrigkeitsstaatliche Ideologien in den Betrieben und Verwaltungen vordringen, die Belegschaften spalten und die gewerkschaftliche Solidarität gefährden. Gegen die erneuten Versuche, rechte Betriebsgruppen aufzubauen, sind wir alle gefordert.

Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik
im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Die Zeitschrift *Widersprüche* ist ein Forum für Theorie und Politik des Sozialen, Kritik und Kontroverse sowie für Entwürfe alternativer Praxis. *Widersprüche* informiert Sie viermal im Jahr kritisch, undogmatisch, theorieorientiert und praxisnah zu einem Schwerpunktthema.

www.widersprueche-zeitschrift.de

Heft 169

Ansprüche und
Herausforderungen des
Antirassismus

2023 – 135 Seiten – 15,00 €
ISBN 978-3-98634-009-4

Heft 168

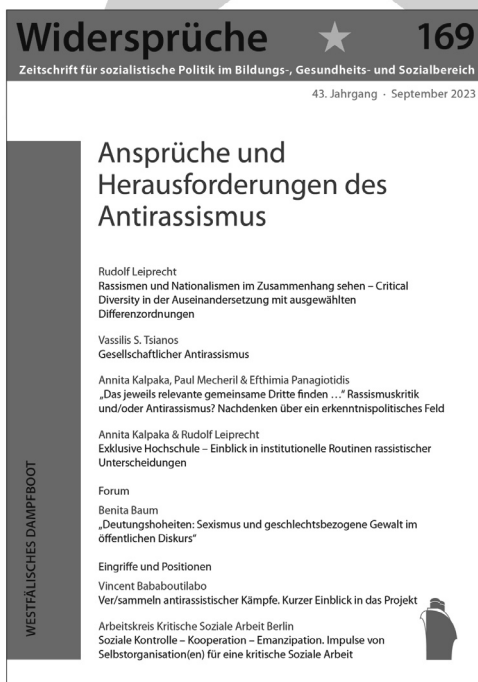
Kritische Soziale Arbeit:
Verteidigen, Kritisieren,
Überwinden: zugleich!

2023 – 126 Seiten – 15,00 €
ISBN 978-3-98634-008-7

Heft 167

Recht(s) belastend –
Druck von rechts und
Verhältnisse Sozialer
Arbeit

2023 – 130 Seiten – 15,00 €
ISBN 978-3-98634-007-0



Die *Widersprüche* erscheinen im

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT
info@dampfboot-verlag.de | www.dampfboot-verlag.de



Abbrich Meyer

Späte Wahrheit. Bemerkungen zu der jüngst bekanntgewordenen Erschießung deutscher Gefangener durch französische Partisanen im Juni 1944

Mitte Mai 2023 wurde in Frankreich öffentlich bekannt, dass ein inzwischen 98-jähriger ehemaliger Angehöriger der französischen Widerstandsbewegung – wie es hieß – „sein Schweigen gebrochen“ und von einer Erschießung deutscher Gefangener durch seine Partisaneneinheit im Juni 1944 berichtet hatte, an der er beteiligt war. Der Zeuge war erstmals 2019 in einer Versammlung von Veteranen aufgestanden, um das Wort zu ergreifen. Nunmehr erfuhr die Öffentlichkeit davon, weil die französischen Behörden und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge mit der Ortung des mutmaßlichen Massengrabs begonnen hatten.

Unmittelbar nach der Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944 hatten Kämpfer der kommunistischen Widerstandsorganisation FTP (*Francs-Tireurs et Partisans*) am 7./8. Juni Tulle, die Hauptstadt des Departements Corrèze, zu befreien versucht, die dort stationierte deutsche Garnison angegriffen und nach heftigen Kämpfen eine größere Anzahl von Wehrmachtssoldaten, etwa 55 ältere Männer eines Sicherungsregiments, gefangen genommen. Noch am Abend des 8. Juni rückten Verbände der SS-Panzer-Division „Das Reich“ auf Tulle vor, um die Stadt wieder einzunehmen. Die Partisanen mussten sich unter Mitnahme ihrer Gefangenen zurückziehen, die SS ließ am 9. Juni zur Vergeltung 99 Einwohner von Tulle an Laternenpfählen und Balkonen aufhängen, 145 weitere Personen wurden deportiert. Am 10. Juni beging eine andere Kompanie der Waffen-SS das Massaker von Oradour-sur-Glane, bei dem 643 Frauen, Kinder und Männer zu Tode kamen. Die

Männer wurden mit Maschinengewehren erschossen, Frauen und Kinder in der Kirche zusammengetrieben, in der sie bei lebendigem Leib verbrannten, nachdem die SS Feuer gelegt hatte. In dieser Situation erschossen die Partisanen der FTP, die von den Massakern vermutlich nichts wussten, am 12. Juni 47 Gefangene nahe der Ortschaft Meymac, zudem eine 20-jährige Französin, die man der Kollaboration mit der Gestapo bezichtigte.

Edmond Réveil, der einzige überlebende Zeuge der Hinrichtungen, wurde inzwischen vom französischen Fernsehen und von mehreren in- und ausländischen Zeitungen interviewt.¹ Fassen wir seine wörtlich zitierten Aussagen zusammen. Demnach habe seine Einheit nicht gewusst, was sie mit den Gefangenen machen, wie sie sie verpflegen und bewachen sollte, da keine andere Widerstandsgruppe sie übernehmen wollen. „Hätte man sie freigelassen, dann hätten die Deutschen ein zweites Oradour in Meymac angerichtet.“ Der Befehl zur Tötung sei „von oben“ gekommen. (In verschiedenen Interviews erwähnte Réveil ein „interalliiertes Kommando“ in Saint-Fréjoux und den Oberkommandierenden der französischen Inlandsstreitkräfte FFI, General Koenig, der dem örtlichen FTP-Chef namens „Rivière“ den Befehl erteilt habe.) Einige polnische und tschechische Soldaten im Dienste der Wehrmacht seien verschont worden. Die deutschen Gefangenen hätten ihr eigenes Grab ausheben müssen, sie seien dann von Freiwilligen erschossen worden, er selbst habe sich daran nicht beteiligt. „Uns war nicht bewusst, was wir taten, wir waren zu jung.“ Es sei, so Réveil heute, ein Fehler gewesen, man hätte die Kriegsgefangenen nicht töten dürfen. Aber man habe nicht anders handeln können: „Es herrschte Krieg, entweder sie oder wir.“ Später habe man nie wieder darüber gesprochen, die Sache habe geheim bleiben müssen. Doch die Welt solle nun die historische Wahrheit erfahren und die Nachkommen der Getöteten sollten Gewissheit haben.

¹ Siehe ausführliches Interview mit Edmond Réveil unter [<https://france3-regions.francetvinfo.fr/nouvelle-aquitaine/correze/brive/temoignage-je-suis-content-que-ca-ne-soit-plus-un-secret-edmond-reveil-resistant-revele-l-execution-de-soldats-allemands-en-1944-en-correze-2774398.html>].

Das Zeugnis dieses alten Mannes verdient Respekt. Es fand international ein breites Echo, vor allem natürlich in Frankreich und Deutschland. Obwohl es kein Geheimnis ist, dass nicht nur die französischen Widerstandskämpfer, sondern Partisanen überall im besetzten Europa während des Zweiten Weltkriegs deutsche Gefangene getötet haben, die sie nicht an die Alliierten übergeben konnten, wurden Réveils Aussagen von den Medien anfangs als „Enthüllung“ präsentiert. Das französische Lokalblatt, das die Nachricht zuerst veröffentlichte, sprach von einer „heiklen Affäre“ (*une affaire sensible*), die 78 Jahre nach Kriegsende den Erinnerungsdiskurs im Departement Corrèze, wo der kommunistische Widerstand eine Hochburg gehabt hatte, in Frage zu stellen drohe. Der Bürgermeister von Meymac gab zu Protokoll, Réveils Zeugenaussage habe eine „historische Schockwelle“ ausgelöst, denn in der Region habe lange Zeit eine „Omertà“ geherrscht, die Exekutionen seien mit einem Mantel des Schweigens zugedeckt worden. Allerdings waren die Ereignisse nicht völlig unbekannt. Bereits in den 1960er Jahren, so berichteten die Zeitungen weiter, waren in Meymac elf Leichen geborgen worden, doch damals erfolgten keine weiteren Nachforschungen. Veteranenverbände wiesen ihrerseits darauf hin, dass die Gefangenener-schießung in Meymac und der Befehl dazu schon vor Jahrzehnten in Publikationen öffentlich gemacht worden seien, und sie warnten davor, die jetzige Entscheidung zur Exhumierung der restlichen Toten zum Vorwand zu nehmen, das Ansehen der Résistance zu beschädigen. Schließlich wurden, wie bei solchen Themen üblich, französische Historiker um Stellungnahmen gebeten. Ein Vertreter der Zunft wandte sich dagegen, von einem „Kriegsverbrechen“ zu sprechen, ein anderer zeigte sich von den Angaben Réveils wenig überrascht. Diese hätten nur bestätigt, was man bereits gewusst habe, denn es sei bekannt gewesen, dass deutsche Soldaten im Juni 1944 in Tulle von Partisanen gefangen genommen wurden.

Auch von Teilen der deutschen Presse wurde die Nachricht als Sensation aufgegriffen, und in den Kommentarspalten meldeten sich diejenigen zu Wort, die schon immer zu wissen glaubten, dass die Verbrechen

der alliierten Kriegsgegner unter den Teppich gekehrt würden. *Bild* titelte: „Todesrätsel von Meymac. Rätsel um Massaker von Meymac bald gelöst? Résistance-Veteran enthüllt Grab deutscher Soldaten.“ Andere Blätter sahen Frankreich „in Aufruhr“. *Die Welt* schickte Journalisten zu Réveil, denen er angeblich erklärte: „Ich habe geschwiegen, weil es ein Kriegsverbrechen war.“² Eine Erklärung für sein Schweigen, die offenkundig seine heutige Sichtweise auf die Ereignisse wiedergibt, nicht die damalige der Partisanen.

Anders als in den französischen Medien wurde der Begriff „Kriegsverbrechen“ hierzulande nicht in Frage gestellt. Dafür sorgte auch der Potsdamer Militärhistoriker Peter Lieb. Lieb, der in seiner Dissertation viel Fleiß darauf verwendet hat, die Legende von der „sauberen Wehrmacht“ im Westen zu restaurieren und ermittelt haben will, dass im Spätsommer 1944 insgesamt 350 deutsche Soldaten durch französische Widerstandskämpfer erschossen wurden, ordnete gegenüber verschiedenen Medien das „Massaker an den Deutschen“ ein: „Das ist definitiv ein Kriegsverbrechen.“ Das Ganze sei ein „schwieriges Thema“, es gebe bislang keine systematische Aufarbeitung möglicher Verbrechen des französischen Widerstands.³

Die Erschießungen vom 12. Juni 1944 in Meymac waren unstrittig ein Kriegsverbrechen. Fraglich ist allerdings, ob die Kämpfer der FTP seinerzeit nach den Kriterien des Kriegsvölkerrechts und der Haager Landkriegsordnung hätten handeln können, an denen heute ihr Vorgehen vor allem in Deutschland gemessen wird. Vielleicht muss man an die grund-

² [<https://www.welt.de/politik/ausland/plus245680022/Zweiter-Weltkrieg-Wir-wussten-dass-wir-Kriegsgefangene-nicht-einfach-so-toeten-duerfen.html>] (kostenpflichtiger Zugang). Die Pariser Korrespondentin der „Welt“ fügte, indirekt zitierend, hinzu: „Aus Angst belangt zu werden und weil sie es einander geschworen hatten.“ Diese Aussage findet sich in der französischen Presse nicht; von „Kriegsverbrechen“ spricht Réveil nur in der Zeitung *Le Figaro*.

³ [<https://www.spiegel.de/panorama/zweiter-weltkrieg-98-jaehriger-franzose-bricht-schweigen-ueber-mutmassliches-kriegsverbrechen-1944-a-84ab1d30-8dc8-4f9d-a5a0-b4964e8833a4>]; [<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/massengrab-aus-zweitem-weltkrieg-frankreich-sucht-nach-47-erschossenen-wehrmachtssoldaten-9837542.html>]; [<https://www.morgenpost.de/vermishtes/article238798293/frankreich-zweiter-weltkrieg-soldaten-wehrmacht-erschossen-massengrab.html>]; [<https://www.bild.de/news/ausland/news-ausland/todesraetsel-von-meymac-rsistance-veteran-enthuellt-grab-deutscher-soldaten-84482306.bild.html>].

sätzlichen Befehle erinnern, nach denen die Wehrmacht wie die Großverbände der SS im Jahr 1944 bei der sogenannten „Bandenbekämpfung“ in Frankreich vorgingen, also bei ihren Operationen gegen den *Maquis*, die bewaffneten Widerstandsgruppen.

Der erste „Bandenkampfbefehl“ war der berüchtigte „Sperrle-Erlass“, ein Befehl des Oberbefehlshabers West vom 3. Februar 1944,⁴ der vom Militärbefehlshaber in Frankreich übernommen und erweitert wurde und der auch für die ab Ende 1942 deutsch besetzte französische Südzone Geltung hatte. Der Tenor dieser und aller späteren Befehle bis zum Sommer 1944 lautete, dass die Truppe auch bei Übergriffen nicht mit Sanktionen rechnen musste und dass Angehörige der französischen Widerstandsbewegung, selbst wenn sie als Kombattanten gekennzeichnet und von den alliierten Streitkräften anerkannt waren, grundsätzlich als „Freischärler“ zu behandeln seien. Von deutscher Seite wurde also ein kriegs- und völkerrechtlicher Diskurs über den Status der „Freischärlererei“ bemüht, um die Anerkennung von Résistance-Angehörigen als legale Kämpfer auszuschließen und deren sofortige Erschießung zu rechtfertigen. In einem weiteren, verschärften Erlass des Oberkommandos der Wehrmacht vom 4. März hieß es dementsprechend: „Freischärlererei hat die Truppe im Kampf zu erledigen.“⁵ Auch das Abbrennen von Häusern, Gehöften und ganzen Ortschaften und die Ausweitung von Repressionsmaßnahmen auf die unbeteiligte Zivilbevölkerung war durch die Erlasse gedeckt.

Die 1944 in Südwestfrankreich operierende SS-Panzer-Division „Das Reich“ folgte den gleichen Befehlen. Sie kam von der Ostfront, wurde am 6. Juni zum Einsatz in der Normandie in Marsch gesetzt, dann aber vorübergehend dem Militärbefehlshaber in Frankreich unterstellt, um „Säuberungsunternehmen“ gegen die Widerstandsgruppen in der Region durchzuführen. Am 8. Juni forderte der Oberbefehlshaber West:

Zur Wiederherstellung von Ruhe und Sicherheit sind schärfste Maßnahmen zu ergreifen, zur Abschreckung der Bewohner dieser dauernd ver-

⁴ IMG, Bd. XXXIV, S. 242.

⁵ Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA), RW 35/551.

seuchten Gebiete, denen endlich die Lust vergehen muss, die Widerstandsgruppen aufzunehmen und sich von ihnen regieren zu lassen, und zum warnenden Beispiel für die gesamte Bevölkerung. Rücksichtslose Härte in diesem kritischen Augenblick ist unerlässlich, um die Gefahr im Rücken der kämpfenden Truppe zu beseitigen.⁶

Der Divisionskommandeur Heinz Lammerding hatte bereits am 5. Juni vorgeschlagen, die im Osten praktizierte Methode der öffentlichen Masenerhängungen auch in Frankreich anzuwenden, wie es am 9. Juni in Tulle geschah.

Die Detachements der FTP hatten nach dem voreiligen, gescheiterten Befreiungsversuch die Stadt, deren Einwohner sie nicht schützen konnten und die der Rache der Deutschen ausgeliefert waren, auf verschiedenen Wegen verlassen müssen. Die Gegend um Tulle wurde inzwischen von SS-Truppen kontrolliert, und auf der Route über Limoges nach Norden bewegten sich ebenfalls starke Verbände der Division „Das Reich“, die an die Normandiefront gelangen wollten. In der waldreichen Region wurden zahlreiche Versorgungslager des *Maquis* vermutet. Das zeigt der Tagesbefehl für den 10. Juni 1944, den Lammerding am Vorabend in Tulle unterzeichnete. Er enthielt genaue Anweisungen für die Kampfführung gegen die „Banden“ und legte die Operationszonen der Division fest, die unter anderem das Gebiet zwischen Brive, Tulle und Limoges sowie den Raum Ussel – Meymac in Richtung Clermont-Ferrand umfassten. Das SS-Panzerregiment „Der Führer“ sollte an diesem Tag die Straße von Eymoutiers nach Meymac „freikämpfen“.⁷ In der gleichen Zone bewegte sich die Gruppe der etwa 30 jugendlichen Partisanen im Alter zwischen 18 und 20 Jahren, zu der Edmond Réveil gehörte.

Aus verschiedenen Quellen geht hervor, dass die Gruppe nach einem Marsch von vier Tagen mit ihren Gefangenen – die sie offenbar unterwegs vergeblich an Einheiten in Allasac und Treignac abzugeben versucht hatte – ihr fast 80 Kilometer entferntes eigenes Lager im Wald-

⁶ BA-MA, RH 19 IV/133.

⁷ Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg, 114 AR 1755/61, Bd. II, Bl. 219–220.

gebiet bei Meymac nordöstlich von Tulle erreichte. Dort erhielt ihr Anführer den Befehl zur Erschießung der Gefangenen. In einer 1975 erschienen Sammlung von Zeugenberichten ehemaliger Widerstandskämpfer findet sich dazu folgende Aussage jenes Mannes, den Réveil in seinen Interviews genannt hatte: des verantwortlichen FTP-Chefs Louis Godefroy alias Colonel Rivière. Godefroy ruft zunächst den historischen Kontext in Erinnerung, die deutschen Massaker in Tulle und Oradour sowie die Tötung von 47 französischen Partisanen in Ussel am 10. Juni 1944, und fährt dann fort:

Unter diesen Umständen habe ich wenige Tage später eine extrem schwerwiegende Entscheidung getroffen. Die Offiziere des Unterabschnitts A (Haute-Corrèze) der FTP, die für die Bewachung der etwa 60 aus Tulle mitgeführten Gefangenen verantwortlich waren [...], teilten mir mit, dass die Bewachung sie vor unlösbare Probleme stelle. Abgesehen von den zusätzlichen Lebensmitteln, die von den Bauern der Haute-Corrèze aufgebracht werden mussten [...], legte die Bewachung dieser 60 Männer an einem nicht umzäunten Ort ein ganzes Detachement des 5. Bataillons vollständig lahm, dessen Anwesenheit bei Kämpfen aus dem Hinterhalt jedoch unerlässlich war. Unter den Gefangenen befanden sich erklärte Nazis. Es war zu befürchten, dass sie von dem Ort, an dem sie festgehalten wurden [bei Meymac; d. Verf.], zu der nur 20 Kilometer entfernten deutschen Garnison in Ussel fliehen würden. Das erhöhte die Gefahren für die Weiler und die Bevölkerung in der Umgebung des Lagers, die zum bevorzugten Opfer von Vergeltungsmaßnahmen geworden wären.⁸

Ob es sich um eine nachträgliche Begründung für den Erschießungsbefehl handelte, sei dahingestellt. Das Verhältnis zwischen dem *Maquis* und der Zivilbevölkerung, aus der die jungen Kämpfer stammten und deren Schutz sie nicht gewährleisten konnten, war keineswegs spannungsfrei, und die Kommunisten versuchten, mit ihren Aktionen in

⁸ Maquis de Corrèze. 150 Combattants et témoins, 3. Aufl., Paris 1975, S. 408. Französische Historiker haben darauf hingewiesen, dass das Buch vor allem der Rechtfertigung der damaligen Entscheidungen der FTP und der Kommunistischen Partei diene. Der zitierte Bericht von Godefroy wurde auch in mehreren im Internet veröffentlichten Erklärungen des *Collectif Maquis de Corrèze* und der Veteranenorganisation *Association Nationale des Anciens Combattants et Amis de la Résistance* (ANACR) zitiert.

jenem Sommer 1944 ihre Position für die Nachkriegszeit auszubauen, wie die Ereignisse in Tulle zeigen. Jedenfalls wird aus dem angeführten Zitat deutlich, dass sich die Partisanen mit ihren deutschen Gefangenen in einer faktischen Zwangslage befanden, um nicht zu sagen, in einem moralischen Dilemma. Die Guerillataktik beruhte auf rascher Beweglichkeit, improvisierten Angriffen und Sabotageakten, die Deutschen antworteten mit mörderischen Repressalien. Réveils nüchterne Feststellung „entweder sie oder wir“ trifft die Wahrheit, da die Partisanen ihrerseits damit rechnen mussten, im Fall ihrer Gefangennahme sofort erschossen zu werden. Aber sie macht leicht den Unterschied zwischen diesen Jugendlichen in ihren Waldverstecken, die ihr Land von den Nazis befreien wollten, und einer gewaltigen Okkupationsmacht vergessen. Diesen Unterschied vergisst auch, wer heute die Handlungsweise der Partisanen allein nach völkerrechtlichen Standards misst.

*

Nun gibt es einen weiteren Zeitzeugen, der zwar nicht bei der Exekution der deutschen Soldaten, aber bei deren Gefangennahme in Tulle anwesend war. Gerhard Leo floh als Zehnjähriger mit seinen Eltern – der Vater war ein sozialdemokratischer Rechtsanwalt und Notar jüdischer Herkunft – aus Berlin nach Frankreich, schloss sich mit 19 Jahren der Résistance an, wurde 1944 von den Deutschen verhaftet und in Toulouse wegen Wehrkraftzersetzung und Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt. Als man ihn an das oberste deutsche Kriegsgericht in Paris überstellen wollte, befreiten ihn Partisanen bei Allasac aus dem Eisenbahntransport und nahmen ihn auf. Wenige Tage später nahm er am 7./8. Juni 1944 am Kampf um die Befreiung von Tulle teil. Die Polizeikräfte des Vichy-Regimes kapitulierten rasch, die Partisanen eroberten die Stadt, bei Kämpfen um den Bahnhof erschossen Wehrmachtssoldaten 18 unbewaffnete französische Bahnwärter. Eine Kompanie des Sicherungsregiments 95 hatte sich in eine Schule, die als Hauptquartier diente, zurückgezogen und musste bei Gefechten größere Verluste mit

Toten hinnehmen, bis sich die Männer ergaben und gefangen genommen wurden. In seiner Autobiographie *Frühzug nach Toulouse* schildert Leo die Situation:

Die Kolonne der Gefangenen, von Partisanen umgeben, kommt uns entgegen. Ich übersetze die Worte des FTP-Offiziers, der an der Spitze steht: „Deutsche Soldaten, wir vergelten nicht Gleiches mit Gleichem, obwohl viele von uns, die in eure Hände fielen, ermordet wurden und obwohl achtzehn Einwohner von Tulle im Bahnhof von Angehörigen eures Bataillons erschossen worden sind ...“ Hier werde ich von mehreren Gefangenen unterbrochen: „Das waren wir nicht ...“ Ich übersetze, und der Offizier bestätigt ihnen: „Wir wissen, dass ihr gestern die Schule nicht verlassen habt.“ – Es wird den Gefangenen, die sich eng um mich geschart haben, noch versichert, sie würden nach der Genfer Konvention behandelt und es geschehe ihnen nichts, solange sie den Anweisungen der Francs-Tireurs et Partisans strikt Folge leisten. [...] Der Offizier, der die Kriegsgefangenen mit seiner Abteilung wegführt – eine Einheit in den Bergen soll die deutschen Soldaten übernehmen – fragt, ob ich nicht bei ihnen bleiben kann. Ich bin dafür, doch Michael [Leutnant der FTP; d. Verf.] entscheidet anders.⁹

Nach Leos eigenen Angaben schlug die Einheit, die dem 2. FTP-Bataillon unterstand und zu der er gehörte, nach ihrem Rückzug aus Tulle einen anderen Weg ein als die Gruppe von Edmond Réveil. Er führte auf Nebenstraßen nordwestlich durch das Gebiet zwischen Tulle, Brive und Uzerche zu einem Waldlager nahe der Ortschaft La Chapoulie in der Schlucht der Loyre, eines Nebenflusses der Vézère. Unterwegs gerieten der Anführer der Einheit, „Michael“ alias Edouard Chauvignat, und zwei weitere Maquisards in die Hände der SS. Chauvignat wurde am 9. Juni in Uzerche öffentlich aufgehängt, wahrscheinlich auf Anordnung von Lammerding, die beiden anderen wurden später ermordet. In der Loyre-Schlucht erfuhren die Partisanen offenbar erstmals von den Erhängungen in Tulle und dem Massaker in Oradour. Darüber entbrannte eine Diskussion unter den Partisanen, die Leo wie folgt wiedergibt:

⁹ Frühzug nach Toulouse. Ein Deutscher in der französischen Résistance, Berlin 1992, S. 286 f.; eine erste Auflage erschien 1988 in der DDR.

War es richtig, dass wir uns bei dem Angriff auf Tulle strikt an die Genfer Konvention gehalten, Kriegsgefangene gemacht und die verwundeten deutschen Soldaten durch unsere Sanitäter ins Krankenhaus geschafft haben? [...] Wir sprechen uns aus über den Krieg, den wir führen müssen, über unsere Feinde und deren Verbrechen. „Wir sind keine Boches, wir können keine Gefangenen, die sich ergeben, oder Verwundete töten“, sagt Lou. [...] Ich vertrete den Standpunkt, gerade unsere menschliche Kampfführung könne diejenigen unter den Wehrmichtsangehörigen, die jetzt Schluss machen wollen und sich gegen die SS auflehnen, bestärken.¹⁰

Es ist ziemlich unwahrscheinlich, dass die jugendlichen Partisanen die Genfer Konvention kannten, wenngleich Leo als Sohn eines Rechtsanwalts davon gehört haben mochte. Wie dem auch sei, es gibt keinen Grund zu bezweifeln, dass dies Gespräch so oder ähnlich stattgefunden hat. Vielleicht diente es der Selbstvergewisserung, für die bessere Sache einzustehen. Man kann auch glauben, dass Leo zum damaligen Zeitpunkt weder von der Tötung der in Tulle gefangengenommenen Soldaten noch von anderen Ereignissen dieser Art wusste, zumal er erst wenige Tage im *Maquis* war. Später hätte er es allerdings wissen können, denn er selbst zitiert in seiner Biographie das erwähnte Buch *Maquis de Corrèze*, in dem erstmals über die „extrem schwerwiegende Entscheidung“ zur Gefangenenerschießung in Meymac berichtet wurde. Aber Leo hielt an der alten Erzählung fest, womöglich wollte er seine Lebensgeschichte nicht mit Dingen belastet sehen, die ihm selbst nicht gefallen konnten.¹¹

*

Das späte Zeugnis Edmond Réveils, ich wiederhole es, verdient unseren Respekt. Die Erschießung deutscher Gefangener durch Partisanen im Jahr 1944 bleibt eine Episode unter vielen aus der Geschichte der Be-

¹⁰ Ebd., S. 302 f.

¹¹ Das Buchmanuskript „Frühzug nach Toulouse“ lag 1987 der Stasi zur Überprüfung vor; Änderungen am Manuskript wurden nicht vorgenommen; Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS HS IX/11 SV 246/87, Bd. 1–3; siehe auch Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, 3. Aufl., Göttingen 2007, S. 117.

freierung Europas von der Nazi-Barbarei. Exemplarisch scheint darin das ethische Dilemma des Widerstandskampfs gegen die deutsche Besatzung auf. Der Mythos der antifaschistischen Résistance hat dieses Dilemma lange verdeckt. Die historische Wahrheit braucht Zeit. Wie man nicht immer die Wahrheit sagen muss, muss oder kann man vielleicht auch die historische Wahrheit nicht immer sagen, jedenfalls nicht zu jeder Zeit. Warum hat Réveil am Ende seines Lebens sein Schweigen gebrochen? Auf die Vermutung eines Journalisten hin, ob er sein Gewissen habe erleichtern wollen, antwortete er kategorisch „Nein“. Als einzigen triftigen Grund gab er an: „*Il fallait que ça se sache*“ – es musste an den Tag kommen.

Hätte er zu einem früheren Zeitpunkt sprechen sollen? Womöglich hätte das im Nachkriegsfrankreich zu einem heftigen Parteienstreit geführt, solange Kommunisten wie Gaullisten ihre politische Legitimation aus der Résistance bezogen. Sicherlich hätten sich in Deutschland jene revisionistischen Stimmen bestätigt gesehen, die den französischen Widerstand zu delegitimieren und die terroristischen deutschen Methoden zu seiner Bekämpfung zu rechtfertigen suchten. Alles das hat sich inzwischen erledigt. In Frankreich sind die alten Geschichtserzählungen längst verblasst, der gaullistische Konsens zerbrach schon Ende der 1960er Jahre mit der Thematisierung der Kollaboration, das kommunistische Narrativ spätestens mit dem Untergang des Sowjetimperiums. In Deutschland fehlt es bis heute zwar an Kenntnissen über das Ausmaß der deutschen Kriegsverbrechen in Frankreich, und noch weniger weiß man über die vielfältigen Formen des Widerstands. Aber niemand leugnet die Massaker des Jahres 1944. In der jetzigen Diskussion wurde die von den Tätern selbst fabrizierte und in der Nachkriegszeit verbreitete Lüge, Partisanen trügen die Schuld an den Ereignissen in Oradour, nirgends mehr wiederholt. Was allerdings die Mörder von Oradour betrifft – den SS-Kommandeur Lammerding, der nach dem Krieg unbehelligt als Bauunternehmer in Düsseldorf tätig war, und die übrigen Angehörigen der Division „Das Reich“, von denen einige noch vor wenigen

Jahren lebten, ohne dass sie je zur Verantwortung gezogen worden wären: Sie alle haben bis zu ihrem Lebensende beharrlich geschwiegen.

Simon Freise

Die Hypothek des Säkularismus. Gibt es eine linke historisch-islamwissenschaftliche Perspektive auf den säkularen Diskurs?

Seit der „Islamisierung gesellschaftlicher Probleme“ (Tuba Işık) in den 2000er Jahren ist Islam-Expertise gefragt wie nie zuvor. Dabei steht das Verhältnis „des“ Islam und „der“ Muslim_innen zum säkularen Staat im Zentrum der Debatten, denen sich auch die Linke nicht entziehen kann. Im Gegensatz zu den Sozialwissenschaften gibt es jedoch in den Nachfolgefächern der „altehrwürdigen“ Orientalistik kaum linke Perspektiven, von marxistischen fast vollständig zu schweigen. Im Orient wie im Okzident stehen tendenziell religionskritische Bewegungen vor der Herausforderung, sich zu Projekten staatlicher Eingriffe in religiöse Angelegenheiten sowie politisch-religiöser Arrangements zu verhalten. Angesichts der (post-)kolonialistischen Durchdringung des Orients durch die europäischen Mächte und das westliche Kapital wird diese praktische Frage allerdings intellektuell überformt durch einen säkularen Diskurs, der auch die sogenannte Re-Islamisierung seit Ende der 1970er Jahre beinhaltet. Diese Ausgangslage erfordert einen Brückenschlag zwischen traditioneller Islamwissenschaft, sozialgeschichtlicher Analyse und sozialtheoretischer Reflexion. Anlässlich der (Neu-)Herausgabe von Beiträgen des Nahosthistorikers Alexander Flores (Jahrgang 1948) sollen in diesem Rezensionssessay exemplarisch Befunde zur Vormoderne und dem (Post-)Kolonialismus diskutiert werden.¹ Flores’

¹ Alexander Flores, *Islam und Muslime – Religion und Politik*, Münster 2023. Die Beiträge reichen thematisch von einer Säkularismus-Diskussion aus den 1980er Jahren in Ägypten über innerislamische Diskurse zu Demokratie und Menschenrechten bis zur Ambivalenz des Fortschrittsbegriffs im islamischen Orient. Dafür beschreibt Flores auch immer wieder die intellektuellen Reaktionen auf den europäischen Kolonialismus. Weitere Beiträge widmen sich der Situation der libanesischen Christ_innen, den Möglichkeiten liberaler Koran-Auslegungen, Maxime Rodinson

Analysen werden insbesondere in der gegenwartsbezogenen sozialwissenschaftlichen deutschen Forschungsliteratur herangezogen, um die historische Grundlegung des Islams in Bezug auf säkulare politische Ordnungen zu beschreiben. Er ist Gewährsmann für einen Anti-Essentialismus, der eine Bandbreite möglicher islamisch-politischer Verhältnisbestimmungen postuliert.² Insbesondere sein Buch mit dem mächtigen Titel *Islam. Zivilisation oder Barbarei?*³ hat dahingehend einige Beachtung erfahren. In der knappen Einleitung seines neuen Buches *Islam und Muslime – Religion und Politik*⁴ benennt Flores eine methodologische Grundlinie, die nicht so selbstverständlich ist, wie man meinen könnte: Das Bekenntnis zum Islam determiniert nicht das gesamte Leben von Muslim_innen. Flores illustriert dies *ex contrario*: „Wer behaupten wollte, die Vorstellungen und Verhaltensweisen der heutigen Christen leiteten sich unmittelbar aus der Bibel ab, setzte sich der Lächerlichkeit aus.“⁵ Überhaupt sei von einer grundverschiedenen Essenz des Islam im Zusammenspiel von Transzendenz und Immanenz nicht auszugehen. Prädestinationslehren und Fatalismusvorstellungen (*qisma*)⁶ seien ebenso vorhanden wie theologische Freiräume. Insofern sei

sowie der historischen Genese des Islamismus-Begriffs. Das Leben der Muslim_innen im Westen ist – das ist aus dem Titel nicht ersichtlich – nur am Rande Thema der Beiträge. Das Buch greift auch keine aktuelle fachwissenschaftliche Debatte auf, sondern widmet sich in seinen eindrucklichsten Kapiteln der Darstellung von Säkularismus-Debatten im (post-)kolonialen Kontext arabischer Nationalstaaten (insbesondere Ägypten) des frühen sowie späten 20. Jahrhunderts. Diese stehen im Zentrum des vorliegenden Beitrags. Neuere Entwicklungen, zum Beispiel der arabische Frühling oder der Syrien-Krieg, werden von Flores nicht berücksichtigt.

² Oliver Hidalgo, Die ‚Säkularität‘ der Demokratie und der Islam als politisch-theologisches Problem, in: Ahmet Cavuldak u. a. (Hg.), *Demokratie und Islam: Theoretische und empirische Studien*, Wiesbaden 2014, S. 217–251, hier S. 220, 240; Stefan Kutzner, *Islamische Religiosität in Deutschland. Normen gottgefälligen Lebens*, in: Heidemarie Winkel / Kornelia Sammet (Hg.), *Religion soziologisch denken. Reflexionen auf aktuelle Entwicklungen in Theorie und Empirie*, Wiesbaden 2017, S. 243–269, hier S. 244; Oliver Hidalgo, *Religion und Politik – Über Komplexität, Besonderheiten und Fragestellungen einer interaktiven Beziehung aus politikwissenschaftlicher Perspektive*, in: *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 1 (2017), 1, S. 111–132, hier S. 127.

³ Alexander Flores, *Islam. Zivilisation oder Barbarei?*, Berlin 2015.

⁴ Flores, *Islam und Muslime* (wie Anm. 1).

⁵ Ebd., S. 8.

⁶ Im Deutschen gebräuchliche arabische Begriffe (zum Beispiel Hadith, Abbasiden, Scharia) werden in ihrer eingedeutschten Schreibweise verwendet, weniger bekannte Fachbegriffe und Namen

das Verhältnis von Gott und Menschen ähnlich spannungsgeladen und theologisch umstritten wie in anderen Religion.⁷

Ausgehend von den Beiträgen Flores' zur Säkularismusdebatte soll zunächst an den marxistischen Orientalisten Maxime Rodinson erinnert werden, dem Flores den abschließenden Beitrag seines neuen Buches widmet. Danach wird die Frage nach dem oft vernachlässigten sozialgeschichtlichen Kontext sozioreligiöser Entwicklungen während der sogenannten Blütezeit des Islams unter abbasidischer Herrschaft aufgeworfen und in einem nächsten Schritt exemplarisch die Säkularisierung und Säkularismusdebatte im (post-)kolonialen Ägypten am Anfang und gegen Ende des 20. Jahrhundert skizziert. Abschließend stehen methodologische Überlegungen zum Säkularen als Tertium Comparationis des historischen Vergleichs aus marxistischer Perspektive.

Erinnerung an einen marxistischen Orientalisten

Maxime Rodinson (1915–2004) studierte als Sohn kommunistischer, jüdischer Migranten und als Arbeiterkind ohne Abitur in Paris orientalische Sprachen, Anthropologie und Soziologie, unter anderem bei Marcel Mauss. Er trat 1937 der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) bei und verbrachte die Kriegsjahre als Soldat in Syrien und im Libanon. Seine Eltern wurden in Auschwitz ermordet. Nach dem Krieg arbeitete Rodinson als Bibliothekar, Sprachlehrer und dann bis zu seinem Tod als Professor an der École Pratique des Hautes Études. Nach seinem Ausschluss aus der KPF 1958 vermied Rodinson die Konversion zum Liberalismus und hielt an einer marxistischen, soziologischen Analyse des Islam fest. Dabei betonte er gegen den orientalistischen Mainstream die sozioökonomischen Faktoren bei der Genese und Entwicklung des Islam.

Rodinson ist heutzutage ein – wenn auch angesehener – Außenseiter unter den Orientalisten, der im Curriculum der Islamwissenschaften

werden in der Umschrift der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft (DMG) transliteriert.

⁷ Flores, Islam und Politik (wie Anm. 1), S. 15.

kaum vorkommt. Er ist zum einen bekannt für seine Wortmeldungen und Analysen zum Nahostkonflikt. Eindrücklich sind seine Polemiken gegen die Mystifizierung des Judentums und des Islam als Gemeinschaften mit ‚wesensmäßigen Besonderheiten‘. Der Marx’sche Satz über das Judentum, das sich nicht trotz, sondern durch die Geschichte erhalten habe, ist Flores zufolge paradigmatisch für Rodinson, der immer auf die ‚Normalität‘ sozialer Gruppen pochte.⁸

Zum anderen sind einem breiteren Publikum von Orientalist_innen seine materialistischen Analysen zur Geschichte des Islam ein Begriff, etwa seine Muhammad-Biographie (1961) oder das Buch *Islam et capitalisme* (1966; beide auch ins Deutsche übersetzt). Vor einigen Jahren wurde sein ursprünglich 1972 erschienenenes Buch *Marxisme et monde musulman* auf Englisch neu aufgelegt.⁹

Rodinson widmete sich auch dem Widerspruch zwischen dem universalistischen Anspruch der arabischen KPs und ihrem partikularen Nationalismus. Mit Lenin warnt er 1971 davor, sich für den Nationalismus ‚herzugeben‘, und sieht doch, dass dies wahrscheinlich die gewählte Option im arabischen Raum sein werde.¹⁰ Rodinson kritisierte auch den Zionismus, der sich von einer defensiven Reaktion zu einem kolonialen Projekt entwickelt habe. Seine Wortmeldungen sind in den 1960er und 1970er Jahren weithin sichtbar, etwa in dem von Jean-Paul Sartre und Claude Lanzmann herausgegebenen Sonderband von *Les Temps Modernes* (1967). Seine Position legt ihm unter anderem Jean Amery als jüdischen Selbsthass aus.¹¹ Gleichzeitig verteidigt Rodinson – wo die zio-

⁸ Ebd., S. 200.

⁹ Maxime Rodinson, Mohammed, Luzern 1975; ders., Islam und Kapitalismus, Frankfurt am Main 1986; ders., Marxism and the Muslim World, London 2015.

¹⁰ Flores, Islam und Politik (wie Anm. 1), S. 210.

¹¹ Jean Amery, Der ehrbare Antisemitismus, in: Die Zeit, 25. Juli 1969. Die Problematisierung seiner Kritik am Zionismus und den israelischen Regierungen in den 1960er und 1970er Jahren hat eine Vorgeschichte: 1953 veröffentlicht Rodinson einen antizionistischen Aufsatz – mit Blick auf den Slánský-Prozess zwei Jahre zuvor und im Kontext weiterer Anschuldigungen gegen eine Gruppe großteils jüdischer sowjetischer Ärzte Anfang 1953, der vorgeworfen wurde, Stalin vergiften zu wollen. Rodinson bestätigt in diesem Aufsatz, fünf Jahre vor seinem Ausschluss aus der KPF, die mit der Parteilinie konforme Annahme einer trozkistisch-titoistisch-zionistischen Verschwörung. Zu diesem Aufsatz muss er später Stellung beziehen. In einer Selbstkritik aus dem Jahr 1981

nistische Option nun einmal gezogen worden sei und sich aus dem Kolonialregime eine nationale Gemeinschaft herausgebildet habe – zeit-
lebens die Möglichkeit einer friedlicher Koexistenz von Israelis und
Palästinenser_innen und später auch die Zweistaatenlösung.

Mit dem Porträt Rodinsons illustriert Flores in seinem Buch einen
sicherlich extravaganen, aber in seiner Struktur vielleicht auch typi-
schen Werdegang marxistischer Intellektueller in der zweiten Hälfte des
20. Jahrhunderts, die sich vom Stalinismus lösten, ohne sich dem immer
stärker durchsetzenden (Neo-)Liberalismus anbieten zu wollen (oder
zu können). Die Stärke einer marxistischen Orientalistik liegt zweifels-
ohne in den Übersetzungsleistungen für ein Publikum, das entweder
der orientalischen Sprachen nicht mächtig ist oder aber in der ausdif-
ferenzierten Akademie und den hochspezialisierten Orchideenfächern
kein materialistisches Geschichtsverständnis entwickeln konnte. Aller-
dings leidet sie, wie Flores am Beispiel Rodinsons anmerkt, bisweilen
an einer mangelnden Einbettung der Argumentation in die Ereignis-
geschichte, sowie einer fehlenden politökonomischen Analyse.¹²

Vormoderne Verhältnisse von Herrschaft und Religion

Die Vorstellung von der besonderen religiös-politischen Einheit im
Islam hält sich beharrlich. Man kann weit zurückgehen in die islamische
Geschichte, um sich mit diesem verbreiteten muslimischen (Selbst-)Bild
auseinanderzusetzen. Während das Christentum über Jahrhunderte von
Herrschaftsseite unterdrückt und in einer Minderheitenposition gehalten
wurde, hatte sich der Islam in einer Gegend ohne ausgebaute staat-
liche Infrastruktur zu etablieren und gründete bald einen eigenen Staat.
Die frühen Bürgerkriege zeugen allerdings von einer raschen Trennung

beschreibt Rodinson die facettenreiche, abwägende wissenschaftliche Analyse als Ausweg, um der
stalinistischen Matrix und der damit verbundenen stumpfen, manichäischen Weltansicht zu entkom-
men. Seine z. T. ebenfalls ex-stalinistischen Kritiker kritisiert er Flores zufolge dann dafür, dass sie
„eine ähnlich strukturierte unipolar-antikommunistische und/oder zionistische Überzeugung aus-
getauscht haben, dass sie also keine angemessenen Lehren aus ihren Verirrungen gezogen haben“.
Flores, Islam und Politik (wie Anm. 1), S. 212.

¹² Ebd., S. 214.

weltlicher und religiöser Sphären. Fortan wurden Herrschafts- und Religionsfragen getrennt behandelt.¹³

Die nötige Befreiheit im Zusammenspiel weltlicher und religiöser Koexistenz konnte schließlich vom 9. bis 13. Jahrhundert unter den Abbasiden durch die Etablierung der Hadith-Wissenschaft¹⁴ entstehen, in deren Rahmen die Überlieferungen des Propheten Muhammads gesammelt, systematisiert und mit abgestuften Qualitätssiegeln versehen wurden:

In der Entwicklung des Rechts wie auch anderer Bereiche der islamischen Ideologie hielt man durchaus an sakraler Begründung fest und konnte das auch ohne Schaden für gesellschaftlichen Fortschritt und geistige Freiheit tun, denn man hatte die Religion flexibel gemacht, hatte Verfahren entwickelt, alle Denk- und Verhaltensweisen, die man aus pragmatischen Gründen für richtig hielt, ‚islamisch‘ zu beglaubigen – in erster Linie den *Hadith*, der wohl vor allem zu diesem Zweck geschaffen wurde.¹⁵

In dieser Zeit – darauf ist häufig hingewiesen worden – war das nicht an religiöse Grenzen gebundene Denken und Handeln in Baghdad sehr viel weiter als in Europa. Flores spricht von einer „immanenten Säkularität“,¹⁶ die allerdings nicht unbedingt als solche zu erkennen war, weil sie

¹³ Ebd., S. 38–39.

¹⁴ Als Hadithe (ḥadīṭ, arab. für Bericht, [neue] Mitteilung, Erzählung) werden die überlieferten Aussprüche und Handlungen des Propheten Muhammads bezeichnet, die Aufschluss geben über seine Lebensweise (sunna – namensgebend für die Sunnit_innen), die im Koran als vorbildlich für die Muslim_innen bezeichnet wird. Die Äußerungen des Propheten u. a. zu alltäglichen Angelegenheiten werden dabei als lebensnahe Illustration der koranischen Botschaft verstanden und waren schon früh populär. Im Zuge der Kanonisierung bis zum 13. Jahrhundert entstanden verschiedene Sammlungen sowie mit dem theologischen Hadith-Kommentar und der historischen Hadith-Kritik Disziplinen, die sich systematisch mit Inhalten und Nachweisen der Authentizität anhand von Überlieferungsketten beschäftigen. Im sunnitischen Islam sind die Hadithe neben dem Koran die zweitwichtigste Quelle für das islamische Recht (fiqh). „Canonisation began as a quest for authenticity and a replacement for prophetic guidance, but, in the end, it was practical utility and the authoritative consensus (ijmā‘) of the ‘ulama’ [Islamic scholars, S. F.] that brought it to conclusion.“ Stijn Aerts, Canon and Canonisation of ḥadīṭ, in: *Encyclopaedia of Islam, THREE*, 2017, siehe [https://referenceworks.brillonline.com/entries/encyclopaedia-of-islam-3/canon-and-canonisation-of-hadith-COM_27570].

¹⁵ Flores, *Islam und Politik* (wie Anm. 1), S. 40.

¹⁶ Ebd., S. 43.

im Bewusstsein nicht mit einer ihr entgegengesetzten sakralen Sphäre konfliktierte. Wo kein säkular-sakraler Konflikt, da auch keine Herausbildung eines säkularistischen Bewusstseins. Die Koexistenz religiöser Lehren und Lebensweisen existiert seitdem *praktisch*, auch wenn theoretisch weiterhin die Einheit von Religion und Politik aus der ersten Phase des Islam hochgehalten wird.¹⁷

Die Konfliktfreiheit, die Flores mit dem Begriff der immanenten Säkularität suggeriert, muss allerdings relativiert werden. Richtig ist: Die Hadith-Wissenschaft mit ihren mannigfaltigen Quellen und verschiedenen Kompendien bietet eine breite Basis für sozioreligiöse Anpassungsleistungen im Lauf der Geschichte. Die Koexistenz von Religion und Politik selbst und die Autonomie des politischen Herrschaftsapparats gegenüber den religiösen Gelehrten ist jedoch nicht unproblematisches Resultat einer „Entwicklung“, die mithilfe ideologischer „Verfahren“ einfach so geschieht. Bereits im 8. und 9. Jahrhundert wird mit der Ablösung des umayyadischen Reiches durch die Abbasiden und durch die Erweiterung ihres Herrschaftsbereiches eine ausgedehnte Bürokratie notwendig. Deren Vordenker entwickeln mit dem *Siyāsa*-Modell (arabisch für Politik) eine Herrschafts-Praxis, die nicht auf islamische Texte zurückgreift. Dem Kalifen wird hierbei konzeptuell eine absolutistische Rolle zugeschrieben. Die Trennung von Politik und Religion trifft dabei auf Widerstände bei denen, die das Modell einer eher stärker religiös integrierten islamischen Gesellschaft hochhalten, in der die Geistlichen eine tragende Rolle spielen. Doch das Kalifat will sich zu dieser Zeit genau vom oft als „republikanisch“ charakterisierten Staatsmodell der islamischen Rechtsgelehrten lösen. Es ist nur konsequent, dass für religiöse Gelehrte die *Siyāsa* bis zum 11. Jahrhundert ein „schmutziger“ Begriff bleibt.¹⁸

Prominenter Ausdruck des Ringens um Auslegungspraktiken ist die *Mihna* (arabisch für Prüfung), die sogenannte islamische Inquisition zur

¹⁷ Ebd., S. 144–145.

¹⁸ Hayrettin Yücesoy, *Disenchanting the Caliphate. The Secular Discipline of Power in Abbasid Political Thought*, New York 2023.

Blütezeit des abbasidischen Reiches, welche kurz skizziert werden soll, um den Einwand gegen Flores zu begründen. Das Beispiel der *Mihna* ist auch deshalb passend, weil Flores die Hadith-Entstehungsphase selbst anführt, die eng mit ihr verknüpft ist. Die *Mihna* beschreibt eine knapp zwanzigjährige Episode im dritten Jahrhundert muslimischer Zeitrechnung (833 bis 851/2 n. Chr.). Unter vier Kalifen wurden Richter und Gelehrte einem Test unterzogen, in dem sie sich dazu bekennen sollten, dass Gott den Koran erschaffen habe und dieser nicht wie Gott selbst präexistent (unerschaffen) sei. Nonkonformisten wurde der Zugang zu den Hauptmoscheen verweigert, sie wurden eingesperrt, mit Peitschenhieben bestraft oder hingerichtet.¹⁹ Insofern man einer machtsociologischen Interpretation folgt, diente hier eine spitzfindige theologische Frage den Kalifen dazu, den Zugriff auf Richter und religiöse Gelehrte zu verstärken.²⁰

Der Kalif Al-Ma'mūn befand sich, während er die *Mihna* auslöste, im Rahmen einer Militäraktion gegen das Byzantinische Reich in Arraqqa. Die Wahl des Zeitpunktes bleibt unklar, jedoch kann angenommen werden, dass das abbasidische Reich schon seit der Amtszeit Harūn ar-Rašīds durch den vierten Bürgerkrieg (*fitna*), die Hinzugewinne des byzantinischen Reiches und interne Rebellionen so unter Druck stand, dass aus der Perspektive al-Ma'mūns nur die uneingeschränkte Herrschaft und Deutungshoheit des Kalifats diesen Trend stoppen könnte.²¹

Al-Ma'mūn führt, den Überlieferungen des persischen Historikers aṭ-Ṭabarī (839–923 n. Chr.) zufolge, explizit die Gruppen und Personen auf, von denen er doktrinäres Einvernehmen als Prämisse für eine Einbindung in staatliche und gesellschaftliche Positionen einfordert. Die praktische Loyalität wird somit an die Gewissensprüfung geknüpft. In der Judikative traf dies zunächst die Richter (*quḍā'a*) und Gerichts-

¹⁹ Martin Hinds, *Mihna*, in: *Encyclopaedia of Islam*, Second Edition, 2012, siehe [https://referenceworks.brillonline.com/entries/encyclopaedia-of-islam-2/mihna-COM_0732?].

²⁰ John A. Nawas, A Reexamination of Three Current Explanations for al-Mamun's Introduction of the *Mihna*, in: *International Journal of Middle East Studies*, 26 (1994), 4, S. 615–629.

²¹ John A. Nawas, *Al-Ma'mūn: miḥna and caliphate*, Nijmegen 1993, S. 59–60.

bürokraten beziehungsweise Notare (*šuhūd*), Al-Ma'mūn weitet den Test (*imtiḥān*) allerdings auf eine ganze Anzahl von administrativen Ämtern aus. Vor allem aber die Aktivitäten der Hadith-Gelehrten (arabisch: *muḥadditūn*) sind ihm ein Dorn im Auge. Durch die Sammlung, Organisierung und Klassifizierung von Hadithen und zugehörigen Überlieferungsketten (*isnād*) fand seinerzeit eine enorme Aufwertung der Sunna im Rahmen der Entwicklung des klassischen islamischen Rechts statt (*sunnat an-nabī* bezeichnet die Lebens-/Handlungsweise des Propheten Muhammads, die in den Hadithen überliefert wird). Eine empirische Studie zu den Charakteristika der von Al-Ma'mūn ausgewählten Gelehrten stärkt diesen Standpunkt. So liegt die Interpretation nahe, dass der Kalif besonders die Verlagerung rechtlicher und religiöser Autorität vom staatlichen Justizapparat hin zu Personen und Gelehrtenzirkeln befürchtete, die ihm nicht direkt unterstanden. Daraus lässt sich schließen, dass es sich bei Verhörten um „*muḥadditūn* of distinction“ gehandelt habe, um religiöse Gelehrte, die über großen Einfluss verfügten und durch deren Erniedrigung Al-Ma'mūn deutlich machen wollte, dass von nun an das „Hadith-Business“ unter seiner Zensur stand. Denn, so John A. Nawas, es waren *die* Hadith-Gelehrten, die aus al-Ma'mūns Perspektive die Autorität des Kalifats untergruben, indem sie unzählige Überlieferungen sammelten, organisierten, weitergaben und somit zu einer sozialen Ordnung erweiterten. Das große Unternehmen, die Scharia auszubauen beziehungsweise zu erneuern sowie die Entwicklung des *Iḡmā'* (arabisch für den Gelehrten-Konsensus als theologisch-juristisches Instrument) im Besonderen, der den Kalifen aller Autorität berauben würde, musste zwangsläufig als große Gefahr für das bestehende Rechtssystem gedeutet werden.²²

Vom heutigen Standpunkt aus, da liegt Flores richtig, ist mit der Hadith-Wissenschaft insgesamt ein Zugewinn an Flexibilität in weltlichen Angelegenheiten zu verbinden. Diese ist allerdings gegen den zeitweiligen Widerstand des absolutistischen Kalifats, wenn man so will,

²² John A. Nawas, *The Miḥna of 218 A. H./833 A. D. Revisited: An Empirical Study*, in: *Journal of the American Oriental Society*, 116 (1996), 4, S. 698–708, hier S. 705.

erkämpft worden. Man kann jedoch – anders als Flores es nahelegt – nicht nur den Hadith für einen Zugewinn an interpretatorischer Flexibilität verantwortlich machen, sondern auch seine zeitweilige Eindämmung. Der Name des Kalifen Al-Ma'mūns ist ebenso mit der „rationalistischen“ Schule der *Mu'tazila* verknüpft. Er war es auch, der das Haus der Weisheit (*bayt al-ḥikma*) eröffnete, griechische Philosophie ins Arabische übersetzen ließ und für seinen weltoffenen, intellektuellenfreundlichen Geist bekannt war.²³ In der historischen Situation allerdings war die mit dem Hadith verbundene Ausbildung einer neuen Kaste religiöser Autoritäten eine potentielle Gefahr für den Absolutismus des Kalifats. ‚Aufklärung‘ also hat auch im Orient mindestens zwei Seiten. Die Religion diente bereits den islamischen Herrschern der formativen Phase des Islam (7.–10. Jahrhundert) als Ressource zur Legitimierung eigener Machtansprüche.²⁴ Die Hadith-Gelehrten bauten die religiöse Innovation zu einem neuen Machtpol innerhalb des islamisch begründeten Empires aus, der dann wieder durch die *Mihna* dem Kalifat untergeordnet werden sollte. Sie blieb eine vergleichsweise begrenzte Episode und führte langfristig zu der starken Stellung der Gelehrten, die durch die Inquisition nur für kurze Zeit dem Kalifat vollständig untergeordnet werden konnten.²⁵ Die *Mihna* zeigt jedoch, wie religiöse Neuerungen „von unten“ auch während des sogenannten Goldenen Zeitalters des Islam mit der Autorität des Kalifats konfliktieren konnten. Die Analogie dieser knapp dreißigjährigen Verfolgung zur römischen Inquisition ist dennoch eine maßlose Übertreibung.

Die ideologische Konstruktion des Kalifats bleibt in der Theorie von den zeitweiligen Konflikten im Prinzip unberührt und wird vom Rechtsgelehrten al-Māwardī im 11. Jahrhundert beschrieben: Das Kalifat hebt sich trotz (oder gerade durch?) seine islamische Legitimation ab von den religiösen Autoritäten. Die Rechtsfindung ist Sache der Rechtsgelehrten, die der Herrscher (theoretisch auch gegen sich selbst) durch-

²³ Thomas Hildebrandt, *Neo-Mu'tazilismus?: Intention und Kontext im modernen arabischen Umgang mit dem rationalistischen Erbe des Islam*, Leiden 2007, S. 127–128.

²⁴ William Montgomery Watt, *The formative period of Islamic thought*, Edinburgh 1973.

²⁵ Hinds, *Mihna* (wie Anm. 19).

zusetzen hat. Ihm obliegt der „Schutz der Religion“, jedoch nicht die Weiterentwicklung des islamischen Rechts. Allerdings führte die große Machtfülle des Kalifen auch zu einer opportunistischen Rechtsprechung der Gelehrten.²⁶

Die grundsätzliche Arbeitsteilung zwischen politischer und religiöser Macht wird dann Jahrhunderte später im Übergang zur Moderne und für die Säkularismus-Debatten noch einmal relevant. Das „Fehlen“ einer Kirche im Islam erschwerte dabei die Analyse von faktischen Säkularisierungsprozessen. Die Einhegung der Religion trifft hier weder auf eine derart organisierte Gegenmacht, noch kann der moderne Staat dem Islam ein vergleichbares Refugium bieten.

Die Instanz des Zugriffs der Religion auf die menschliche Gesellschaft war hier das islamische Recht – verwaltet von spezialisiertem Personal, das aber eben über keine quasi-kirchlichen Strukturen und vor allem über keine Autonomie verfügte. Das hat faktische Säkularisierung hier keineswegs verhindert, wohl aber ihren bewussten Nachvollzug erschwert – in Europa ist der Rückzug der Religion aus der öffentlichen Sphäre durch das Bestehen der Kirchen doch erheblich erleichtert worden.²⁷

Kolonialistische Säkularisierung und ägyptische Modernismus-Diskussion

Säkularisierungsprozesse westlicher Prägung wurden in Ägypten angestoßen durch das koloniale Europa. Der immer noch verharmlosend „Expedition“ genannten (und letzten Endes gescheiterten) Invasion der französischen Armee unter Napoleon Bonaparte folgte eine imperialistische Politik der europäischen Mächte, ökonomisch und kulturell. Faktische Säkularisierung vollzog sich im Rechtssystem, in Politik und Erziehung, wenn auch „wesentlich begrenzter und weniger organisch als in Europa“.²⁸ Neben der Verstaatlichung des Bildungssystems hatten die Europäer auch den Nationalismus im Gepäck, der später antikolonial

²⁶ Flores, *Islam und Politik* (wie Anm. 1), S. 17–18.

²⁷ Ebd., S. 18.

²⁸ Ebd., S. 45.

gewendet wurde. Im 19. Jahrhundert lieferten sich Intellektuelle erste Debatten über den Säkularismus und die Rolle der Religion im öffentlichen Leben sowie über die kulturelle Moderne vor dem Hintergrund des Imperialismus.

Flores beleuchtet anhand der Kontroverse des Publizisten Faraḥ Anṭūns (1874–1922) mit dem bekannten Reformler und Großmufti Muḥammad ‘Abduh (1849–1905) die ägyptische Modernismus-Diskussion zu Beginn des 20. Jahrhunderts. ‘Abduh und die islamische Reformbewegung führten einen „Zweifrontenkampf“,²⁹ in dem der Islam gegen antireligiöse Modernisten verteidigt werden sollte, allerdings ohne dabei Traditionalisten zu stärken, die die Moderne durchweg ablehnten. Anṭūn wiederum, christlicher Emigrant aus dem Libanon, wendet sich gegen die islamische Reformbewegung. Seine Argumentation ist universalistisch, doch seine Zugehörigkeit zu den osmanischen Christen muss man wohl in Rechnung stellen, denn hier werden schon die Vorbehalte deutlich, die Vertreter_innen von Minderheiten gegenüber einem öffentlich geförderten Islam auch heute noch formulieren. Flores übersetzt:

Das Prinzip des Meisters (‘Abduhs) macht die religiöse Reform zur Basis der Reform des Staats. Man muss sagen, dass die osmanischen Christen und alle Christen des Ostens von religiöser Reform in dieser Zeit nichts hören wollen – weder im Christentum noch im Islam. Und dies, weil sie seit langem realisiert haben, dass mit der Religion keine weltliche Reform bezweckt ist, denn Gott hat sie zu seiner Verehrung allein gegeben.³⁰

Anṭūn bezeichnet aber auch das Verhältnis Europas zur Religion im Kontext des Kolonialismus als problematisch, genauer: als instrumentell. Er zeichnet das Bild eines Missionars, der in der einen Hand die Bibel, in der anderen aber das Schwert hält und auf dem Rücken Waren für den orientalischen Absatzmarkt bereit hält. Gleichzeitig beschwört

²⁹ Ebd., S. 64.

³⁰ Ebd., S. 70.

er die Verbundenheit mit dem mehrheitlich christlichen Europa auf den Feldern der Wissenschaft und der Kultur – im Gegensatz zur Politik.³¹

1903 konnte Faraḥ Anṭūn noch eine offensive und gegenüber Europa sowie den muslimischen Reformern differenzierte Position einnehmen. Als zwanzig Jahre später der Azhar-Gelehrte ‘Alī ‘Abd ar-Rāziq islamrechtlich für einen in religiösen Dingen neutralen, lediglich die Ausübung der Religion sichernden Staat warb, wurde ihm (und später anderen) die ‚Islamisierung des Säkularismus‘ vorgeworfen. ‚Säkularismus‘ wurde zum beliebten Kampfbegriff seiner Gegner, „zur zusammenfassenden Bezeichnung für alles, was den Autoren an der westlichen Zivilisation tadelnswert erscheint“.³² Am Ende des 20. Jahrhunderts schließlich möchten die sich in der Defensive befindlichen säkularistisch argumentierenden Autoren nur noch als ‚weltliche Strömung‘ angesprochen werden.

Diese grob skizzierte Einengung des säkularen Diskurses hat ihre Ursachen. Wie der islamische Reformismus insgesamt, so ist auch der Islamismus eine Reaktion auf die koloniale Expansion und den wirtschaftlichen Abstieg des Osmanischen Reiches Ende des 19. Jahrhunderts, in dessen Folge die Kolonialmächte nach Ende des Ersten Weltkriegs große Teile der arabischen Welt besetzen und beherrschen. Die von der ‚anderen‘ Seite gedeutete Modernisierungserfahrung gilt es dabei immer zu berücksichtigen. Das 19. Jahrhundert hielt für den Orient hauptsächlich die Bewusstwerdung seiner militärischen und ökonomischen Unterlegenheit bereit – die kulturelle Überheblichkeit der Europäer_innen gab es gratis.

Flores unterscheidet drei Aktionsformen der Islamist_innen: integrationistische, isolationistische und revolutionäre.³³ Er widmet sich vor

³¹ Ebd.

³² Ebd., S. 49.

³³ Ebd., S. 167. Flores knüpft hier augenscheinlich an die frühere französische Bezeichnung des *intégrisme* an, die zielgenauer die programmatische Integration von Religion, Staat und Gesellschaft erfasst. *Islamisme* bezeichnete (im französischen Diskurs) zudem bis in die 1980er Jahre die wissenschaftliche Disziplin. Einen Überblick bietet Tilman Seidensticker, *Islamism*, in: *Encyclopaedia of Islam*, THREE, 2023, siehe [https://referenceworks.brillonline.com/entries/encyclopaedia-of-islam-3/islamism-COM_32589?].

allem den Debattenbeiträgen der Integrationist_innen, die versuchen, sich legal in die (post-)kolonialen Gesellschaften einzufügen, und in einen argumentativen Schlagabtausch mit Reformier_innen und Säkularist_innen einsteigen. Die islamische Religion konnte in diesem Zusammenhang eine verloren gegangene Größe symbolisieren. Das aus Europa importierte Denkschema von Tradition versus Moderne lähmte zudem den antikolonialen Widerstand. Flores zitiert den österreichischen Sozialisten Otto Bauer, der 1912 schreibt:

Die Volksmasse meint noch die alte soziale Verfassung ihres Landes vor den europäischen Einflüssen bewahren zu können; die Intelligenz dagegen will ihr Land europäisieren, um Europa mit seinen eigenen Waffen zu schlagen. Dieser Zwiespalt lähmt die nationale Abwehrbewegung. Die liberale Intelligenz, von den Volksmassen gehasst, ist machtlos. Die Volksmassen, aller politisch geschulten Führer beraubt, verschwenden an Unreichbarem ihre Kraft. Die Kluft, die beide trennt, muss überbrückt werden.³⁴

Die Mittelposition zwischen Islamismus und Säkularismus – der muslimische Reformismus – führt zwar immer wieder zu lebendigen Debatten. Er stellt allerdings auch die eigene kulturelle Identität in den Mittelpunkt, verharrt damit – diesen Schluss zieht Flores allerdings nicht explizit – im Diskursiven und vermag kaum die materiellen Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu formulieren. Im Rahmen der „Dialektik von Abstoßung und Anziehung“³⁵ verarbeitet der Reformismus (post-)koloniale Widersprüche, ohne sie weiterzutreiben. Was der ‚Fortschritt‘ nun sozioreligiös bedeutet, bleibt weiterhin umstritten.

Nachdem der säkulare Nationalismus seit den 1970er Jahren Niederlagen gegen den Islamismus einstecken musste, verengte sich die Fortschrittsdiskussion auf wissenschaftlich-technische Rationalität. Das diskutierte Begriffspaar *aşāla* / *mu‘āsara* lässt sich hierbei mit Authentizität versus Modernität übersetzen.³⁶ Anfang der 1980er Jahre wird das

³⁴ Flores, *Islam und Politik* (wie Anm. 1), S. 186.

³⁵ Ebd., S. 189.

³⁶ Ebd., S. 193. Flores bietet nur diese Übersetzungsoption an. Alternativen für „Modernität“ wären: „Zeitgenossenschaft“ oder sogar „Zeitgeist“.

oppositionelle Islamisierungsprogramm in Ägypten stärker bekämpft. Angekündigte Zugeständnisse an die Islamist_innen wie staatliche Projekte zur Kodifizierung der Scharia werden zurückgenommen beziehungsweise pausiert, eine neue Repressionswelle wird in Gang gesetzt. Die islamistische Bewegung wechselt die Strategie und versucht nun, legal über Parlamentsbeteiligung ihre Politik zu organisieren, womit sie bereits 1984 erste Erfolge erzielt.

Für die ägyptische Linke kristallisiert sich damit eine große Herausforderung heraus: Bleibt die Regierung Hauptfeind oder richtet man sich an der Seite der Regierung gegen die islamistische Bewegung? Die Beteiligung an regierungsgetragenen Bündnissen gegen Islamist_innen ist für die Linke ein zweischneidiges Schwert, da die Regierung immer nur punktuell an deren Bekämpfung interessiert ist. Im Laufe des Jahrzehnts argumentieren integrationistische Autoren, zum Beispiel Muḥammad ‘Amāra, für eine arabisch-islamische Renaissance, während zum Beispiel Fu’ād Zakarīyā die Annahme der Integrationist_innen zurückweist, das europäische Mittelalter sei für den Islam irrelevant. Flores zitiert: „Das Mittelalter ist nicht nur eine zeitlich festgelegte Epoche, sondern es ist eine Geisteshaltung.“³⁷

Der Säkularismus trage die „Hypothek ihrer Assoziation mit westlicher Dominanz über die islamische Welt“.³⁸ Aus dieser Konstellation resultiere ein „fast notwendig polemischer Ton“,³⁹ denn seit die europäischen Mächte die Schwäche des Osmanischen Reiches zur kolonialen Expansion ausnutzten, sei das öffentliche Bewusstsein von einem Abwehrkampf geprägt. Diese Konstellation habe sich subjektiv durch das ganze 20. Jahrhundert getragen. Was sich seit Beginn modernistischer Debatten im frühen 19. Jahrhundert im Zeitverlauf ändere, sei vor allem die Gelassenheit der Diskutant_innen, die mit der europäischen Herrschaft schwinde. Auch sozialistischen Vorstellungen von Religionsfreiheit (bzw. Freiheit von Religion) werde das Label eines Importprodukts

³⁷ Ebd., S. 51.

³⁸ Ebd., S. 85.

³⁹ Ebd.

aufgezwungen. Exemplarisch stehe dafür folgender Debattenbeitrag der Literaturkritikerin Şâfi Nâz Kâzım, die Flores dem Lager der Integrationist_innen zuordnet:

Der Säkularismus wurde vor mehr als einem Jahrhundert auf den Boden des Islam verbracht als eine Pandorabüchse, aus der die Schlangen des Marxismus – die unter der Parole des Sozialismus auftreten – und die Skorpione des kreuzzüglerischen kolonialistischen Kapitalismus – die unter der Parole des demokratischen Liberalismus auftreten – hervorkamen.⁴⁰

Die Kernargumente der Integrationist_innen zielen auf die unterschiedliche Verfasstheit der Religionen: Mit Blick auf das Christentum in Europa halten sie (nicht zu Unrecht) fest, dass die zunehmende Verdrängung der Kirchen aus dem öffentlichen Leben diese nicht existentiell bedrohte, weil sie in sich – eben als Kirchen – eigenständig organisiert waren. Im Islam sei hingegen ein solcher Organisationsrahmen traditionell nicht gegeben. Vielmehr sei das islamische Recht prominenter Bezugsrahmen für die muslimische Religiosität. Ein Rückzug (auf Raten) in die Innerlichkeit gestalte sich dementsprechend schwierig. Im Grunde, so zitiert Flores exemplarisch Muḥammad ‘Amāra, sei Säkularisierung eine „Lösung für ein Problem [...], das wir in Wahrheit gar nicht haben“.⁴¹

Diese Analyse wird naturgemäß von Säkularist_innen angezweifelt. Fu’ād Zakariyā zufolge deutet die Existenz von Kalifen und Sultanen auf ein doppeltes Verhältnis von Staatlichkeit und Religion hin. Sie zeugen sowohl von religiöser Autorität in weltlichen Kontexten als auch von der prinzipiellen Bereitschaft der Religion, sich mit Anordnungen und Fatwas (religiösen Rechtsgutachten) in den Dienst der Herrschenden zu stellen – und das je nach historischer Situation.⁴² Flores gibt den Integrationist_innen im Kern also recht bei ihrer Analyse, dass der

⁴⁰ Ebd., S. 103.

⁴¹ Ebd., S. 87.

⁴² Ebd., S. 120.

„Dominanzanspruch der Religion über das Leben“⁴³ im Christentum über die Kirchen, und im Islam über das religiös begründete Recht institutionalisiert sei. Jedoch habe sich das islamische Recht zwar „theoretisch unabhängig, de facto allerdings in großer Abhängigkeit zum Staat“⁴⁴ entwickelt. Im Postkolonialismus ist der arabische Nationalstaat einerseits Produkt des Säkularismus, andererseits weiterhin an religiöser Legitimität interessiert.⁴⁵

Die von Islamist_innen geforderte Geltung der Scharia ist allerdings nicht selbsterklärend. Flores beschreibt den Charakter der Scharia als eine Art Container, in den alle das hineinprojizieren, was ihnen passt. Die „Durchsetzung“ der Scharia sei „größter gemeinsamer Nenner“⁴⁶ der vielfältigen islamistischen Gruppen. Was dies genau bedeuten solle, sei zwar völlig umstritten, doch der „Symbolcharakter“⁴⁷ dieser Forderung sei stark.

Vor diesem historischen Hintergrund nimmt Flores auch Stellung zu der zeitgenössischen europäischen Kritik an liberalen Koran-Auslegungen. Er stimmt dieser insofern zu, als dass Auslegungen, die „koranische Passagen wegerklären oder abschwächend uminterpretieren wollen“,⁴⁸ keine gute Lösung darstellen. Zwar könne man Regelungen mithilfe der islamischen Rechtswissenschaft (*fiqh*) ändern, jedoch nicht die koranische Autorität per se infrage stellen. Flores widerspricht aber auch einer Argumentation, die sich auf die mangelnde Akzeptanz liberaler Auslegungen bei der Mehrheit der Muslim_innen zurückzieht. Damit ignoriere man die historischen Praktiken der religiösen Auslegung, die phasenweise hohe Ambiguitätstoleranz sowie die Tatsache, dass zum Beispiel die koranischen Körperstrafen (*hudūd*) „über weite Strecken ihrer Geschichte ignoriert [wurden]“.⁴⁹ Reformismus ist dieser Lesart

⁴³ Ebd., S. 102.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Ebd., S. 112.

⁴⁶ Ebd., S. 105.

⁴⁷ Ebd., S. 118.

⁴⁸ Ebd., S. 29.

⁴⁹ Ebd., S. 31.

zufolge keine elitäre oder opportunistische Strategie, sondern – aus der von Flores eingenommenen nicht-muslimischen Außenperspektive – eine verbreitete historische Praxis innerhalb vieler Religionen, wenn es darum geht, religiöse Identität mit einer zeithistorisch gewandelten Umwelt zu synchronisieren. Dies sehe man an der Kodifizierung des Rechts muslimischer Länder, das in weiten Teilen positives westliches Recht sei, mit Ausnahme vor allem im Bereich des Personenstandsrechts, bei dem die Angehörigen unterschiedlicher Religionen zum Teil ‚ihren‘ jeweiligen religiösen Gerichtsbarkeiten unterliegen.

Welchen Umgang Gemeinschaften und Gesellschaften mit ihren religiösen Quellen pflegen, liege also „an der Macht der Verhältnisse, nicht an der Macht der Ideologie“.⁵⁰ Flores macht als Außenstehender keinen Hehl daraus, dass er weiteren Säkularisierungsbedarf in muslimischen Ländern sieht, er sieht jedoch auch, dass es keinen Sinn ergibt, dafür den Islam als Religion oder die Muslim_innen als religiöse Menschen verantwortlich zu machen; indem man „ihre Zugehörigkeit zum Islam selbst zum Anklagepunkt macht und sie im selben Atemzug für unfähig erklärt, eine säkularisierungskompatible, menschenfreundliche Konzeption ihrer Religion zu entwickeln“.⁵¹

Die wenigen explizit politisch relevanten Normen lassen jedoch, so betont Flores, „den Muslimen große Freiheit zur Gestaltung ihrer politischen Verhältnisse“.⁵² Gegenüber der alten Garde von Orientalisten sind es nicht endogene Faktoren, die für die zum großen Teil autoritäre Verfasstheit des Nahen Ostens verantwortlich sind. Die Vorstellung, dass der Islam eine umfassende Gesellschaftsordnung sei, die das System der Religion sprengt, ist mit Thomas Bauer gesprochen eine ‚Islamisierung des Islams‘. Und nur weil viele Muslim_innen diese Auffassung teilen, dass Religion und Politik nicht zu trennen seien, muss diese Auffassung – wie hier ansatzweise deutlich wurde – nicht historisch richtig sein.⁵³

⁵⁰ Ebd., S. 34.

⁵¹ Ebd.

⁵² Ebd., S. 147.

⁵³ Ebd., S. 157.

(Nicht-)Orte der Säkularismuskritik

Flores' Buch bietet Anlass für eine tiefere Auseinandersetzung. Die Gegenüberstellung der okzidentalen christlichen Kirche(n) und dem orientalischen islamischen Recht als jeweiliger Ausdruck religiöser Verbindlichkeit ist aus der Sicht heutiger Leser_innen mit Fallstricken verbunden, die es einzeln aufzudröseln gilt. Zwei Punkte seien hier zumindest erwähnt: Einerseits gibt es abseits kirchenanaloger Strukturen natürlich trotzdem verbindliche Formen sozioreligiöser Organisation im Islam, wie bei den Sufi-Orden oder den Muslimbrüdern. Andererseits bezeichnet das islamische Recht über weite Strecken der Geschichte auch kein Gesetzbuch wie das Bürgerliche Gesetzbuch in der Bundesrepublik, sondern ist beschränkter und umfassender zugleich. Doch leider ist ‚unsere‘ heutige Vorstellung von Organisiertheit, privater / öffentlicher beziehungsweise politischer / religiöser Sphären-trennung und das daran anschließende sprachliche Ausdrucksvermögen stark limitiert. Das betrifft auch die allgemein verbreitete Verhältnisbestimmung von Recht und Lebensführung, sodass insgesamt im Diskurs wenig Raum bleibt für eine Explikation der vielbeschworenen Ambiguitäten und variantenreichen Text-Praktiken. Schwer wiegt in diesem Zusammenhang Flores' fehlende Auseinandersetzung mit dem Anthropologen Talal Asad, vor allem seiner Studie *Formations of the Secular*.⁵⁴ In der poststrukturalistisch, postkolonial orientierten Islamforschung ist Asads Dekonstruktion der Dichotomie von Religion und Säkularismus ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste Bezugspunkt. Für Marxist_innen sollte die an Michel Foucault orientierte genealogische Methode nicht das Ende akademischer Geschichte sein, dennoch führt in der Islamforschung an der Auseinandersetzung mit ‚Asadian Genealogies‘⁵⁵ kein Weg vorbei. Im letzten Kapitel der genannten Studie untersucht Asad die Rekonfiguration des islamischen Rechts im kolonialen Ägypten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Für das Verständnis der

⁵⁴ Talal Asad, *Formations of the secular: Christianity, Islam, modernity*, Stanford 2003.

⁵⁵ Hadi Enayat, *Islam and Secularism in Post-Colonial Thought: A Cartography of Asadian Genealogies*, Cham 2017.

oben skizzierten Reformismus-Debatten ist dieser anthropologische Zugang ein Gewinn und soll hier in aller Kürze nachgezeichnet werden.

Der Zivilisationsdiskurs islamischer Denker ist verknüpft mit der Transformation des europäischen Kapitalismus seit dem 18. Jahrhundert. Die Mehrwert-Abschöpfung aus der Peripherie heraus in die europäischen Zentren rief nach einer neuen Form der Legitimierung kolonialer Ordnung, die auch das Interesse der neuen einheimischen Eliten an der globalen Arbeitsteilung ausdrücken konnte. Auf dieser Grundlage wurde auch im Orient das orientalistische Narrativ vom Goldenen Zeitalter des Islam und seinem Verfall während des Osmanischen Reiches übernommen, islamische „Klassiker“ neu gelesen und neue intellektuell-religiöse Spielräume eingefordert.⁵⁶ Gegen Ende des 19. Jahrhunderts zeigt sich der Entwicklungspfad Ägyptens: Zentralisierung der staatlichen Gewalt, Ausbau staatlicher Infrastruktur, Standardisierung der Verwaltung – all das vor dem Hintergrund einer sich ausweitenden Presselandschaft und einer zunehmend lesenden Bevölkerung. Ein Prozent dieser Bevölkerung ist europäisch, sie unterliegen einer eigenen Gerichtsbarkeit im Rahmen des *Mixed-Courts*-Systems. Nach der britischen Besatzung Ägyptens 1882 werden die Scharia-Gerichte einerseits in ihren Kompetenzen massiv eingeschränkt, sie verlieren die Rechtsprechung über Straf- und Wirtschaftsangelegenheiten und dürfen in der Folge nur noch Familienangelegenheiten und die der religiösen Stiftungen (Singular *waqf*, Plural *auqāf*) regeln. Andererseits werden sie so als religiöse Gerichte – von den Europäern! – in den sich modernisierenden Staat eingebunden.⁵⁷

Asad sieht drei Grundlagen für die Rekonfiguration des islamischen Rechts unter kolonialen Vorzeichen: die Autorität des Nationalstaates, den „freien“ Handel sowie die moralische Autorität des Familiensystems. Im späten 19. Jahrhundert wird der Begriff der Familie *‘ā’ila* ge-

⁵⁶ Asad, *Formations of the secular* (wie Anm. 53), S. 219. Asad beruft sich hier auf Reinhard Schulze, *Mass Culture and Islamic Cultural Production in 19th Century Middle East*, in: Georg Stauth / Sami Zubaida (Hg.), *Mass Culture, Popular Culture, And Social Life In The Middle East*, Boulder, CO 1987.

⁵⁷ Asad, *Formations of the secular* (wie Anm. 54), S. 211.

bräuchlich und bezieht sich auf einen einzigen Haushalt. Andere soziale Formen der Reproduktion nehmen unter dem Druck des Staates und des Marktes ab. *Širka* bezeichnete zum Beispiel das Zusammenleben und -arbeiten mehrerer Brüder, gemeinsam mit ihren Frauen und Kindern. Der abnehmende Bedarf an Handarbeit und kleinen Händlern sowie die gleichzeitige Zunahme von Zwangsarbeit, Migration und Kleinfamilien im Dienste des wachsenden Militärs führten genauso zum Aufstieg der Kernfamilie wie Land- und Steuerreformen.⁵⁸

Muḥammad ‘Abduh reagiert auf diese Entwicklungen, indem er in seinen programmatischen Schriften die Kernfamilie als grundlegende Einheit der Gesellschaft auffasst. Die Reform des Gerichtswesens zielt in dieser Lesart gerade nicht auf eine übernatürliche Autorität ab, die vermittelt über die Richter göttliches Recht sprechen lässt, sondern auf die Selbstdisziplinierung der Muslim_innen. Die Scharia soll eingeübt, inkorporiert – und dafür popularisiert werden. Der Staat verlässt sich einerseits auf die Integrität der Haushalte und ihrer Individuen. Gleichzeitig haben die Scharia-Familiengerichte ‘Abduh zufolge die Aufgabe, jegliche private Beziehungen zu überwachen:

In other words, the courts are expected both to guard the privacy of the words and acts of domestic life and to work through the sentiments on which social life ultimately depends. Since the sharia code of 1897 explicitly required a public hearing of cases (something Abduh must have been aware of in his report) his emphasis on secrecy expresses the old liberal dilemma of addressing both privacy and publicity in the legal culture.⁵⁹

Der „heilige“ Charakter (*qadāsa*) der Scharia wird in dieser Zeit und innerhalb des säkularen Diskurses hervorgehoben, wenn nicht gar erfunden. Die Scharia wurde zuvor meist schlicht als „islamisch“ bezeichnet.⁶⁰ Es wird deutlich, dass auch der reformerische Diskurs sich insofern verengt, als dass die Relektüre der Quellen vor allem auf den Koran

⁵⁸ Ebd., S. 231–232.

⁵⁹ Ebd., S. 228.

⁶⁰ Ebd., S. 237.

abzielt. Andere Quellen, Traditionen und theologische Methoden treten in den Hintergrund.

Asad widerspricht somit der oft geäußerten Annahme, dass Kolonialregime wenig Einfluss nahmen auf das Privat- und Familienleben der einheimischen Bevölkerung, um auf diesem Gebiet keinen Anlass für Widerstand zu bieten. Die Institutionalisierung der Scharia in Ägypten zeige, wie die privatisierte Religion das sich selbst regierende muslimische Subjekt hervorbringen sollte.⁶¹ Die koloniale Situation sei durch die machtvoll durchgesetzte Unterscheidung von Moral und Recht gekennzeichnet, die ‚gelernt‘ werden sollte. Genauso kritisiert Asad die Einschätzung, dass das eingeführte Rechtssystem auf Grundlage des Napoleonischen Codes nur eine zarte Reform gewesen sei, weil Europäer_innen und „verwestlichte“ Eliten dem Volk weitergehende Änderungen nicht zugetraut hätten. Unabhängig von der Motivation oder Rechtfertigung Einzelner käme die skizzierte Entwicklung einer Revolution gleich.⁶² Der moderne Staat – hier dargestellt am Rechtssystem – hätte Säkularisierung nicht einfach hervorgebracht oder forciert, sondern sei selbst ihr Ausdruck („articulation“).⁶³

A secular state is not one characterized by religious indifference, or rational ethics – or political toleration. It is a complex arrangement of legal reasoning, moral practice, and political authority. This arrangement is not the simple outcome of the struggle of secular reason against the despotism of religious authority. We do not understand the arrangements I have tried to describe if we begin with the common assumption that the essence of secularism is the protection of civil freedoms from the tyranny of religious discourse, that religious discourse seeks always to end discussion and secularism to create the conditions for its flourishing.⁶⁴

Das Werk Talal Asads konfrontiert also jeglichen analytischen Blick auf Religion mit einem genealogischen Vorbehalt. Es gebe, insbesondere von einem westlichen Standpunkt aus, keinen neutralen Ort der Ausein-

⁶¹ Ebd., S. 227–228.

⁶² Ebd., S. 253.

⁶³ Ebd., S. 209.

⁶⁴ Ebd., S. 255.

andersetzung mit Religion. Der Begriff der Religion selbst beanspruche zwar weitreichende Geltung, jedoch sei er ein europäisches, postreformatorisches Produkt – während in der nicht-westlichen Welt beispielsweise der islamische *dīn* (arabisch für Glaube, aber auch Konfession / Religion / Religiosität) reflexive und körperliche Praktiken in Bezug zu sozialen Institutionen beschreibe, die mit dem Religionskonzept nicht adäquat zu erfassen seien.

Diese Konzeption ist nicht unwidersprochen geblieben. Zwar hat die Denkschule Talal Asads an den Universitäten, im Journalismus und in den sozialen Bewegungen an Einfluss gewonnen, doch die Verfechter_innen der Säkularisierungstheorie innerhalb der Religionssoziologie antworten auf die Kritik einer unreflektierten Partikularität des westlichen Religionsbegriff. Der Einschätzung Hadi Enayats zufolge wurde Asads Theorie populär in einem Kontext, der durch den Niedergang von Marxismus und politischer Ökonomie geprägt ist. Asads Kritik mangle es an einer universalistischen Perspektive. Der Säkularismus selbst werde somit essentialisiert. Im Anschluss an Louise Cohen zeige sich hier eine *Midas-touch*-Theorie des Staates: Der regulierende Eingriff des Staates werde per se als unzulässig erachtet, anstatt danach zu fragen, wie genau, zu welchem Zweck und mit welchen Auswirkungen der Staat die Religion reguliert.⁶⁵

Säkularisierungstheorie und säkulare Kritik

Mit Sami Zubaida kann historisch vergleichend von der „Ausbettung“ der Religion aus sozialen Institutionen gesprochen werden. Auch dort, wo man – wie im Iran – eine totale religiös-politische Einheit erwarten würde, hat die Moderne nachhaltig gewirkt:

In both Europe and the Middle East, at different periods, law, education, productive property and institutions (church, monastic lands in Europe, *awqaf* in the Middle East) were disengaged from religious control and brought under the control of the state (sometimes administered by state-

⁶⁵ Enayat, *Islam and Secularism* (wie Anm. 54), S. 3, 91–95.

employed *'ulama*). While this differentiation was something which took place over *longue durée* and was often an impersonal and untheorized process, in the modern era, it was sometimes imposed by autocratic modernizing regimes such as Kemalist Turkey, Pahlavi Iran and Bourguibas's Tunisia. Indeed, functional differentiation has been integral to capitalist modernization even in states which have experienced enforced projects of desecularization such as the Islamic Republic of Iran in which the dis-embedding of religion from areas such as law, education and popular culture continues despite the project to Islamicize these spheres after 1979 revolution.⁶⁶

Ohne die Debatte an dieser Stelle zu rekapitulieren, ist festzuhalten, dass inzwischen empirisch und historisch vergleichend nach vorkolonialen, nicht-westlichen „Quellen“ des Säkularen gesucht wird und säkulare Denker_innen sich bemühen, ihren Standpunkt zu „de-transzendentalisieren“.⁶⁷ Damit ist gemeint, den teleologischen oder normativen Charakter aus den Modernisierungstheorien zu streichen (bezeichnenderweise werden Marx und Weber hier ohne Unterschied unter „teleologische Analyse“ subsumiert – ihr inhaltlich höchst differentes „Telos“ spielt keine Rolle). „In the most direct sense, secular criticism purports to unmask social historical situations where authority is assumed to emerge from elsewhere.“⁶⁸ Liberale Denker versuchen also eine rein immanente Konzeption des Säkularen als das „Hier und Jetzt“ einzulösen durch den Bezug auf dialogische Vernunft und demokratische Prozesse im liberalen, säkularen Staat.

Fazit

An dieser Stelle scheiden sich also die Wege der Asad'schen Analyse, liberal-bürgerlicher Ansätze und marxistischer Wissenschaft. Es ist nämlich die Frage, ob durch die Modifikation der Säkularisierungstheorie wirklich Asads Argument im Kern widerlegt werden kann, dass der säkulare Staat die Religion konstituiert, sie gleichzeitig zum Schweigen

⁶⁶ Ebd., S. 58–59.

⁶⁷ Ebd., S. 9.

⁶⁸ Gorgouris, 2013, S. 64, zit. nach Enayat, *Islam and Secularism* (wie Anm. 54), S. 9.

und zum Reden bringt – so wie das Foucault zunächst für die Anreizung des sexuellen Diskurses herausgearbeitet hat. Die Kritiker von Asads „Anti-Liberalismus“ verfolgen selbst keine kohärente Staatskritik. Zwar wird zu Recht deutlich gemacht, dass der Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge im Rahmen neoliberaler „Reformen“ (ungewollt) Räume für Desäkularisierung und religiöse Fundamentalismen eröffnet hat. In Ägypten etwa gewannen die Muslimbrüder in den 1990ern durch ihre karitativen Tätigkeiten an Popularität.⁶⁹ Doch das Festhalten an der Theorie funktionaler Differenzierung geht in seiner religionspolitischen Dimension einher mit einer weitgehenden Dethematisierung (oder gar Affirmation) des kapitalistischen Staates.

Das Tertium Comparationis, das oft implizit bleibende Dritte eines Vergleichs, soll in einem flexibleren Begriff des Säkularen gesucht werden. Prominent verfiht in der hiesigen Forschung Monika Wohlrab-Sahr eine empirische Ausrichtung der historisch arbeitenden Religionssoziologie. Mit der Heuristik des Säkularen sollen die Grenzziehungen von Säkularität und Religion nachgezeichnet werden – „beyond its linguistic representation in modern contexts“.⁷⁰ Damit ist die Herausforderung benannt, Kategorien des Vergleichs auch anhand des Materials selbst umfassend zu plausibilisieren. Für die Vormoderne sind hierfür, wie am Beispiel der Einhegung und Verfolgung von religiösen Innovatoren unter abbasidischer Herrschaft gezeigt, konfliktsoziologische Ansätze fruchtbar. Für die (post-)koloniale Moderne, die mit dem Nationalstaat eine Herrschaftsform etabliert, die der Realsozialismus nicht (und auch die Linke heutzutage nur mit Mühen) transzendieren kann, ist das Säkulare allerdings immer noch ein zweischneidiges Schwert. Die Auseinandersetzung mit der subversiven Analyse Talal Asads treibt die nun entzauberte Säkularisierungstheorie nämlich dazu, den Status Quo – wie bereits José Casanova in den 1990er Jahren – für alternativlos zu erklären:

⁶⁹ Ebd., S. 59–60.

⁷⁰ Monika Wohlrab-Sahr / Christoph Kleine, *Historicizing Secularity: A Proposal for Comparative Research from a Global Perspective*, in: *Comparative Sociology*, 20 (2021), 3, S. 287–316, hier S. 288.

Thus, while functional differentiation is clearly occurring, modernity does not entail the privatization of religion and it is possible for religion to exist in the public political space without necessarily threatening the essential components of liberal modernity.⁷¹

Eine materialistische Islamwissenschaft sollte sich deswegen weder auf die Seite der neueren säkularen Kritik noch auf die Säkularismuskritik schlagen. Das Tertium Comparationis selbst kann für den historischen Systemvergleich auf marxistischem Wege bestimmt werden. Zum einen ist eine „komplementäre Verbindung von multiperspektivischer Gesellschaftsgeschichte mit einer kritisch eingesetzten Formationsgeschichte“⁷² möglich, bei der – grob gesagt – Marx’sche Klassenanalysen und Weber’sche Perspektivenpluralität sich gegenseitig befruchten. Der eingangs portraitierte Marxist Maxime Rodinson hat sich ausführlich und kulturvergleichend mit Webers Kapitalismusanalyse auseinandergesetzt.⁷³

Vom Mainstream der Islamforschung trennt Rodinson jedoch nicht nur die historisch-materialistische Analyse. Er fragt darüber hinaus nach den Möglichkeiten einer Umwälzung des vorherrschenden Wirtschaftssystems in der islamischen Welt. Das Dritte des Vergleichs ist in diesem Fall also nicht Säkularität, sondern der Klassenkampf der „Enterbten“. Er diskutiert dabei auch die Rolle des Islams und zeigt sich (Anfang der 1970er Jahre) skeptisch ob der Möglichkeit eines muslimischen Sozialismus. Sein Argument: Analog zu den europäischen Christ_innen werden die führenden Köpfe von ihren Glaubensgeschwistern aus den oberen Klassen sukzessive in das Herrschaftssystem eingebunden, wie bereits der Kampf gegen den Kolonialismus gezeigt habe.

⁷¹ Enayat, *Islam and Secularism* (wie Anm. 54), S. 57.

⁷² Wolfgang Küttler, *Nach dem Umbruch: Historischer Systemvergleich und marxistische Ansätze heute*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 19 (1993), 1, S. 54–68, hier S. 56.

⁷³ Rodinson, *Islam und Kapitalismus* (wie Anm. 8). Der Soziologe Bryan S. Turner wiederum veröffentlichte in den 1970er Jahren jeweils ein Buch zur Weber’schen Islam-Analyse sowie zu marxistischen Perspektiven auf „das Ende des Orientalismus“. Bryan S. Turner, *Weber and Islam*, London / New York 1998; ders., *Marx and the End of Orientalism*, Oxon 1978.

Die mehr oder weniger ausbeuterischen oberen Schichten verkünden auf ihrer hektischen Suche nach einer ideologischen Garantie für ihre sozialen und materiellen Vorteile immer eindringlicher, dass sie am Islam festhalten. Je erreichbar für die ‚Priester‘ [gemeint sind hier muslimische Geistliche, S. F.] ein Ansteigen ihres Lebensstandards oder ganz einfach eine Integration in die Nation wird, desto weniger wird der Islam noch eine exklusive Lösung für die Enterbten sein.⁷⁴

Neben der historisch-materialistisch informierten sozialwissenschaftlichen Analyse scheint zum anderen die Möglichkeit auf, die Dichotomie zwischen Religion und Säkularität auch ohne die Brille des (neo-)liberalen Staates zu analysieren. Für eher kulturwissenschaftliche Zwecke bietet sich daher an, den „Wärmestrom des Marxismus“ zu reaktivieren. Ernst Blochs Beschäftigung mit islamischen Denkern wird aktuell wieder in der Philosophie aufgegriffen,⁷⁵ doch an dieser Stelle genügt ein methodologischer Verweis auf seine „Ontologie des Noch-Nicht-Seins“. Diese könnte die empirisch arbeitende westliche Religionswissenschaft dazu anregen, nicht nur an selbst erhobenen Daten die religionsfreien Sphären zu skizzieren, sondern das Material auszuwerten mit Blick auf die Zwänge der (vor-)kapitalistischen Wirtschaftsordnung und die Antizipationen ihrer Überwindung. Das Tertium Comparationis liegt dann nicht in einem – zwar flexibilisierten aber dennoch vorgegebenen – Begriff des Säkularen, sondern in der „metaphorischen Zusammenschau“, einer integrierten Analyse der disparaten, mitunter irritierenden Teile des Noch-Nicht-Seins.⁷⁶

Der Gedanke, dass in den sozioreligiösen *Erzählungen* Hinweise auf die Welt zu finden seien, wie sie wirklich sei und wie sie darüber hinaus sein könnte, lässt sich Wendy Brown zufolge auch bei Marx selbst nachlesen. Religion unterscheidet sich von Ideologie dahingehend, dass sie

⁷⁴ Rodinson, Islam und Kapitalismus (wie Anm. 8), S. 290 f.

⁷⁵ Souleymane Bachir Diagne, Philosophieren im Islam, Wien 2021; Nassima Sahraoui, Dynamis: Eine materialistische Philosophie der Differenz, Bielefeld 2022.

⁷⁶ Achim Kessler, Vom Wärmestrom des Marxismus. Ernst Blochs Ästhetik, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 2007), 70, siehe: [<http://zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/662.vom-waermestrom-des-marxismus.html>].

über die reine Herrschaftslegitimation hinaus einer weitreichenden Entfremdung Ausdruck verleiht.

Marx's Feuerbachian understanding of the basis of religion is at war with the idea that its staying power depends on a trick of the exploiters or rests in consolation of the poor. Again, Marx embraced Feuerbach's fundamental conviction that religion is an inherent emanation of all alienated and unfree social conditions. This emanation differs in its source and sustenance from ideology, which is a cloak for power generated by power itself. By contrast, religious consciousness expresses the separation of humans from the effects of their own generative capacities and the subordination of humans by powers (whether in nature or modes of production) larger than their aggregated selves.⁷⁷

Der säkulare bürgerliche Staat treibt einen Keil zwischen die menschliche Existenz und ihrer Repräsentation, er unterscheidet zwischen ‚immanenter‘ Ökonomie und einer ‚transzendenten‘ politischen Ordnung. Zwischen dem Menschen und seiner Freiheit steht Marx zufolge „der Staat der Mittler, in den er seine ganze Ungöttlichkeit, seine ganze *menschliche Unbefangenheit* verlegt“.⁷⁸ Der Staat bleibt also in seiner Struktur religiösen Weltdeutungen verhaftet und begrenzt somit seine politische Emanzipation von der Religion.

Eine marxistische Perspektive vermag die Erkenntnisse des antiliberalen (Asad) und des liberalen Pols (Mainstream-Religionssoziologie) zu nutzen, um den säkularen Staat selbst in seinem religiösen Charakter zu befragen. Wird erstere Strömung zu Recht für ihre Tendenz kritisiert, eine vermeintlich authentische islamische Tradition zu rekonstruieren, so zieht sich zweitens auf die Möglichkeit eines religiösen Pluralismus zurück, der das Interesse des kapitalistischen Staates an der Disziplinierung der Gläubigen außen vor lässt.⁷⁹

Die Kolonialmacht Frankreich etwa brauchte für ihre Expansion nach außen im Inneren loyale Landsleute. Insbesondere in der katholischen

⁷⁷ Wendy Brown, *Is Marx (Capital) Secular?*, in: *Qui Parle*, 23 (2014), 1, S. 109–124, hier S. 114 f.

⁷⁸ Karl Marx / Friedrich Engels, *Zur Judenfrage*, in: *Werke*, Bd. 1, Berlin 1981, S. 347–377, hier S. 353.

⁷⁹ Vgl. Brown, Marx (wie Anm. 77).

Kirche machten führende Politiker einen Hort potentieller Illoyalität zur Grande Nation aus. 1882 wurde mit den (nach dem Ministerpräsidenten benannten) Ferry-Gesetzen die *Laïcité* etabliert – im Rahmen einer Reform, die die Primärausbildung kostenlos und verpflichtend machte. Während Karl Kautsky die Bildungsoffensive begrüßte und im Laizismus nur ein vorübergehendes Zugeständnis an eine starke Linke sah, hegte Paul Lafargue ganz grundsätzlich keine Sympathie für die bürgerliche Kirchenfeindlichkeit. Sie sei für das Kapital eine Ersatzreligion. Auch die Pariser Kommunarden konnten mit dieser französischen Ausprägung des Säkularismus wenig anfangen und äußerten sich nur wenig zu dem Thema. Ihr Internationalismus passte einfach nicht zur Ausbildung eines Nationalcharakters, welche durch die *Laïcité* forciert werden sollte.⁸⁰

In diesem Beitrag wurde zu zeigen versucht, dass die antiessentialistische Islamwissenschaft, wie sie bei Alexander Flores zum Ausdruck kommt, erweitert werden könnte um (macht-)soziologische und anthropologische Analysen, die ihr *Tertium Comparationis* marxistisch bestimmen. Vorkoloniale Sphärentrennungen von religiösen und politischen Angelegenheiten sollten nicht nur einen harmonischen, ambiguitätstoleranten, authentischen Protosäkularismus für die islamische Welt rekonstruieren, sondern im Gegenteil zeigen, dass das Verhältnis von Glaube, religiöser Institution und religiöser Innovation (wie der Hadith-Wissenschaft) immer wieder mit anderen Interessen konfliktierte. Für die jüngere Sozialgeschichte ist das Misstrauen gegenüber dem Liberalismus sowie dem Sozialismus aus der (post-)kolonialen und imperialistischen Situation des 19. und 20. Jahrhunderts heraus zu verstehen. Der Intellektuellendiskurs steht nie für sich allein, sondern erfüllt die Funktion einer Legitimation oder Infragestellung der sozioökonomischen Veränderungen und der gesellschaftlichen Gruppen, die davon profitieren. Vom expliziten reformerischen Diskurs kann man zudem einen Reformismus als implizite Praktik unterscheiden, wenn man dar-

⁸⁰ Ian Birchall, *The Wrong Kind of Secularism*, in: *Jacobin*, 19. November 2015 [<https://jacobin.com/2015/11/charlie-hebdo-france-secular-paris-attacks-lacite>].

unter die sozioreligiösen Anpassungsleistungen versteht, die im Laufe der Zeit mehr oder weniger stillschweigend vollbracht werden, ohne dass es dafür zuvor einen intellektuellen Klärungsprozess gegeben hätte.

Detlef Siegfried, Bogensee. Weltrevolution in der DDR 1961–1989

Wallstein: Göttingen 2021. 296 Seiten, € 30,00

Zugleich Zeitzeuge und Historiker: das gilt gemeinhin als schwierige Konstellation. Wenn ein Wissenschaftler in die Ereignisse involviert war, über die er forschen möchte, dann sollte er das Thema – aufgrund der fehlenden Distanz zum Gegenstand – lieber anderen überlassen. So lautet zumindest eine ungeschriebene Regel des Fachs. Der Historiker Detlef Siegfried weiß das. Trotzdem hat er dieses Buch geschrieben – und man ist geneigt zu sagen: zum Glück. Denn seine „Forschung mit autobiografischen Einsprengseln“ (S. 9) funktioniert nicht nur methodisch hervorragend, sondern ist auch noch äußerst lesenswert.

Am Bogensee, eine gute Autostunde nördlich von Berlin gelegen, befand sich zu DDR-Zeiten die Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“. Seit 1958 besuchten knapp 3.500 junge Menschen aus der ganzen Welt die Schule, um jeweils in einem einjährigen Kurs in „Marxismus-Leninismus“ ausgebildet zu werden. Einer davon war Siegfried, der sich als westdeutscher Jugendlicher der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend angeschlossen hatte, der Jugendorganisation der Deutschen Kommunistischen Partei. Im Alter von 24 Jahren kam er in die DDR, um an dem Jahreskurs 1983/84 teilzunehmen. Diese Zeit spielte, so schreibt er rückblickend, „in meinem Leben eine wichtige, wenn auch ambivalente Rolle“ (S. 8).

Den Plan, über die Jugendhochschule zu schreiben, hatte Siegfried schon länger. Doch sollte es kein Erinnerungsbericht werden, keine autobiografische Schrift, auch keine politische Abrechnung. Vielmehr wollte er sich dem Ort wissenschaftlich nähern. Zugleich war ihm klar, dass er „bei diesem Thema schlecht [...] (die) eigene Involvierung ausblenden“ konnte. Um trotzdem eine „objektive“ Untersuchung

auf Basis überprüfbarer Quellen vorzulegen, entschied sich der Historiker, der mittlerweile als Professor an der Universität Kopenhagen lehrt, die Delegationen des kommunistischen Jugendverbands Dänemarks ins Zentrum seiner Untersuchung zu stellen. Von 1961 bis 1989 war dieser mit insgesamt 115 Studierenden an den Kursen beteiligt.

Siegfried interviewte einige Beteiligte, wertete unter anderem das Archiv der Kommunistischen Partei Dänemarks und die Bestände zur Jugendhochschule im Bundesarchiv aus. „Die Berichte der Dänen halten mich und meine Partikularperspektive auf Abstand und erlauben es, quellengestützt tief in den Gegenstand einzutauchen“ (S. 9). Tatsächlich gelingt dem Autor der Spagat zwischen Zeitzeuge und Historiker vorbildlich. Stets macht er transparent, wenn er sich auf eigene Erinnerungen stützt, und wenn er selbstverfasste Egodokumente – beispielsweise Briefe an seine damalige Partnerin – einbezieht, dann behandelt er sie uneitel und ebenso quellenkritisch wie das sonstige Material.

Das Gelände am Bogensee sei, so Siegfried, einer der wenigen Orte in der DDR gewesen, wo Menschen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen zusammengekommen wären, „ein Raum der politischen Diskussion, von Anpassung und Kritik gleichermaßen, des kulturellen Aufeinanderprallens von West und Ost, Nord und Süd im globalen Maßstab, von Liebe und Sexualität über Grenzen hinweg“ (S. 7). Die Hochschule habe ihren „besonderen Flair gerade aus der Vielfalt des Internationalen“ gezogen (S. 216). Daher beschreibt der Historiker sie, genau wie ähnliche Bildungsstätten in der Sowjetunion, als „Portale einer alternativen Globalisierung“, als „Schnittstellen des Kulturtransfers“, an denen Praktiken transnationaler und transkontinentaler Verbindungen erprobt worden seien (S. 20).

Im Zentrum von Siegfrieds Untersuchung stehen Fragen nach den Motiven für den Besuch der Schule und nach den privaten und politischen Eindrücken, die die dänischen Teilnehmenden von dort mitbrachten. Außerdem analysiert er die Rahmenbedingungen des Studiums sowie die Interaktionsmöglichkeiten der Schüler:innen, ihre

wechselseitigen Wahrnehmungen, Diskurse und Praktiken. Auf dieser Grundlage versucht er, „aus einer erfahrungsgeschichtlichen, auf das Denken und Handeln der Akteure fokussierten Perspektive die Eigenlogik ausländischer Studierender herauszuarbeiten“ (S. 10).

Die Studie ist in fünf Kapitel unterteilt. Im ersten Kapitel stellt der Autor das „fremde Land“ DDR vor und beschreibt die Sicht der Kursteilnehmenden auf den realsozialistischen Staat. Kapitel zwei widmet sich der Schule und ihren Lehrenden. Der darauffolgende Teil trägt die Überschrift „Die Internationale“ und beschreibt das Miteinander von Teilnehmenden aus verschiedenen Winkeln der Welt. Mit der „Politisierung des Privaten“ beschäftigt sich das vierte Kapitel, in dem es um Liebesbeziehungen und Vorstellungen zur Sexualmoral geht. Im Zentrum des letzten Kapitels steht die Entwicklung der Schule während der Gorbatschow-Ära.

Siegfried zeigt auf, dass die Studierenden hohe Erwartungen an ihren Aufenthalt in der DDR hatten. Doch diesen konnte die Realität keineswegs immer standhalten. So traten im Unterricht immer wieder Diskrepanzen zutage – beispielsweise im Fach Philosophie, wo die Dozierenden an ihre Grenzen stießen, waren sie doch „in erster Linie in marxistisch-leninistischer Philosophie trainiert und kannten kaum den Kanon, der im Westen im gymnasialen Philosophieunterricht behandelt wurde“ (S. 107). Teilnehmende beklagten daher oftmals das zu niedrige Niveau der Lerneinheiten. Aber auch in anderen Bereichen galt, dass der dogmatische DDR-Marxismus-Leninismus der seit den 1950er Jahren beginnenden Ausdifferenzierung des Marxismus im Westen intellektuell wenig entgegenzusetzen hatte. Nicht zuletzt kritisierten die Studierenden die altmodische Art der didaktischen Vermittlung, das Auswendiglernen und die strenge Disziplin: „Es ging nicht um die Aneignung von Wissen durch multiperspektivische Lehre und freie Diskussion, sondern um ‚dogmatische Verbreitung einer Ideologie, eines Glaubens‘ nach Maßgabe der SED-Parteilinie“ (S. 213).

Letzteres verweist auf Dissonanzen in einem anderen Feld, die Siegfried ausführlich beschreibt: der Alltagskultur. Wenn langhaarige

„halbe Hippies“ aus Kopenhagen auf die uniformierten Blauhemden der Freien Deutschen Jugend (FDJ) trafen, dann wurde nicht nur die gegenseitige modische Toleranz auf die Probe gestellt. Zudem mussten die jungen, nonkonformistischen Linken aus dem Westen feststellen, dass der realsozialistische Staat, an dem sie sich politisch orientierten, in vielen Fragen kulturell deutlich provinzieller und biederer war als ihre kapitalistischen Heimatstaaten. Der „Idealismus aus der Ferne“ konnte also „vor Alltagserfahrungen nicht bestehen“ (S. 57). Umgekehrt beäugten auch die FDJ-Mitglieder die Teilnehmenden aus dem nichtsozialistischen Ausland mit Argwohn. „Sie nannten sich zwar Kommunisten, ja toll, aber in erster Linie waren es trotzdem Westler“, bringt eine ehemalige Teilnehmerin die Haltung der DDR-Funktionär:innen auf den Punkt (S. 134).

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass es immer wieder auch zu Konflikten an der Jugendhochschule kam – vor allem natürlich zwischen Schulleitung und Teilnehmenden, etwa wenn erstere vergeblich versuchte, Liebesbeziehungen von letzteren zu restringieren. Aber auch der Umgang unter den Studierenden war nicht immer harmonisch. So zeigt Siegfried auf, dass es politische Meinungsverschiedenheiten und stereotype Wahrnehmungen gab; auch „unterschiedliche Reinlichkeitsvorstellungen, Essgewohnheiten und andere kulturelle Praktiken konnten Fremdheitsgefühle und manchmal Auseinandersetzungen hervorrufen“ (S. 144). Im Lauf der Jahre kam es zudem immer wieder zu rassistischen Vorfällen. Anlass hierfür waren etwa sexuelle Beziehungen zwischen ostdeutschen Frauen und afrikanischen Männern.

Zugleich aber schilderten viele Studierende das interkulturelle Miteinander rückblickend als bereichernde Erfahrung ihres Aufenthalts am Bogensee. Mit großem Respekt begegneten die Teilnehmenden aus Europa beispielsweise jenen aus lateinamerikanischen Ländern wie Chile, Nicaragua und El Salvador, die in der Heimat mit Diktaturen konfrontiert waren oder direkt aus dem militärischen Kampf kamen. Vor allem die gemeinsamen Alltagserfahrungen am Bogensee blieben

im Gedächtnis. Man feierte, tanzte und unternahm zusammen Ausflüge. „Ich war vom Alltag in der sozialistischen DDR enttäuscht, aber der Geist der internationalen Solidarität war stark am Bogensee. Während des einen Jahres lernten wir so viel voneinander“, berichtete die Finnin Kirsi Marie Liimatainen, die im Jahr 2016 den Dokumentarfilm *Comrade, Where Are You Today?* über ihren Aufenthalt an der Jugendhochschule drehte. Die Studierenden waren der Überzeugung, Teil einer weltumspannenden Gemeinschaft zu sein, die für Frieden und sozialen Fortschritt eintrat. Doch, so relativiert Siegfried, handelte es sich hierbei um eine *Imagined Community* (S. 180), deren konstruierter Charakter allein schon durch die begrenzte Dauer des Aufenthalts in der DDR bedingt war.

Detlef Siegfried verortet sich mit *Bogensee* in einem jüngeren Zweig der historischen Kommunismusforschung, dessen Protagonist:innen sich durch Offenheit gegenüber kultur- und alltagshistorischen Fragestellungen auszeichnen. Sie fördern dadurch andere Sichtweisen auf den Kommunismus als soziale Bewegung zutage als die alte Forschung, die lange Zeit sehr organisations-, politik- und später dann sozialhistorisch ausgerichtet war. In gewisser Weise lässt sich sein Buch sogar als eine Art Fortsetzung von Brigitte Studers *Reisende der Weltrevolution* lesen, das im Jahr 2020 erschienen ist. Die Schweizer Historikerin geht darin den sich immer wieder, an verschiedenen Orten der Welt kreuzenden Lebenswegen von rund zwei Dutzend Funktionär:innen der Kommunistischen Internationale in der Zwischenkriegszeit nach. Natürlich unterscheiden sich Siegfrieds Protagonist:innen deutlich davon: Sie waren jung, agierten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, engagierten sich meist ehrenamtlich statt hauptberuflich und trafen sich nur für begrenzte Zeit an einem Ort. Und doch machten auch sie sehr konkrete Erfahrungen mit dem kommunistischen Internationalismus. Vor allem sind die Zugriffe der beiden Untersuchungen sehr ähnlich: Beide blicken aus einer explizit akteurszentrierten und transnationalen Perspektive auf ihren Forschungsgegen-

stand, beide entziehen sich einer rein eurozentrischen Sichtweise, und in beiden Büchern spielen Geschlechterverhältnisse eine wichtige Rolle.

Liest man die Bände nacheinander, so wird der Wandel deutlich, den die kommunistische Bewegung seit den 1920er Jahren auf verschiedenen Ebenen durchlebte – etwa in Bezug auf innerorganisatorische Demokratie und Meinungsfreiheit oder auch im Verhältnis von Kollektiv und Individuum, das sich im Lauf der Jahrzehnte verschob. Anfang der 1980er Jahre prägte dann, so Siegfried, nicht „mehr eine spätstalinistische Vorstellung von autoritärem Zwang“ den Blick aufs Kollektiv, „sondern die Idee einer Gemeinschaft, die von Härte und Gefühl gleichermaßen geprägt“ gewesen sei (S. 218). Das „postmoderne kommunistische Kollektiv“ sei zunehmend „individualistisch geprägt – mit wachsenden Spielräumen für den Einzelnen bis hin zur Auflösung unter dem Einfluss von Glasnost und Perestroika“ (S. 222).

Nach Absolvierung des Lehrgangs reiste Detlef Siegfried 1984 wieder nach Westdeutschland: „Gut habe ich das Gefühl in Erinnerung, das mich (wie andere auch) noch einige Zeit nach der Rückkehr trug: die Welt im Griff zu haben, für alles eine Lösung finden zu können. Schon bald aber ließ sich nicht mehr verdrängen, dass die Wirklichkeit komplexer war, als wir sie uns vorgestellt hatten“ (S. 272). Der Komplexität der kleinen, sehr speziellen Welt am Bogensee hat er nun, fast vier Jahrzehnte später, eine würdige Studie gewidmet.

Marcel Bois

Quinn Slobodian / Dieter Plehwe (Hg.), Market Civilizations: Neoliberals East and South

Zone Books: New York 2022. 376 Seiten, \$ 28.00

Seit David Harveys mittlerweile „klassischem“ Auftakt *A Brief History of Neoliberalism* (2005) hat sich das Wissen um jenes „Biest“, das mit dem Begriff „Neoliberalismus“ umschrieben wird, in kreisender Bewegung stetig erweitert und verfeinert. Während Harvey geographisch noch eine weitgehend auf den nordatlantischen Raum beschränkte Erzählung vorlegte (mit einem entscheidenden Außenposten in Chile), wurden nicht nur schrittweise neue Länder hinzugefügt, sondern auch Analysen vorgelegt, die das Phänomen abseits der Einbettung in einzelne Fälle als fundamental transnational untersuchten. Dazu zählt zweifellos Quinn Slobodians 2018 erschienene und breit rezipierte Studie *The Globalists*. Sie steht zugleich für einen weiteren methodologischen Trend: weg von genealogischer Spurensuche, hin zu echter Historisierung – das heißt über Texte und Ideen hinaus die materialgenaue Beachtung gestaffelter Kontexte, vom Biographischen über das Institutionelle hin zum Politischen und Gesellschaftlichen. In Rufweite dieser Historisierungstendenz kam es zugleich zu einem starken wissenschaftssoziologischen Zugriff auf das Phänomen „Neoliberalismus“: Denkkollektive (Ludwik Fleck), soziale Netzwerke und „ideologische“ Institutionen wie Thinktanks kamen so in den Blick, die Übergänge zwischen intellektuellen und akademischen Debatten und gesellschaftlicher und politischer Einflussbildung wurden erkennbar. Insbesondere Forschungen aus Deutschland, wie von Dieter Plehwe oder Bernhard Walpen, haben hier einen neuen Wissensbereich konstituiert, der fernab jener (gerade in sozialen Bewegungen oft zu hörenden) Erzählungen liegt, die im Aufstieg des Neoliberalismus eine Art machtpolitische Kaperung sehen.

Es ist gewiss kein Zufall, dass zwei der bisher Genannten – Quinn Slobodian und Dieter Plehwe – in dem kürzlich erschienenen Band *Market Civilizations* als Herausgeber fungieren. Ihre wichtige Rolle in der jüngeren Forschungsdiskussion wird ihnen immer wieder vor Augen geführt haben, dass trotz *historical*, *global* und *sociological turn* im Nachdenken über den Neoliberalismus weiterhin bedeutende konzeptuelle blinde Flecken bestanden: Unter anderem waren zwei maßgebliche Imperative globalgeschichtlicher Perspektiven – Dezentrierung und die Überwindung jeder Vorstellung simpler „Diffusion“ in der Geschichte von „Ideen“ – zu wenig beachtet geblieben. Wie Slobodian und Plehwe in ihrer anregungsstarken Einleitung schreiben, gab es in der Geschichte des Neoliberalismus keine „ground zero location“: „There are only unruly historical geographies of an evolving interconnected project.“ (S. 11) Erst so würden situierte Rekonstruktionen der verschiedenen Variationen des Neoliberalismus möglich, die Aneignungen, Anverwandlungen und autochthone Beiträge sichtbar machen – ein triftiges wie treffliches Anliegen (das nicht nur für ein Verständnis des Neoliberalismus fundamental ist, sondern auch für jenes aller maßgeblichen intellektuellen Strömungen und sozio-ideologischen Formationen). Das titelgebende Konzept der „market civilizations“ wird dagegen beinahe nur beiläufig eingeführt. Es kommt in den Beiträgen de facto nicht vor, trägt also nicht. Der Band bringt elf Fallstudien von zwölf Autoren und Autorinnen zusammen und versteht sich, wie Dieter Plehwe in der *Conclusion* schreibt, als Nachtrag zu dem Anfang der 2000er Jahre mit einer Konferenz in Berlin lancierten Bemühen, die Mont Pélerin Gesellschaft wissenssoziologisch als transnationale Gemeinschaft und Netzwerkpraxis zu rekonstruieren. Der Band dokumentiert somit den Versuch, die Forschungen zum Neoliberalismus methodologisch zu erweitern und zu diversifizieren – es geht weniger um eine festgezurrte Definition „des“ Neoliberalismus (die man in dem Band nicht finden wird), sondern darum, diesen im „Plural“ und als „Mosaik“ zu verstehen.

Der Band teilt sich in drei Themenfelder, beleuchtet Entwicklungen in so „großen“ Gesellschaften wie Japan, Indien, die Türkei, Russland, China, Australien, Südafrika oder Brasilien, bietet zugleich aber auch Analysen zu Kleinststaaten wie Guatemala, Montenegro oder Island. Der Schwerpunkt liegt in den meisten Beiträgen auf der allerjüngsten Vergangenheit seit den 1980er Jahren, nur wenige Beiträge blicken weiter zurück, zum Prä-Mont-Pélerin-Neoliberalismus gibt es gar keinen Beitrag. „Historisierung“ im Sinne einer intensiven Arbeit mit Dokumenten und Archivmaterial werden Leser und Leserinnen daher nicht finden.

Die drei Abschnitte beziehungsweise Themenfelder des Bandes stellen einen interessanten Versuch dar, die Beiträge nicht nur zu ordnen, sondern auch analytische Gesichtspunkte zu formulieren. Der erste Abschnitt mit dem Titel *Greater Cultures* wirft einen Blick auf Formen des „kulturalisierten Neoliberalismus“: Bei neoliberalen Vordenkern wie Ludwig von Mises, Friedrich Hayek und Milton Friedman findet man bereits ein eigenartiges Doppel aus einerseits universalistischer und hyperkosmopolitischer Befürwortung einer Weltzivilisation durch Weltmarkt sowie andererseits Bejahung lokaler beziehungsweise nationaler Kulturalisierungsformen als Bindungskräfte in einem ansonsten nur durch Marktdynamiken geordneten, gleichsam „nackten“ Sozialen. Das führte im Globalen Norden zu einem häufigen Zusammengehen mit sozial-konservativen Haltungen bis hin zu der altbekannten Allianz von „Neocon“ und „Neolib“ in den USA, inklusive der Idee einer tiefen Wesensverwandtschaft zwischen den beiden. Wie die Beiträge zu Japan (Reto Hofmann), Indien (Aditya Balasubramanian) und der Türkei (Esra Elif Nartok) verdeutlichen, fand und findet sich auch in anderen Kontexten die Behauptung einer besonderen Eignung oder sogar Überlegenheit bestimmter „Kulturen“ für marktradikale Projekte. Besonders markant ist hier Reto Hofmanns Darstellung des japanischen Falls: Die zentrale Vermittlungsfigur Nobutane Kiuchi (1899–1993) versuchte nicht nur, den Neoliberalismus kulturalistisch und nationalistisch zu denken, sondern in der Mont Pélerin Society auch für eine Art spiri-

tuelle Umorientierung zu sorgen (was in dieser erwartungsgemäß auf wenig Gegenliebe stieß).

Für Leser und Leserinnen, die sich für die Belange der *global intellectual history* interessieren, ist der zweite Teil *Other Paths* am interessantesten: Die Fälle von Russland (Tobias Rupprecht), China (Isabella Weber), Südafrika (Antina von Schnitzler) und Australien (Jeremy Walker) verweisen auf Prozesse, in denen neoliberale Ideen zum Teil an lokale Verhältnisse angepasst wurden, zum Teil in Form von Missverständnissen zu ungewöhnlichen Auslegungen führten – oder in Form einer „parallelen Evolution“ aus autochthonen Konstellationen erdacht wurden. Letzteres macht Tobias Rupprecht für den russischen beziehungsweise sowjetischen Fall stark: Anhand einer übersetzungs- und rezeptionsgeschichtlichen Rekonstruktion wird erkennbar, dass Autoren wie von Mises, Hayek oder Friedman erst in den 1980er Jahren in der Sowjetunion rezipiert wurden, jüngere sowjetische Ökonomen jedoch schon wesentlich früher und unter Rückgriff auf die ins 19. Jahrhundert zurückreichenden Traditionen des russischen Liberalismus marktradikale Ideen formulierten, die de facto auf ein klassisches neoliberales Wirtschaftsprogramm hinausliefen. Informelle Versammlungs-orte und Treffen zur Selbstverständigung spielten dabei eine besondere Rolle. Freilich, der Schritt von der Dekonstruktion etablierter Vorstellungen über Ursprung und Entwicklung neoliberaler Denkpraktiken hin zu einer alternativen genealogischen Erzählung „des“ russischen „Neoliberalismus“ ist ein kleiner: Rupprecht redet einer Traditionslinie das Wort, die zum Gutteil aus Akteuren besteht, die bei näherer Betrachtung bis 1990 genauso gut als Teil einer innersowjetischen Debatte zu „Markt“ und „Plan“ gesehen werden können. Diese Diskussion begleitete die Wirtschaftspolitik aller Staatssozialismen kontinuierlich – und trug neoliberale Gedanken insofern intrinsisch mit sich, als sie ihren Ursprung in der „Kalkulations- und Planungsdebatte“ seit Anfang der 1920er Jahre hatte (in ihrer ersten Welle vor allem verbunden mit den Namen Ludwig von Mises und Otto Neurath). Aus dieser Sicht rela-

tiviert sich auch die scheinbare Nichtrezeption neoliberaler Klassiker in staatssozialistischen Ländern bis in die 1980er Jahre.

Der dritte Teil trägt den Titel *Radical Outposts*. Das scheint für Analysen zu Kleinststaaten an der Peripherie Europas wie Montenegro (Mila Jonjić und Nenad Pantelić) oder Island (Lars Mjøset) eine treffliche Kurzbeschreibung zu sein. Auf den von Karin Fischer umzeichneten Fall der guatemaltekischen Privat-Universität Francisco Marroquín trifft es nicht nur geographisch, sondern auch konzeptuell zu, denn ihr Gründer Manuel Ayau trug mit besonderem Verve vor, was auch andernorts zum Repertoire neoliberale Formationen gehörte: ein Schwerpunkt auf Bildung, die Formierung einer mit den entsprechenden Ideen sozialisierten Elite sowie der Aufbau paralleler Strukturen zu staatlichen Universitäten und Forschungseinrichtungen. Im Übrigen kam nahezu keine Initiative neoliberaler Institutionenbildung, wie im guatemaltekischen Fall, ohne die Unterstützung durch transnationale Netzwerke und Organisationen, allen voran die Mont Pélerin Gesellschaft, aus. Der dabei von Manuel Ayau und anderen vorgetragene Avantgarde-Ethos wirkt fast leninistisch – vom radikalen Rand her sollte die Gesellschaft verändert werden. Schon die Vordenker des Neoliberalismus der Österreicherischen Schule der Nationalökonomie erfanden sich in den 1920er Jahren durch die genaue Beobachtung und Imitation linksintellektueller Praktiken neu.

Wie radikal dieser Rand sein kann, und wie schnell er Reichweite und Nähe zu politischer Macht entfalten kann, illustriert zuletzt das brasilianische Beispiel der Protestbewegungen gegen die Präsidentin Dilma Rousseff von der Partido dos Trabalhadores sowie die spätere Wahl Jair Bolsonaro. Jimmy Casas Klausen und Paulo Chamon sprechen in ihrem Beitrag zu Brasilien von einem „ultraliberal ecosystem“, das sich nicht nur aus Stiftungen, Thinktanks et cetera bildete, sondern auch „von unten“ aus Blogs, Sozialen Netzwerken, Online-Seminaren und Ähnlichem konstituierte. Dieses System grenzte sich von den (zumindest ökonomisch) ohnehin schon neoliberal ausgerichteten Vorgängerregierungen durch prononciert libertäre und anarcho-kapitalistische

Ideen ab. Dabei kam es nicht nur zur Anverwandlung eines jugendkulturellen Protesthabitus, sondern auch zu einem Wettbewerb um die konsequentere Position, wie man ihn aus der Linken in vielen Ländern leidlich kennt. Geradezu unheimlich wirken die Allianzbildungen dieser libertären Akteure mit verschiedenen ultrakonservativen oder rechtsradikalischen Strömungen im Zuge der Präsidentschaft Bolsonaro. Hier wird nicht nur neuerlich das Chamäleonartige des Neoliberalismus im Sinne eines vielgestaltigen Fundus an Ideen deutlich, sondern auch ein weiteres gemeinsames Merkmal der Einwurzelung neoliberaler Ideen in verschiedenen Gesellschaften: Eine der fundamentalen epistemologischen Wurzeln des Neoliberalismus ist der vom Gründungsvater der Österreichischen Schule der Nationalökonomie Carl Menger in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts proklamierte „methodologische Individualismus“ als Grundlage ökonomischer Analyse, also die Annahme, letztere müsse immer vom Individuum und seinen Präferenzen ausgehen. Diese Grundannahme wurde im Sinne allgemeiner liberaler Prämissen schon in den 1920er Jahren politisch zu einer Art Egalitarismus der gleichen Marktteilnahme gewendet. Dieser Pseudo-Egalitarismus fand politisch immer wieder gerade in jenen Gesellschaften Widerhall, in denen tiefgreifende Hierarchien der Ungleichheit fortbestehen beziehungsweise historisch nachwirken – etwa in den USA oder in Brasilien mit ihren historischen Erblasten aus der Sklaverei oder in Argentinien, wo sich die in den letzten Jahren erneut gewachsene Ungleichheit jüngst in dem bemerkenswerten Erfolg für einen radikal libertären Präsidentschaftskandidaten niedergeschlagen hat.

Angesichts seiner vielgestaltigen Formen scheint es immer schwieriger, das macht auch Dieter Plehwe in seinem Nachwort deutlich, einen stabilen Kern des Neoliberalismus zu bestimmen. Dieses Uneindeutige teilt der Neoliberalismus mit vielen anderen Phänomenen, die das Intellektuelle mit dem Ideologisch-Politischen verbunden haben, nicht zuletzt dem Marxismus. Ein Kern des Neoliberalismus könnte aber genau darin bestehen: Ein Programm der juristischen und marktpartizipierenden Gleichheit, die Formen der sozialen, vergeschlechtlichten und

rassialisierten Ungleichheit im Kapitalismus nicht nur hinnimmt, sondern diese – in Allianz mit den entsprechenden Ideologien – aktiv bejaht.

David Mayer

Jule Ehms, Revolutionärer Syndikalismus in der Praxis. Die Betriebsarbeit der Freien Arbeiter-Union Deutschlands von 1918 bis 1933

Westfälisches Dampfboot: Münster 2023. 372 Seiten, € 40,00

Inmitten der revolutionären Geschehen im Jahr 1919 gründete sich die *Freie Arbeiter-Union Deutschlands* (FAUD). Als anarchistisch-syndikalistische Gewerkschaft machte sie es sich zum Ziel, „einerseits die Arbeiter:innen in der täglichen Auseinandersetzung mit den Betriebsleitungen zu vertreten, andererseits die Überwindung von Kapital und Staat vorzubereiten“ (S. 90 f.). Jule Ehms rekonstruiert in dem aus ihrer Dissertationsschrift hervorgegangenen Buch „Revolutionärer Syndikalismus in der Praxis. Die Betriebsarbeit der Freien Arbeiter-Union Deutschland von 1918 bis 1933“, wie eine gewerkschaftliche Praxis aussah, die versuchte, die durch die Sozialpartnerschaft der Weimarer Republik gelassenen Spielräume zu nutzen, ohne dabei ihre sozialistischen Grundprinzipien aufzugeben.

Als Nachfolgeorganisation der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVdG) setzte die FAUD die Tradition lokalistischer Gewerkschaften aus der Vorkriegszeit fort. Sie gehört damit, neben anderen syndikalistischen und unionistischen Verbänden, zu den Akteuren, die „jenseits von Sozialdemokratie und Parteikommunismus“ auf eine sozialistische Transformation abzielten. Nach Gründung der FAUD gewannen anarchistische Ideen innerhalb der Organisation an Einfluss und ab 1922 identifizierte sie sich als Vertreterin des kommunistischen Anarchismus. Von nun an führte sie den Namenszusatz *Anarcho-Syndikalisten*: FAUD (A.-S.). Mit dieser politischen Verortung ging eine kulturrevolutionäre Ausrichtung einher, die den vielfältigen Aktivitäten der Gewerkschaft zugrunde lag. Ehms konzentriert sich auf die gewerkschaftliche Arbeit und legt somit kein Überblickswerk für die histori-

sche anarcho-syndikalistische Bewegung in Deutschland vor, da sie deren kultur- und sozialpolitische Arbeit nur am Rande streift. Dennoch bietet das Buch einen guten Einstieg in die Geschichte des deutschen Anarcho-Syndikalismus beziehungsweise dessen größter Organisation, der FAUD. Die Autorin legt einen Fokus auf deren Mitgliederstruktur sowie den sich wandelnden politischen Kontext der Weimarer Republik. Dabei gelingt ihr eine informierte politische Einordnung der FAUD, die sie weder zum revolutionären Akteur überhöht noch zu einer irrelevanten Randgewerkschaft herabstuft. Mithilfe von Sekundärliteratur und einer ausführlichen Quellenarbeit zeichnet sie die Grundprinzipien, organisatorischen Strukturen und Aktivitäten der FAUD nach. Insbesondere Einsteiger:innen in die historische Syndikalismusforschung können von ihrer kompakten Übersicht über bisherige Publikationen zum Thema profitieren.

Den Kern von Ehms' Arbeit bildet die Analyse von vier, von Syndikalist:innen (mit)getragenen, Streiks. Die Fallbeispiele unterscheiden sich bezüglich Ausgangslage, Industrie, Zeitpunkt, Ort, Anzahl der involvierten Arbeiter:innen sowie Ausrichtung der Streikführung und den angewandten Aktionsformen. Laut der Autorin ermöglicht diese Auswahl, „einerseits die Divergenz der syndikalistischen Praxis“ und „andererseits die Tendenzen in der FAUD-Arbeitskampfpolitik“ zu erfassen (S. 188). Ehms kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Streikführung der FAUD je nach Zusammensetzung der Belegschaft, Handlungsspielräumen und politischen Kräfteverhältnissen situativ stark unterscheiden. Dank einer differenzierten Analyse jeweiliger Einflussfaktoren und Handlungsstrategien kann sie dennoch Muster der Vorbereitung und Durchführung sowie der Bündnisarbeit und transnationalen Vernetzungen herausarbeiten. Besonders gut gelingt dabei der Rückbezug von (Streik-)Praktiken der FAUD-Mitglieder auf die politischen und ökonomischen Kontexte. Allerdings wurde die alltägliche betriebliche Praxis der Syndikalist:innen kaum dokumentiert. Aufgrund der dünnen Quellenlage kann Ehms ihre Rekonstruktion der Streikabläufe nicht durch Kenntnisse zu den Erfahrungen syndikalistischer Akteure ergän-

zen. Die Praktik des Streiks bleibt für die Lesenden entsprechend abstrakt. Ausführlichere Darstellungen einzelner Quellen oder Mikroansichten auf Personen und Debatten hätten hier vielleicht Abhilfe schaffen und einen direkteren Zugang ermöglichen können.

Ehms Perspektive ist angesichts der vorherrschenden Geschichtsschreibung zur Demokratie in Deutschland besonders wertvoll. Lange wurden die rätedemokratische Massenbewegung und insbesondere linksrevolutionäre Gruppen wie die FAUD, die für einen Sozialismus abseits der KPD eintraten, kaum erwähnt. Dass diese keineswegs nur eine marginale Erscheinungen waren und ihre Konzepte eine ernsthafte Alternative zum parlamentarisch-kapitalistischen System der Zwischenkriegszeit darstellten, arbeitet die Verfasserin deutlich heraus. Sie zeichnet eindrücklich die ambivalente, experimentierfreudige und an vielen Stellen kompromissbereite Haltung der FAUD-Industrieverbände in Bezug auf staatlich implementierte Institutionen wie Betriebsräte, Tarifverträge, Schlichtungsverfahren und Arbeitsgerichte nach.

Dabei kommt sie zum Ergebnis, dass der Syndikalismus „zwar grundsätzlich den spontanen betrieblichen Widerstand [befürwortete], die FAUD-Mitglieder [...] sich jedoch nicht als weniger professionell, weit-sichtig, kompetent in der Verhandlungsführung und nicht weniger sachkundig im Weimarer Arbeitsrecht [erwiesen] als die Mitglieder anderer Arbeiter:innenorganisationen“ (S. 319). Bemerkenswert ist hier, dass es in der Abwägung zwischen direkter Interessenvertretung in Arbeitskämpfen und revolutionärer Politik eine andauernde Auseinandersetzung innerhalb der FAUD gegeben hat. Ehms beschreibt, wie deren föderale Struktur ein Nebeneinander von Meinungen und Strategien ermöglichte. Diese garantierte die Entscheidungsautonomie einzelner Verbände und Mitglieder und schützte davor, dass sich Positionen, „bis hin zum Dogmatismus“ verfestigten (S. 317). So betont sie dann auch: „Der Syndikalismus [sei] nicht nur als sozialistische, sondern insbesondere als demokratische Bewegung zu verstehen“ (S. 322).

Sichtbar wird dank ihrer Arbeit auch, dass Forschung zur gewerkschaftlichen und proletarischen Bewegungen weiterhin ein relevantes

Feld für die Geschichtsschreibung ist. Nicht nur im Bereich der neuen Deutung etablierter Erkenntnisse angesichts der Weiterentwicklung von Diskursen, sondern auch hinsichtlich der Grundlagenforschung bleibt viel zu tun, wie unter anderem Ehms zahlreiche Verweise auf bestehende Forschungslücken beweisen. Gleichzeitig zeigt ihre in der Neuen Gewerkschaftsforschung verortete Dissertation, welche Schwierigkeiten eine aktualisierende Geschichtsschreibung mit sich bringt. Beispielsweise hat die deutschsprachige historische Forschung noch keine befriedigende sprachliche Lösung hinsichtlich der Inklusion von Menschen verschiedener Geschlechter gefunden. Ehms, die mithilfe eines „:“ gendert (z. B. Arbeiter:innen), in Kontexten, für die die ausschließliche Beteiligung von Männern nachgewiesen ist, aber den generischen Maskulin verwendet, beweist hier eine erfreuliche Sensibilität. Allerdings lässt diese Schreibweise an vielen Stellen die Frage offen, inwiefern nicht-männliche Akteure tatsächlich in einzelnen Branchen oder Gremien vertreten waren. Hier läuft die inklusive Schreibweise Gefahr, Marginalisierungen zu verschleiern. Ein Dilemma, dem sich Historiker:innen ausgiebiger annehmen sollten.

Ehms Buch, obgleich zeitlich klar in der Zwischenkriegszeit verortet, ist von ausgesprochener Aktualität. Ihre Beschreibungen der Möglichkeitsräume, der politischen Perspektiven und der Strategien des historischen Syndikalismus werfen ein teils desillusionierendes, teils aber auch inspirierendes Licht auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart und die Ambitionen linker Gruppierungen. Es bietet heutigen gewerkschaftlichen wie sozialistischen Akteuren eine informative und inspirierende Lektüre. Insbesondere weil es die FAUD als Organisation beschreibt, die es in einzelnen Kontexten schaffte, Mitglieder langfristig in föderalen Strukturen zu organisieren, und die eine Alternative zu reformorientierten Gewerkschaften und Parteien darstellte, ohne sich in Theorieproduktion oder subkulturelle Räume zurückzuziehen. Die Ausweitung von Handlungsräumen während der revolutionären Phase ab 1918 durch die FAUD und insbesondere deren Umgang mit ihrer relativen politischen Schwäche während der 1920er

Jahre, lohnen in den Blick genommen zu werden. So ist der Autorin zuzustimmen, wenn sie mit der Aussage abschließt: „Wird der Syndikalismus [...] als politische Bewegung ernst genommen, die auf Korporatismus und die Institutionalisierung der Klassenauseinandersetzung zu antworten versuchte, könnte sein Verständnis von politischer und gesellschaftlicher Teilhabe [...] auch im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts auf sein innovatives Potential hin diskutiert werden“ (S. 337).

Kena Stürwe

Ralf Ruckus, The Communist Road to Capitalism: How Unrest and Containment have pushed China's (R)evolution since 1949

PM Press: Oakland 2021. 232 Seiten, \$ 21,95. [Die deutsche Ausgabe erscheint 2024 im Karl Dietz Verlag, Berlin.]

Ralf Ruckus, Die Linke in China: Eine Einführung

Mandelbaum Verlag: Wien 2023. 398 Seiten, € 20,00.

Ralf Ruckus gehört in Deutschland zu den Pionieren der Verbreitung von Informationen und Forschungen zu Arbeitskämpfen in der Volksrepublik China. Um Streiks und Unruhen in China besser verstehen zu können, lernte er vor fast 20 Jahren Chinesisch. Auf seiner Website gongchao.org dokumentiert er Streiks und chinesische Debatten, zudem hat er zahlreiche Bücher von linken chinesischen und westlichen Wissenschaftler*innen ins Deutsche übersetzt. Mit „The Communist Road to Capitalism“ und „Die Linke in China“ hat er nun selbst zwei Bücher zur Einführung vorgelegt. Ruckus sieht sich in erster Linie als Aktivist und agiert außerhalb des offiziellen akademischen Betriebes. Beide Werke leisten jedoch einen Beitrag zur wissenschaftlichen Debatte und besitzen umfangreiche Quellenangaben und Literaturlisten. Ruckus' Ziel ist es, in die Chinadiskussionen der englisch- und deutschsprachigen Linken zu intervenieren. Von „The Communist Road to Capitalism“ liegt auch eine chinesische Übersetzung vor, die auf gongchao.org abrufbar ist.

„The Communist Road to Capitalism“ will den Charakter des Gesellschaftssystems der Volksrepublik seit 1949 erklären und zeigen, wie

Proteste und staatliche Gegenmaßnahmen sozioökonomische Transformationen beeinflussten. Zunächst stellt Ruckus unterschiedliche linke westliche Analysen vor: Eine Strömung definiert sowohl die Mao-Ära und die Folgejahre (1949–1978) sowie die Periode nach der „Reform und Öffnung“ (1978 bis heute) als „Sozialismus“. Sie sieht die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) als positiven Bezugspunkt für linke Politik. Andere argumentieren wiederum, dass beide Perioden als „kapitalistisch“ oder „staatskapitalistisch“ zu klassifizieren seien, was einer traditionellen linkskommunistischen Einschätzung entspricht. Ruckus führt aus, dass es in der Mao-Ära eine Umwälzung in Richtung Sozialismus gab. In der Reform-Ära hätte sich die KPCh immer mehr von diesem System entfernt, und schließlich sei China Mitte der 1990er Jahre in eine kapitalistische Gesellschaft umgewandelt worden. Ruckus vertritt allerdings keine pro-maoistische Position. Im staatssozialistischen System vor 1978 dominierten zwar Planung und staatliches Eigentum, die KPCh habe jedoch eine neue hierarchische Klassengesellschaft geschaffen. Für die nachzuholende Industrialisierung seien Arbeiter*innen und Bäuer*innen ausgebeutet und die Landbevölkerung vom staatlichen Sozialsystem ausgeschlossen worden. Offizielle Versprechen zur Frauenbefreiung hätten sich nicht erfüllt; stattdessen habe sich ein neues „maoistisches Patriarchat“ gebildet. Sorge- und Reproduktionsarbeit sei von Staat und Männern weiterhin überwiegend Frauen aufgebürdet worden. Ruckus sieht die einfache Bevölkerung jedoch nicht als passives Opfer. So hätten zum Beispiel die Streikwelle von 1957 oder die Rebellion der Kulturrevolution (1966–67) die Regierung zu einigen sozialpolitischen Zugeständnissen gezwungen, auch wenn ein Teil der Aktivist*innen verfolgt wurde. Die Transformation zum Kapitalismus sei von der Regierung vor allem durch die weitreichende Privatisierung der Staatsbetriebe Ende der 1990er Jahre forciert worden. Unternehmen wurden massenhaft geschlossen oder in Aktiengesellschaften umgewandelt. Der verbleibende öffentliche Sektor habe wenig mit klassischen Staatsbetrieben der Ära der Planwirtschaft zu tun, da sich eine

Ausrichtung auf Profit und die Kommodifizierung der Arbeitskräfte durchgesetzt hätten. Es entstand eine neue private kapitalistische Klasse, und Teile des Staatsapparates beteiligten sich auch an legalen und illegalen Formen der Bereicherung. Ruckus argumentiert, dass Abwehrkämpfe der alten Staatsarbeiter*innenschaft und Streiks der neu entstandenen ländlichen migrantischen Arbeiter*innenklasse die Regierung in der Hu Jintao-Ära im ersten Jahrzehnt der 2000er zu Zugeständnissen bei Löhnen und Sozialleistungen gezwungen hätten. Im letzten Teil des Buches umreißt der Autor eine gegenwärtige „historische Chance“, die durch eine tiefe ökonomische, soziale und ökologische Krise des chinesischen Akkumulationsregimes entstanden sei. Am Ende des Buches führt Ruckus aus, wie er sich eine linke Bewegung vorstellt. Sie sollte sich vor allem anti-hierarchisch von unten organisieren und sowohl gegenüber dem kapitalistischen Regime in China als auch liberalen westlichen Demokratien kritisch sein. Damit vertritt Ruckus einen klassisch autonomen Ansatz. Die Linke im Westen solle sich mit Streiks und Protesten in China gegen „das Regime“ solidarisch zeigen.

Die Argumentation ist nachvollziehbar entwickelt, das Buch zur Einführung in eine linke Debatte um den Charakter der Volksrepublik gut geeignet. Positiv hervorzuheben ist, dass Ruckus bei jeder Transformation die Auswirkungen auf Geschlechterverhältnisse und Formen der sozialen Auseinandersetzung in der Gesellschaft herausarbeitet. Insgesamt erscheint die Gegenüberstellung von Sozialismus und Kapitalismus jedoch zu schematisch, da zum Beispiel die Debatten um hybride Mischsysteme zwischen verschiedenen Eigentumsformen und Markt- und Planwirtschaft nicht vorkommen, die es auch in der chinesischen und westlichen Linken gibt. In der Darstellung von Ruckus verhält es sich grundsätzlich so, dass „von oben“ (durch den Staat) in der Regel vor allem Negatives wie die Repression praktiziert wird, während alles Positive wie sozialpolitische Maßnahmen und Freiräume nur „von unten“ (durch Bewegungen) erkämpft werden. Dass es auch innerhalb des Staats- und Parteiapparates Kräfte gab, welche sich für

eine Verbesserung der sozialen Lage und mehr Partizipation der Massen einsetzen, wird vor diesem Hintergrund von Ruckus kaum thematisiert. Freiräume „von unten“ entstanden meiner Auffassung nach häufig nur dann, wenn Mao sie ausdrücklich eingeräumt hatte, wie es beispielsweise bei der Bewegung der proletarischen Rebell*innen Ende 1966 der Fall war. Nicht alle Errungenschaften wurden also „von unten“ erkämpft. Die Regierung baute zudem in den 1950er Jahren ein umfassendes Versorgungssystem für die Kernbelegschaften der Staatsbetriebe auf, obwohl die Arbeiter*innenklasse zum Sieg der Revolution von 1949 keinen entscheidenden Beitrag geleistet hatte. Zuzustimmen ist Ruckus darin, dass der chinesische Staat heute vor immensen Problemen und Herausforderungen steht. Dass jedoch eine „historische Chance“ für eine linksautonome Bewegung bestünde, ist eine mehr als gewagte These. Mittlerweile ist zum Beispiel die Protestbewegung in Hongkong weitgehend zerschlagen worden. Ihr linker Flügel spielte ohnehin nur eine marginale Rolle. Die Demonstrationen gegen die drakonischen Corona-Maßnahmen im November 2022 führten nicht zur Destabilisierung des politischen Systems.

In „Die Linke in China“ baut Ruckus auf der Argumentation von „The Communist Road to Capitalism“ auf. Ein neues Element der Darstellung ist es, die gesamte Geschichte von Widerstand und Dissens nach 1949 unter dem Begriff „links“ einzuordnen. Bezüglich der einzelnen Transformationsperioden arbeitet Ruckus die jeweiligen Klassenverhältnisse und die linken Debatten heraus (S. 254 f.). Zunächst versucht Ruckus, anhand der Achsen „Machtverteilung und Unterdrückung“ und „Reichtumsverteilung und Ausbeutung“, allgemein „rechts“ und „links“ definitorisch klar voneinander abzugrenzen (S. 37). Innerhalb des linken Feldes klassifiziert er die verschiedenen Strömungen des Staatssozialismus, die klassische Sozialdemokratie und antiimperialistische Strömungen als „autoritär“, was Machtverhältnisse angeht, und als „links-kollektivistisch“ bezogen auf die Ökonomie. Positiv erscheinen ihm dagegen die linken Teile von sozialen Bewegungen, Autonome, Linkskommunismus und Klassen-

kampf-Anarchismus, welche „links-kollektivistisch“ auf ökonomischem Gebiet und „egalitär“ bezogen auf politische Machtverhältnisse seien. Zur Einordnung Protestbewegungen, Streiks und sozialen Unruhen in der Volksrepublik nach 1949 baut Ruckus auf diesem Schema auf. Als „autoritär“ und „links-ausbeuterisch“ sieht der Autor zum Beispiel das „Mao Zedong-Regime“ sowie die reformistischen und konservativen Kräfte innerhalb der KPCh in den 1970er und 1980er Jahren. Für „links-kollektivistisch“ und „egalitär“ hält er zum Beispiel die maoistischen Dissident*innen der frühen Kulturrevolution, linke Arbeiter*innen in der Demokratiebewegung der späten 1970er sowie den proletarischen Flügel der Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 (S. 268). Diesen Kräften scheint gemeinsam zu sein, dass sie Kritik an sozialen Ungleichheiten und politischer Unterdrückung noch auf sozialistischer Grundlage vortragen. Für die 1990er Jahre bis zur Gegenwart sieht Ruckus die „Regime“ von Jiang Zemin, Hu Jintao und Xi Jinping als „rechts-ausbeuterisch“ und „autoritär“. Die „links-kollektivistischen“ und „egalitären“ Kräfte seien zum Beispiel in den sozialen Bewegungen von Wanderarbeiter*innen, des Feminismus oder des neo-maoistischen Basisaktivismus zu finden (S. 271). Die KPCh sei auch heute eine „anti-linke Kraft“, weil sie soziale Bewegungen unterdrücke und den Kampf gegen Ausbeutung, Kapitalismus, Nationalismus und Patriarchat aufgegeben habe.

Sehr positiv ist an „Die Linke in China“ hervorzuheben, dass es Ruckus gelungen ist, eine gute Übersicht über Bewegungen und Debatten seit 1949 zu geben, die sich auf die wissenschaftliche Forschung stützt. Mit der Klassifizierung von „rechts“ und „links“ hat sich der Autor keine einfache Aufgabe gestellt, da diese Begriffe mittlerweile sowohl in der Forschung als auch in der deutschen Öffentlichkeit umstritten sind. Man denke nur an die Auseinandersetzungen um Saha Wagenknecht, die Haltung zu den Corona-Maßnahmen oder dem russischen Einmarsch in der Ukraine. Außerdem wird das Rechts-Links-Schema in der Volksrepublik anders verwendet und spielt außerhalb intellektueller Kreise kaum eine Rolle. In China ist von der aka-

demischen „neuen Linken“ in den letzten Jahren wenig zu hören, und als „rechts“ bezeichnet sich meines Wissens niemand in den Kreisen der „öffentlichen Intellektuellen“ oder der KPCh. Es stellt sich die Frage, was durch die schematische Rechts-Links Klassifizierung von Ruckus gewonnen werden kann. Meiner Meinung nach haben weder die dissidenten Teile der Rebellion der frühen Kulturrevolution noch die heutigen neo-maoistischen Basis-Aktivist*innen eine „egalitäre“ Position zu Machtverhältnissen. Kritik an der Regierung in diesen Kreisen läuft häufig darauf hinaus, dass nicht die „Diktatur des Proletariats“ ausgeübt werde und die falschen Menschen verfolgt würden. Große Herausforderungen für die Regierung waren zumindest nach 1989 bisher weniger han-chinesische Kräfte auf dem Festland, sondern gewaltsame Unruhen von ethnischen Minderheiten in Tibet und Xinjiang in der Peripherie sowie die Demonstrationen in der Sonderverwaltungszone Hongkong. In diesen Bewegungen scheinen linke Kräfte marginal zu sein. Trotzdem stellt sich die Frage, ob westliche Linke sich solidarisch gegen Unterdrückungsmaßnahmen durch den Staat zeigen sollen oder nicht. Eine Herausforderung ist dabei, dass es heute keine Proteste in China mehr gibt, die nicht von der US-Regierung in der „geopolitischen Auseinandersetzung“ instrumentalisiert werden würden. Bei der derzeitigen Parteiführung gibt es Tendenzen zu aggressivem Nationalismus, Aufrüstung, Verherrlichung von „chinesischen Traditionen“ sowie konservative Vorstellungen von Familienstrukturen und geschlechtlicher Arbeitsteilung. Gleichzeitig bezieht sich die Führung um Xi auch positiv wie selektiv auf Marxismus und Maoismus. Es scheint überzeugend, die Parteiführung als pro-kapitalistisch zu bezeichnen – aber passt der Begriff „rechtes Regime“?

Es ist zu hoffen, dass Ruckus Bücher die linken Chinadebatten beflügeln werden. Die Welt oder auch nur die Geschichte des 20. Jahrhunderts ohne China zu denken, ist ein Luxus, den wir uns nicht leisten können.

Felix Wemheuer

Lars Stubbe

Adolfo Gilly (1928–2023): Militanter Intellektueller und Chronist der mexikanischen Revolution. Ein Nachruf

Am 4. Juli starb Adolfo Atilio Gilly Malvagni (25. August 1928–4. Juli 2023) in Mexiko-Stadt. Der in Europa wohl vornehmlich unter Lateinamerikawissenschaftler:innen bekannte Historiker trug mit seinem Werk wesentlich zu einer kritischen Historiographie der mexikanischen Revolution bei.

Geboren 1928 in Argentinien, schloss er sich mit Anfang 20 dem posadistischen Flügel des argentinischen trotzkistischen Ablegers der Vierten Internationale (VI) an. Nach einem juristischen Abschluss an der Universität von Buenos Aires, lebte und mobilisierte er als Vertreter der VI von 1956–1960 unter den Bergarbeiter:innen in Bolivien; die Erfahrungen der Revolution von 1952, in der eine klassenübergreifende Allianz Arbeiter:innen und Bäuer:innen größere demokratische Rechte gesichert hatte, waren noch frisch. Von 1960–1962 war er als Entsandter der VI in Italien, während zeitgleich die Arbeiterrevolte von Piazza Statuto gegen Gewerkschaft und Kapital einen der Ausgangspunkte der operaistischen Erfahrung markierte. In seiner ‚1968: La ruptura de los bordes‘ [1968: Der Bruch der Ränder] betitelten und Raniero Panzieri gewidmeten Reflexion fasst er 1993 die Erfahrung der italienischen Bewegung wie folgt zusammen:

El ‚otoño caliente‘ había llevado al desafío del trabajo al capital hasta los bordes de una ruptura. Dejó secuelas imborrables. Pero no fue más allá. Sus protagonistas sociales, lo mismo que en Francia, no tenían una idea clara – ¿podían tenerla? – de qué había, si es que algo había, más allá de esos bordes.

[Der ‚heiße Herbst‘ hatte das Duell der Arbeit gegen das Kapital bis an den Rand eines Bruchs geführt. Es hinterließ unauslöschliche Folgen. Dessen gesellschaftliche Protagonisten verfügten, genauso wenig wie in Frankreich, über eine klare Vorstellung – konnten sie diese überhaupt haben? –, dass es jenseits dieser Ränder etwas gäbe, wenn es denn überhaupt etwas gäbe].¹

Von Italien aus ging er ab 1962 als Journalist nach Kuba, wurde aber 1963 als Trotzkist im Rahmen der Kuba-Krise ausgewiesen. Zwischen 1964 und 1966 unterstützte er die Guerilla in Guatemala und wurde dafür 1966 in Mexiko verhaftet und in das berüchtigte Gefängnis Lecumberri² gesteckt. Dank internationaler Unterstützung, nicht zuletzt durch den berühmten mexikanischen Schriftsteller Octavio Paz, wurde er 1972 freigesprochen. In den Knastjahren hat er sein vielleicht wichtigstes Werk verfasst: *La revolución interrumpida* [Die unterbrochene Revolution]. Noch in Argentinien hatten Bemerkungen von Trotzki über dessen Erfahrungen in Mexiko unter dem reformerisch orientierten Präsidenten Lázaro Cárdenas (1895–1970) sein Interesse an der mexikanischen Revolution geweckt, die bis zur kubanischen Revolution auf dem Kontinent als ein Orientierungspunkt galt. Mit diesem Buch hat er die erste eigenständige linke Geschichtsschreibung der Revolution verfasst, die erstmals die (wenigen) proletarischen und (vielen) ruralen und indigenen Protagonist:innen dieser ersten sozialen Revolution des 20. Jahrhunderts eindeutig als Subjekte der Geschichte ausweist. Bis heute ermöglicht sie im Benjaminschen Sinne ein „Gegen-den-Strich-Lesen“ einer sozialen Erhebung, deren vielfältige und widersprüchliche Verläufe und Ergebnisse nur schwer linear zu fassen waren und sind und die in einer über 70-jährigen institutionalisierten Einparteienherrschaft mündete. Nach der Entlassung aus dem Knast zwang die mexikanische Regierung Gilly ins Exil nach Frankreich und Italien zu gehen, aus dem er erst 1976 nach Mexiko zurückkehren durfte. In der Zwischenzeit war er

¹ Gilly, Adolfo, 1968: *La ruptura de los bordes*, in: ders. *El siglo del relámpago. Siete ensayos sobre el siglo XX*, Mexiko-Stadt 2002, S. 65–83, hier S. 73.

² Darin ist heute das Archivo General de la Nación [Generalarchiv der Nation] untergebracht.

1974 aus der Partei ausgeschlossen worden und widmete sich nun als Mitglied anderer linker Parteien demokratischen linken Bewegungen in Mexiko. Ab 1979 unterrichtete er an der Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM), der größten Universität Lateinamerikas, an der er 2009 emeritiert wurde. Seit 1982 besaß er die mexikanische Staatsbürgerschaft.

Die Auseinandersetzung mit der mexikanischen Revolution setzte Adolfo Gilly dann mit Biographien zu Lázaro Cárdenas, dem Präsidenten, der die Erfolge der Revolution mit Strategien der Nationalisierung zementierte, und zu Felipe Ángeles (1868–1919), dem einzigen General der mexikanischen Armee, der sich in der Revolution auf die Seite Pancho Villas (1878–1923), Befehlshaber der revolutionären Truppen des Nordens, stellte, fort. Historiographisch beschäftigte er sich darüber hinaus mit den Guerillabewegungen Mittelamerikas, mit historiographischen Fragestellungen von Walter Benjamin, Carlo Ginzburg, Ranajit Guha, E. P. Thompson und anderen und zeigte sich insbesondere solidarisch mit der zapatistischen Bewegung, die 1994 ihren Aufstand der Würde im lakandonischen Urwald des mexikanischen Bundesstaates Chiapas machte.

Die vielseitigen Aktivitäten als politischer Aktivist und gründlicher Sozialhistoriker und die eigene Geschichte als internationaler Kader und Gefangener sind kaum adäquat einzufangen. Als Dozent an der UNAM zeigte er sich noch in den Jahren des letzten Student:innenstreiks (1999/2000) gegen die Einführung von Studiengebühren mit den Student:innen solidarisch. So kritisierte er im Rahmen eines Seminars im Jahr 2001 über die Geschichtsschreibung der Subalternität den von einigen Student:innen gegenüber rechten Dozent:innen ausgeübten Zwang, sich in der Universitätsöffentlichkeit bis auf die Unterwäsche zu entkleiden, da dies nicht progressiv sei, sondern auf die Entwertung der Kontrahenten als Personen abziele, was abzulehnen sei, da es sich dabei um Mittel der Reaktion handele. Als Bilanz des 20. Jahrhunderts hielt er fest:

The 20th century was not the century of enlightenment, nor of progress. It was the century of that lightning-flash, the memory and experience of which we will need to recover in order to illuminate the present moment of danger.³

Dass auch die deutschsprachige Sozial- und Weltgeschichtsschreibung von Übersetzungen seiner Texte noch profitieren können, möge stellvertretend diese Einlassung zur Frage der Hoffnung anlässlich des „Wasserkrieges“ in Bolivien von 2000 zeigen,⁴ die auch auf den vielleicht wichtigsten Impuls in Gillys Werk – nämlich die Frage nach den kollektiven Beweggründen großer Massenbewegungen in der ruralen und indigenen Welt – verweist:

Los indios, los cholos, los hombres y las mujeres de las clases subalternas, con sus formas de organizarse y decidir, con sus organizaciones de múltiples niveles o sin ellas, con los dirigentes que tuvieron a la mano, con la violencia de sus cuerpos y sus muertos y con la furia de sus almas, tomaron La Paz, paralizaron al ejército y tumbaron al presidente y al gobierno de los asesinos. Cualquier cosa suceda después, que todavía no sabemos, eso se llama revolución. Regatearles el nombre es regatearles esta difícil victoria a sus protagonistas: los indios, los cholos, las mujeres y los hombres de las clases subalternas de Bolivia. Mejor tengámosles confianza.

³ Gilly, Adolfo, What exists cannot be true (Interview), in: *New Left Review*, 64 (2010) July/August, S. 29–46, hier S. 46.

⁴ Im Jahr 2000 unterzeichnete der damalige bolivianische Präsident Hugo Banzer ein Gesetz, das der US-amerikanischen Firma Bechtel die Privatisierung der Wasserressourcen der Stadt Cochabamba ermöglicht hätte. Dagegen mobilisierte sich insbesondere die indigene Bevölkerung für die die kollektive Verwaltung der Wasserressourcen essentiell ist. Aufgrund der starken Proteste, bei denen es auch Tote gab, wurde das Gesetz zurückgezogen und auch eine Klage des Unternehmens vor der Welthandelsorganisation blieb erfolglos. Einen guten Überblick über die bolivianischen Mobilisierungen liefert, Raquel Gutiérrez Aguilar, *Los ritmos del Pachakuti. Movilización y levantamiento indígena - popular en Bolivia* [Die Rhythmen des Pachakuti {Zeitenwende}. Mobilisierung und indigen-populärer Aufstand in Bolivien], Buenos Aires 2008.

[Die Indigenen, die Cholos,⁵ die Männer und die Frauen der subalternen Klassen, mit ihren Formen der Organisation und Entscheidungsfindung, mit ihren auf verschiedenen Ebenen wirkenden Organisationen oder ohne diese, mit den Führern, die sie an die Hand nahmen, mit der Gewalt ihrer Körper und ihrer Toten und mit der Raserei ihrer Seelen, nahmen La Paz ein, lähmten die Armee und stürzten den Präsidenten und die Regierung der Mörder. Was auch immer danach geschehen mag, von dem wir noch nichts wissen, dies nennt sich Revolution. Ihnen diese Bezeichnung streitig zu machen, heißt, diesen schwierigen Sieg seinen Protagonisten streitig zu machen: den Indigenen, den Cholos, den Frauen und den Männern der subalternen Klassen Boliviens. Wir sollten besser unsere Hoffnung in sie setzen.]⁶

Wichtige Veröffentlichungen:

Adolfo Gilly, (1979), *La guerra de clases en la revolución mexicana (Revolución permanente y auto-organización de las masas)* [Der Klassenkrieg in der mexikanischen Revolution (Permanente Revolution und Selbstorganisation der Massen)], in: ders.; u. a. *Interpretaciones de la Revolución Mexicana, con un prólogo de Héctor Aguilar Camín* [Interpretationen der Mexikanischen Revolution, mit einem Prolog von Héctor Aguilar Camín], Mexiko-Stadt 1988, S. 21–53.

Adolfo Gilly, (1993), 1968: *La ruptura de los bordes* [Der Bruch der Ufer], in: ders. *El siglo del relámpago. Siete ensayos sobre el siglo XX* [Das Jahrhundert des Blitzes. Sieben Essays über das 20. Jahrhundert], Mexiko-Stadt 2002, S. 65–83.

Adolfo Gilly, *El cardenismo. Una utopía mexicana* [Der Cardenismus. Eine mexikanische Utopie], Mexiko-Stadt 1994.

⁵ Der Begriff „cholos“ bezeichnet vornehmlich in den Andenländern Indigene, die in Städten akkulturiert sind. Je nach Sprecher:in kann der Begriff pejorativ aber auch zur Eigenaufwertung verwendet werden.

⁶ Gilly, Adolfo, *Bolivia, una revolución del siglo XXI*, in: ders. *Historias clandestinas*, Mexiko-Stadt 2009) S. 25–41, hier S. 41.

- Adolfo Gilly, Chiapas: La razón ardiente. Ensayo sobre la rebelión del mundo encantado [Chiapas: die brennende Vernunft. Essay über die Rebellion der verzauberten Welt], Mexiko-Stadt 1997.
- Adolfo Gilly, La revolución interrumpida [Die unterbrochene Revolution], 2. korrigierte Aufl., Mexiko-Stadt 2000 [Erstauflage 1971].
- Adolfo Gilly (2004), Bolivia, una revolución del siglo XXI [Bolivien, eine Revolution des 21. Jahrhunderts], in: ders., Historias clandestinas [Klandestine Geschichten], Mexiko-Stadt 2009, S. 25–41.
- Adolfo Gilly, Historia a contrapelo. Una constelación. [Geschichte gegen den Strich. Eine Konstellation] Walter Benjamin, Karl Polanyi, Antonio Gramsci, Edward P. Thompson, Ranajit Guha, Guillermo Bonfil Batalla, Mexiko-Stadt 2006.
- Adolfo Gilly, What exists cannot be true (Interview), in: New Left Review, 64 (2010) July/August, S. 29–46.
- Adolfo Gilly, Felipe Ángeles, el estratega [Felipe Ángeles, der Stratege], Mexiko-Stadt 2019.

Mario Tronti (1931–2023). Ein Nachruf

Am 7. August 2023 ist Mario Tronti in dem Dorf Ferentillo, unweit von Rom, im Alter von 92 Jahren gestorben. Er war die Hauptfigur des „italienischen Operaismus“, dessen Grundgedanken er in seinen Artikeln für die Zeitschrift *Quaderni Rossi* (Rote Hefte; 1961–1963) und vor allem in dem Buch *Operai e capitale* (Turin, 1966)¹ formuliert hat. Wer sehen möchte, wie er seiner Denkweise kurz vor seinem Tod Ausdruck gab, sollte sich das Video einer Diskussion ansehen, die er am 10. Juni dieses Jahres geführt hat.² Wir sehen einen Mann, der schon weiß, dass ihm nur noch wenig Zeit zum Leben bleibt.

Diese Diskussion war vom Verlag Derive&Approdi organisiert worden, der in den neunziger Jahren auf Initiative eines ehemaligen Genossen von *Potere Operaio* (Arbeitermacht) gegründet wurde. Der Verlag hat inzwischen nicht nur alle wichtigen Texte des Operaismus und der Arbeiterautonomie veröffentlicht, sondern auch eine ganze Reihe von Beiträgen und Zeugnissen von ehemaligen Aktivisten, einschließlich derer, die von der Autonomie zu den bewaffneten Gruppen übergegangen sind. Dass Mario Tronti in der letzten Phase seines Lebens wieder den Dialog mit den radikalsten Teilen der außerparlamentarischen Bewegung suchte, beschreibt den parabelförmigen Weg seiner politischen Entwicklung ganz gut.

¹ Deutsche Ausgabe: Mario Tronti, *Arbeiter und Kapital*, Verlag Neue Kritik: Frankfurt am Main 1974, 245 S.; eine seitenkonkordante PDF-Version findet sich hier: [http://www.kommunismus.narod.ru/knigi/pdf/Mario_Tronti_-_Arbeiter_und_Kapital.pdf].

² [<https://drive.google.com/file/d/1r-qOUkSTXKXirRpBxffaCWDeHEBjuf4b/view>].

Nachdem er zu Raniero Panzieri³ und anderen Initiatoren von *Quaderni Rossi* auf Distanz gegangen war, gründete er 1964 zusammen mit Toni Negri, Romano Alquati⁴ und anderen die Zeitschrift *Classe Operaia* (Arbeiterklasse), die das Ziel hatte, eine neue revolutionäre Organisation aufzubauen. Aber nach einem Jahr traf er plötzlich die Entscheidung, wieder der Kommunistischen Partei Italiens (KPI) beizutreten und damit eine familiäre Tradition fortzusetzen, in der er bereits groß geworden war. Für uns, die wir mit all unserer Energie das Projekt einer Alternative zur KPI, welche bereits den Weg der Sozialdemokratie eingeschlagen hatte, unterstützt hatten, kam die Entscheidung von Tronti einem Verrat gleich. Damit wurde die Krise der Gruppe *Classe Operaia* ausgelöst, und wir mussten die Publikation 1966 einstellen. Ich erinnere mich, wie bitter unsere Enttäuschung war. Mit ihm sind weitere Genossen der KPI beigetreten, unter ihnen Massimo Cacciari, Alberto Asor Rosa und Umberto Coldagelli.

Unsere Verbitterung war aber nur von kurzer Dauer, weil schon 1967 die Dinge sich in die von uns erhoffte und zum Teil vorausgesagte Richtung entwickelten. Die spontanen autonomen Kämpfe der Arbeiterklasse nahmen einen unaufhaltsamen Aufschwung, genau wie die Proteste der Studentenbewegung oder der bewaffnete Kampf der Befreiungsbe-

³ (1921–1964), führender Kader der PSI (sozialistische Partei Italiens) von 1953–1957; antistalinistisch orientiert; zusammen mit seiner Frau übersetzte er den zweiten Band des Kapitals von Karl Marx ins Italienische; ab 1956 Leiter der theoretischen Parteizeitschrift *Mondo Operaio* (Arbeiterwelt), setzt er sich für Arbeiteruntersuchungen ein, gilt u. a. damit als „Begründer“ des Operaismus. 1959 dann Mitgründer der *Quaderni Rossi*. Nach seinem Wechsel nach Turin arbeitete er bis zu seiner Entlassung wegen der inhaltlichen Ausrichtung 1963 als Lektor im Verlag Einaudi. Plötzlicher Tod im Alter von 43 Jahren. Auf Deutsch sind mehrere seiner Aufsätze erschienen in: Claudio Pozzoli (Hg.), *Spätkapitalismus und Klassenkampf: Eine Auswahl aus den „Quaderni Rossi“*, Frankfurt a. M. 1972.

⁴ (1935–2010), gehörte in den 1950er Jahren zu den „Barfußforschern“, die im gewerkschaftlichen Milieu eine neue Form der an den Erfahrungen der Klasse, u. a. der Arbeiter*innen bei Olivetti und FIAT Mirafiori, orientierten Forschung umsetzten; ab 1960 in Turin und Mitarbeit in der Redaktion von *Quaderni Rossi*. Später militante Untersuchungen zu den neuen intellektuellen Mittelklassen, aus denen das Konzept der „Hyperindustrialisierung“ hervorging, und langjährig Dozent an der Universität Turin; s. auch den Nachruf in der SGO: [https://duepublico2.uni-due.de/servelets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00024622/11_Armano_u_Sciortino_Nach-ruf.pdf].

wegungen in Lateinamerika, Afrika und im Fernen Osten. Alles schien sich in die der vorsichtigen sozialreformerischen Politik der KPI entgegengesetzte Richtung zu bewegen. Die operaistische Theorie schien von der Realität bestätigt zu werden. Selbst einige große Segmente der Gewerkschaftsbewegung übernahmen die Terminologie und die Parolen („gleiche Lohnerhöhungen für alle“) des Operaismus.

Man kann ohne weiteres sagen, dass die „operaistische Denkweise“ in der Zeit von 1969 bis 1973 in der italienischen Arbeiterbewegung eine hegemoniale Rolle gespielt hat. Diese Hegemonie muss betont werden, wenn wir die nachfolgenden Geschehnisse verstehen wollen, zum Beispiel den sogenannten „Fall 7. April“ und die systematische Verfolgung der ehemaligen Aktivisten von *Potere Operaio*.⁵ So verschwand Mario Tronti zu Beginn der 1970er Jahre just in dem Moment aus unserem Blickfeld, als seine Theorien die größte Resonanz in den sozialen Bewegungen fanden.

Seine Entscheidung, der KPI wieder beizutreten (tatsächlich war er formell nie ausgetreten, galt aber als „Häretiker“), war aber gar nicht von Opportunismus geprägt. Im Gegenteil: Sie entsprach einer neuen Phase seines Denkens, die in der Veröffentlichung des kurzen Aufsatzes mit dem Titel ‚Sull’autonomia del politico‘ (Über die Autonomie des Politischen; Mailand 1977) ihren Ausdruck fand. Was versteht man darunter?

In der operaistischen Theorie wird das Verhältnis zwischen Klasse und Organisation, Arbeiterklasse und Partei durch die Klassenkämpfe immer wieder in Frage gestellt. Die Arbeiterklasse erlangt nur dann eine Identität, wenn sie in Konflikt mit der Macht des Kapitals gerät; so erreicht sie ihre Autonomie. Die kollektive Intelligenz, die sie entfaltet,

⁵ Der Richter Piero Calogero hat am 7. April 1979 verfügt, dass die Führungsfiguren der Autonomia unter der konstruierten Anklage, organisatorische Köpfe eines bewaffneten Aufstandsversuchs gegen die Staatsmacht zu sein, verhaftet werden sollten. Kritisiert wurde dieses Vorgehen von linker Seite als „Calogero-Theorem“, da damit offensichtlich weite Teile der radikalen Linken, die nicht bewaffnet kämpften, kriminalisiert wurden. Viele der Aktivisten, wie etwa Toni Negri, gingen ins Pariser Exil, waren aber auch in den 2000er Jahren noch langen Prozessen und Strafen ausgesetzt.

erlaubt es ihr, sowohl die Organisationsform als auch die Strategie zu bestimmen.

In seinem kurzen Aufsatz behauptet Tronti, dass die Politik, also die traditionelle Organisationsform der Arbeiterbewegung, die Partei, über einen eigenen Raum verfüge, in dem sie sich in totaler Autonomie, also unabhängig von den Klassenkämpfen in dem gesellschaftlichen Prozess der Verwertung des Kapitals, bewegen und ihre Strategie verfolgen könne. Machiavelli, Weber, Rathenau und Carl Schmitt sind die Autoren, die Tronti verwendet, um seine Argumentation zu entwickeln. Marx und Lenin bleiben im Hintergrund.

Mit der Idee der „Autonomie des Politischen“ schien uns damals, dass sich sein Denken um 180 Grad gewandelt hatte. In den folgenden Jahren wird er immer wieder betonen, dass seine Vorstellungen in dieselbe Richtung wie im Jahr 1966 führten und dass die Idee der Autonomie des Politischen aus der Krise der Autonomie der Klassenkämpfe in den Fabriken entstanden sei.⁶ Tatsächlich hatte sich die Situation der Machtverhältnisse zwischen Arbeiterklasse und Kapital nach der Ölkrise vom Oktober 1973 nicht nur in Italien zunehmend schwieriger gestaltet. Sogar die sogenannte „Bewegung von 1977“⁷ war den operaistischen Konzepten der 1960er Jahre und auch den allgemein marxistischen Vorstellungen sehr kritisch gegenüber eingestellt. Foucault war der neue Prophet, und auch der Feminismus hatte dabei eine Rolle gespielt. Aber Tronti, Cacciari und Asor Rosa begründeten ihr „kritisches Denken“ anders als Foucault. Max Weber, die Frankfurter Schule, Walter Benjamin waren ihre Bezugspunkte. Das Problem ist, dass ihre Rolle innerhalb der Partei keine Auswirkung auf die Linie der Parteiführung entfaltete und in keiner Weise die systematische Orientierung in Richtung Neoliberalismus hinderte oder bremsen konnte. Cacciari hat als Bürgermeister von Venedig im Rahmen der Verwaltung gute Ergebnisse erzielt (vor allem, wenn wir sie mit denen der heutigen Stadtverwaltung vergleichen), Tronti konzentrierte sich zunehmend auf seine Lehrtätig-

⁶ Sie hierzu z. B. das Buch *La saggezza delle lotte* [Die Weisheit der Kämpfe], Rom 2021.

⁷ Aus der außerparlamentarischen Linken hervorgegangene militante Bewegung.

keit an der Universität von Siena. Auch eine bloß überblicksartige Analyse seines Denkens würde diesen Rahmen sprengen.⁸ Die verschiedenen, gegensätzlichen Interpretationen über die Bedeutung der „Autonomie des Politischen“, die von enthusiastischer Zustimmung bis zu gemeiner Verspottung reichten, bilden ein besonderes Kapitel der italienischen politischen Theorie. Zum besseren Verständnis empfiehlt es sich, sich die Aufzeichnung der Diskussion zwischen Tronti und Cacciari im Kulturhaus von Mailand aus dem Jahr 2017 anzusehen⁹ und das kleine Buch zu lesen, in dem er mit Toni Negri und Étienne Balibar über seine Theorie debattiert.¹⁰

Andererseits muss man aber sagen, dass auch die revolutionäre Variante des Operaismus nach 1975 in die Sackgasse geraten ist. Weder Mario Tronti innerhalb der KPI noch Toni Negri innerhalb der sozialen Bewegungen ist es gelungen, den allgemeinen Kurs der Dinge zu beeinflussen. Während aber die Schriften von Negri immer eine Perspektive von Hoffnung und Kampfeswillen beinhalteten, schienen die Werke Trontis sich zunehmend durch eine immer tiefere Verzweiflung auszuzeichnen. In diesem Sinne erinnert seine Stimmung an die von Bruno Trentin, dem charismatischen Gewerkschaftsführer der CGIL, der in seinen posthum veröffentlichten Tagebüchern der Verzweiflung freien Lauf lässt angesichts des Verfalls der sozialistischen Werte in der italienischen Arbeiterbewegung, sowohl in seiner Organisation wie auch in der Partei. Und trotzdem blieben beide Männer, Tronti und Trentin, ihren Organisationen treu.

Im Jahr 1992 wurde Mario Tronti mit mehr als achtzigtausend Stimmen in den Senat der Republik¹¹ gewählt, was seine Popularität an der Parteibasis bezeugt. 2013 wurde er im Wahlkreis Lombardei erneut in den Senat gewählt. Aus dieser letzten Periode im Parlament bleibt seine Gedenkrede zum hundertsten Jahrestag der russischen Revolution vom

⁸ In dem italienischen Eintrag „Mario Tronti“ auf Wikipedia findet sich eine recht genaue Bibliographie seiner wichtigsten Schriften: [https://it.wikipedia.org/wiki/Mario_Tronti].

⁹ [https://www.youtube.com/watch?v=IHAaRK_hDY].

¹⁰ *L'anatomia del politico* [Die Anatomie des Politischen], Macerata 2022.

¹¹ Zweite Parlamentskammer, ihre Vertreter*innen werden in den Regionen gewählt.

Oktober 2017 unvergessen.¹² Von 2003 bis 2015 war er Vorsitzender der von Pietro Ingrao, eine der großen Figuren der Nachkriegs-KPI, gegründeten Stiftung *Centro per la Riforma dello Stato* (Zentrum für die Reform des Staates). Bis zum Ende blieb er ein Mann der Institutionen: Noch im Februar dieses Jahres übergab er seinen Nachlass dem Archiv des Senats – einer Institution, deren Vorsitzender seit dem 13. Oktober 2022 der alte Faschist Ignazio Benito La Russa ist.

Aber dies ist nicht das Ende der Geschichte. Als Denkrichtung existiert der Operaismus auf einem größeren Feld als dem der Operaisten. Als Forschungsmethode hat er nicht nur in Italien eine gewisse Bedeutung gehabt, und zwar genau in dem Moment, als Mitte der 1970er Jahre die Zersetzung der industriellen Arbeiterklasse begann und die unaufhörliche Prekarisierung und Flexibilisierung der Arbeitskraft die Kampfbereitschaft des Massenarbeiters zerbrach. Dann begannen die Lohnabhängigen und technischen Beschäftigten der Dienstleistungsindustrien mit ihren Kämpfen (im Gesundheitssystem, im Transportwesen), die Arbeitsmedizin lernte aus den Erfahrungen der Betriebsräte in der chemischen Industrie und anderen gesundheitsgefährdenden Branchen. Ohne den operaistischen Ansatz hätte es Zeitschriften wie *Primo maggio* (Erster Mai), *Quaderni del territorio* (Hefte der Region), *Sapere* (Wissen) oder *Classe* (Klasse) nicht gegeben, die bei Historikern, Stadtplanern, Physikern usw. etliche Spuren hinterlassen haben. Die Ökologiebewegung, wenn wir sie so nennen wollen, war in Italien zu Beginn stark vom Operaismus beeinflusst. Der radikale Feminismus der

¹² Diskurs von Tronti am 24. Oktober 2017 im Senat. In ihr begründet er erneut die Bedeutung der Russischen Revolution, verschweigt nicht die Fehlentwicklungen, erinnert aber auch die Vertreter der Bourgeoisie daran, dass ihre Revolutionen, sei es die englische oder die französische, ihre Könige geköpft haben, aber auch die amerikanische Revolution nur durch einen blutigen Bürgerkrieg siegen konnte, mithin der Zusammenhang zwischen Revolution und Krieg, Revolution und Terror auch hundert Jahre später noch ein zentrales Thema sei. Der große Unterschied zur Russischen Revolution läge jedoch in ihrer Eingebettetheit in die Periode der Neubewertung aller gesellschaftlichen Formen, der Kunst, der Wissenschaft, der Philosophie; diesen libertären Impetus gelte es zu erhalten, ohne dabei die Fehler zu verschweigen. An diesen befreienden Impetus anknüpfend, stellt er sich in diese Tradition, an diesem Ort, mit anderen Mitteln: [<https://ilmanifesto.it/ottobre-1917-lo-sturm-und-drang-del-novecento>].

Gruppe „Lohn für Hausarbeit“¹³ ist im Umfeld von *Potere Operaio* entstanden. Der Operaismus war nicht mehr hegemonial, aber er spielte noch eine große Rolle. Als Anfang der 1980er Jahre die große Gegenrevolution des Kapitalismus in ihren unterschiedlichen Formen ausbrach, als die 1968er Generation sich ins Privatleben zurückzog und alles verloren schien, überlebte der Operaismus noch als ein karstiger Fluss, während die Verfolgung der Operaisten und die sich anschließende Diaspora zu seiner Verbreitung im Ausland beitrug. Auch politisch militante Ansätze mit großer Wirkung, wie *Lotta Continua* (Der Kampf geht weiter), beziehen sich in ihrer Tradition auf den Operaismus – nicht den von Tronti, sondern den von Panzieri – und fühlen sich als legitime Erben der *Quaderni Rossi*.

Es ist viel einfacher, eine Organisation zu zerstören, als eine Denkrichtung auszuradieren. Mit Beginn des neuen Jahrhunderts kam der karstige Fluss wieder ans Licht, und Mario Tronti zeigte zunehmend Interesse an den neuen Erfahrungen der alten Genossen oder an den Initiativen der neuen Generation, die in seinen frühen Schriften erneut Material zum Nachdenken und anwendbare Untersuchungsmethoden fanden. Dies war zum Beispiel mit meinen Analysen der Soloselbständigen oder Freelancer der Fall, aber auch die wachsende Rolle der Logistik in der Globalisierung verfolgte er mit großer Neugier.

Er ließ sich aber nie von seiner Denkweise abbringen. Die Frage des Politischen war bei ihm wie eine Besessenheit, seine Verzweiflung hatte sich vertieft, er bezeichnete sie als „anthropologischen Pessimismus“, der es ihm schwer mache, sich seinen „Gesprächspartnern verständlich zu machen, da sie es als Resignation interpretieren“, wie er in dem eingangs erwähnten Video sagt. Sein Pessimismus richtete sich gegen die Individualisierung der Gesellschaft, aber eine besondere Art von Individualisierung, deren Träger er als „Massenindividuen“ bezeichnete.

¹³ Gemeint ist die vor allem von Mariarosa Dalla Costa und anderen Frauen aus dem operaistischen und feministischen Feld entwickelte Kampagne für einen Lohn für Hausarbeit oder „salario del lavoro domestico“.

Sein Stil ist zunehmend kontemplativ geworden, und je mehr die Politik ein Geschäft für Banditen wurde, desto mehr sprach er von ihrer Notwendigkeit, von ihrer Würde, von ihrer Erhabenheit. Für die auf unsere Generation folgenden Aktivistengenerationen, die eine globalisierte Welt vorgefunden haben und inmitten sehr großer Schwierigkeiten weiterkämpfen wollen, ist Mario Tronti immer nur der Autor von *Operai e capitale* geblieben, ein „*maestro*“. Für uns hingegen, die, ungeachtet unserer Differenzen, ihm gegenüber ein Gefühl großer menschlicher Zuneigung gehabt haben – das von ihm ebenso erwidert wurde –, ist es schwer, einige seiner Entscheidungen nicht zu kritisieren. Wir erkennen aber in all seinen Schriften, in all seinen Stellungnahmen, einen unverwechselbaren Stil, der immer faszinierend ist und zum Nachdenken provoziert – auch dann, wenn wir nicht einverstanden waren.

In letzter Zeit scheinen viele Teile der Arbeiterklasse weltweit die Initiative wieder ergriffen zu haben, um ihre Ausbeutung zu bekämpfen. Ich glaube, dass überall, wo es zu solchen Initiativen kommt, diese uns einen Ruf schicken, in den sich immer deutlich die leise, sanfte Stimme von Mario Tronti mischt.

Abstracts

Gisela Notz, Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung und ihre Internationalisierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Historians have given comparatively less attention to the research of the emergence and development of the proletarian women's rights movement than to the bourgeois women's rights movements. This may be due to the fact that bourgeois historians ignore the class antagonisms existing within the women's movements or do not recognize the proletarian women's movement as such because of its close links to the labour movement and its alignment with socialist parties. Thus, important aspects of the history of women's emancipation tend to be overlooked. The article sheds light on the prehistory and first forms of organization of the women workers' movement as well as the living and working conditions of the women involved. The women's struggle was aimed at overturning any social condition perpetuating this inequality. Women were convinced that gender equality and the peaceful coexistence of all people could only be achieved in a socialist society. Throughout history, they have achieved successes and suffered defeats.

Wulf D. Hund, Decolonize G – W – G'. Kapitallektüre und Rassismuskritik

It is highly disputed whether Marx ever produced an analysis of racism. While some scholars argue that Marx developed the basics of a historical-materialist theory of racism others claim that Marx ignored the issue of racism, was a Eurocentric thinker, or even held a racist worldview himself. As Wulf D. Hund has shown elsewhere, there is solid reason for the thesis that Marx never engaged theoretically in racism; that he uncritically shared some of the racist prejudices of his

time; but that he nevertheless never abandoned his unconditional commitment to emancipatory politics. Moreover, a critical reading of his opus magnum “Capital” offers the opportunity to connect it with the discussion of racism, especially the rudiments of racial thinking, and to understand racism not only as an ideology but as a form of social relation. By reading the most famous formula of the critique of political economy as a sociological instruction, this paper shows that, why, and how a historical materialist foundation of the analysis of racism helps to overcome some of its supposed ambiguities, especially concerning the relationship between race and class.

Hartmut Rübner, Kommunistische Bewegung in der Weimarer Republik und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Neuere Untersuchungen und Forschungsschwerpunkte

The 1990s saw a boom in historical research on communism in Germany. In order to determine the relationship between utopia and reality in the history of communism, however, it is necessary to distinguish between two phenomena: on the one hand, the social movement constituted by a split from social democracy following the latter’s integration into the system that reacted to relations of exploitation and oppression in class society, and, on the other hand, the dictatorships in power which constituted “real socialism”. In recent research we find a turning away from conventional party and political history towards methods focusing on social history and an investigation of specific environments. In so doing, however, it has not yet been possible to determine clearly whether a communist subculture is to be considered part of an inter-factional labour movement culture or whether it constituted separate niche communities. Although the communist spectrum includes many side currents and splinter groups, it is usually being reduced to the Communist Party (KPD).

Joachim Bons, Rechter Kampf um die Betriebe – zum historischen und aktuellen Aufbau rechter Betriebsgruppen am Beispiel der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation NSBO und „Zentrum(-Automobil)“

In 2022, far-right candidates standing for election to works councils in German companies attempted to gain more political influence within the labour force. Even though they had little success, such incursions divide workforces and endanger solidarity and companionship in a capitalist society increasingly hostile to progressive voices. With a view to the voting potential of the “Alternative für Deutschland” (AfD) among workers including works council and union members it is urgent to focus on this development as well as on its roots and ideological implications. Thus, an analysis of the politics of the German extreme right (“völkische Rechte”) of the 1930s and its attempt to capture the labour force through the NSBO (nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) for the “Volksgemeinschaft” may shed new light on today’s surge in right-wing shop-floor politics.

Simon Freise, Die Hypothek des Säkularismus. Gibt es eine linke historisch-islamwissenschaftliche Perspektive auf den säkularen Diskurs?

On the occasion of the (re)publication of contributions by the Middle East historian Alexander Flores, this article discusses exemplary findings on pre-modernity and (post-)colonialism. The freedom from conflict that Flores suggests with the notion of “immanent secularity” in the course of the emergence of hadith scholarship is put into perspective by a conflict-sociological recourse to the Mihna (833 to 851 / 852 CE), the so-called Islamic Inquisition at the height of the Abbasid Empire, which illustrates the struggle for politico-religious authority. In a next step, the “narrowing” of the debate on secularism in (post-)colonial Egypt from the beginning to the end of the 20th

century described by Flores is outlined and complemented by Talal Asad's analysis "Formations of the Secular". The latter's approach became popular in a context marked by the decline of Marxism and political economy. The paper concludes with methodological reflections on the secular as a *tertium comparationis* in historical comparison from a Marxist perspective. The challenge consists in to neither authenticate the religious tradition nor to adopt the perspective of the liberal capitalist state. In this regard, the article undertakes a bridging between Islamic studies, socio-historical analysis, and socio-theoretical reflection.

Ahlich Meyer, Späte Wahrheit. Bemerkungen zu der jüngst bekanntgewordenen Erschießung deutscher Gefangener durch französische Partisanen im Juni 1944

It has long been known that during the Second World War II, partisans also shot prisoners in the fight against the German occupying forces. Nevertheless, the report of the shooting of German prisoners by members of the French resistance movement in the summer of 1944 triggered a broad international response, particularly in France and Germany. In his article, Ahlich Meyer examines the circumstances that led to this shooting. He describes the brutal German actions against the maquis and describes the moral predicament in which the partisans found themselves at the time. He comes to the conclusion that a discourse based on the laws of war is not appropriate for assessing the historical situation at the time.

Autorinnen und Autoren / Contributors

Joachim Bons, long-time lecturer at the Seminar für Politikwissenschaft at Georg-August-University Göttingen, working on the topic of Nationalsozialismus. Publications primarily on Nationalsozialismus and the history of labour unions.

Simon Freise, PhD student (Osnabrück University), research on the Sociology of confession, social mobility and religion.

Wulf D. Hund, Dr. phil., Professor (retired) of Sociology at the University of Hamburg.

Abbrich Meyer, Dr. phil., political scientist; main areas of interest: political philosophy, research on National Socialism.

Gisela Notz, Dr. phil., Social scientist, historian and activist. Works mainly on the history of the workers' movement and the alternative economy. Editor of the wall calendar *Wegbereiterinnen*, published annually since 2002. Lives and works as a freelancer in Berlin.

Hartmut Rübner, Dr. phil., member of the editorial committee of *Sozial.Geschichte Online* and research fellow at the Foundation for Social History (*Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts*), Bremen.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts-
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/81531

URN: urn:nbn:de:hbz:465-20240208-075910-8



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.